

DDR-Geschichte vermitteln

Herausgegeben im Auftrag von

HoF Wittenberg –
Institut für Hochschulforschung

Stiftung zur Aufarbeitung der
SED-Diktatur

DDR-Geschichte vermitteln

*Ansätze und Erfahrungen in Unterricht,
Hochschullehre und politischer Bildung*

Herausgegeben von

Jens Hüttmann · Ulrich Mählert · Peer Pasternack

Metropol

DDR-Geschichte vermitteln :

Ansätze und Erfahrungen in Unterricht, Hochschullehre und politischer
Bildung / Jens Hüttmann ; Ulrich Mählert ; Peer Pasternack (Hrsg.). –
Berlin: Metropol, 2004

ISBN 3-936411-50-6

© 2004 Metropol Verlag
Kurfürstenstr. 135 · D-10785 Berlin
www.metropol-verlag.de
Alle Rechte vorbehalten
Lektorat: Günter Hertel
Druck: Aalex Druck, Großburgwedel

Inhalt

<i>Vorwort</i>	9
Kontexte	17
REINHARD KRECKEL Acht Thesen zum Stand historischer Reflexivität in Deutschland	19
HEINZ DIETER KITTSTEINER Geschichtstheoretische Hintergründe des historischen Selbstverständnisses der DDR-Geschichtswissenschaft	23
MARTIN SABROW Formung durch Forschung. Die DDR-Geschichtswissenschaft im historiografischen Rückblick	39
BERND FAULENBACH Die DDR als Gegenstand der Geschichtswissenschaft	65
KONRAD H. JARAUSCH Die Zukunft der ostdeutschen Vergangenheit – Was wird aus der DDR-Geschichte?	81
WOLFGANG KÜTTLER Zeitgeschichtliche und geschichtswissenschaftliche Orientierung zwischen Ankommen und Aufbrechen	101

THOMAS AHBE

- Die DDR im Alltagsbewusstsein ihrer ehemaligen Bevölkerung.
Die Ostdeutschen als Produkt der DDR
und als Produzenten von DDR-Erinnerungen 113

Forschung & Lehre 139

ULRICH MÄHLERT · MANFRED WILKE

- Die DDR-Forschung – ein Auslaufmodell?
Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur seit 1989 141

PEER PASTERNAK

- Wozu die DDR lehren? 163

JENS HÜTTMANN

- Deutungskonflikte über DDR-Geschichte aus Akteursperspektive .. 185

MANUELA TESAK

- Die DDR als Gegenstand von Lehre und Forschung
an österreichischen Universitäten 1989–2000 201

KATJA NAUMANN · CHRISTIAN LOTZ

- „Ankommen“ oder „Aufbrechen“?
Anmerkungen zur gegenwärtigen
deutschen Zeitgeschichtsforschung 219

URSULA HEUKENKAMP

- Warum und zu welchem Ende
sollte man DDR-Literatur lehren?
Probleme nachträglichen Verstehens 233

HENDRIK BERTH

- DDR und Wiedervereinigung
in der psychologischen Lehre und Forschung 247

Schule, Medien und Politische Bildung 263

DÖRTE HEIN

- DDR-Geschichte im Internet.
- Zur Konstruktion eines multimedialen Gedächtnisses 265

RAINER ECKERT

- Museum und Zeitgeschichte
nach dem Ende der zweiten deutschen Diktatur.
- Das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig 291

MARTINA WEYRAUCH

- Die DDR ist im Geiste immer dabei.
- Ansätze und Konzepte politischer Bildung in Brandenburg 303

MARIANNE BIRTHLER

- Mehr als ein Archiv.
- Beiträge der BStU zur Hochschullehre und politischen Bildung 309

Die Autorinnen und Autoren 317

Vorwort

„Die Zukunft eines untergegangenen Staates. Die DDR als Gegenstand von Forschung, Lehre und politischer Bildung“ war eine Tagung überschrieben, zu der das Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg und die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Ende Februar 2003 nach Wittenberg eingeladen hatten. Sie wird mit dem vorliegenden Sammelband dokumentiert. Zu diesem Zeitpunkt waren vier bemerkenswerte und höchst unterschiedliche Entwicklungen des weiteren Jahresverlaufs noch nicht absehbar, die die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte betrafen: die historische Verortung des Aufstandes vom 17. Juni 1953 aus Anlass des 50. Jahrestages, die Ostalgie-Shows in diversen deutschen Fernsehkanälen im Spätsommer, die Vorlage einer 600-Seiten-Bilanz der DDR-Forschung durch die Stiftung Aufarbeitung im August und die Ausstellung „Kunst in der DDR“ in der Berliner Nationalgalerie in den Monaten Juli bis Oktober. So unterschiedlich diese Ereignisse auch sein mögen, so sehr waren und sind sie für den Stand und den Charakter der Auseinandersetzung mit der DDR paradigmatisch.

Noch zum Jahreswechsel 2002/2003 waren die Veranstaltungen aus Anlass des 50. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR im Bereich der politischen Bildung, der wissenschaftlichen Institutionen, in der Politik und in den Medien vornehmlich als erinnerungspolitische Pflichtübung vorbereitet worden. Dann jedoch setzte eine unverhoffte Dynamik ein. In deren Folge wurden die Zahl der Veranstaltungen und Publikationen sowie die

Medienberichterstattung zum Thema unüberschaubar. In den aus diesem Anlass gehaltenen Reden, etwa am 17. Juni 2003 im Deutschen Bundestag, aber auch in den Kommentaren der Medien wurde das Ereignis erstmals in einem breiten Konsens als Bestandteil der deutschen und nicht lediglich der ostdeutschen Geschichte bewertet. Hatten sich im Umfeld des zehnten Jahrestages der friedlichen Revolution 1999 bereits neue Ansätze einer Historisierung der DDR-Geschichte abgezeichnet, erhielten diese Tendenzen im Juni 2003 Auftrieb.

* * *

Wenige Wochen später fühlten sich nicht wenige professionelle und semi-professionelle „DDR-Aufarbeiter“ mit ihrem Anliegen wieder um Jahre zurückgeworfen, als ein in Ostdeutschland erscheinendes Boulevardblatt jubilierte: „RTL: Große Show für Eisprinzessin. Unsre Kati erklärt uns den Osten“.¹ Gemeint war damit die Ankündigung einer vierteiligen „DDR-Show“, moderiert durch den Showmaster Oliver Geissen gemeinsam mit der einst in der DDR sportlich aktiven Katharina Witt, dem „schönsten Gesicht des Sozialismus“.² RTL selbst meldete sich in Reaktion auf die zeitgleichen Ankündigungen von ZDF, MDR und SAT 1, ebenfalls Ostalgie-Shows senden zu wollen, wie folgt zu Wort: „Geissen [soll] mit Prominenten aus Ost und West die Musik, die Mode, die Sportler des Honecker-Staates präsentieren, sowie Dinge in den Blick nehmen, die den Alltag der DDR ausgemacht haben, sei es nun der Trabant, auf den der Käufer 15 Jahre warten musste, das Schlangestehen für Bananen, Sandmännchen, Vitacola oder die Puhdys.“³

Bereits die Ankündigungen machten deutlich, dass inklusive „Zonen-Gabi“ kein einziges Klischee ausgelassen werden sollte. Dementsprechend wurde das Vorhaben auch umgesetzt: „Wie in Expeditionsfilmen, die uns unbekannte Völker näherbringen sollen, werden in den DDR-Retroshows die Ostdeutschen als Eingeborene vorgeführt. Hübsch zurechtgemacht, dürfen sie ihre vermeintlich traditionellen Sitten und Gebräuche vorführen, wobei die Produktionsfirmen vorgeben, was Tradition ist: Spreewaldgurke,

1 Dresden Morgenpost, 11. 7. 2003, S. 1.

2 Ebenda, S. 18.

3 Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 27. 7. 2003, S. 35.

Letscho, Broiler, Trabi“, so der Kommentar von Regina Mönch in der FAZ.⁴ Waren also alle bisherigen Bemühungen, historische Aufklärung über die DDR zu betreiben, umsonst geblieben?

Die begeisterte Heiterkeit, die von den Shows ausging, war natürlich keine akademische Übung. Manche Interpreten suchten den Sinn der Sache darin zu ergründen, dass auf diesem Wege „ein Abschied“ nachgeholt werde, für den Anfang der neunziger Jahre keine Zeit gewesen sei. Diese Auffassung mag eine Erklärung für das Medienphänomen „Ostalgie“ sein, das ohnehin nicht zum Anlass von Publikumsbeschimpfungen genommen werden darf. In den verschiedenen Erscheinungsformen der Ostalgie offenbarte sich eine Differenz zwischen der Gesamterzählung über die DDR und den vielen Individualerzählungen ihrer Zeitzeugen. Diese Differenz wird nie aufgehoben werden können. Die Frage ist, ob die naturgemäß auf Ausschnitten beruhenden Individualerzählungen durch historiografische Aufklärung irritiert werden können. Wäre dies allein das Ziel von Geschichtsaufarbeitung, dann wäre dieses Ziel in Bezug auf die DDR trotz erheblicher Ressourcen, die in deren Erforschung seit 1990 geflossen sind, bislang nicht erreicht worden. Hier wäre also ein Nachdenken über die Ursachen angezeigt.

Das dritte DDR-bezogene Ereignis des Jahres 2003 kann hinsichtlich dieser Ursachen vielleicht Aufschlüsse verschaffen. Auf 600 Seiten bilanzierte – als Festschrift für Hermann Weber zu dessen 75. Geburtstag – die DDR-Forschung ihre Ergebnisse.⁵ Die Festschrift liefert explizit einen Überblick über Leistungen und implizit über Mängel. Letztere hatte Jürgen Kocka in seiner Laudatio auf Hermann Weber prägnant geschildert:⁶ Die geschichtswissenschaftliche DDR-Forschung sei durch „ein hohes Maß an Selbstreferenzialität und Selbstisolierung gekennzeichnet“. Die Forscherinnen und Forscher blieben unter sich, und sie beschäftigten sich in aller Regel auch ausschließlich mit der DDR. Komparative Arbeiten fehlten weitgehend. Auch

4 FAZ, 25. 8. 2003, S. 36.

5 Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mählert (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn 2003.

6 Jürgen Kocka, Der Blick über den Tellerrand fehlt. DDR-Forschung – weitgehend isoliert und zumeist um sich selbst kreisend, in: Frankfurter Rundschau (FR), 22. 8. 2003, S. 7; ungekürzt in: Deutschland Archiv 36 (2003), S. 764–769.

sozialwissenschaftliche DDR-Forschung bleibe merkwürdig am Rande. Das Scheitern der DDR sei bislang besser erklärt als ihre relative, immerhin eine vierzigjährige Existenz sichernde Stabilität. Schließlich sei es der DDR-Forschung als wissenschaftlicher Befassung mit ihrem Gegenstand nicht allzu gut bekommen, dass sich Politisches und Wissenschaftliches in den letzten Jahren unzutraglich vermischt hätten.

Zwar lieferte Kocka diese Befunde nicht im Rahmen einer „eher düsteren Bilanz“, wie es in einer – im Übrigen weiterführenden – Replik aus der Berliner Zweigstelle des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) hieß. Vielmehr würdigte er auch, was seines Erachtens bereits besonders gut untersucht sei: die Herrschaftsgeschichte, die Geschichte der Opfer, der Resistenz, der Opposition sowie des Widerstands und schließlich die Sozial-, Kultur- und Alltagsgeschichte. Das sahen Mitarbeiter des IfZ anders, was dann allerdings tatsächlich zu einer gewissen Düsternis des Eindrucks führte:⁷ Das Verhältnis von diktatorischem Herrschaftsanspruch und dessen gesellschaftlichem Reflex sei „allenfalls in Ansätzen ausgelotet“. Die DDR-Forschung wisse immer noch nicht, was sie eigentlich erforsche: Es herrsche „eine erhebliche Unsicherheit über den eigentlichen Kern des Untersuchungsgegenstandes“, und da, „wo es längst um die Aufdeckung komplexer interner Akteurskonstellationen gehen müsste, nehmen nicht wenige DDR-Forscher immer noch Zuflucht zu undifferenzierter Kollektivsingularen wie ‚die SED‘ oder ‚die Sowjets‘“.

Wenn schließlich aber gefordert wird, die Zukunftsaufgabe bestehe „in einer stärkeren methodischen Verknüpfung von vergleichender Methode und sorgfältiger Empirie“, und im Übrigen stehe auch die Klärung des Anteils der DDR an der Verflechtungsgeschichte des Ostblocks an, dann kann für alle Beteiligten wieder ein erhebliches Maß an Übereinstimmung konstatiert werden.

Das vierte im hiesigen Kontext hervorhebenswerte Ereignis des Jahres 2003 lieferte die Ausstellung „Kunst in der DDR“ in der Berliner Nationalgalerie. Sie offerierte in den Monaten Juli bis Oktober einen nochmals gänzlich anderen Weg des Umgangs mit der DDR als die Ostalgie-Shows zum einen

7 Henrik Bispinck/Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Peter Skyba/Matthias Uhl/Hermann Wentker, Ist die DDR-Forschung wirklich in der Krise? Defizite und Zukunftschancen, in: FR, 30. 9. 2003, S. 9.

und die geschichtswissenschaftlich dominierte DDR-Forschung zum anderen:⁸ Die Ausstellung wurde weithin gefeiert, weil sie die in der DDR entstandene Kunst allein ästhetischer Beurteilung unterworfen habe.

Kritik gab es an dieser Präsentation nur vereinzelt, etwa von Wolfgang Mattheuer, der es abwegig fand, 13 Jahre nach dem Mauerfall überhaupt noch solche regional fixierten Ausstellungen zu veranstalten. Das Lob indes überwog bei weitem, doch war und ist es ein durchaus auch seltsames Lob: Mit der Würdigung der Ästhetisierung wurde implizit die Entpolitisierung und Entkontextualisierung gewürdigt. Und in der Tat: Die Sparsamkeit der Kommentierung auf den Texttafeln versuchte, den Blick auf die Qualität der Werke hinzulenken, indem die Ablenkung durch nichtkünstlerische Informationen gering gehalten wurde.

Die Kuratoren hatten mit ihrem Vorgehen zweifellos eines erreicht: Ihre Ausstellung war den bisher bei vergleichbaren Unternehmungen üblichen Streitigkeiten enthoben. Waren also zuvor politisierende DDR-Kunstaustellungen zahlreich erprobt worden, haben wir nun auch die politikentlastete Exposition hinter uns. Es war dies für den gegebenen Zeitpunkt vermutlich ein nötiges Unterfangen. Ein merkwürdiges Gefühl bleibt dennoch. Gibt es denn das: Kunst ohne Kontext? Ist Kunst ohne ihren Entstehungszusammenhang rezipierbar? Und wäre eine solche Rezeption wünschenswert? Schließlich: Gibt es eigentlich tatsächlich die bei der Auswahl der Werke unterstellten überzeitlichen Kriterien dafür, „was bleibt“? Der Kunstmarkt beispielsweise bewertet – um eine der umstrittensten Figuren herauszugreifen – den späteren Willi Sitte sehr viel besser (nämlich ziemlich teuer) als die Ausstellung, die lediglich den jungen Sitte gelten ließ.

Das also kann als aktueller Sachstand der DDR-Aufarbeitung eines Jahres festgehalten werden: Historisierungstendenzen, die Aspekte der DDR-Geschichte in der gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte verorten, Trash-Shows, nachdenklich stimmende Erklärungsdefizite einer seit 1990 ganz ungewöhnlich mit Ressourcen ausgestatteten DDR-Forschung und eine um politikentlastete Annäherung bemühte Kunstpräsentation. All dies hat sehr

8 Vgl. den zur Ausstellung erschienen Katalog: Eugen Blume/Roland März (Hrsg.), Kunst in der DDR. Eine Retrospektive der Nationalgalerie, Berlin 2003.

viel mit den Problemen zu tun, welche die Aufklärung über die DDR und dabei insbesondere die adressatengerechte Vermittlung der Aufklärungsinhalte machen. Darum ging es auf der hier dokumentierten Tagung: die DDR als Vermittlungsproblem.

Die Tagung war eingebunden in eine Folge von Aktivitäten, zu denen sich, 2001 beginnend, die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg zusammengefunden hatten:

- Im Januar 2002 war von Institut und Stiftung mit beträchtlicher öffentlicher Resonanz die Studie „Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000“ vorgestellt worden.⁹ Die Ergebnisse konnten als beunruhigend interpretiert werden: Der DDR waren im Jahre 2000 an 60 Prozent der deutschen Universitäten keine eigenen Lehrveranstaltungen gewidmet, und dort, wo sie Gegenstand der Lehre war, musste eine beträchtliche thematische Unausgewogenheit festgestellt werden.
- Es folgte die hier dokumentierte Tagung mit dem Untertitel „Die DDR als Gegenstand von Forschung, Lehre und Politischer Bildung“ im März 2003 in Wittenberg.
- Parallel fand das Projekt seine Fortsetzung in einer zweiten Untersuchung, in der die Akteure der DDR-Forschung und -Lehre befragt sowie ihre Aktivitäten und Motivationen analysiert wurden.¹⁰
- Seit Januar 2004 wird das Thema in einer inhaltlich erweiterten Fassung – Titel „Wissenschaftspraxis und Gedächtnis. Untersuchung eines Spannungsfeldes am Beispiel der Historisierung der DDR nach 1990“ – als Promotionsprojekt bearbeitet, das von der Stiftung Aufarbeitung gefördert wird und am Institut für Hochschulforschung angesiedelt ist.
- Im April 2004 präsentierte die Stiftung Aufarbeitung eine Expertise zum Stellenwert des Themas DDR-Geschichte in den schulischen Lehr-

9 Peer Pasternack, *Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000*. Unter Mitarb. v. Anne Glück, Jens Hüttmann, Dirk Lewin, Simone Schmid und Katja Schulze, Wittenberg 2001.

10 Jens Hüttmann, *Die „Gelehrte DDR“ und ihre Akteure. Inhalte, Motivationen, Strategien: Die DDR als Gegenstand von Lehre und Forschung an deutschen Universitäten*. Unter Mitarb. v. Peer Pasternack. HoF Wittenberg, Wittenberg 2004.

plänen der deutschen Bundesländer, die mit einer Analyse der Geschichtsschulbücher fortgeschrieben werden wird.

Die Fragen, die auf der im vorliegenden Band dokumentierten Tagung vornehmlich interessierten, waren: Wie fließen die Forschungs- und sonstigen Aufarbeitungsbemühungen zur DDR in die Vermittlung des Themas in Schule, Hochschule und politischer Bildung ein? Mit welchen Strategien, Methoden und Inhalten hinterfragen und kritisieren Forschung, Lehre und Politische Bildung gegenwärtig und zukünftig ein Gedächtnis an die DDR? Wer sind die Akteure von DDR-bezogener Lehre und Forschung, und worin bestehen deren Motive? Lassen sich diesbezügliche disziplinäre Spezifika kennzeichnen? Welche Rückkopplungen gibt es zwischen Wissenschaft und anderen Formen der Aufarbeitung? Neunzig Referent(inn)en und Teilnehmer(inn)en suchten auf der Wittenberger Zusammenkunft gemeinsam nach Antworten. Die überarbeiteten Beiträge werden hiermit weiterführenden Diskussionen zur Verfügung gestellt.

Wittenberg und Berlin, im Mai 2004

Jens Hüttmann, Ulrich Mählert, Peer Pasternack

Kontexte

Acht Thesen zum Stand historischer Reflexivität in Deutschland

Als das HoF – Institut für Hochschulforschung Wittenberg sich entschloss, gemeinsam mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eine Arbeitstagung auszurichten, die sich mit der Bedeutung der Geschichte der DDR als Gegenstand akademischer Forschung und Lehre und als Thema politischer Bildung befassen sollte, waren die Meinungen über die zu erwartende Resonanz geteilt: Während die einen damit rechneten, dass das DDR-Thema im 13. Jahr nach der deutschen Vereinigung an Aktualität verloren habe und nur noch für Spezialisten interessant sei, gingen die anderen eher davon aus, dass mit zunehmender zeitlicher Distanz und abnehmender Emotionalität der Diskussionen die allgemeine Bereitschaft wachse, über die Rolle der DDR als Bestandteil der deutschen Geschichte nachzudenken.

Das große Teilnehmerinteresse und der tatsächliche Tagungsverlauf lassen darauf schließen, dass beide Ausgangserwartungen nicht ganz unbegründet waren. Vielleicht lässt sich sogar sagen, dass mit der Alternative „De-Thematisierung oder Re-Thematisierung der DDR-Geschichte“ ein Spannungsfeld umschrieben ist, das die deutsche Historikerschaft zu Stellungnahmen zwingt. Falls das zutrifft, kann die Wittenberger Arbeitstagung als Teil einer unausweichlichen Debatte gesehen werden, deren Verlauf darüber entscheiden wird, welche Geschichtsbilder in Deutschland künftig gelten werden: Was kann und was wird vergessen werden, und was gehört dazu?

Vielleicht mag es für diese Debatte hilfreich sein, wenn im Folgenden aus der Sicht eines Nicht-Historikers, der mit den Augen eines Wissenschaftssoziologen auf das Thema „DDR-Geschichte in Deutschland“ blickt, einige

Prämissen in Erinnerung gebracht werden, die die Debatte prägen. Ich fasse meine Überlegungen in acht Punkte:

1. Zunächst sollte man sich an Folgendes erinnern: Die Geschichtswissenschaft hat an deutschen Universitäten etwa seit der Mitte des 19. Jahrhunderts einen beträchtlichen Aufschwung erlebt. Dafür gibt es gewiss mehrere Ursachen. Aber unstrittig ist auf jeden Fall, dass zum Aufstieg der universitären Geschichtswissenschaft ganz wesentlich die ihr übertragene Aufgabe beigetragen hat, Geschichtslehrer für die Gymnasien auszubilden und auf das Staatsexamen vorzubereiten. Wegen dieses besonderen akademischen Lehrauftrages konnte die Geschichtswissenschaft also nie eine ganz „staatsferne“ Wissenschaft sein.

2. Sodann ist auch schwerlich zu leugnen, dass in der Hoch-Zeit der europäischen Nationalstaaten, etwa von 1850–1945, die Nationalgeschichte im Zentrum des Geschichtsunterrichts stand. Spätestens ab 1871 wurden der Nationalstaat, die nationale Kultur und Sprache, zum wichtigsten Relevanzrahmen, auf den Geschichte in Deutschland bezogen wurde. Bei der Bestimmung dessen, was in diesen „nationalen“ Rahmen hineingehörte, spielten Geschichtsschreiber und Geschichtslehrer eine wichtige Rolle.

3. Selbstverständlich hat es außerdem in der universitären Geschichtswissenschaft in Deutschland immer auch andere Ansätze gegeben, etwa kultur- und wirtschaftsgeschichtliche Fragestellungen, oder heute z. B. die Gedächtnisgeschichte oder die vergleichende Strukturgeschichte. Damit will ich zum Ausdruck bringen, dass ein nationalstaatszentrierter Historismus à la Heinrich von Treitschke nie das einzige Richtmaß der deutschen Historiker gewesen ist. Heute ist das weniger als je zuvor der Fall. Auch der hier vorliegende Tagungsband legt davon ja ein deutliches Zeugnis ab.

4. Und dennoch, so meine These, fungiert der nationalstaatlich-territoriale Rahmen bis heute als die wichtigste Bezugsebene für die historische Bildung und den Schulunterricht. Dabei kann es gar nicht ausbleiben, dass die Frage, welche inhaltlichen Schwerpunkte im Geschichtsunterricht zu setzen sind, immer mit (direktem oder indirektem) Bezug auf das essenziell umstrittene Thema der „nationalen Identität“ diskutiert wird. Man erinnere sich nur an die deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen, um sich das bewusst zu machen. Immer noch geht es, so meine ich, ganz entscheidend auch darum, welches Bild der Geschichte für Deutsche, für Polen oder auch

für Amerikaner gelten soll und welches Bild von ihrer eigenen Geschichte sich ihre Bürger machen.

5. Um genau diese Frage geht es auch bei der Debatte im Spannungsfeld zwischen „De-Thematisierung“ und „Re-Thematisierung“ der DDR. Die Leitfrage lautet: Ist DDR-Geschichte ein integraler Bestandteil – eventuell sogar ein herausgehobener Teil – der Geschichte Deutschlands? Oder aber: Ist die Geschichte der DDR lediglich eine der zahlreichen Landes-, Regional- und Heimatgeschichten, die im Bereich des Geschichtsunterrichts und des allgemeinen Geschichtsdiskurses bekanntlich nur eine untergeordnete, der übergreifenden Nationalgeschichte zugeordnete Rolle spielen? Mit anderen Worten: Ist DDR-Geschichte nur eine von vielen Sub-Geschichten im Rahmen der föderalen und regionalen Vielgestaltigkeit der deutschen Geschichte – oder ist sie für Deutschland etwas Besonderes?

6. Als realitätsbezogener, mit typischen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungsverläufen vertrauter Soziologe muss man nun allerdings erwarten (und als engagierter Bürger muss man vielleicht befürchten), dass Ersteres geschehen wird. Das heißt, der erwartbare Verlauf ist, dass die hegemoniale gesamtdeutsche Sicht sich durchsetzen wird – mit einem kleinen, mit den Jahren immer kleiner werdenden „Sonderkapitel DDR“ als marginalem Zusatz. Wenn es zutreffen sollte, dass zu jedem erfolgreichen Prozess des *nation building* auch die Herausbildung einer hegemonialen nationalen Geschichtserzählung gehört, dann muss man der DDR-Geschichte eine ähnliche Entwicklung prognostizieren wie der Geschichte des einstmals souveränen Saarlandes: Sie ist weit gehend vergessen.

7. Da mit einer derartigen Entwicklung eine Möglichkeit, an und mit der eigenen Geschichte zu lernen, verloren ginge, möchte ich aber optimistischer enden. Ich will darauf hinweisen, dass es auch anders kommen kann. Ich will deshalb an ein Ruhmesblatt der deutschen Geschichtswissenschaft erinnern: Ihr ist es gelungen, gegen mancherlei Widerstände die Erinnerung an das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte – das NS-System, den Hitlerschen Angriffskrieg und den Holocaust – im historischen Gedächtnis der Deutschen wach zu halten und nicht zu verdrängen. Ich meine, es besteht bei uns eine realistische Chance, an dieses Modell historischer Reflexivität anzuknüpfen – sicherlich nicht zu unserem Schaden. Dass Derartige nicht selbstverständlich ist, kann man beispielsweise an dem ver-

krampfhaften Umgang erkennen, der von ehemaligen Kolonialmächten wie Großbritannien oder Frankreich mit ihrer Kolonialgeschichte gepflegt wird.

8. Da Geschichtsschreibung immer selektive Rekonstruktion (bzw. „Konstruktion“) von Geschichte ist, da sie also nicht nur „von Menschen gemacht“, sondern auch von Menschen „geschrieben“ wird, kann man etwas dafür tun, dass Glättungs-, Beschönigungs-, Verdrängungs- und Ausschließungstendenzen nicht ohne weiteres die Oberhand behalten. Vielleicht mag es ja – angesichts der jüngsten Re-Nationalisierung der Weltpolitik – zu optimistisch anmuten, aber ich meine doch, dass dem Lande Deutschland als Teil Europas ein aus verfassungspatriotischer Sicht gezeichnetes Geschichtsbild besser bekommen könnte als eine neue Nationalgeschichte. Eine solche „verfassungspatriotische“ Geschichte Deutschlands im Sinne von Dolf Sternberger und Jürgen Habermas hätte immerhin den Vorzug, sich *sine ira et studio* als eine Wirkungsgeschichte verstehen zu können, in der die Wege und Irrwege unserer Vergangenheit nicht nur konstatiert bzw. ignoriert, sondern auch im Hinblick auf ihr (beabsichtigtes oder unbeabsichtigtes) Fortwirken ernst genommen werden. Denn wie für die Biografie der Einzelpersonlichkeit, so gilt auch für die Geschichte des Kollektivakteurs „Deutschland“: Wenn es gelingt, die gesamte eigene Vergangenheit anzuerkennen, also: zu „nostrifizieren“ und nicht zu zensieren, dann stehen die Chancen gut, dass unsere Vergangenheit nicht immer weiter wie ein Alb auf uns lasten muss.

Aus dem Munde eines Wissenschaftlers, der selbst nicht Historiker ist, sind das vielleicht etwas vermessene Worte. Wenn ich es aber recht verstanden habe, stehe ich damit den selbst gestellten Zielen der Tagung und dieses Bandes nicht allzu fern. Denn es sollte darum gehen, die vorübergehend getrennten Wege der beiden deutschen Staatsgeschichten in ihrer jeweiligen Eigenbedeutung und internationalen Verflechtung anzuerkennen und die in ihnen angelegten Entwicklungspotenziale und Gefahren unbefangen wahrzunehmen.

Geschichtstheoretische Hintergründe des historischen Selbstverständnisses der DDR-Geschichtswissenschaft

1. Bilanzen

Unmittelbar nach dem Ende der DDR erschienen 1991/92 zwei Sammelbände, die das Ende der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft in der DDR thematisierten: „Zwischen Parteilichkeit und Professionalität“ und „Krise – Umbruch – Neubeginn“. Beide Publikationen stellten die enge Bindung der Geschichtswissenschaft an die SED in den Mittelpunkt der Kritik. Hermann Weber beispielsweise schrieb seinen Artikel über die „Weißen Flecken“ in der DDR-Geschichtsschreibung,¹ und Konrad H. Jarausch zitierte eine Selbstkritik des Instituts für Marxismus-Leninismus, dem plötzlich eingefallen war, dass es nicht die Aufgabe der Geschichtsschreibung sein dürfe, „vorgegebene politische Wertungen zu legitimieren“.² Jarausch hielt diesen Sinneswechsel für nicht besonders glaubwürdig. Das mag sein – aber aus gegebenem Grund trifft der Sinneswandel ins Schwarze. Er reicht nämlich geschichtstheoretisch weiter, als das bloß politische Eingeständnis

1 Hermann Weber, „Weiße Flecken“ in der DDR-Geschichtsschreibung, in: Rainer Eckert/Wolfgang Küttler/Gustav Seeber, *Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90*, Stuttgart 1992, S. 369–391.

2 Konrad H. Jarausch, *Vom Zusammenbruch zur Erneuerung. Überlegungen zur Krise der ostdeutschen Geschichtswissenschaft*, in: ders. (Hrsg.), *Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR*, Berlin 1991, S. 17.

auf den ersten Blick scheinen lässt. Über diese weiter reichenden theoretischen Annahmen, die normalerweise im Diskurs der Historiker gar nicht auftreten, will ich sprechen. Es handelt sich um Grundlagen, die den Horizont der Einzeldisziplin Geschichtsschreibung übersteigen, um kaum je befragte gesellschaftliche Selbstverständnisse. Ich spreche im Plural, weil man diese Selbstverständnisse am besten im Vergleich der beiden deutschen Nachkriegsstaaten entwickeln kann.³

Dabei ist noch eine zeitliche Situierung zu berücksichtigen. Beide deutschen Nachkriegsstaaten, die alte Bundesrepublik und die DDR, hatten eine Lebensdauer von ca. 40 Jahren. Sie reichten – grob gesagt – von 1950 bis 1990. Aus bestimmten Gründen scheint es mir lohnend, sich vor allem auf die Mitte dieses Zeitraumes zu konzentrieren: auf die 70er-Jahre. Zu dieser Zeit hatte die Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik ihren ersten großen Paradigmenwechsel hinter sich: Neben die traditionelle, auf den Staat bezogene politische Geschichtswissenschaft war die „Moderne deutsche Sozialgeschichte“ getreten. Darüber hinaus lief bei der damaligen Studentengeneration seit der Mitte der 60er-Jahre die Rezeption der „Frankfurter Schule“, sodass eine im Dritten Reich und im Nachkriegsdeutschland verschollene Mischform von „Kulturphilosophie“⁴ und „Kulturgeschichte“ wieder zum Tragen kam. Auf der anderen Seite hatte sich in der DDR der Staat seit den 60er-Jahren gefestigt; eine unabsehbare sozialistische Zukunft schien vor den Historikern zu liegen – und man ging nun ernsthaft daran, eine marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft auch theoretisch und methodisch aufzubauen.

Ich möchte meinen Überlegungen drei – sehr ungeschützte – Thesen voranstellen. Ihre Ausarbeitung ist im Rahmen eines knappen Beitrags ohnehin nicht möglich. Dennoch sollen sie genannt werden:

1. Im Gegensatz zur Wissenschaftsentwicklung in der Bundesrepublik gab es in der Geschichtsschreibung der DDR ein starkes Theodizee-Motiv. Die These mag auf den ersten Blick überraschen, weil sie niemals als solche

3 Natürlich gibt es diese Debatte auch im internationalen Rahmen; ich kann darauf aber nicht eingehen. Vgl. dazu Alf Lüdke/Ludolf Kuchenbuch u. a., Was bleibt von marxistischen Perspektiven in der Geschichtsforschung?, Göttingen 1997.

4 Über die Schicksale der Kulturphilosophie in Deutschland vgl. Ralf Konersmann (Hrsg.), Kulturphilosophie, Leipzig 1996, S. 9–24.

diskutiert wurde. Im Grunde bezieht sie sich auf Differenzierungen im Verhältnis zum Nationalsozialismus. In der Bundesrepublik galt der Nationalsozialismus primär als Antisemitismus; da die Vernichtung der europäischen Juden sich nicht mehr – frei nach Hegel – als „Arbeit des Negativen“ in der Geschichte verrechnen ließ, wurde der „Sinn“ des historischen Prozesses in Frage gestellt. Davon war die DDR-Geschichtswissenschaft weit entfernt. Da ihr der Nationalsozialismus primär als Antikommunismus galt, der Sozialismus aber schließlich „gesiegt“ hatte, wurde der Nationalsozialismus als großes Übel betrachtet, das aber, gegen seine Intention, letztlich doch hatte zum Guten wirken müssen, eben zum Aufbau des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates auf deutschem Boden. Man fühlte sich als „Sieger der Geschichte“, und entsprechend optimistisch war das offizielle Geschichtsbild. Das Ziel der Geschichte – Sozialismus und Kommunismus – war intakt geblieben, und man war der Ansicht, sich diesem Ziel zu nähern.⁵

2. Dieser historische Optimismus wurde durch eine weitere Eigenart des sozialistischen Selbstverständnisses verstärkt. Die „Sozialistische Staatengemeinschaft“ mit der UdSSR an der Spitze galt nicht etwa als eine mittelgroße sozialistische Insel im kapitalistischen Weltmarkt, sondern als eine neue Gesellschaftsformation, die sich nach ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten entwickelte. Alles, was in Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus innerhalb der Systemkonkurrenz zwangsläufig getan werden musste, wurde nicht etwa als Zwang des kapitalistischen Weltmarktes, sondern als eigenständige „sozialistische Errungenschaft“ dargestellt. Die DDR stand vor folgendem Problem: Einerseits galt der Sozialismus schon als erreicht; andererseits mussten alle Anstrengungen unternommen und Entbehrungen hingenommen werden, den noch real existierenden Kapitalismus einzuholen. Einzig eine kritische Selbstreflexion hätte dieses Dilemma thematisieren können. Stattdessen wurde ein „heroisches“ Menschenbild entwickelt, das dieses Dilemma „meistern“ sollte. Dies ist die große Lebenslüge der DDR-Ideologie gewesen: Man betrachtete sich nicht als Teil des immer noch

5 Einige Hinweise zu diesem Problembereich enthält der Artikel: Heinz Dieter Kittsteiner, Die in sich gebrochene Heroisierung. Ein geschichtstheoretischer Versuch zum Menschenbild in der Kunst der DDR, in: *Historische Anthropologie* 2 (1994), Heft 3, S. 442–461.

existierenden Weltmarktes, sondern definierte sich so, als habe man bereits eine eigenständige Entwicklungsstufe erreicht. Daher das Erstaunen, als der Weltmarkt nach dem Motto „Zurück in die Zukunft“ die vermeintlich fortschrittlichere Gesellschaftsformation wieder in sich zurücknahm.

3. Eine mögliche Realitätskontrolle ging durch die spezifische Form der „Parteilichkeit“ größtenteils verloren, zumindest konnte die Geschichtswissenschaft ihre Funktion als historisch-kritische Bestimmung der Gegenwart nicht wahrnehmen. Die Geschichtswissenschaft in der DDR war offiziell „marxistisch-leninistisch“. Dieses seltsame theoretische Mischgebilde aus Marx – vor allem aber Engels, Lenin und Stalin – ist m. E. erst in Ansätzen erforscht worden. Mit Marx selbst hat es relativ wenig zu tun; instinktiv ahnte man diese Differenzen. Die Folge: Marx war in der DDR ein weitgehend unbekannter Autor. Erst gegen Ende der DDR hätte sich mit der Herausgabe der neuen MEGA eine allmähliche Annäherung an Marx vollziehen können. Doch da war es zu spät. Meine These: Die Geschichtswissenschaft der DDR funktionierte in Wirklichkeit nach einer unreflektierten Verbindung des selbst nicht erforschten „Marxismus-Leninismus“ und dem neukantianischen Modell der „Wertbeziehung“. Anders aber als bei Max Weber war die Wertpalette nicht pluralistisch aufgegliedert, sondern durch die Parteitagebeschlüsse vorgegeben. Es gab also offiziell nicht viele miteinander im wissenschaftlichen Streit liegende Wertbeziehungen, sondern nur eine einzige, die sich als „objektiv“ betrachtete: den „unverrückbaren Klassenstandpunkt des Proletariats“. Insofern hat es seinen tiefen Sinn, wenn zu guter Letzt das Institut für Marxismus-Leninismus auf die Idee kam, die nachträgliche Legitimation von vorgegebenen Werthaltungen könne nicht der Sinn der Geschichtswissenschaften gewesen sein.

Diese offizielle Wertbeziehung schließt allerdings nicht aus, dass sich unter dem Deckmantel der parteilichen Vorgaben dennoch ein Pluralismus der verschiedenen Richtungen oder Institute abspielte. Diese pluralistische Geheimgeschichte der verborgenen Konkurrenzen, der wissenschaftlichen Innovationen, der wechselseitigen Kritik – vor allem seit Beginn der 70er-Jahre⁶ – wäre ein wichtiger Forschungsbereich in der Aufarbeitung der DDR-

6 Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft in der DDR*, Bd. 1, Berlin 1988, S. 16.

Geschichtswissenschaft. Ich kann dazu heute leider nichts beitragen, sondern mich nur im Rahmen meiner drei Thesen bewegen.

2. Theodizee und Sinnverlust

Was die Bundesrepublik betrifft, so wurde der „Sinnverlust“ der Geschichte nicht in den Geschichtswissenschaften diskutiert. Die beiden damals einschlägigen Sammelbände von Hans-Ulrich Wehler – „Moderne deutsche Sozialgeschichte“ und „Geschichte und Soziologie“ – suchten mit den einleitenden Stellungnahmen von Werner Conze und Hans Mommsen⁷ bzw. mit der Einleitung von Wehler selbst⁸ lediglich die Abkehr von der politischen Geschichtsschreibung zu begründen – wobei Wehler für eine kritische Öffnung zur marxistischen Geschichtswissenschaft eintrat. Allerdings war das Monopol auf „Geschichtsschreibung“ in einem weiter gefassten Sinne in den späten 60er-Jahren der Fachdisziplin „Geschichte“ schon abhanden gekommen. Mit der Rezeption der „Frankfurter Schule“ war eine Konkurrenzdisziplin aufgetaucht, die man vielleicht – aus heutiger Sicht – als eine über Georg Simmel gekommene, nochmals durch Lektüre von Marx und Freud modernisierte Lebensphilosophie bezeichnen könnte. Damit war neben die Sozialgeschichte eine spezifische Kulturgeschichte (Benjamin, Kracauer, Elias) getreten, die sich einerseits partiell auf Marx berief, andererseits aber schon seit den 20er-Jahren mit dem Parteimarxismus gebrochen hatte.

7 „Es bedurfte erst der elementaren Erfahrung von der Geschichtsmächtigkeit gesellschaftlicher Strukturen, die in der Ausgesetztheit des modernen Menschen gegenüber ‚sekundären Systemen‘, das heißt ihm anonym gegenüberstehenden und ihn bedingenden funktionalistischen Apparaturen, offenkundig wurde, um den Weg zu einer sozialgeschichtlichen Geschichtsansicht freizumachen.“ Hans Mommsen, *Sozialgeschichte*, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, 2. Aufl., Köln/Berlin 1968, S. 31.

8 „Nicht zuletzt von dieser dialektischen Verschränkung her erklärt sich die Faszination der Marxschen Theorie, die innerhalb ihres Beziehungsgeflechts von Ökonomie, Gesellschaft und Herrschaft eine schwer zu übertreffende Kraft bewiesen hat, die endogene Dynamik einer Gesellschaft, die Geschichte als Prozeß mit eigenen Antriebskräften zu begreifen.“ Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *Geschichte und Soziologie*, Köln/Berlin 1972, Einleitung, S. 22.

In der „Dialektik der Aufklärung“ – geschrieben 1947, gelesen 1967 – gibt es den Abschnitt „Zur Kritik der Geschichtsphilosophie“. Kritisiert wird Hegels *Schrulle*, die Weltgeschichte in Hinblick auf Kategorien wie Freiheit und Gerechtigkeit zu konstruieren. Zwar gebe es eine „List“ in der Geschichte – aber eben keine der Vernunft. Sie mache lediglich die Menschen „zu immer weiter reichenden Bestien“, weit entfernt von einer Identität von Subjekt und Objekt. Geschichte als Korrelat einer einheitlichen Theorie ist nicht das „Gute“, sondern das „Grauen“.⁹ Zur gleichen Zeit – 1966 – war Adornos Spätwerk, die „Negative Dialektik“ erschienen. Es bestätigt noch einmal die gleiche Position: Eine ausführliche Kritik an Hegel: „Zwang“ war ihm zum „Sinn“ geworden; gleichzeitig blieb der Vorrang des Objektiven im „Bann“ gewahrt.¹⁰ Eine „Metaphysik nach Auschwitz“ verzichtete auf die Kategorie des historischen Sinns,¹¹ hielt aber die Grundfigur der klassischen deutschen Geschichtsphilosophie von Kant bis Hegel, dass Geschichte nicht verfügbar sei, aufrecht.¹²

Verglichen damit sind alle politischen Marxismen – mit einer gewissen Ausnahme von Marx selbst – Hegelianer geblieben. Hegel hatte das von Augustinus und Leibniz übernommene Theodizee-Modell geschichtsphilosophisch dynamisiert. Die Geschichte ist der Inbegriff der konkretesten Übel – aber der denkende Geist soll mit dem Negativen versöhnt werden.¹³ Denn das Negative ist eingebunden in den Prozess der Verwirklichung des Bewusstseins der Freiheit, es muss – *List der Vernunft* – gegen seinen Willen zum Guten wirken. Dieses Mephisto-Motiv ist z. B. in der ganz einfachen Definition des „Faschismus“ seitens der DDR-Wissenschaft bereits vorhanden. Man muss nur genau hinsehen.

„Faschismus: in der ersten Etappe der *allgemeinen Krise des Kapitalismus* und des Übergangs zum Sozialismus entstandene reaktionäre politische Bewe-

9 Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung*. Philosophische Fragmente, Amsterdam 1947, S. 264 ff.

10 Theodor W. Adorno, *Negative Dialektik*, Frankfurt a. M. 1966, S. 308 und S. 337.

11 Ebenda, S. 367.

12 Vgl. dazu Heinz Dieter Kittsteiner, *Listen der Vernunft*. Motive geschichtsphilosophischen Denkens, Frankfurt a. M. 1998.

13 G. W. F. Hegel, *Die Vernunft in der Geschichte*, hrsg. v. Johannes Hoffmeister, Hamburg 1955, S. 48.

gung, die den Klasseninteressen der reaktionärsten Gruppen der Monopolbourgeoisie entsprach und in einigen Ländern zur Herrschaft gelangte.“¹⁴

Was bedeutet diese Definition?

1. Der Faschismus ist ein Krisenphänomen des Kapitalismus.

2. Die Krise selbst bedeutet schon den Übergang zum Sozialismus.

D. h., der „Faschismus“ war von vornherein eingebettet in eine übergreifende historische Bewegung, die zwangsläufig mit dem Sieg des Sozialismus enden musste – so wie der Antichrist nur ein vorübergehendes Moment in der Geschichte des wiederkehrenden Christus ist. Insofern sind auch die Gegenspieler des Hitlerfaschismus immer „die fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes“, sprich: die in ihrer Partei organisierten *revolutionären* Arbeiter geblieben. Insofern war die Niederlage des Faschismus „gesetzmäßig“.¹⁵ Der entsprechende Überblick über die Forschungen der Jahre 1970–1980 fällt differenzierter aus; dennoch bleibt auch hier der Nationalsozialismus eingebettet in eine (nachträgliche) Siegesgeschichte der KPD: „Das Wirken der KPD war die entscheidende Voraussetzung dafür, dass die historische Chance, die dem deutschen Volk nach der Befreiung vom Faschismus geboten wurde, erfolgreich genutzt werden konnte.“¹⁶

Um zusammenzufassen: Die Geschichtsschreibung der DDR setzte ein „Ziel“ der Geschichte voraus, eine Abfolge von „progressiven Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation“,¹⁷ an deren Ende die Überwindung des Kapitalismus und der Sozialismus zu stehen hatten. Da zugleich in der seit 1917 konstatierten Übergangsperiode zum Sozialismus der Anteil der bewussten Machbarkeit der Geschichte zu wachsen schien, ging es darum, diese „allgemeinen Gesetzmäßigkeiten“ der Geschichte herauszuarbeiten und ihnen gemäß zu handeln.

14 Autorenkollektiv, Wörterbuch der Geschichte, Bd. 1, Berlin 1984, S. 290.

15 Gerhard Förster/Bruno Löwel/Wolfgang Schumann, Forschungen zur deutschen Geschichte 1933–45, in: Historische Forschungen in der DDR 1960–70. Analysen und Berichte. Zum XIII. Internationalen Historikerkongress in Moskau 1970, Berlin 1970, S. 552 und 589.

16 Dieter Lange/Birgid Leske/Karlheinz Pech/Wolfgang Schumann, Forschungen zur deutschen Geschichte 1933–45, in: Historische Forschungen in der DDR 1970–1980. Analysen und Berichte. Zum XV. Internationalen Historikerkongress in Bukarest, Berlin 1980, S. 279 f.

17 Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1969, MEW Bd. 13, S. 9.

3. Historischer Optimismus auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus

„Marxismus-Leninismus: die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei; das einheitliche System der wissenschaftlichen Anschauungen und Theorien von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin.“ Der ML ist „die einzige Wissenschaft, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft begreifen und bewusst gestalten lässt“.¹⁸

Dass der Marxismus-Leninismus die Weltanschauung einer marxistisch-leninistischen Partei ist, ist trivial. Ob die wissenschaftlichen Anschauungen von Marx und Engels allein schon ein einheitliches System bilden, kann bezweifelt werden. Dass Stalin nicht erwähnt wird, ist ein entscheidender Mangel, denn der „Marxismus-Leninismus“ geht ja nicht auf Lenin, sondern auf Stalin zurück.¹⁹ Interessant ist die letztere Aussage: Es ist die Wissenschaft zur bewussten Gestaltung der Zukunft. Ohne dass ich es jetzt weiter ausführen kann: Für Marx war der Kapitalismus „naturwüchsig“. Er verstand darunter die Bewegung G-W-G' als das sich selbst bewegende „Substanz-Subjekt“ der Geschichte.²⁰ Nicht das Proletariat, sondern das Kapital „macht“ die Geschichte; in der Spannung von Gesetz und Konkurrenz produziert es seine Geschichte aber *unbewusst*. Der Kommunismus war daher bei Marx geradezu definiert als die Rückgabe der Geschichte an die bewusst planenden „assozierten Produzenten“.²¹ Das setzte allerdings eine wirkliche Weltrevolution voraus; d. h., das Proletariat sollte sich an die Stelle des Weltmarktes setzen.²² Und weiter heißt bei Marx Sozialismus gar nichts.

Der „Marxismus-Leninismus“ hatte von vornherein einen folgenschweren Geburtsfehler: der kapitalistische Weltmarkt existierte noch; gleichzeitig war aber mit der UdSSR ein Gebilde entstanden, das sich (abweichend

18 Wörterbuch der Geschichte, Bd. 2, S. 688.

19 Vgl. zur Entstehung des Marxismus-Leninismus Oskar Negt, *Marxismus als Legitimationswissenschaft. Zur Genese der stalinistischen Philosophie*. Einleitung des Herausgebers zu: Abram Deborin/Nikolai Bucharin, *Kontroversen über dialektischen und historischen Materialismus*, Frankfurt a. M. 1969.

20 Karl Marx, *Das Kapital*, Marx/Engels Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 169.

21 Karl Marx, *Die deutsche Ideologie*, MEW Bd. 3, S. 70 f.

22 Ebenda, S. 36 ff.

von der Marxschen Definition) „sozialistisch“ nannte und das Gestaltungsmöglichkeiten für sich in Anspruch nahm, die eigentlich den Untergang des kapitalistischen Weltmarktes vorausgesetzt hätten.²³ Die Herausgeber vom Institut für Marxismus-Leninismus hatten dieses Problem sehr wohl erkannt; sie erklärten in einer Anmerkung, die alte Marxsche Formulierung von der Gleichzeitigkeit der Revolution in den „fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern“ habe nur für die Epoche des „vormonopolistischen Kapitalismus“ gegolten und sei mit den wissenschaftlichen Entdeckungen W. I. Lenins hinfällig geworden.²⁴ So blieb es bei den wachsenden Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeiterklasse und ihrer Partei.

Es wäre einmal notwendig, eine Dissertation zum Wortgebrauch „gestalten“ und „meistern“ im DDR-Jargon anzuregen. Nur ein Beispiel: 1969 gab es eine Konferenz zu dem Thema: „Das sozialistische Geschichtsbewusstsein bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.“ Darin wurde geradezu mustergültig das Dogma von der Überwindung der Entfremdung im Sozialismus und von der neuen Machbarkeit der Geschichte ausgesprochen: „Wenn mit der Beseitigung der Ausbeutung die gesellschaftlichen Verhältnisse dem Menschen nicht mehr als eine fremde, feindliche Macht gegenüberstehen, sondern in wachsendem Maße beeinflussbar, planbar, beherrschbar werden, dann hat das zwangsläufig auch Auswirkungen auf seine Beziehungen zur Geschichte. Auch die Geschichte ist dann keine fremde Macht mehr.“²⁵ Gefragt wurde, wie viel „Geschichtsbewusstsein“ die sozialistische Persönlichkeit brauche, um diesen Gestaltungsprozess beherrschen zu können. (Zusätzlich untersucht werden müssten die Phrasen „immer mehr“ und „in wachsendem Maße“, „immer tiefer“, überhaupt alle Komparative, Verbesserungen und Vertiefungen, die ja immerhin ausdrückten, dass diese Beherrschbarkeit der Geschichte noch nicht vollständig gegeben war.)

23 Vgl. dazu Heinz Dieter Kittsteiner, Ist das Zeitalter der Revolutionen beendet?, in: Rüdiger Bubner/Walter Mesch, Die Weltgeschichte – das Weltgericht? Stuttgarter Hegel-Kongreß 1999, Stuttgart 2001, S. 429–447.

24 Marx, Die deutsche Ideologie, MEW Bd. 3, S. 549 f., Anm. 9.

25 Walter Schmidt, Geschichtsbewußtsein und sozialistische Persönlichkeit bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: Helmut Meier/Walter Schmidt (Hrsg.), Geschichtsbewußtsein und sozialistische Gesellschaft, Berlin 1970, S. 21.

Das Eigenartige dieser „Gestaltung“ war allerdings, dass die Zukunft keinesfalls als „offen“ galt. Sie war bereits vom wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus vorweggenommen, sodass das „Gestalten“ sich letztlich auf den Nachvollzug der objektiven Gesetzmäßigkeiten beschränkte.²⁶ Insofern blieb ein ungeklärter Dualismus von „Gestalten“ und „objektiven Notwendigkeiten“ erhalten. Ich möchte daher die These aufstellen, dass sich hinter den „objektiven Gesetzmäßigkeiten“ des leninistisch-stalinistischen „Dialektischen Materialismus“ letztlich der Zwang des Weltmarktes verbarg. Das wurde aber als theoretischer Zusammenhang natürlich nicht dargestellt, sondern als das allgemeine Wirken *verallgemeinerter* historischer Gesetzmäßigkeiten aufgefasst.²⁷

Um es wieder zusammenzufassen: Der Sozialismus in der DDR und im ganzen Ostblock seit 1917 war kein Sozialismus im Marxschen Sinne. Insofern hat der Doppelname „Marxismus-Leninismus“ seine Berechtigung. Die Selbstbestimmung der assoziierten Produzenten, die Marx letztlich als Dialektik des „Reiches der Freiheit“ und des „Reiches der Notwendigkeit“²⁸ bezeichnet hatte, wurde auf eine historische Situation übertragen, die ihr keineswegs entsprach. Daraus entstand die ambivalente Haltung zur „Gestaltung“ der Geschichte: Einerseits sollten die Werktätigen schon ihr eigenes Schicksal „meistern“, andererseits unterstanden sie „objektiven“ Gesetzmäßigkeiten, die als die jeweilige Linie der Partei dargestellt wurden. *In letzter Instanz* waren es die Zwänge aus dem Systemwettbewerb mit dem kapitalistischen Weltmarkt.

26 „Es geht darum, gesellschaftliche Prozesse geistig vorwegzunehmen, die in der Zukunft objektiv sich vollziehen werden, die dem natürlichen Gang der Entwicklung entsprechen, um bereits heute das zielgerichtete Handeln der sozialistischen Persönlichkeit zu stimulieren.“ Joachim Siebelt, Die Rolle des sozialistischen Geschichtsbewußtseins bei der Herausbildung des sozialistischen Perspektivbewußtseins, in: Meier/Schmidt, Geschichtsbewußtsein, S. 192.

27 M. S. Persow, Die Verallgemeinerung der Erfahrungen der Geschichte in den Arbeiten W. I. Lenins aus der Periode vor der Oktoberrevolution, in: Bernd Weissel (Hrsg.), Lenin und die Geschichtswissenschaft, Berlin 1970, S. 105–118.

28 Marx, Das Kapital, Bd. 3, MEW Bd. 25.

4. Parteilichkeit als historische Blindheit

Im Jahre 1972 erschien gleichzeitig im Akademie-Verlag (Ostberlin) und bei Pahl-Rugenstein (Köln) der von Ernst Engelberg herausgegebene Sammelband „Probleme der Marxistischen Geschichtswissenschaft“. Es ist einer der zentralen Theoriebände der frühen 70er-Jahre. Als wichtigste Aufgabe galt die Schaffung einer „marxistisch-leninistischen Historik“. Der Begriff „Historik“ war bewusst gewählt, um das sozialistische Gegenstück zur bürgerlichen „Historik“ Droysens deutlich zu machen. Das Vorwort von Ernst Engelberg stellte die „politisch zielbewußte Fragestellung an die Geschichte“ ins Zentrum. Gemeint waren damit die Erfordernisse der revolutionären Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Methodisch sollte das so geschehen:

„Wir lenken diesen Erkenntnisprozeß, indem wir uns vom historischen Material nicht einfach beeindrucken lassen, sondern aktiv an es herangehen. Aus der Vielzahl der möglichen Fragen an die Vergangenheit wählen wir nämlich diejenigen aus, die die Gegenwart aufwirft.“²⁹

Nur zum Vergleich:

„Mit anderen Worten: was Gegenstand der Untersuchung wird und wie weit diese Untersuchung sich in die Unendlichkeit der Kausalzusammenhänge erstreckt, das bestimmen die den Forscher und seine Zeit beherrschenden Wertideen.“³⁰

Das ist natürlich nicht Lenin oder Marx, sondern Max Weber, der über Heinrich Rickert gerade eine Kritik an Hegel und insofern auch an Marx voraussetzt. Daher meine These: Die Rede von der „Parteilichkeit“ der Geschichtswissenschaft war unter methodischem Aspekt gewöhnlicher Neukantianismus. Man war sich nicht einmal über die Differenzen so recht im Klaren. Weber wusste, warum er sich von den Versuchen zur begrifflichen Entfaltung einer historischen Totalität absetzte: Er hielt sie für nicht machbar.³¹ Wenn eine Auseinandersetzung mit Max Weber seitens der DDR geführt wurde,

29 Ernst Engelberg (Hrsg.), Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft. Beiträge zu ihrer Theorie und Methode, Köln 1972, S. 10.

30 Max Weber, Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1968, S. 184.

31 Max Weber, Roscher und Knies und die logischen Probleme der historischen Nationalökonomie, in: Wissenschaftslehre, S. 15 f.

sah das anders aus. Man griff nicht von Hegel oder Marx her das Verfahren der „Wertbeziehung“ prinzipiell an, sondern man monierte, dass Weber in der Annahme einer *Pluralität* von Werten stecken geblieben sei. „Bei einer solchen Einstellung wird es allerdings unmöglich, zu entscheiden, welchem Wertesystem die Zukunft gehört und welches die einzige Grundlage für eine richtige Bewertung gesellschaftlicher Erscheinungen, auch gesellschaftlicher Theorien abzugeben vermag. [...] Allen Wissenschaftlern ist mit dem weltanschaulichen Fundament des Marxismus-Leninismus eine wissenschaftliche Grundlage gegeben, um richtige Werturteile zu treffen.“³² Nur darum also ging es. Es wurde nicht im Marxschen Sinne formgenetisch eine „Totalität“ der Gesellschaftsformation untersucht – das wäre theoretisch und methodisch ein Gegensatz zu Max Weber gewesen –, sondern der Standpunkt der Arbeiterklasse wurde als das „richtige“ Werturteil zugrunde gelegt, dieses dann aber im Sinne einer ganz gewöhnlichen „Wertbeziehung“ als Ausgangspunkt der Forschung benutzt. An einem Aufsatz von Gerhard Brendler lässt sich das gut überprüfen.

Worum geht es? Um die Verbindung von „Parteilichkeit und Objektivität“. Dass jeder Historiker an die Denkvoraussetzungen seiner Zeit gebunden ist, das gilt für sozialistische und bürgerliche Historiker gleichermaßen. Das bürgerliche Denken verfügt aber über kein vom Erkennenden „unabhängiges Wahrheitskriterium“, sondern dreht sich im Kreise seiner pluralistischen Standpunkte. Dass darin – in der wechselseitigen rationalen Kontrolle der verschiedenen theoretischen Ansätze – das Kriterium einer konsensuellen „Wahrheit“ liegen könnte, wird geflissentlich übersehen. Brendler argumentiert so: Die Wertstandpunkte brauchen noch eine übergreifende Theorie. „Das Ordnen der Fakten, ihre Deutung und Zusammenschau in einem Geschichtsbild sind nur über eine Theorie möglich.“ Da über den Aufbau der Marxschen Theorie aber ägyptische Finsternis herrscht, beschränkt man sich darauf zu sagen, diese Theorie sei „eben philosophisch“. Gemeint sind damit die übergreifenden Gesetzmäßigkeiten des historischen und dialektischen Materialismus.³³ (Die Untersuchung des Zustandekom-

32 Gemeinschaftsarbeit eines Kollektivs am Institut für Philosophie der Karl-Marx-Universität Leipzig: Die Wissenschaft von der Wissenschaft, Berlin 1968, S. 303 f.

33 Gerhard Brendler, Zur Rolle der Parteilichkeit im Erkenntnisprozeß, in: Engelberg, Probleme, S. 105 und 114.

mens dieses Dualismus von *historischem* und *dialektischem* Materialismus wäre wiederum ein eigener Forschungsgegenstand.)

So läuft es zum Schluss darauf hinaus, dass diese Parteilichkeit objektiv ist, weil die Arbeiterklasse das „höchstorganisierte Subjekt der Geschichte“ sei. Da ihr Eigentum, das sozialistische Eigentum, identisch sei mit dem gesamtgesellschaftlichen Eigentum, verfüge die Arbeiterklasse über keine Sonderinteressen gegenüber der Gesellschaft. Insofern wird hier – ohne dass der Begriff fällt – der Standpunkt der Arbeiterklasse zur „Totalität“ ausgeweitet. Hier hätte man zur Not an Georg Lukács’ „Geschichte und Klassenbewußtsein“ von 1923 anknüpfen können. Doch weit gefehlt. Es wird nur betont, dass dieser Standpunkt nicht etwa die „Tagesinteressen“ der Arbeiter ausdrücke,³⁴ sondern identisch sei mit dem Standpunkt der Partei, die die langfristigen Interessen der Arbeiterklasse verwirkliche. Mit der Herausbildung der Partei habe sich ein qualitativer Sprung in der „Subjektqualität der Arbeiterklasse“ vollzogen.³⁵ Man kann es auch anders sagen: In der DDR wurde die „Arbeiterklasse“ bzw. die „sozialistische Menschengemeinschaft“ dominiert von ihrem eigenen idealen Bilde, das die Gestalt der Partei angenommen hatte.

Zusammenfassend noch einmal: Die Geschichtswissenschaft der DDR arbeitete im Grunde mit der *bürgerlichen* Methodik der „Wertbeziehung“, verwarf aber deren Pluralismus. Die „richtige“ Wertbeziehung war die der Partei, wobei vage Anklänge an eine Vorstellung vom Erfassen einer historisch-gesellschaftlichen Totalität zwar gemacht werden, eine Geschichtsschreibung in Anklang an die Marxsche Theorie aber niemals versucht worden ist. Daher war es auch nie möglich, die eigene Situation kritisch zu deuten. In einem Aufsatz von 1974 war ich damals zu der Überzeugung gekommen, dass die in der DDR geforderte „Parteilichkeit“ unfähig zur Erkenntnis der eigenen historischen Situation mache.³⁶ Insofern könnte man sagen, der Untergang der DDR war durch die bewusst geförderte Blindheit seitens der Partei selbst mit bedingt.

34 Ebenda, S. 117.

35 Ebenda, S. 119.

36 Heinz Dieter Kittsteiner, Bewußtseinsbildung, Parteilichkeit, dialektischer und historischer Materialismus. Zu einigen Kategorien der marxistisch-leninistischen Geschichtsmethodologie, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK) 10 (1974), H. 4, S. 408–430.

5. Schlussbemerkung

Soweit meine drei Thesen. Zum Schluss die Frage: Hätte es alternative Entwicklungsmöglichkeiten gegeben? Ich kann diese Frage nicht beantworten; auch das wäre ein eigenes Forschungsfeld. Stattdessen eher ein Kuriosum. Ich spuke nämlich selbst als marxistisches Gespenst durch die Fußnoten der DDR-Geschichtstheorie. Das hängt damit zusammen, dass ich 1972 die „Moderne deutsche Sozialgeschichte“ kritisiert hatte.³⁷ Das wurde mir seitens der DDR hoch angerechnet, ich galt als ein fortschrittlicher, bürgerliche Junghistoriker. Mir wurde zugebilligt, es bleibe abzuwarten, ob mein Weg an die Seite der revolutionären Arbeiterbewegung führen oder ob ich mich angesichts der konservativen Pressionen anpassen würde. Damit jedenfalls wurde meine Kritik an der DDR-Geschichtstheorie von 1974 gedeutet (vgl. Anm. 34), und es hieß: „Das gilt z. B. für die widerspruchsvolle Haltung Kittsteiners. In einem neueren Artikel postuliert er eine Divergenz zwischen marxistischer und marxistisch-leninistischer Theorie, zwischen Marx und Engels, und er durchsetzt seine Ausführungen mit verschiedenen antikommunistischen Parolen.“³⁸ Hans Schleier irrte gründlich. Das war kein Rückzug vor dem Druck der reaktionären Bourgeoisie, sondern das Neuste aus dem Lager des undogmatischen Marxismus. Damit konnten die DDR-Theoretiker nicht viel anfangen. Gegen das, was sie „bürgerliche“ Positionen nannten, waren sie auf ihre Weise gewappnet. Griff man sie aber von links oder besser: von Marx her an, dann war die Verblüffung grenzenlos. Anders gewendet: Das, was eigentlich hätte diskutiert werden müssen, die Genese des eigenen Marxismus-Leninismus, das war parteilich verboten.

Das Spiel wiederholte sich ein paar Jahre später, als ich 1977 einen Aufsatz über die Kategorien „Logisch“ und „Historisch“ veröffentlichte. Meine Argumentation damals: Engels hatte Marx nicht verstanden. Was logisch, also „formgenetisch“ gedacht war, hatte Engels als historische Abfolge gelesen. Es gab aber im „Kapital“ keine Abfolge von einer „einfachen

37 Heinz Dieter Kittsteiner, *Theorie und Geschichte*, in: *Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft II. Das Argument*, Bd. 75, Berlin 1972, S. 18–32.

38 Hans Schleier, *Theorie der Geschichte – Theorie der Geschichtswissenschaft. Zu neueren theoretisch-methodischen Arbeiten der Geschichtsschreibung in der BRD*, Frankfurt a. M. 1975, S. 69 und 106.

Warenproduktion“ zur kapitalistischen Warenproduktion, sondern nur einen Rückgang von der Zirkulationssphäre in die Produktionssphäre, bei dem die kapitalistische Warenproduktion von Anbeginn unterstellt war. Es gab auch keine wie immer geartete „dialektische“ Einheit von „logisch“ und „historisch“, sondern beides musste säuberlich auseinander gehalten werden. So ließ sich mit einem großen Aufwand an Marx-Fußnoten argumentieren. Letztlich hatte diese kleine Differenz jedoch Konsequenzen für das Selbstverständnis des Sozialismus. Denn frei nach Engels, später auch bei Lenin, bestand der „Grundwiderspruch“ des Kapitalismus aus dem „gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der kapitalistischen Form der Aneignung“. Dieser „Widerspruch“ schien aufgehoben durch die Veränderung der Aneignungsweise. Aber war denn die Produktion überhaupt schon „gesellschaftlich“? Streng nach Marx hätte es dann keine Ware-Geld-Beziehung im Sozialismus mehr geben dürfen. Nun gab es aber ein „Wertgesetz“ im Sozialismus; wie führende Ökonomen zugaben, eine „eigenartige Situation, in der die Arbeit bereits unmittelbar gesellschaftliche Arbeit geworden ist, die Warenproduktion und der Wert aber noch notwendig sind“.³⁹ Der Aufsatz schloss mit einer Antwort auf Hans Schleier (vgl. Anm. 36). Wenn gefragt werde, welches Verhältnis jüngere, linke Historiker der Bundesrepublik zum real existierenden Sozialismus einnahmen, so könne die Antwort nur lauten: ein kritisches.

Viel später, in der Endphase der DDR, gab es eine ausführliche Auseinandersetzung mit diesen Thesen – vermengt mit allerhand Polemik. Die Autorin kam zu dem Schluss: „Was von Kittsteiners mit subtiler Argumentation vorgetragener Attacke bleibt, ist so eine weitere Variante des Themas: Der Marxismus ist nicht der ‚wahre‘ Marx!“⁴⁰ Genau das hatte ich sagen wollen, und insofern war die Botschaft angekommen. Warum ich das erwähne? Das Buch von Gudrun Richter war trotz seines „marxologischen“ Inhalts letztlich ein Beitrag zum Selbstverständnis der Geschichtswissenschaft in der DDR.

39 Fritz Behrens, *Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus*, Berlin 1961, S. 20. Vgl. dazu Heinz Dieter Kittsteiner, *Logisch und Historisch. Über Differenzen des Marxschen und Engellschen Systems der Wissenschaft*. (Engels' Rezension „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ von 1859), in: *IWK* 13 (1977), S. 1–48, hier S. 46, Anm. 215.

40 Gudrun Richter, *Gesetzmäßigkeit und Geschichtsprozeß. Logisches und Historisches*, Berlin 1985, S. 124.

Immerhin hatte ich es zum paradigmatischen „Kompendium bürgerlicher Argumentation“ gebracht.⁴¹ 1988 schrieb Wolfgang Küttler einen im Westen publizierten Aufsatz über „Die historische Methode aus marxistisch-leninistischer Sicht“. Küttler ging ebenfalls auf das Verhältnis von „Historischem“ und „Logischem“ ein, nicht ohne unter Bezug auf Richter einzuräumen, dass die Interpretation bestimmter Aussagen von Engels „kontrovers geführt“ werde.⁴² Das muss nicht viel bedeuten, es hätte aber bei Weiterexistenz der DDR wahrscheinlich zu einer Kontroverse geführt. Denn auch 1995 noch war man der Ansicht, ich hätte den Wissenschaftlern der DDR 1977 eine Art Denksportaufgabe stellen wollen.⁴³ Das sind Marginalien, sie deuten aber darauf hin, dass sich die Geschichtswissenschaft freier hätte entwickeln können. Das wäre nicht ohne Generationsbrüche und „Vaterstürze“ abgegangen, aber gegangen wäre es nach 1989 sicherlich. Doch das ist heute kontrafaktische Geschichte. Statt sich weiterzuentwickeln und dabei den starren „Marxismus-Leninismus“ loszuwerden, wurde die Geschichtswissenschaft in der DDR abgewickelt. Heute ist sie ein Gegenstand der Forschung.

Als ich beim Abfassen dieses Beitrags meine alte Sammlung von DDR-Texten zur Bestimmung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft aus ihrer leicht angestaubten Bücherecke (lange nicht mehr benutzt!) wieder hervorkramte, schauderte es mich vor diesen Massen von dogmatisch bedrucktem und vergilbtem Papier. Wer hat die Lust, wer hat die Zähigkeit und Energie, sich in dieses theoretische System noch einmal hineinzudenken? Und doch war das einmal die Realität einer deutschen Geschichtswissenschaft, die 40 Jahre lang existiert hat. Soll man sie der Vergessenheit anheim geben? Besser nicht. Denn man kann die Nachkriegsgeschichte der beiden deutschen Staaten nicht verstehen ohne ihr Geschichtsbild.

41 Ebenda, S. 118 ff.

42 Wolfgang Küttler, Die historische Methode aus marxistisch-leninistischer Sicht, in: Christian Meier/Jörn Rüsen, Historische Methode, München 1988, S. 84.

43 „H. D. Kittsteiner war hier zum Fazit gekommen, daß Engels offenbar außerstande gewesen war, Marx auf dem Wege seiner ‚Kritik der politischen Ökonomie‘ methodisch zu folgen und angemessen zu reproduzieren.“ Editorial zu: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 1995: Engels’ Druckfassung versus Marx’ Manuskripte zum III. Buch des „Kapital“, Hamburg 1995, S. 3.

MARTIN SABROW

Formung durch Forschung

Die DDR-Geschichtswissenschaft im historiografischen Rückblick

Das streitige Erbe

Die DDR-Geschichtswissenschaft ist nach 1989 zum Gegenstand heftiger Debatten geworden.¹ Über Jahre hinweg wurden die historiografischen Leistungen des Faches und die wissenschaftsethische Haltung seiner Angehörigen einer kritischen Revision unterzogen, die nach dem bleibenden Ertrag der zweiten deutschen Historiografie ebenso fragte wie nach dem Recht ihrer einstigen Adepten auf weitere Teilhabe am historischen Fachdiskurs.²

- 1 Verlauf und Charakter der Auseinandersetzung um die DDR-Geschichtswissenschaft nach 1989 sind verschiedentlich nachgezeichnet worden, so in: Konrad H. Jarausch/Matthias Middell/Martin Sabrow, *Störfall DDR-Geschichtswissenschaft. Problemfelder einer kritischen Historisierung*, in: dies./Georg G. Iggers u. a. (Hrsg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem*, München 1998, S. 1–50, und zuletzt in: Martin Sabrow, *Die Historikerdebatte über den Umbruch von 1989*, in: ders./Klaus Große Kracht/Ralph Jessen (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945*, München 2003, S. 114–137. Auf die dort genannte Literatur wird verwiesen.
- 2 Einen guten Eindruck über den Charakter der Auseinandersetzung vermitteln: Rainer Eckert/Wolfgang Küttler/Gustav Seeber (Hrsg.), *Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90*, Stuttgart 1992, und Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk/Isolde Stark (Hrsg.), *Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes*, Berlin 1994.

So kontrovers wie die Debatte war ihre Bilanz. Die kontrastierenden Bewertungen reichen auf der einen Seite bis zur summarischen Einstufung der ostdeutschen Historiker als „Parteiarbeiter an der ideologischen Front“³ und Disqualifizierung ihrer Forschungsergebnisse als wissenschaftlich nahezu bedeutungslosem „Brei aus Lügen und Halbwahrheiten“, der von intellektueller Redlichkeit nichts habe spüren lassen.⁴ Auf der anderen Seite der Skala finden sich Bemühungen um eine grundsätzliche Rehabilitierung der ausgegrenzten DDR-Historiker und die Aufwertung der sozialistischen Fachdisziplin zu einer historischen Normalwissenschaft mit „innermarxistischer Pluralität“ und international anerkannten Forschungsergebnissen,⁵ die „bedeutende Fortschritte neben ernsten Mängeln“ gekannt habe⁶ und von Fachkollegen betrieben worden sei, denen mit ihrer Ausgrenzung nach 1989 Unrecht angetan worden sei.⁷

Die Spannweite der Urteile verdeutlicht, in welchem Maße „die“ DDR-Geschichtswissenschaft ein Forschungsgegenstand ist, der seine Gestalt je nach Betrachtungswinkel verändert und dessen Konstitution maßgeblich von seinen Interpreten und ihren differierenden Fragestellungen abhängt. Tatsächlich waren überaus unterschiedliche Akteure an der retrospektiven Formung des Gegenstandes DDR-Geschichtswissenschaft beteiligt.

An erster Stelle sind hier natürlich die systemverbundenen Historiker-Teilhaber zu nennen, die in ihrer für die Zeitgeschichte charakteristischen Doppelrolle von Beteiligung und Deutung den Historisierungsprozess ihres

3 Ilko-Sascha Kowalczyk, *Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945–1961*, Berlin 1997.

4 Interview mit Hans-Ulrich Wehler, *Es rächt sich, daß wir nie über Europa gestritten haben*, in: *Die Welt* vom 26. Februar 1996, S. 7; vgl. auch das Interview mit Heinrich August Winkler, *Offen bleiben für die politische Kultur des Westens*, in: *Die Welt* vom 29. Juli 1996, S. 7; Armin Mitter/Stefan Wolle, *Aufruf zur Bildung einer Arbeitsgruppe unabhängiger Historiker in der DDR*, in: Eckert/Kowalczyk/Stark (Hrsg.), *Hure oder Muse?*, S. 22 f., hier S. 22.

5 Heike Christina Mätzing, *Geschichte im Zeichen des historischen Materialismus. Untersuchungen zu Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht in der DDR*, Hannover 1999, S. 484, 486.

6 Kurt Pätzold, *Die Geschichtsschreibung in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)*, in: Gustavo Corni/Martin Sabrow (Hrsg.), *Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie*, Leipzig 1996, S. 194.

7 Stefan Berger, *Wie Aussätzige behandelt. Die ostdeutsche Geschichtswissenschaft 12 Jahre nach dem Ende der DDR*, in: *Neues Deutschland*, 21./22. 12. 2002.

eigenen Faches teils anklagend und selbstkritisch, teils entschuldigend und am häufigsten verstummend begleiteten, in fast jedem Fall aber den Verlust von beruflicher Stellung und fachlichem Ansehen hinzunehmen und zu verarbeiten hatten. Ihnen gegenüber standen die systemgeschädigten Historiker-Opfer, die vor 1989 mit abgebrochenen Karrieren fertig zu werden hatten, ihre Fachexistenz als Privatgelehrte oder in der kirchlichen Nische fristeten oder gar nicht erst einen fachlichen Abschluss hatten machen können und deshalb auch im vereinigten Deutschland ohne akademische Aussicht und Projektantragsstimme blieben. Eine von beiden Gruppen gleich weit entfernte Position nahmen drittens die Historiker-Beobachter im Westen ein, die nun von politischen und persönlichen Rücksichten befreit urteilen konnten, sich aber in nicht wenigen Fällen vom unerwarteten Gang der Ereignisse in ihrem Expertenstatus erschüttert sahen und insgeheim selbst der politischen Blindheit, womöglich sogar der Anbiederung an ein klanglos untergegangenes Herrschaftsinstrument des SED-Staates ziehen.

Eine diese Rollen gegeneinander ausspielende und wechselseitig verstärkende Rolle nahm schließlich die Öffentlichkeit ein, die der intellektuellen Rechenschaftslegung über das Erbe des untergegangenen Systems Arenen und Medien bot und dabei den vielleicht wichtigsten Akteur der deutschen Historikerdebatte nach 1989 ins Spiel brachte: das außerfachliche Publikum, das die öffentlichkeitswirksame Skandalisierung historiografischer Kompromittierung und fachlicher Wahrheitsverbrechen als Vehikel seiner eigenen Distanzierung vom ostdeutschen Ansteckungsstaat nutzte.

Die DDR-Geschichtswissenschaft aus institutionsgeschichtlicher Perspektive

So gegensätzlich wie die Akteure waren die Konzepte, mit denen die DDR-Geschichtswissenschaft nach 1989 zum Sprechen gebracht wurde. Den stärksten Einfluss hatten dabei Arbeiten, die sich der ostdeutschen Historie aus institutionsgeschichtlicher Perspektive widmeten und vor allem die Orte der historischen Forschung und Publikation sowie die Lenkungsinstanzen der geschichtswissenschaftlichen Arbeit thematisierten. Vor dem Hintergrund solcher Fragestellungen trat die sozialistische Historiografie in der

DDR als Austragungsort eines immer währenden Kampfes zwischen staatlichen Einrichtungen und direkt der SED unterstellten Institutionen hervor, in dessen Zentrum etwa das 1956 gegründete Institut für Geschichte und spätere Zentralinstitut an der Deutschen Akademie der Wissenschaften stand (IfG bzw. ZIG) und auf Parteiseite das beim ZK der SED angesiedelte Institut für Marxismus-Leninismus (IML), das als wissenschaftliche Einrichtung der Staatspartei verantwortlich für die Marx-Engels-Forschung und die Erforschung der deutschen Arbeiterbewegung sowie der eigenen Parteigeschichte war.

Institutionsgeschichtliche Analysen nahmen sich auch der Foren der fachlichen Selbstverständigung an. Das Fehlen einer ungelenkten Öffentlichkeit in der DDR, das die Kommunikation der historiografischen Fachöffentlichkeit prägte, zwang ihren Fachorganen einen janusköpfigen Charakter auf – als Forum des wissenschaftlichen Austauschs und zugleich Instrument zur Durchsetzung der Parteilinie auf dem Gebiet der Geschichte. In besonderem Maße galt dies für die führende historische Fachzeitschrift der DDR, die 1953 gegründete und bis heute fortgeführte Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG). Mit ihren zunächst sechs, dann acht und schließlich zwölf Heften pro Jahr, nicht eingerechnet zahlreiche Sonderhefte und Sonderbände, repräsentierte die ZfG wie keine andere Publikation auf historischem Gebiet die Entwicklung der sozialistischen Geschichtswissenschaft in der DDR. Themen der neuesten Geschichte behandelten zudem die seit 1959 erscheinenden „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, und auch die Historikergesellschaft besaß in ihren jährlichen „Mitteilungen“ ein eigenes Publikationsorgan, das neben Tagungsberichten und sonstigen Mitteilungen auch thematische Beiträge zu Konferenzen ihrer Fachkommissionen brachte. In unregelmäßigen Abständen veröffentlichte schließlich die Akademie für Gesellschaftswissenschaften Sammelbeiträge auch zu historischen Fragen in einer Publikationsreihe mit dem Titel „Thematische Information und Dokumentation“.

Den Hauptanteil historischer Veröffentlichungen aber trugen natürlich auch in der DDR nicht Zeitschriften, sondern diejenigen unter den rund achtzig Verlagen in der DDR, die sich schwerpunktmäßig geschichtlichen Themen widmeten. Unter ihnen nahmen der 1947 gegründete Akademie Verlag, der Verlag Volk und Wissen und der parteieigene Dietz Verlag eine führende Rolle ein. Wenngleich die an eine Veröffentlichung angelegten ideo-

logischen Maßstäbe bei Dietz stets am engsten waren, mussten auch in den anderen Geschichtsverlagen Manuskripte, die nach dem üblichen Begutachtungsverfahren von ihren Autoren und deren Instituten zur Publikation freigegeben worden waren, noch einen langen Weg bis zum endgültigen Erscheinen durchlaufen. Das Verlagswesen unterstand dem Ministerium für Kultur, das über die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel die thematische Jahres- und Perspektivplanung der Druckhäuser steuerte und die Vorzensur ausübte. Neben dem oft langwierigen Druckgenehmigungsverfahren und dem Plandiktat stellte die rigide Papierkontingentierung eine dritte Hürde dar, die ein Manuskript auf dem Weg zum Buch zu überspringen hatte. Dies führte dazu, dass auch gebilligte Titel oft über Jahre in den Verlagen auf ihre Veröffentlichung warten mussten und Qualifikationsschriften wie etwa Dissertationen nur in seltenen Fällen im Druck erschienen.

Das entscheidende Instrument der innerdisziplinären Arbeitskoordinierung war dabei der Plan. Historische Forschung in der DDR fand fast ausschließlich an mit fest umrissenen Aufgaben bedachten Fachinstituten statt; ohne Auftrag und Genehmigung arbeitenden Privatforschern blieben die Archive meist verschlossen. Die oberste Planebene bildete der für jeweils fünf Jahre geltende „Zentrale Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften“, der eine „schwerpunktmäßige und langfristige Orientierung für die Entwicklung der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung in allen Bereichen“ bieten sollte.⁸ Ihre Umsetzung hatten so genannte Leiteinrichtungen zu gewährleisten, an deren Spitze seit 1969 der Rat für Geschichtswissenschaft stand. Dieses 32 Köpfe umfassende Steuerungsgremium repräsentierte alle wichtigen Träger der historischen Forschung in der DDR, dazu die zuständigen Ministerien für Hoch- und Fachschulwesen und für Volksbildung sowie die letztlich bei allen wichtigen Entscheidungen ausschlaggebende Abteilung Wissenschaften beim ZK. Der Rat für Geschichtswissenschaft bildete die Brücke zwischen fachinternen und fachexternen Steuerungsmechanismen und traf seine Entscheidungen stets in Abstimmung mit der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED. Diese seit 1949 unter verschiedenen Namen arbeitende Parteibehörde war das eigent-

8 Zit. n. Günther Heydemann, *Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland. Entwicklung, Organisationsstruktur, Funktionen, Theorie- und Methodenprobleme in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR*, Frankfurt a. M. 1980, S. 176.

liche Zentrum der kommunistischen Wissenschaftspolitik und besaß dementsprechend eine umfassende Zuständigkeit, die sich aus ihrem Auftrag zur „Vorbereitung und Erarbeitung grundsätzlicher Beschlüsse und Materialien auf dem Gebiet der Hochschul-, Wissenschafts- und Intelligenzpolitik, bei der Entwicklung der Natur- und Gesellschaftswissenschaften und im Verlagswesen“ ableitete.⁹

Die DDR-Geschichtswissenschaft aus wissenschaftsethischer Perspektive

Während die Mehrzahl der empirischen Untersuchungen sich nicht zuletzt aus quellenpragmatischen Gründen auf institutionsgeschichtlichem Feld bewegte, wurde die öffentliche Debatte von einer wissenschaftsethischen Perspektive beherrscht, die sich auf Leistung und Versagen der ostdeutschen Historikerschaft vor den Zumutungen der sozialistischen Diktatur richtete. Die oft polemisch und nach den Spielregeln der modernen Mediengesellschaft ausgetragenen Auseinandersetzungen verliefen nicht parallel zur alten Grenze zwischen Ost und West, und sie bedeuteten immer zugleich auch einen „Historikerstreit um Stellen, Strukturen, Finanzen und Deutungskompetenz“, wie eine von der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg im März 1994 veranstaltete Tagung in ihrem Titel formulierte.¹⁰ So hatte die Kontroverse um den künftigen Ort der verflochtenen Fachdisziplin Geschichte nicht nur eine Erkenntnis aufschließende, sondern auch eine ebenso starke wissenschaftspolitische Funktion und diente nicht zuletzt der Identitätsbildung und Interessenvertretung der von den jeweiligen Standpunkten repräsentierten Historikergruppen, wie sich besonders prägnant an einem mehrjährigen Streit um einen mit ost- und westdeutschen Historikern besetzten „Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien“ in Potsdam zeigte.¹¹

9 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Dy 30, IV 2/9.04/58, Aufgaben der Abteilung Wissenschaften.

10 Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk/Ulrike Poppe (Hrsg.), *Wer schreibt die DDR-Geschichte? Ein Historikerstreit um Stellen, Strukturen, Finanzen und Deutungskompetenz*, Berlin 1995.

11 Die wichtigsten Beiträge in dieser Debatte: Armin Mitter/Stefan Wolle, *Der Bielefelder Weg. Die Vergangenheitsbewältigung der Historiker und die Vereinigung*

Wenngleich unter diesen Umständen die DDR-Geschichtswissenschaft nur allzu leicht als Schwarzweiß-Bild erscheinen konnte, das „nur noch die Unterscheidung zwischen den entschiedenen Oppositionellen und den ‚Wasserträgern‘ des SED-Regimes (erlaubte)“,¹² so haben wissenschaftsethisch orientierte Analysen doch auch eine Vielzahl von bleibenden Erkenntnissen hervorgebracht, die besonders die dunklen Seiten der Fachpraxis ans Licht zu ziehen vermochten. Dies betrifft zum einen das Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Staatssicherheit. Bereits die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ trug in ihren Anhörungen dazu bei, die weit reichende Einflussnahme der Staatssicherheit auf die Personalpolitik und die Arbeit historischer Forschungseinrichtungen herauszuarbeiten.¹³ Schon die Einstellung neuer Mitarbeiter war an ein zustimmendes Votum des Ministeriums für Staatssicherheit gebunden, und auch die für die berufliche Karriere so bedeutsame Entscheidung, welcher Historiker den begehrten Status eines „Reisekaders“ erhielt, fiel nicht ohne Beteiligung des Mielke-Apparates. So bestand etwa an der Akademie der Wissenschaften eine vom MfS geführte Abteilung „Internationale Beziehungen“, die die obligatorischen Reiseberichte von DDR-Wissenschaftlern auswertete. Über eine Vielzahl von Inoffiziellen Mitarbeitern erwarb das Ministerium weiterhin detaillierte Kenntnis von allen relevanten Vorgängen innerhalb der historischen Forschungseinrichtungen und nutzte seinerseits die Ge-

der Funktionäre, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 10. 8. 1993, wiederabgedruckt in: Eckert/Kowalczyk/Stark (Hrsg.), *Hure oder Muse*, S. 260–265; Jürgen Kocka, Auch Wissenschaftler können lernen. Der Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien in Potsdam. Eine Entgegnung, in: FAZ, 25. 8. 1993, wiederabgedruckt in: Eckert/Kowalczyk/Stark (Hrsg.), *Hure oder Muse*, S. 266–269; Rainer Eckert, Nicht ohne Reue. Noch einmal: Wer soll die Geschichte der DDR erforschen?, in: FAZ, 22. 9. 1993, wiederabgedruckt in: Eckert/Kowalczyk/Stark (Hrsg.), *Hure oder Muse*, S. 271–273. Siehe auch Guntolf Herzberg, Wer soll die DDR-Geschichte erforschen?, in: ebenda, S. 438–446.

12 Jürgen Danyel, Die Historiker und die Moral. Anmerkungen zur Debatte über die Autorenrechte an der DDR-Geschichte, in: *Geschichte und Gesellschaft (GG)* 21 (1995), S. 290–303, hier S. 294.

13 Materialien der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. III, 1, Baden-Baden 1995, S. 398 ff.

schichtswissenschaft für ihre geheimdienstlichen Operationen gegen den Gegner im Westen.¹⁴

Auch lässt sich aus wissenschaftsethischer Blickrichtung der Beitrag der Historiker zur Unterordnung ihres Faches unter die Imperative der SED-Führung scharf herausarbeiten, wie dies besonders für die Frühzeit der DDR-Geschichtswissenschaft geleistet worden ist.¹⁵ Schließlich erlaubt die wissenschaftsethische Perspektive, auch die aus dem herrschenden Fachdiskurs ausgegrenzten Ränder des Faches wahrzunehmen, an denen sich Elemente einer non-konformen Historiografie auch in der DDR fanden. Gewiss: Die ostdeutsche Geschichtswissenschaft zeichnete sich durch besondere Orthodoxie aus, und sie wurde deshalb in den weniger nüchternen „Baracken des sozialistischen Lagers“ wie Ungarn oder Polen jenseits offizieller Deklarationen seit den sechziger Jahren auf vielen Teilgebieten gern mit leichter Abschätzung beurteilt.

Widerständiges Verhalten von Historikern trat seit der Austreibung und Ausschaltung der letzten „bürgerlichen“ Fachkollegen nach dem Ende des Tauwetters 1957/58 nicht mehr offen in Erscheinung und wurde nach außen hin durch „eine politisch angepaßte Forschungstätigkeit“ verdrängt.¹⁶ Dennoch waren Fälle politischer Disziplinierung keineswegs selten. Bekannt ist die Ablösung des Chefredakteurs der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Fritz Klein, der 1957 wegen seiner Verstrickung in einen reformsozialistischen Kreis um Wolfgang Harich und Walter Janka sein Amt verlor.¹⁷ 1957/58 wurden der Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski und mit ihm weitere Fachkollegen Gegenstand scharfer Auseinandersetzungen wegen „revisionistischer“ und „objektivistischer“ Abweichungen, die im Kontext

14 Vgl. Rainer Eckert, Die Westbeziehungen der Historiker im Auge der Staatssicherheit, in: Iggers u. a. (Hrsg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, S. 93–105.

15 Kowalczyk, Legitimation eines neuen Staates; ders., „Wo gehobelt wird, da fallen Späne“. Zur Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft bis in die späten fünfziger Jahre, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 42 (1994), S. 302–318.

16 Hartmut Mehls, Reformwille und Parteiräson. Zur Frage widerständigen Verhaltens am Akademie-Institut für Geschichte, in: Martin Sabrow/Peter Th. Walther (Hrsg.), Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR, Leipzig 1995, S. 226–243, hier S. 229.

17 Fritz Klein, Aus den Anfangsjahren der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (1953–1957), in: ZfG 42 (1994), S. 39–55.

der Entstalinisierungskrise standen, und 1964/65 erteilte der Bannstrahl der SED-Führung eine kleine Gruppe von DDR-Historikern, die sich für einen Dialog mit reformorientierten Westkollegen eingesetzt hatten.¹⁸

Außerhalb des sozialistischen Geschichtsbildes vermochten sich in der DDR Historiker nur ganz vereinzelt – und dann fern von den herrschaftslegitimatischer besetzten Feldern etwa in der Landes- und in der Kirchengeschichte – zu bewegen.¹⁹ Dennoch verhielten sich auch in der DDR Historiker durchaus unterschiedlich gegenüber politischer Vereinnahmung. Nicht jeder war bereit, seine Erkenntnisse und Ansichten bedingungslos der Parteilinie anzupassen; viele scheuten die Tätigkeit als Historiker an einem SED-Institut oder die permanente Kontrolle an der Universität und suchten gezielt an einem staatlichen Geschichtsinstitut unterzukommen und sich in ideologisch weniger aufgeladenen Arbeitsgebieten zu betätigen. DDR-Historiker selbst unterschieden nach 1989 rückblickend zwischen Dogmatikern, Anpassungsbereiten und Querdenkern und machten so deutlich, welcher Spielraum individuellen Handelns in der ostdeutschen Historiografie auch in der Selbstwahrnehmung ihrer Teilhaber gegeben war.²⁰ Am Beispiel des Umgangs etwa mit dem Stalinismus in der DDR-Geschichtswissenschaft oder auch der verfälschenden Darstellung des Aufstandes vom 17. Juni 1953 wurden in dieser Kontroverse neben wissenschaftlichen und ethischen Schwächen so auch die Mechanismen deutlich, die das Bekenntnis zur unverstell-

18 Mehls, Reformwille und Parteiläson, S. 139 ff.; Martin Sabrow, Der „ehrliche Meinungsstreit“ und die Grenzen der Kritik. Mechanismen der Diskurskontrolle in der Geschichtswissenschaft der DDR, in: Corni/Sabrow (Hrsg.) Die Mauern der Geschichte, S. 79–117.

19 Hierzu Helmut Eschwege, Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdener Juden, Berlin 1991; Karlheinz Blaschke, Geschichtswissenschaft im SED-Staat. Erfahrungen eines „bürgerlichen“ Historikers in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ) 1992/17–18, S. 14–27; ders., Die „marxistische“ Regionalgeschichte. Ideologischer Zwang und Wirklichkeitsferne, in: Iggers u. a. (Hrsg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft, S. 341–368.

20 Heinz Heitzer, Für eine radikale Erneuerung der Geschichtsschreibung über die DDR, in: ZfG 38 (1990), S. 498 ff.; ähnlich: Jan Peters, Über Historikerverhalten, in: Berliner Debatte Initial Nr. 2 (1991), S. 185–186, der die „bedingungslosen Apologeten“ von den „unbekümmerten Anpaßlingen“, den „Eigensinnigen“, den „Subversiven“ und schließlich der „Historiker-Opposition politischen Charakters“ unterscheidet.

ten Wahrheit unter den Bedingungen der SED-Diktatur erschweren und nicht selten unmöglich machen.²¹

Die DDR-Geschichtswissenschaft in der fachlichen Leistungsbilanz

Als wichtigstes Gebiet einer rückblickenden Betrachtung der DDR-Geschichtswissenschaft aber muss natürlich die Frage nach der Qualität ihrer Erkenntnisse gelten. „40 Jahre DDR-Geschichtswissenschaft – Leistung und Grenzen“, überschrieb ein früherer DDR-Historiker programmatisch sein Werben für einen Bewertungsansatz, der die Fehlleistungen und das Versagen der ostdeutschen Historiografie nicht aussparte, aber gleichwohl verlangte, ihren Beitrag zum Fortgang der historischen Erkenntnis differenziert zu prüfen.²² Es waren vor allem ehemalige Vertreter der abgewickelten Ost-Historiografie selbst, die nach 1989 forderten, sich mit der Konzentration auf die oft absurden Umstände historiografischer Produktion nicht den Blick auf die oft beachtliche Qualität ihrer Produkte zu verstellen²³ und die unerledigten Problemstellungen der marxistischen Historiografie nicht aus den Augen zu verlieren.²⁴

- 21 Wolfgang Ruge, Nachdenken über die Geschichtswissenschaft der DDR, in: *ZfG* 41 (1993), S. 583–592; Peter Hübner, Ein Labyrinth, in dem es nur falsche Wege gibt, in: *FAZ*, 8. 9. 1993, wieder abgedruckt in: Eckert/Kowalczyk/Stark (Hrsg.), *Hure oder Muse*, S. 273–276.
- 22 Helmut Bleiber, 40 Jahre DDR-Geschichtswissenschaft – Leistungen und Grenzen, in: *Österreichische Osthefte* 33 (1991), S. 556–568.
- 23 Insbesondere ostdeutsche Rezensenten von Arbeiten zur Geschichtskultur in der DDR gaben dieser Klage Ausdruck: „Was im Museum konkret gearbeitet wurde, interessiert den Autor nicht“, bündelte Fritz Klein seine kritische Rezension einer von Stefan Ebenfeld verfassten Studie „Geschichte nach Plan. Die Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft in der DDR am Beispiel des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin (1950 bis 1955)“ (erschienen Marburg 2001), in: *ZfG* 51 (2003), S. 484 ff. Im selben Sinne Gerd-Rüdiger Stephan, Ergebnisse der DDR-Geschichtswissenschaft diskutieren! Colloquium zur DDR-Historiographie in Leipzig, in: *Das Parlament*, 27. 6. 1996, und Jürgen John, DDR-Geschichtswissenschaft als prominenter Forschungsgegenstand, in: *Utopie kreativ* 143 (2002), S. 837–844.
- 24 Wolfgang Küttler, Wie offen ist die Geschichte? Unerledigte Fragen aus der und an die DDR-Historiographie, in: ders./Helmut Meier (Hrsg.), *Gibt es unerledigte Fragen an die Geschichte? Beiträge eines wissenschaftlichen Kolloquiums aus Anlaß des 65. Geburtstag von Walter Schmidt am 1. Juli 1995 in Berlin*, Berlin 1996, S. 11–20.

In der Tat besteht kein Zweifel daran, dass die Verpflichtung auf den Marxismus-Leninismus, „die gegenüber der herkömmlichen akademisch installierten Historiografie ein spezifisches Profil ausprägte“,²⁵ nicht nur als ideologische Fessel, sondern auch als innovativer Impuls wirkte. Sie bedeutete schon in den fünfziger Jahren die Hinwendung zur Untersuchung von sozialen und revolutionären Bewegungen, von Imperialismus und deutscher Weltkriegsverantwortung, die in der Bundesrepublik erst mit einer erheblichen Zeitverzögerung in den sechziger Jahren einsetzte. Auch westliche Fachkollegen wie Georg G. Iggers haben über die Wende von 1989 hinaus die Leistungen eines anderen historischen Blicks auf einzelnen Feldern wie der Sozial- und Alltagsgeschichte als „wichtigen Beitrag zur internationalen Forschung“ gewürdigt.²⁶

Tatsächlich liegt mittlerweile eine Vielzahl von Untersuchungen zu einzelnen Feldern der wissenschaftlichen Forschungspraxis in der DDR-Zunft vor, die darauf aufmerksam machen, dass auch eine von „weißen Flecken“²⁷ geprägte DDR-Geschichtsschreibung mehr als nur die „bemerkenswerte historische Detailforschung“ zu bieten hatte, „auf deren Ergebnisse die westliche Forschung immer schon in erheblichem Umfang zurückgegriffen hat“.²⁸ Dies gilt für Einzelbereiche wie Untersuchungen über das Alltagsverhalten von DDR-Arbeitern²⁹ und die Geschichtsschreibung über Arbeiterklasse und Faschismus;³⁰ es gilt aber auch für gesamte Fachrichtungen wie die

25 Bleiber, 40 Jahre DDR-Geschichtswissenschaft, S. 567.

26 Georg G. Iggers, Was bleibt von der marxistischen Geschichtswissenschaft? Ein ost-westlicher Vergleich, in: Konrad H. Jarausch/Matthias Middell (Hrsg.), Nach dem Erdbeben. (Re-)Konstruktion ostdeutscher Geschichte und Geschichtswissenschaft, Leipzig 1994, S. 121–131, hier S. 127; Georg G. Iggers, Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte, Frankfurt a. M. 1991.

27 Hermann Weber, „Weiße Flecken“ in der DDR-Geschichtsschreibung, in: ApuZ 1990/11, S. 3–15.

28 Wolfgang J. Mommsen, Die Geschichtswissenschaft in der DDR. Kritische Reflexionen, in: ApuZ 1992/17–18, S. 35–43, hier S. 41.

29 Peter Hübner, „Geronnene Fiktionen“? Alltag in der DDR als Gegenstand der zeithistorischen Forschung, in: Jarausch/Middell (Hrsg.), Nach dem Erdbeben, S. 265–287.

30 Alf Lüdtke, Wer handelt? Die Akteure der Geschichte. Zur DDR-Geschichtsschreibung über Arbeiterklasse und Faschismus, in: Iggers u. a. (Hrsg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft, S. 369–410.

Alte Geschichte³¹ oder die Wirtschafts- und Sozialgeschichte, die in einer ausführlichen Studie der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften detailliert auf Themenprofil, Interdisziplinarität und Innovationspotenzial hin befragt wurde.³²

Die DDR-Geschichtswissenschaft aus diskursgeschichtlicher Sicht

Die bisher vorgestellten Deutungsmuster zur DDR-Geschichtswissenschaft gründen explizit oder implizit auf der Annahme, dass die universalen Maßstäbe der historischen Wissenschaft entweder in eingeschränkter Weise auch in der ostdeutschen Historiografie Geltungskraft besessen hätten, oder aber sie messen zumindest den Charakter der politisch imprägnierten Disziplin im Osten am Grad ihrer Abweichung von den Normen und Standards der in der zweihundertjährigen Fachgeschichte entwickelten Maßstäbe der Erkenntnisgewinnung.

Dem beschriebenen Nutzen einer solchen Betrachtung stehen gleichzeitig aber auch erhebliche analytische Kosten entgegen: Von einem normativen Maßstab ausgehende Untersuchungen der kommunistischen Wissenschaftspraxis beurteilen ein nach Aufbau, Selbstverständnis und Funktion andersartiges Wissenschaftsgefüge nach ihm in vieler Hinsicht fremden, ja, explizit als „bürgerlich“ verfemten Maßstäben. Eine solche Sicht leistet der Tendenz Vorschub, unpolitische Spielräume oder gar unbotmäßige Leistungen ostdeutscher Historiografie zu privilegieren, ihre parteipolitisch geprägten Segmente hingegen zu marginalisieren und als Bereiche außerwissenschaftlicher Deformierung auszugrenzen.³³

Eine solche Sicht vertauscht Normalität und Ausnahme. In ihr erscheint die vierzigjährige Existenz einer politisch gebundenen Geschichtswissenschaft in der DDR als ständiger Ausnahmezustand, die für sie konstitutive Verdrängung eines als universal verstandenen westlichen Wissenschafts-

31 Wolfgang Schuller, Zur Alten Geschichte in der DDR, in: ebenda, S. 409–417.

32 Wolfram Fischer/Frank Zschaler, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, in: Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hrsg.), Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998, S. 361–434, hier S. 405.

33 Exemplarisch hier Iggers, Ein anderer historischer Blick, S. 7 ff.

standards als permanenter Oktroi, die Leere der nach der Wende geöffneten Schubladen ostdeutscher Fachhistoriker als Ausdruck wissenschaftlichen Versagens.

Es bietet sich daher an, die DDR-Geschichtswissenschaft zusätzlich mit Hilfe eines kulturgeschichtlich-rekonstruierenden Analyseansatzes zu erschließen, der das eigene Wissenschaftsverständnis nicht unreflektiert auf den Untersuchungsgegenstand überträgt, sondern in gleichsam ethnografischer Beobachtungsdistanz die innere Verfasstheit der historischen Wissenschaft in der DDR zu entschlüsseln versucht.³⁴

DDR-Historiker arbeiteten – ob freiwillig oder gezwungen – auf dem Boden eines als parteilich definierten Wissenschaftsverständnisses, das politische Parteinahme zum unentbehrlichen Konstituens wissenschaftlicher Erkenntnis und das „bürgerliche“ Ideal wertfreier Wissenschaft zu einer ideologischen Chimäre erklärte. Von dieser unüberbrückbaren Differenz zwischen einer sich als parteilich definierenden Wissenschaft im sozialistischen Lager und einer nach allgemein gültiger Wahrheit strebenden Geschichtswissenschaft außerhalb dieses Lagers geht die diskursgeschichtliche Interpretationsrichtung aus. Sie sucht die DDR-Geschichtswissenschaft in ihrer Eigenart als eine Wissenschaft *sui generis* zu erfassen, die nicht – wie im westlich-pluralen Verständnis – entweder von Professionalität *oder* Parteilichkeit charakterisiert war, sondern von der oktroyierten Zielkultur einer Professionalität *in der* Parteilichkeit. Die von Staats wegen in der DDR errichtete Geschichtswissenschaft wurde diesem Denkmodell zufolge nicht etwa äußerlich instrumentalisiert, also gegen ihren eigenen Wissenschaftsanspruch in den politischen Dienst genommen; sie war in ihrer verordneten

34 Den im Folgenden angerissenen Deutungsrahmen „Bild der DDR-Geschichtswissenschaft als eines historischen Herrschaftsdiskurses“ habe ich in verschiedenen Arbeiten ausführlicher vorgestellt, so vor allem in meiner Habilitationsschrift: Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969, München 2001. Vgl. auch Martin Sabrow (Hrsg.), *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR*, Leipzig 1997, und ders. (Hrsg.), *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR*, Köln/Weimar/Wien 2000. Zur Kritik: Ralf Possekel, *Kuriositätenkabinett oder Wissenschaftsgeschichte. Zur Historisierung der DDR-Geschichtswissenschaft*, in: GG 24 (1998), S. 446–462, u. John, *DDR-Geschichtswissenschaft als prominenter Forschungsgegenstand*, S. 837 ff.

Struktur selbst und dem eigenen Verständnis nach dienende Wissenschaft auf dem Weg in eine Neue Zeit.³⁵

Politik und Wissenschaft standen in der sozialistischen Historiografie dem Anspruch nach nicht in einem Verhältnis permanenter Konkurrenz, sondern wechselseitiger Befruchtung. Nur vor diesem Hintergrund ist nachvollziehbar, dass innerhalb der DDR-Geschichtswissenschaft ZK-Beschlüssen wissenschaftliche Geltungskraft zukommen und etwa der Charakter der Novemberrevolution von 1918 wie selbstverständlich im Politbüro entschieden werden konnte. Zumindest in den Kreisen der führenden SED-Historiker besaß der Glaube an die bruchlose Vereinbarkeit von Wissenschaft und Politik im Ideal einer parteilichen Historie emphatische Kraft, und prominente Zeithistoriker amüsierten sich öffentlich über eine westliche Betrachtungsweise, die in ihre Arbeit „einen unaufhebbaren Gegensatz zwischen Politik und Wissenschaft, Partei und Historikern“³⁶ hineinzulesen versuchte.

Widersprüche zwischen den Forderungen der Wissenschaft und der Politik besaßen in dieser fachlichen Offizialkultur folglich keinen eigenständigen Raum, und falls sie dennoch auftraten, ließen sie auf ein Versagen der Wissenschaftler schließen und nicht auf die Absurdität der eigenen Diskursnormen. Der historische Herrschaftsdiskurs der DDR eskamotierte damit den Konflikt zwischen Sein und Sollen in der Erschließung der Ver-

35 Eine Vorstellung von der emphatischen Kraft einer solchen Symbiose von Wissenschaft und Politik im Zeichen des Fortschritts vermittelt die oben zitierte Rezension Fritz Kleins, der sich in den nach 1989 in Kraft gesetzten Evaluationskriterien der Historiografiegeschichte nicht wiederfand: „Daß da Leute am Werk waren, die meinten, nach jahrzehntelanger Dominanz mehr oder weniger reaktionärer, schließlich faschistischer Geschichtswissenschaft, die beigetragen hatte zu der Katastrophe, in der Deutschland sich nun befand, neue Wege in der Geschichtsbeachtung gehen zu sollen, anknüpfend an früher in der Wissenschaft unterdrückte oder ignorierte Historiker wie Mehring oder Kautsky wie auch an die historischen Schriften von Marx und Engels – Wege, die wahrlich kritisch zu beschreiben sind –, liegt außerhalb der Betrachtung.“ Klein, Rezension, S. 485.

36 So der stellvertretende Direktor des Zentralinstituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Heinz Heitzer, 1981 in einer Ansprache zum 25-jährigen Bestehen des Instituts, zit. n. Martin Sabrow, „Beherrschte Normalwissenschaft“. Überlegungen zum Charakter der DDR-Historiographie, in: GG 24 (1998), S. 412–445, hier S. 425.

gangenheit und bürdete die Vereinbarung des Unvereinbaren den Historikern selbst auf. Doch sollte die Verschmelzung von Parteilichkeit und Objektivität nicht als bloße Überwältigung der Wissenschaft durch die Partei missverstanden werden. Der entscheidende Unterschied der parteinehmenden Fachlichkeit zum westlichen Wahrheitsverständnis ist nicht so sehr in einer grundsätzlich unterschiedlichen Art historiografischer Tatsachenerschließung und -bewertung zu finden, sondern besteht vielmehr darin, dass im Konfliktfall das Zeugnis der Quellen allein kein hinreichendes Argument wissenschaftlicher Verständigung bildete. Forschungsergebnisse, die lediglich den Standards der historischen Quellenkritik genügten, konnten als „objektivistisch“, „faktologisch“ abgetan werden, solange sie nicht gleichzeitig den Maximen der politischen Parteilichkeit entsprachen, ohne dass dies – und hierauf kommt es an – einen Verstoß gegen die Regeln wissenschaftlicher Verständigung bedeutet hätte.

Im Konfliktfall half daher weder die Berufung auf die Aussage der Quellen noch auf die intersubjektive Glaubwürdigkeit der vertretenen Meinung und oft nicht einmal die ohnmächtige Unterwerfung unter den Ratschluss der Partei. Traten in der Arbeit eines Historikers Diskrepanzen zum geforderten Geschichtsbild auf, verlangten die Regeln der sozialistischen deutschen Geschichtswissenschaft den öffentlichen Nachweis, dass die beanspruchte Einheit zwischen Parteilichkeit und Objektivität in der historischen Interpretation lückenlos und von ihrem Urheber einsichtsvoll akzeptiert statt etwa nur äußerlich vorgetäuscht sei.

Rekonstruiert man die DDR-Geschichtswissenschaft auf diese Weise als eine Form der Vergangenheitsaneignung, die in mancher Hinsicht besonderen Regeln folgte, entsteht das Bild einer künstlich erzeugten „Normalwissenschaft“, die ohne die dauerhafte machtpolitische Ausschaltung abweichenden Denkens nicht hätte existieren können, aber doch in ihren Grenzen eine eigene Bindungskraft entfaltete und eine von außen schwer nachvollziehbare Plausibilität entwickelte. In dieser gleichsam „verordneten Normalität“ kann der eigentliche Schlüssel für die langjährige Lebensfähigkeit einer gesonderten zweiten Geschichtswissenschaft in Deutschland vermutet werden. Historiografie im Staatssozialismus musste sich in einer Denkwelt bewegen, die von einem eigenen Wissenschaftsverständnis und einem eigenen Wahrheitsbegriff geprägt war. Sie war sich dabei der Insta-

bilität ihrer Eigenverfassung stets bewusst und kämpfte unablässig um die Aufhebung der Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Das Wesen dieser gebundenen Historiografie ist nur zu erfassen, wenn ihre Verschmelzung mit den politischen Interessen der SED als eine kulturelle Leitnorm rekonstruiert werden kann, die in ständigem Widerstreit mit den Residuen von Tradition, Individualität, Außeneinfluss und Quellenmacht lag. Dies machte die sozialistische Geschichtswissenschaft zu einem dynamischen System, das in ständigem Wandel begriffen war und doch seine unverwechselbare Identität wahrte.

Damit eine solcherart strukturierte Historie sich in ihrer „künstlichen Natürlichkeit“ behaupten konnte, war sie gleichermaßen auf erfolgreiche Integration nach innen und Abschließung nach außen angewiesen. Das erste Ziel erreichte sie durch das Streben nach Geltungstotalität des eigenen Geschichtsbildes. Der historische Herrschaftsdiskurs des Staatssozialismus kannte im Prinzip keine Nischen und Freiräume, und die Maximen der Parteilichkeit galten für einen Lutherbiografen nicht anders als für einen Rundfunkkommentator oder Filmemacher. Hier offenbart sich der Charakter einer historischen Sinnwelt, die den ständigen Angriff auf ihre Existenz nur durch holistische Geschlossenheit zu kompensieren vermochte und den auf Deutungskonkurrenz, Innovativität und radikalen Skeptizismus hin ausgelegten Normen einer pluralen Wissenschaft das monistische Ideal der richtigen Erkenntnis entgegensetzte.

Der historische Diskurs der DDR-Geschichtswissenschaft sortierte Untersuchungsergebnisse und Lehrmeinungen bevorzugt nach „richtig“ und „falsch“, und auf die Prüfung des „richtigen“ oder „falschen“ Herangehens verwandten historische Fachgutachten einen Großteil ihrer Aufmerksamkeit, um die Übereinstimmung von speziellem Untersuchungsergebnis und allgemeinem Geschichtsbild zu beglaubigen oder zu verneinen. Wo das Ideal der richtigen Erkenntnis den Fachdiskurs prägte, musste der fachliche Dialog eine künstliche Größe bleiben, weil ihm die Grundlage einer gleichberechtigten Geltung unterschiedlicher Auffassungen fehlte.

Aus diesem Grund blieben die permanenten Appelle von Wissenschaftsfunktionären und Parteiführern an den „wissenschaftlichen Meinungsstreit“ so fruchtlos. Sie sollten eine lebendige Auseinandersetzung mit der Geschichte vortäuschen, ohne ihr inhaltlichen Raum zu geben, und erschöpften sich

letztlich in der Forderung an die Geschichtsinstitute und historischen Publikationsorgane, jährlich über die „Entfaltung des wissenschaftlichen Meinungsstreites“ Auskunft zu geben.³⁷

Die DDR-Geschichtswissenschaft aus chronologischer Perspektive

So verschieden die denkbaren Betrachtungswinkel zur DDR-Geschichtswissenschaft sein mögen, stimmen sie schließlich alle in der Erkenntnis zusammen, dass die vierzig Jahre währende Existenz einer „zweiten deutschen Geschichtswissenschaft“ nicht ohne Verständnis für ihre inneren Wandlungen und Entwicklungsabschnitte beschrieben werden kann. In der DDR selbst galt ein Stufenmodell, das die Geschichte der sozialistischen Geschichtswissenschaft in vier aufeinander aufbauende Etappen unterteilte. Die erste dieser Phasen umfasste die Jahre 1945 bis 1949 als „Grundlegung der neuen Geschichtswissenschaft“, obwohl sich in dieser Zeit eine marxistisch-leninistische Historiografie institutionell wie theoretisch-methodisch noch nicht einmal in Ansätzen gebildet hatte.³⁸ Die zweite Periode wurde als „eigentliche Durchbruchphase zu einer neuen, institutionalisierten, marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft“ zwischen 1949/50 und 1961/62 bewertet, der eine dritte Etappe der Konsolidierung in den sechziger Jahren folgte.³⁹ Für den vierten und letzten Abschnitt dieses teleologischen Stufenmodells fand die ostdeutsche Historiografiegeschichte schließlich die barocke Beschreibung als „dynamische Entfaltung einer der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gemäßen, voll ausgebildeten, produktiven Geschichtswissenschaft“.⁴⁰

37 Zit. n. ebenda, S. 432.

38 Walter Schmidt, Forschungsstand und Forschungsprobleme der Geschichte der DDR-Geschichtswissenschaft, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG) 29 (1987), S. 723–734, hier S. 731.

39 Ebenda, S. 731 f.

40 Walter Schmidt, Zur Geschichte der DDR-Geschichtswissenschaft vom Ende des zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart. Voraussetzungen, Leitlinien, Etappen, Schwerpunkte der institutionellen und der Forschungsentwicklung, historiographiegeschichtlicher Forschungsstand, in: BzG 1985, 5, S. 614–633, hier S. 628.

Auch nach 1989 galt und gilt das Augenmerk in der Betrachtung der DDR-Geschichtswissenschaft nicht zuletzt ihrer chronologischen Perspektive. Vielen Arbeiten liegt die Annahme zugrunde, dass die Schemata, in denen die Entwicklung des Großobjektes „DDR-Geschichtswissenschaft“ gedacht werden kann, sich bei näherem Hinsehen als selbstwidersprüchlich erweisen: So kollidiert die Geschichte des steten Niedergangs z. B. mit der These einer schrittweisen Verwissenschaftlichung, und die Überlegungen zum fortschreitenden Verlust an Originalität des marxistischen Ansatzes prallen gegen die Auffassung, dass man keinesfalls der „Legende vom guten Anfang“ aufsitzen dürfe.⁴¹ Chronologisch angelegte Untersuchungen zur DDR-Geschichtswissenschaft und ihrer pädagogischen und medialen Vermittlung greifen daher einerseits gern auf ein vor 1989 in der Bundesrepublik entwickeltes Phasenmodell zurück, das die zweite deutsche Geschichtswissenschaft seit den siebziger Jahren in ihre Verwissenschaftlichungsphase eintreten sah.⁴² Andererseits wurde verbreitet mit der spezifischen Uneinheitlichkeit der fachlichen Entwicklung auf ihren verschiedenen Feldern argumentiert und vorgeschlagen, zwischen Phasen größerer Diskussions- und Handlungsmöglichkeiten und solchen Zeitabschnitten zu unterscheiden, in denen sich bleierne Schwere auf eine in Ritualen der Selbstbestätigung verharrende Geschichtswissenschaft senkte.⁴³

41 Diesen Titel trug eine vom Unabhängigen Historikerverband getragene Sektion des Münchener Historikertages 1996. Zum allgemeinen Hintergrund Jürgen Danyel (Hrsg.), *Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten*, Berlin 1995, und die dort genannte Literatur (S. 247–264).

42 Zur Geschichte der Verwissenschaftlichungsthese Jarausch/Middell/Sabrow, *Störfall DDR-Geschichtswissenschaft*, S. 6 ff.; zu ihrer fortwirkenden Aktualität: Mätzing, *Geschichte im Zeichen des historischen Materialismus*, bes. S. 102 ff.

43 „Es scheint daher geradezu zum Charakter der Historiographie in der DDR zu gehören, daß einzelne Mikrokommunikationsräume sich nicht einfach zu einer im gleichen Takt voranschreitenden DDR-Geschichtswissenschaft zusammenfügten, sondern weitgehend voneinander isoliert blieben.“ Jarausch/Middell/Sabrow, *Störfall DDR-Geschichtswissenschaft*, S. 42. Vgl. auch Matthias Middell, *Wissenschaftliche Schulen in der Historiographie der DDR?*, in: Sabrow (Hrsg.), *Verwaltete Vergangenheit*, S. 67–115; ders., *Jenseits unserer Grenzen? Zur Trennung von deutscher und allgemeiner Geschichte in der Geschichtswissenschaft und Geschichtskultur der DDR*, in: Jarausch/Middell (Hrsg.), *Nach dem Erdbeben*, S. 88–120.

Ungeachtet dieser Gegenläufigkeiten lässt sich aus diskursgeschichtlicher Sicht ein Periodisierungsmodell entwickeln, das die Gegensätzlichkeit von westlicher und östlicher Geschichtswissenschaft zum Ausgangspunkt nimmt und von hier aus die einzelnen Geltungsphasen der sich von ihrem „bürgerlichen“ Gegenüber abgrenzenden sozialistischen Historiografie in den Blick nimmt. Die Jahre 1945 bis 1957/58 bilden in diesem Schema eine – in mehrere Unterstapfen zerfallende – Etablierungsphase der zweiten deutschen Geschichtswissenschaft. Dabei lassen sich die unmittelbaren Nachkriegsjahre als Zeit der Umorientierung zusammenfassen, in der die sowjetischen Kulturoffiziere und deutsche Stellen die Trümmer des nationalsozialistischen Geschichtsdenkens zu beseitigen und ein demokratisches Geschichtsbewusstsein zu schaffen suchten. Die tragenden Begriffe des Neubeginns hießen „Antifaschismus“, „Frieden“ und „Humanismus“ und waren so gehalten, dass ihnen Kommunisten und Nichtkommunisten zustimmen konnten.

Die Phase der Umorientierung wurde durch den 1948 losbrechenden „Sturm auf die Festung Wissenschaft“ abgelöst, der parallel zur Umwandlung der SED in eine „Partei neuen Typs“ die Sowjetisierung auch des geistigen Lebens einleitete. Auch im Fach Geschichte ließen die völlige Umgestaltung des Universitätsstudiums und der immer massiver in Stellung gebrachte Monopolanspruch des Marxismus-Leninismus den Graben zwischen östlicher und westlicher Entwicklung weiter wachsen. Zunehmend traten marxistische Professoren an die Stelle „bürgerlicher“ Hochschullehrer, die in den Westen gegangen waren; immer weiter wurden die Reisemöglichkeiten und Fachverbindungen zwischen westlichen und östlicher Zone eingeschränkt. Zur eigentlichen Zäsur der marxistisch-leninistischen Etablierungsphase aber wurde das Jahr 1952. Jetzt erst trat die neue Geschichtswissenschaft mit einem eigenen Programm an, das einer ihrer führenden Vertreter im selben Jahr mit einer Erklärung über die „Gegenwartsaufgaben der deutschen Geschichtswissenschaft“⁴⁴ formulierte.

Ebenfalls 1952 wurde das Museum für deutsche Geschichte gegründet, das fortan im Zentrum Berlins das neue Geschichtsbild auszustellen beauf-

44 Leo Stern, Gegenwartsaufgaben der deutschen Geschichtswissenschaft, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Gesellschaftswissenschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe Nr. 1, 1 (1952), H. 3, S. 1–17.

tragt war, und ein Jahr später erhielt mit der ZfG auch die Fachwissenschaft als marxistisch-leninistische Disziplin ihren publizistischen Unterbau. Schon vorher war die mit dem Begriff „Misere-Theorie“ belegte Interpretation der deutschen Geschichte aufgegeben worden. Mit dem wachsenden Abstand von der „Stunde Null“ verlangte die Geschichtspolitik der SED nach einem „zeitgemäßerem“ Geschichtsbild, das die DDR in der nationalen Konkurrenz als das bessere Deutschland auszuweisen in der Lage war und in den Worten Leo Sterns „die Historiker der DDR mit dem sanctus amor patriae, mit der heiligen Liebe zum Vaterland, zu erfüllen“⁴⁵ vermochte. An die Stelle der „Misere-Theorie“ trat eine bewusst national argumentierende Geschichtsbetrachtung, die als „Nationale Grundkonzeption“ bis zum Ende der Herrschaft Ulbrichts in Kraft bleiben und die Bürger des Landes zu sozialistischen Patrioten erziehen sollte.

Die Folgen des Juni-Aufstandes von 1953 und die Entstalinisierungskrise bis 1957 insgesamt verhinderten allerdings zunächst eine konsequente Umsetzung dieses Programms. Erst der polnische Oktober 1956 und die Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes führten zu einem *roll back* auch in der Geschichtswissenschaft, das seinen Ausgangspunkt von einem ZK-Plenum Anfang 1957 nahm. Hier wurde die ideologische Koexistenz mit der „imperialistischen Geschichtswissenschaft der Bonner Machthaber“ aufgekündigt und allen Spielarten des Revisionismus, Liberalismus und Objektivismus der Kampf angesagt. Am Ende dieser Konstituierungs- und Durchsetzungsetappe hatte der Marxismus-Leninismus nahezu eine Monopolstellung in der ostdeutschen Fachwissenschaft erlangt, und mit der Durchsetzung eines parteinehmenden Wissenschaftsverständnisses war die endgültige Trennung von der westdeutschen Parallel-Historiografie erreicht. Die Gründung einer konkurrierenden Historiker-Gesellschaft im März 1958 und der Bruch von Trier im Herbst desselben Jahres ratifizierten diese Spaltung auch institutionell und vollendeten die Herausbildung einer eigenen DDR-Geschichtswissenschaft.

In der anschließenden Phase von 1958 bis 1971 konsolidierte sich die neue sozialistische Historiografie, änderte aber ihren Charakter nicht mehr grundsätzlich. Wissenschaftspolitisch zielten die Bestrebungen vor allem

45 Stern, *Gegenwartsaufgaben*, S. 16.

auf eine höhere Homogenisierung ab. Zu Beginn der Periode vollzog sich die historische Forschung in der DDR noch bei offener Westgrenze, so stark auch die Verbindungen zur nicht-sozialistischen Fachwelt bereits eingeschränkt worden waren. Der Mauerbau von 1961 stellte daher innerhalb der DDR-Geschichtswissenschaft eine wichtige Zäsur dar, denn er erst vollendete die äußere Abschottung, die die künstliche Denkwelt einer politisch beherrschten Fachdisziplin zu ihrer Existenz benötigte.

Es ist daher gar nicht paradox, dass die politische Verhärtung, die die Grenzschießung vom 13. August 1961 anzeigte, sich innerhalb des Faches in gewisser Hinsicht fast gegenteilig auswirkte, nämlich als eine fachliche Existenzsicherung in der innerdeutschen Historienkonkurrenz, die nun auch zu einer politischen Binnenentlastung führen müsse und die kritischere Befassung mit eigenen Tabus und Verkürzungen erlaube. Sogar die von Ulbricht selbst geleitete Ausarbeitung einer „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, hinter deren irreführendem Titel sich eine autoritative Geschichte der kommunistischen Partei verbarg, gelangte daher in einzelnen Fragen zu differenzierten Positionen, wie sie nachher bis 1989 nicht mehr erreicht wurden.

Der Sturz Ulbrichts 1971 zog unmittelbare Folgen für das sozialistische Geschichtsbild nach sich. Auf dem VIII. Parteitag der SED wurde die Sonderstellung zurückgenommen, die Ulbricht der DDR im revolutionären Weltprozess zudedacht hatte, und der westlichste Vorposten der östlichen Welt war wieder fest in die sozialistische Staatengemeinschaft unter Moskauer Führung eingegliedert. Für die Geschichtswissenschaft bedeutete dies die Aufgabe der nationalen Grundkonzeption zugunsten einer internationalistischen Betrachtungsweise, die die dominante Rolle der Sowjetunion wieder stärker in die Vergangenheit verlängerte. Die Rückkehr zum „proletarischen Internationalismus“ milderte auf diese Weise vor allem in der Zeitgeschichte nach 1945 den bisherigen Zwang zur Entstellung der Tatsachen, indem nun beispielsweise die Rolle der Sowjetunion bei der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ in der SBZ wahrheitsnäher beschrieben werden konnte.

Diese Anpassung an die neuen politischen Vorgaben stellte sich nach außen als Spielraumerweiterung dar. Die DDR-Geschichtswissenschaft begann sich in den Augen ihrer westlichen Beobachter zu „verwissenschaft-

lichen“,⁴⁶ als die aus der Ulbricht-Ära gewohnte Unverhülltheit des politischen Zugriffs auf die wissenschaftliche Forschung zusehends einer Sprachregelung wich, die politische Vorgabenveränderungen als wissenschaftliche Erkenntnisfortschritte zu integrieren suchte. Einen wesentlichen Anteil an dieser Verschleierung politischer Beherrschung hinter wissenschaftlicher Fassade hatte die zunehmende Bürokratisierung der Forschungspraxis. Die Kontrolle der Institutspraxis durch die Hierarchie von Zentralplänen, Fünfjahrplänen, Institutsjahresplänen, Bereichsplänen bis hin zu den individuellen Arbeitsplänen einerseits, die Bindung der Druckfreigabe aller Monografien und Sammelwerke an die Einholung zweier positiver Gutachten andererseits, waren seit Beginn der sechziger Jahre immer weiter verfeinert worden, so dass die Zensurpraxis strukturelle Qualität annahm und in ihrem vielfältigen Geflecht von Zuständigkeiten, hemmenden und fördernden Instanzen gar nicht mehr prägnant fassbar war.

Die so genannte Rehistorisierung der DDR-Geschichtswissenschaft⁴⁷ führte am Ende der siebziger Jahre zu einem weiteren Anpassungsschritt, der sich am prägnantesten in der so genannten Preußenrenaissance manifestierte. Die sich allmählich abzeichnende „ideologische Entladung“ der DDR, verbunden mit der pragmatischen Hinwendung zu einer stärker bedarfsorientierten Sozial- und Wirtschaftspolitik, ließen auch in der Historie Bemühungen in den Vordergrund treten, die das starre Korsett des Zwei-Linien-Konzepts durch eine Sicht zu ersetzen versuchten, die den gewandelten Legitimationsbedürfnissen der sozialistischen Diktatur entgegenkommen sollte. Aus einer durch die Frühneuzeiterin Ingrid Mittenzwei angestoßenen Debatte über die „Die zwei Gesichter Preußens“ 1978 wurde schnell ein die offiziöse Geschichtskultur der DDR insgesamt erfassender Umbruch. Das SED-Regime wurde traditionsbewusst.

Den wissenschaftlichen Rahmen des neuen Paradigmas lieferte die Geschichtstheorie mit dem „Erbe-Traditions-Konzept“. Es revidierte die alte Einteilung in einen „guten“ Entwicklungsstrang, der von den Bauern-

46 Agnes Blänsdorf, Die deutsche Geschichte in der Sicht der DDR. Ein Vergleich mit der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich seit 1945, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 39 (1988), S. 263–290, hier S. 276.

47 Eberhard Kuhrt/Henning von Löwis, Griff nach der deutschen Geschichte. Erberaneignung und Traditionspflege in der DDR, Paderborn u. a. 1988, S. 49.

kriegen über die Arbeiterbewegung zur DDR führe, und einen „schlechte“ Geschichtslinie, die vom reaktionären Absolutismus über Imperialismus und Faschismus in die Bundesrepublik reiche, und setzte ihr das Konzept einer Nationalgeschichte der DDR entgegen, das nicht auf die unmittelbare Genesis und Entwicklung der DDR beschränkt war, sondern die ganze deutsche Geschichte seit der Entstehung des deutschen Volkes als ethnische Einheit einschließen sollte.⁴⁸ Hierzu verhalf die in den achtziger Jahren zu kanonischer Geltung gelangende Unterscheidung zwischen „Erbe“ und „Tradition“, die neben den „fortschrittlichen“ der ungebrochen zur sozialistischen Gegenwart führenden Vergangenheitslinien auch den „reaktionären“ Anteilen der deutschen Geschichte als einem Erbe Aufmerksamkeit zu bewahren erlaubte, „das nicht ausgeschlagen werden kann, sondern anzutreten und zu bewältigen ist“.⁴⁹

Doch all diese Anpassungsversuche wurden von der Legitimationskrise überholt, in die die DDR-Geschichtswissenschaft geriet, als der Siegeszug von Glasnost und Perestrojka nach der Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU den Verfall auch des SED-Regimes einläutete. Zügig räumte auch die sowjetische Geschichtswissenschaft die ideologischen Hürden ihrer bisherigen Geschichtsschreibung beiseite und drängte damit die Historiker der DDR in die Enge, die sich stets auf die sowjetische Sicht berufen hatten. Westliche Beobachter erkannten in den Endjahren der DDR, dass die DDR-Historiografie im Zuge dieser Entwicklung und nicht zuletzt unter dem Eindruck des Umbruchs in Osteuropa sich selbst auf dem Gebiet ihrer eigenen Parteigeschichte von ihren bisherigen Tabus vorsichtig löste und z. B. im Bereich der Sozial- und Alltagsgeschichte eigene Wege zu gehen begann. Die in den sechziger Jahren oktroyierte Abschottung von der westlichen Geschichtswissenschaft wurde in den achtziger Jahren gelockert; beide Seiten begegneten sich auf Forschungsfeldern wie Reformation und Bauernkrieg, Revolutions- und Imperialismusgeschichte. Noch vereinzelt, aber doch in wachsendem Maße konnten DDR-Historiker nun wieder Ein-

48 Walter Schmidt, Das Gewesene ist nie erledigt. Worauf muß sich eine Nationalgeschichte der DDR stützen?, in: „Sonntag“ 35 (1981), Nr. 27, S. 9.

49 Walter Schmidt, „Wir stellen uns der ganzen deutschen Geschichte“, in: Susanne Miller/Malte Ristau (Hrsg.), Erben deutscher Geschichte. DDR-BRD: Protokolle einer historischen Begegnung, Reinbek b. Hamburg 1988, S. 33–40, hier S. 34

ladungen zu Forschungsaufenthalten und Vorträgen in der Bundesrepublik und in den USA annehmen und auch westliche Fachkollegen vor einem akademischen Publikum in der DDR sprechen. Im Zuge der finalen Krise des ostdeutschen Herrschaftssystems höhnte eine schleichende „Vereinigung von unten“ auch die DDR-Geschichtskultur und -wissenschaft in ihrer inneren Identität mehr und mehr aus, ohne dass die Historiografie freilich einen nennenswerten Anteil an der Bewegung gehabt hätte, die das SED-Regime im Herbst 1989 in die Knie zwang.

Was bleibt?

Je nach Zuschnitt und retrospektiver Blickrichtung bleibt die DDR-Geschichtswissenschaft also ein schillernder Gegenstand. Auch bei aller empirischen Emsigkeit wird er schwerlich jemals ein „ausgeforschtes“ Gelände bilden, noch auch je Jorge Luis Borges' absurden Kartografentraum von einer vollkommenen Landkarte im 1:1-Maßstab wahr werden lassen,⁵⁰ sondern immer werden neue Fragen an ihn neue Antworten von ihm erheischen. Was aber hinterlässt dieser so unvermutet aus der zukunfts offenen Gegenwart in die abgeschlossene Historizität gefallene Seitentrieb der historischen Wissenschaft?

Was bleibt, sind zum einen natürlich Veröffentlichungen. Auch wenn mit der generationellen Ablösung die Bitternis einer mit der Vereinheitlichung der beiden Wissenschaftssysteme abgewickelten Historikerschaft in

50 In seiner Parabel „Von der Strenge der Wissenschaft“ erzählt Borges von einem Reich, in dem „die Kunst der Kartographie eine solche Vollkommenheit [erlangte], daß die Karte einer einzigen Provinz den Raum einer Stadt einnahm und die Karte des Reichs den einer Provinz. Mit der Zeit befriedigten diese maßlosen Karten nicht länger, und die Kollegs der Kartographen erstellten eine Karte des Reichs, die die Größe des Reichs besaß und sich mit ihm in jedem Punkt deckte. Die nachfolgenden Geschlechter, die dem Studium der Kartographie nicht mehr so ergeben waren, waren der Ansicht, diese ausgedehnte Karte sei unnützlich, und überließen sie, nicht ohne Verstoß gegen die Pietät, den Unbilden der Sonne und der Winter. In den Wüsten des Westens überdauern zerstückelte Ruinen der Karte, behaust von Tieren und von Bettlern; im ganzen Land gibt es keine anderen Überreste der geographischen Lehrwissenschaften.“ Jorge Luis Borges, *Borges und ich*, in: *Gesammelte Werke*, Bd. VI, München 1982, S. 121.

Ostdeutschland längst vergangen sein wird, werden Produkte des ostdeutschen Wissenschaftsbetriebs zwischen 1949 und 1989 ihren Platz in den Bücherregalen behalten. Viele werden vielfach eher beiläufig im Strom der in Buchdeckeln gebundenen Fachkenntnis mitschwimmen, manche als Solitäre aus ihm herausragen: so Jürgen Kuczynskis Werk über deutsche Alltagsgeschichte oder Ernst Engelbergs Bismarck-Biografie oder die von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein, Willibald Gutsche und Joachim Petzold verfasste dreibändige Geschichte des Ersten Weltkriegs und Olaf Groehlers Arbeit über den alliierten Luftkrieg 1939 bis 1945.⁵¹

Was bleibt, ist zum Zweiten ein disziplinäres Netzwerk von Historikern vorwiegend ostdeutscher Provenienz, die sich Nischen der fachlichen Kommunikation geschaffen und eine erstaunliche Produktivität entfaltet haben. Während insbesondere das einstige Flaggschiff der DDR-Zunft, die 1952 gegründete ZfG, nach der deutschen Vereinigung ihre Tradition als autoritatives Sprachrohr des ostdeutschen Herrschaftsdiskurses gänzlich abzuschütteln vermochte und sich zu ihrem 50. Geburtstag als etabliertes Kommunikationsforum der gesamtdeutschen Fachwissenschaft präsentierte,⁵² überlebten andere Fachzeitschriften als Stimmen eines akademisch weithin ausgegrenzten Fachdiskurses, in dem sich oft persönliche Erfahrung und wissenschaftliche Neugierde auf der Suche nach den Ursachen für das Scheitern des sozialistischen Projekts verbanden. Politisch und institutionell insbesondere in Reichweite der PDS angesiedelt, bildete sich nach 1989 in den neuen Bundesländern und in Berlin gleichsam ein grauer Wissenschaftsbetrieb heraus,⁵³ der sich oft

51 Jürgen Kuczynski, *Geschichte des Alltags des deutschen Volkes*, 5 Bände, Berlin (Ost) 1980–1982; Ernst Engelberg, *Bismarck*. Bd. 1: *Urpreuße und Reichsgründer*; Bd. 2: *Das Reich in der Mitte Europas*, Berlin (Ost) 1985 u. 1990; Fritz Klein u. a. (Hrsg.), *Deutschland im ersten Weltkrieg*, 3 Bde., Berlin (Ost) 1968/69; Olaf Groehler, *Geschichte des Luftkriegs 1910–1980*, Berlin (Ost) 1982.

52 50 Jahre Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Grußadressen von Peter Bender, Georg G. Iggers, Konrad H. Jarausch, Harald Kleinschmidt, Jürgen Kocka, Günter Mühlpfordt, Lutz Niethammer, Siegfried Prokop, Peter Steinbach, Günter Vogler, Hermann Weber, Manfred Weißbecker, in: *ZfG* 50 (2002), S. 965–980.

53 Diese Duplizität kommt über die Geschichtswissenschaft hinaus etwa in der Neugründung einer „Leibniz-Sozietät“ zum Ausdruck, die in personeller Zusammensetzung und inhaltlichen Aktivitäten die Tradition der abgewickelten Akademie der Wissenschaften der DDR fortsetzt und dadurch in Legitimationskonkurrenz zur neu gegründeten Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften steht.

unterhalb der fachoffiziellen Wahrnehmungsschwelle in Vereinen wie „Helle Panke“ oder „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ und Zeitschriften wie „Utopie kreativ“ oder „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ der ostdeutschen Zeit- und Wissenschaftsgeschichte widmet. Die dort diskutierten Themen und Beiträge zeichnen sich mehrheitlich durch eine geringe Neigung zu theoretischen und methodischen Grundsatzrörterungen aus, aber sie fördern die DDR-Forschung nach 1989 mit breit gefächerten Einzelbeiträgen ebenso wie mit zahlreichen Handbüchern und Dokumentensammlungen.⁵⁴

Was bleibt, ist schließlich das verstörende Unbehagen, bis zu welcher Tiefe ein anderes historisches Denken sich in die Legitimationsbedürfnisse einer diktatorischen Herrschaft einpassen ließ und mit welcher inneren Kraft es seine diskursive Hegemonie als eine „beherrschte Normalwissenschaft“ über Jahrzehnte zu behaupten wusste, um dann am Ende der achtziger Jahre mit atemberaubender Geschwindigkeit in sich zusammenzufallen. Womöglich ergibt sich aus diesem irritierenden Befund aber auch eine intellektuelle Chance, nämlich eine Teilantwort auf die Frage, woraus die SED-Herrschaft in Ostdeutschland ihre Bindungskraft schöpfte, obwohl sie doch niemals materielle Zufriedenheit nach westlichem Maßstab erzeugen konnte, keine nationale Eigenständigkeit besaß und im Gegensatz zur ersten deutschen Diktatur nicht aus einer Volksbewegung heraus entstanden war. Bildete stattdessen die zweite deutsche Diktatur über das enge Feld der Wissenschaften hinaus eine Normalität eigener Art aus, die zumindest in Teilen der DDR-Gesellschaft eine Art sekundärer, gleichsam subkutan wirkender Legitimität zu erzeugen vermochte? Und bezog vielleicht aus ihr der paternalistische Despotismus von Herrschaft in der DDR ein Gutteil seiner erstaunlichen Wirkungsmacht zwischen der Mitte der fünfziger und der Mitte der achtziger Jahre, bis dann die schnell fortschreitende Erosion seiner gleichsam „oktroierten Normalität“ den Zusammenbruch des SED-Regimes begleitete – und mit verursachte?

54 Als Beispiele seien genannt: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hrsg.), *Die SED. Geschichte – Organisation – Politik*. Ein Handbuch, Berlin 1997, Detlev Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan, *Die Häber-Protokolle. Schlaglichter der SED-Westpolitik 1973–1985*, Berlin 1999; Gerd-Rüdiger Stephan u. a. (Hrsg.), *Die Parteien und Organisationen der DDR*. Ein Handbuch, Berlin 2002.

Die DDR als Gegenstand der Geschichtswissenschaft

Die Frage nach der Entwicklung der Beschäftigung mit der DDR in der deutschen Geschichtswissenschaft umfasst verschiedene Dimensionen. Es geht in dieser Skizze um

- die Frage, wie aus Gegenwart zunächst Gegenwartsvorgeschichte und dann Vergangenheit wird,
- die Frage des Wandels des Bildes und der Urteilsmaßstäbe, insbesondere unter dem Einfluss von Zeiterfahrungen wie der Zäsur 1989/90,
- die Frage, welche Relevanz politische Positionen für das Bild hatten und haben.

Ein gewisses Problem liegt darin, dass sich Zeitgeschichte und Politische Wissenschaft nicht gänzlich trennen lassen; hier geht es jedoch vorrangig um Zeitgeschichtsforschung und Zeitgeschichtsschreibung, die freilich wie die Politische Wissenschaft von politischen Rahmenbedingungen und den Zeitklimata abhängig sind. Verkomplizierend kommt hinzu, dass es vor 1989 zwei Geschichtswissenschaften gab, wobei allerdings gerade in der DDR sich nur sehr bedingt eine selbstständige Zeithistorie herauszubilden vermochte. Im Mittelpunkt dieser Skizze steht dementsprechend die DDR-Forschung und Geschichtsschreibung des Westens sowie die des vereinigten Deutschland. Die DDR als Gegenstand der zeitgeschichtlichen Arbeit, der Forschung und der Geschichtsschreibung ist im Übrigen eng verwoben mit der Beurteilung der deutschen Frage und der Bundesrepublik. Diese ist deshalb zumindest am Rande einzubeziehen.

Die Dominanz des Wiedervereinigungsgebotes und die Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit

Die Wiedervereinigung galt in der deutschen Gesellschaft in Ost und West während der fünfziger Jahre als eine selbstverständliche Forderung. Zunächst konnte es sich keine Partei leisten, ihre Politik nicht mit der Wiedervereinigungsforderung in eine positive Beziehung zu bringen.

Auch im Kategoriensystem der Geschichtsschreibung spielte der Nationalstaat – trotz des im Dritten Reich kulminierenden integralen Nationalismus – eine bedeutsame Rolle. Für die Frage deutscher Einheit fühlten sich die Historiker geradezu zuständig, hatten sie doch im 19. Jahrhundert mit besonderem Engagement die deutsche Frage erörtert: Ihre preußisch-kleindeutsche Schule hatte geradezu die deutsche Einheit mit herbeigeschrieben, um danach vielfach den Weg zur Bismarckschen Reichsgründung als einen sinnvollen Prozess zu interpretieren, der lediglich von Gruppen, die eher an der Peripherie standen – katholischen oder demokratisch orientierten Historikern – kritisch betrachtet wurde. Und in der Weimarer Zeit hatten sich die Historiker besonders für das Verhältnis von Staat, Volk und Reich interessiert, ein Themenfeld, das dann auch im Dritten Reich eine große Rolle spielte. Nach dem Zweiten Weltkrieg war diese Diskussion wieder aufgegriffen worden.

Auf dem Hintergrund der „deutschen Katastrophe“ artikulierten sich in den Nachkriegsjahren zwar Stimmen, die die Bismarcksche Reichsgründung kritisierten und sie für den verheerenden deutschen Sonderweg verantwortlich machten, doch dominierte in Westdeutschland bald wieder eine historische Interpretation, die trotz erheblicher Kritik an manchen Zügen der Bismarckschen Innenpolitik den Weg zur Reichsgründung und darüber hinaus erneut als bedeutsamen Fortschritt der deutschen Geschichte kennzeichneten.¹ Generell lässt sich sagen, dass sich jedenfalls zumindest ein Teil als Sachwalter des nationalen Gedächtnisses betrachtete und dementsprechend auch die Wiederherstellung der deutschen Einheit ungeachtet des Dritten Reiches als in der Logik der deutschen Geschichte liegend ansah.²

1 Vgl. Lothar Gall (Hrsg.), *Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945*, Köln/Berlin 1971.

2 Siehe Bernd Faulenbach, *Die deutsche Historiographie und die Nachkriegsentwick-*

Der 17. Juni 1953 wurde von den westdeutschen Historikern als Manifestation des deutschen Einheitswillens gesehen (was er gewiss auch, aber nicht nur war). Und die Historiker fungierten vielfach als Festredner am Tag der deutschen Einheit; sie interpretierten dabei die gegenwärtige Konstellation vor dem Hintergrund der Geschichte.³

Wenn auch die Wiederherstellung des Bismarckreiches in den Grenzen von 1937 als selbstverständliche Forderung galt, so gab es – wenn man genauer hinschaut – doch unter dem Eindruck der Ost-West-Konfrontation eine Tendenz, eine Verabsolutierung des Einheitsgedankens abzulehnen. Theodor Schieder meinte, die Stunde des Nationalstaates sei abgelaufen.⁴ Auch Historiker, namentlich katholische, propagierten die Abendlandidee oder den Europagedanken.⁵ Und Ludwig Dehio sah die damalige Gegenwart durch den globalen Gegensatz von westlich-insularem und östlich-kontinentalem Denken, von Demokratie und Totalitarismus bestimmt, was den Nationalstaat relativierte.⁶ Eine ähnliche Stoßrichtung hatte die Position von Hans Rothfels, der unter Bezug auf Preußen einen historischen Vorrang des Staates vor der Nation einnehmen wollte und fürchtete, dass bei längerer staatlicher Trennung zwei Nationen entstehen könnten; er betonte: „So sehr wir eine Entflechtung der Blöcke wünschen müssen, so sicher ist, daß wir gerade um der Menschen in der Sowjetzone willen, ein Opfer nicht bringen und einen Preis nicht zahlen können, wir dürfen nicht Einheit für Freiheit

lung in Deutschland, in: Christian Jansen/Lutz Niethammer/Bernd Weisbrod (Hrsg.), Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1995, S. 99–116.

3 Siehe Herbert Hupka (Hrsg.), 17. Juni. Reden zum Tag der Deutschen Einheit, Bonn 1964. Vgl. Bernd Faulenbach, Der 17. Juni 1953 in den „Legitimationshaushalten“ der beiden deutschen Staaten“, in: Frank Becker/Thomas Großbölting/Armin Owzar/Rudolf Schlögl (Hrsg.), Politische Gewalt in der Moderne, Münster 2003, S. 285–299.

4 Vgl. Theodor Schieder, Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa, hrsg. v. Otto Daun/Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1991.

5 Siehe Winfried Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989, S. 266 ff.

6 Ludwig Dehio, Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, München 1955. Vgl. Thomas Beckers, Abkehr von Preußen. Ludwig Dehio und die deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, Aichach o. J.

kaufen.“⁷ Es lässt sich im Übrigen die These vertreten, dass es bei den Historikern – wie in der Politik der Ära Adenauer – die Tendenz gab, bezogen auf den Westen den Nationalstaat zu relativieren oder ihn gar zu überwinden, gegenüber dem Osten aber auf seiner Wiederherstellung zu beharren.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die „SBZ-Forschung“ in der Bundesrepublik bis in die sechziger Jahre gleichsam „Wiedervereinigungswissenschaft“ war, die u. a. in dem im März 1952 beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen eingerichteten wissenschaftlichen Beirat koordiniert wurde. Die als „SBZ“ bezeichnete DDR galt als „flüchtiges Übergangsphänomen“; auch wurde es als „bloßes Kolonialgebiet des sowjetischen Imperiums betrachtet“.⁸ Auch wo – wie in Westberlin – die DDR in den fünfziger Jahren ernst genommen wurde, begriff man sie als Teil des sowjetkommunistischen Systems, der mit Kategorien der Totalitarismustheorie zu erfassen war.⁹ Erst im Laufe der sechziger Jahre wurde die DDR zu einem eigenständigen Forschungsgegenstand, dem sich insbesondere Politik- und Sozialwissenschaftler widmeten.¹⁰

Die Herausbildung einer selbstständigen DDR-Wissenschaft und der Beginn zeithistorischer Forschung über die SBZ/DDR

Der Bau der Mauer machte für viele Zeitgenossen deutlich, dass sich die Zweistaatlichkeit verfestigt hatte und weiter verfestigte. Die Beschäftigung

7 Hans Rothfels, *Geschichtliche Betrachtungen zum Problem der Wiedervereinigung*, in: ders., *Zeitgeschichtliche Betrachtungen*, Göttingen 1959, S. 236–253, hier S. 252.

8 Wilhelm Bleek, *Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland*, München 2001, S. 286 ff., 292 f. (Zitate).

9 Siehe A. R. L. Gurland, *Einleitung zu Max Gustav Lange. Totalitäre Erziehung (1954)*, in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hrsg.), *Wege der Totalitarismus-Forschung*, Darmstadt 1968, S. 228–246; Martin Drath, *Totalitarismus in der Volksdemokratie (1958)*, in: Seidel/Jenkner (Hrsg.), *Wege der Totalitarismus-Forschung*, S. 310–356. Vgl. auch Hubertus Buchstein, *Totalitarismustheorie und empirische Politikforschung – Die Wandlung der Totalitarismuskonzeption in der frühen Berliner Politikwissenschaft*, in: Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hrsg.), *Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1997, S. 239–266.

10 Siehe Buchstein, *Totalitarismustheorie und empirische Politikforschung*.

mit der auch in den sechziger Jahren noch „SBZ“ genannten oder dann mit Anführungsstrichen geschriebenen „DDR“ konnte nun nicht mehr ausschließlich oder vorrangig durch die Wiedervereinigungsperspektive bestimmt bleiben; es kam vielmehr schrittweise zur wissenschaftlichen Anerkennung der DDR als eines selbstständigen Forschungsgegenstandes, die gleichsam der politischen Anerkennung der DDR vorauslief, in gewisser Weise aber auch mit dieser verwoben war.

In diesem Kontext entwickelte sich die Frage, inwieweit die Totalitarismus-Theorie, die bezogen auf die NS-Zeit zunehmend als defizient empfunden wurde, sich auf die DDR anwenden ließ. Peter Christian Ludz veröffentlichte 1964 den „Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfasster Gesellschaften“, in dem er die These vertrat, „daß ein bolschewistisches System unter den Bedingungen der Industriegesellschaft [...] eher zu einer autoritären als zu einer totalitären Verfassung“ tendiere.¹¹ Die bis dahin vorherrschende Theorie des Totalitarismus war demnach kaum in der Lage, sozialen Wandel und soziale Konflikte und damit einen wesentlichen Teil der sozialen Wirklichkeit einer industriellen, totalitär oder autoritär verfassten Gesellschaft – kritisch und methodisch abgesichert – in den Griff zu bekommen. Ludz glaubte konkret einen Wandel von der totalitären zur autoritären Herrschaft in der DDR annehmen zu können und entwickelte deshalb den Begriff des „konsultativen Autoritarismus“, dem freilich andere mit dem Argument widersprachen, dass in der DDR die bisherigen Machtstrukturen fortbeständen und man gegebenenfalls auch zu den Methoden des Terrors – bei Versagen des Vereinbarungsprinzips – zurückkehren könne (Geheimpolizei, Spitzelapparat, Kampftruppen der SED und Ähnliches ließen sich dabei anführen).¹² Ludz nahm an, dass sich in der DDR-Gesellschaft eine institutionalisierte Gegenelite zur Führungsgruppe herausbilden könne. Bei ihm und anderen findet sich die Hoffnung auf eine Wandlungsfähigkeit des SED-Systems, die sich nicht zufällig in der

11 Peter Christian Ludz, Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfasster Gesellschaften (1964), in: Seidel/Jenkner (Hrsg.), Totalitarismusforschung, S. 532–559.

12 Peter Christian Ludz, Parteilite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Köln/Opladen 1968, 3. Aufl. 1970. Zur Kritik an Ludz siehe Ilse Spittmann, DDR-Forschung im Wandel, in: SBZ-Archiv 19 (1968), S. 36–40.

Zeit der beginnenden Entspannungspolitik entwickelte und diese auch beeinflusste. Einige DDR- und Kommunismusforscher entwickelten „Konvergenztheorien“, nach denen sich östliche und westliche Industriegesellschaften in Zukunft einander angleichen würden.

Peter Christian Ludz gewann in den siebziger Jahren auch im politischen Raum durch seine Materialien zum Bericht zur Lage der Nation Einfluss. Die Forschungen der siebziger und achtziger Jahre, deren Fragestellungen sich gegenüber den fünfziger und sechziger Jahren deutlich verbreiterten, waren dadurch gekennzeichnet, auch die Leistungen des SED-Systems und der DDR-Gesellschaft zu erfassen. Man begann die DDR und ihre Geschichte an ihren eigenen Ansprüchen zu messen, sie gleichsam „immanent“ zu interpretieren.

Die Zeitgeschichte begann sich erst in den siebziger Jahren verstärkt der Nachkriegszeit und damit auch der DDR zuzuwenden. Zeitgeschichtsforschung hatte sich in den fünfziger und sechziger Jahren mit dem Ausgang des Ersten Weltkrieges, der Weimarer Republik und der NS-Zeit beschäftigt; erst in den siebziger Jahren trat daneben eine „zweite Zeitgeschichte“, die die Bundesrepublik und die DDR zu Gegenständen der zeithistorischen Forschung und der Geschichtsschreibung machte; man sprach nun von einer „doppelten Zeitgeschichte“. ¹³

Die Zeitgeschichtsschreibung begann sich der SBZ-/DDR-Geschichte zuzuwenden, als die zeitliche Distanz mehrere Jahrzehnte umfasste, d. h. die frühe Nachkriegszeit und die Ära Adenauer zur Vergangenheit geworden waren. Katalysator der Beschäftigung war das 25- und 30-jährige Bestehen der Bundesrepublik, das zu zahlreichen historischen Betrachtungen Anlass gab. ¹⁴ Die Bundesrepublik konnte längst nicht mehr als Provisorium gelten, sie hatte sich seit den sechziger Jahren selbst anerkannt und seit

¹³ Zur Entwicklung der Zeitgeschichte vgl. Anselm Doering-Manteuffel, *Deutsche Zeitgeschichte nach 1945*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41 (1993), S. 1–29.

¹⁴ Vgl. Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart-Degerloch 1974; Walter Scheel (Hrsg.), *Nach dreißig Jahren ... Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1979; Josef Becker (Hrsg.), *Dreißig Jahre Bundesrepublik. Tradition und Wandel*, München 1979; Heinrich August Winkler (Hrsg.), *Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953*, Göttingen 1979.

den ausgehenden sechziger Jahren wurde dann auch die Zweistaatlichkeit durch die neue Ostpolitik als auf absehbare Zeit lediglich modifizierbarer Rahmen politischen Handelns begriffen. Auf diesem Hintergrund verstärkte sich die – zudem durch die Zugänglichkeit von Quellen erleichterte – zeithistorische Forschung über die Nachkriegs- und fünfziger Jahre und parallel damit auch die Beschäftigung mit der DDR-Geschichte.

Entgegen der Kritik nach 1989 war die Zeitgeschichtsschreibung, die sich mit der SBZ/DDR seit den sechziger Jahren beschäftigte, keineswegs überwiegend unkritisch oder gar apologetisch.¹⁵ Die Arbeiten von Hermann Weber, Dietrich Staritz und anderen zeichnen sich in den siebziger und achtziger Jahren durch nüchterne Beschreibungen der DDR-Geschichte und Politik, der Strukturen der Macht und der Gesellschaft aus.¹⁶ Die DDR galt als Staat mit stabilen Strukturen, in dem freilich die Menschen- und Bürgerrechte allenfalls bedingt respektiert wurden. Die zeithistorische Forschung, die sich zunächst den ersten Jahrzehnten zuwandte, beschäftigte sich auch mit Wirtschaft und Gesellschaft, schließlich selbst mit der Erfahrungsebene.¹⁷ Das tatsächliche Ausmaß der Krise der DDR, auch die Herausbildung oppositioneller Gruppen und ihrer Netzwerke wurden von der gesamten DDR-Forschung, auch den Zeithistorikern, nicht erkannt.

In der Zeithistorie vor 1989, in deren Zentrum die NS-Zeit samt ihrer Vorgeschichte stand, war die Beschäftigung mit der SBZ- und DDR-Geschichte eher von untergeordneter Bedeutung. Diejenigen, die darüber arbeiteten, kommunizierten vorrangig mit den anderen DDR-Forschern, die gleichsam eine Sonderdisziplin bildeten. Dass die DDR-Geschichte für die bundesdeutsche Zeitgeschichtsschreibung eher am Rande lag, wird symptomatisch daran deutlich, dass in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte

15 Exemplarisch für die retrospektive Polemik Klaus Schroeder/Jochen Staadt, *Der diskrete Charme des Status Quo. DDR-Forschung in der Ära der Entspannung*, in: *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 24 (1993), S. 24–63; Jens Hacker, *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*, Berlin 1992.

16 Siehe Hermann Weber, *DDR 1945–1986*, München 1988; Dietrich Staritz, *Geschichte der DDR*, Frankfurt a. M. 1985.

17 Zur Erfahrungsgeschichte siehe Lutz Niethammer/Alexander von Plato/Dorothee Wierling, *Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. 30 biographische Erfahrungen*, Berlin 1991 (die Interviews wurden vor der Umwälzung durchgeführt).

sich nur ca. 12 Prozent der Aufsätze auf die Nachkriegszeit bezogen und von diesen nur ein ganz kleiner Teil auf die DDR, erst in der Folgezeit steigerte sich dieser Anteil auf 30 %, jedoch waren dabei nur 6 % der SBZ/DDR gewidmet.¹⁸ Mit der Thematisierung der Geschichte der Bundesrepublik, der Nachkriegsjahre, der Gründungsperiode, dann der Ära Adenauer verknüpft war ein geringes Interesse an der SBZ/DDR.

Wenig zur Erforschung der Geschichte der DDR trug die Geschichtsschreibung in der DDR bei. Gerade in diesem Feld machte sich die starke Abhängigkeit der Geschichtsschreibung von der SED, ihren Interessen und ihrer Politik stark bemerkbar. Veröffentlicht wurden einige Überblicke, auch manche Dissertationen entstanden, doch wenig davon hatte über die Umwälzung 1989/90 hinaus Bestand.¹⁹ Es war symptomatisch, dass im Herbst 1989 Bd. 9 der „Deutschen Geschichte“ in zwölf Bänden, herausgegeben vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, erschien, dessen Thema „Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949“²⁰ war. Weitere Bände sind dann nicht mehr erschienen.

Die Umwälzung 1989 und der veränderte Umgang mit der DDR-Geschichte

1989/90 wurde das SED-System gestürzt bzw. brach in sich zusammen; anschließend wurde die DDR von der großen Mehrheit ihrer Bürgerinnen

18 Vgl. Hermann Graml/Hans Woller, Fünfzig Jahre Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1953–2003, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 51 (2003), S. 51–87, hier S. 83.

19 Vgl. dazu Mary Fulbrook, DDR-Forschung bis 1989/90, in: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mählert (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn/München/Wien/Zürich 2003, S. 363–370. Mary Fulbrook versucht die gesamte DDR-Forschung in der DDR vor 1989 zu bilanzieren.

20 Deutsche Geschichte Bd. 9 (= Deutsche Geschichte in zwölf Bänden. Hrsg. v. Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR). Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949, Berlin 1989.

und Bürger aufgegeben, wodurch die Wiedervereinigung, die zuvor schon lange kein aktuelles Thema mehr war, in einer spezifischen Konstellation möglich wurde, was die meisten Zeitgenossen, auch die Zeithistoriker überraschte. Mit dem Ende von SED-System und DDR, als deren Kennzeichen gerade ihre Stabilität gegolten hatte, veränderte sich auch grundlegend das Bild der DDR: Die Geschichte der DDR wurde nun gleichsam von ihrem Ende her gesehen, wodurch ihre Schwächen deutlich hervortraten. Bemerkenswerterweise war die Sicherung des Archiverbes der DDR und die Aufklärung über deren Struktur und Geschichte ein wesentliches Ziel der Gruppen, die die Umwälzung vorantrieben. Insbesondere die repressive Dimension des Systems, vor allem der riesige Stasi-Apparat, der wie ein Krake die DDR durchdrungen hatte, fand nun vielfältiges Interesse bei den Bürgerrechtlern, doch auch in der gesamten Öffentlichkeit. Auf's Ganze gesehen trübte sich das Bild der DDR und ihrer Geschichte stark ein.²¹

Die Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur ging nun weit über die Geschichtswissenschaft hinaus, deren ostdeutscher Teil jede Glaubwürdigkeit eingebüßt hatte und von einem neu gegründeten Unabhängigen Historikerverband, doch auch von westdeutschen Historikern und der Öffentlichkeit in Frage gestellt wurde.²² Mit der Aufarbeitung beschäftigten sich die Justiz in strafrechtlicher und zivilrechtlicher Hinsicht und der Deutsche Bundestag, der dafür zwei Enquete-Kommissionen einrichtete, die die Strukturen und Entwicklung des SED-Systems sowie deren Folgen zu durch-

21 Vgl. Bernd Faulenbach, Zum Wandel des Umgangs mit der SBZ- und DDR-Geschichte, in: Heidi Behrens/Andreas Wagner (Hrsg.), *Deutsche Teilung. Repression und Alltagsleben. Erinnerungsorte der DDR-Geschichte. Konzepte und Angebote zum historisch-politischen Lernen*, Leipzig 2004, S. 31–43.

22 Siehe dazu Rainer Eckert, *Historischer Streit und moderne Zeitgeschichte. Zwölf Jahre Streit um die zweite deutsche Diktatur. Versuch einer Bilanz*, in: Franz-Josef Jelich/Stefan Goch (Hrsg.), *Geschichte als Last und Chance. Festschrift für Bernd Faulenbach*, Essen 2003, S. 107–122, über die Gründung des Unabhängigen Historiker Verbandes (UHV), S. 111 ff.; Martin Sabrow, *Die Historikerdebatte über den Umbruch von 1989*, in: ders./Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945*, München 2003, S. 114–137. Vgl. auch Bernd Faulenbach, *Zehn Jahre Auseinandersetzung über die doppelte Nachkriegsgeschichte und die Frage der inneren Einheit in Deutschland*, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), *Deutsche Fragen. Von der Teilung zur Einheit*, Berlin 2001, S. 647–660.

leuchten suchten.²³ Zudem wurden dafür auch die Gauck-Behörde, die SAPMO und andere Institutionen geschaffen. Außerdem arbeiteten Bürgergruppen weiter über die DDR-Geschichte. Nicht zuletzt interessierten sich auch die Print- und elektronischen Medien für die Aufarbeitung, verfielen dabei aber nicht selten in einen personalisierenden und skandalisierenden Sensationsjournalismus, insbesondere wenn es um prominente IM's der Stasi ging. Dieser Tendenz versuchte die Zeitgeschichte, die die SBZ- und DDR-Geschichte nach 1989 als ein wichtiges Arbeitsfeld entdeckte, zwar gegenzusteuern, an ihren Rändern gab man freilich teilweise der Versuchung nach, hier ein Stück weit mitzutun oder Zubringerdienste zu leisten.

Eine neue Sicht in der Zeitgeschichtsforschung?

Das Ende der DDR zwang auch die Wissenschaften zur Überprüfung ihrer bisherigen Sichtweisen.²⁴ Dies galt für die DDR-Forschung, auch für die Zeitgeschichtsschreibung, obgleich sie – anders als Teile der Publizistik – die DDR und ihre Entwicklung sachlich-nüchtern, freilich zunehmend differenziert dargestellt hatte.

Aus dem Heer der bisherigen DDR-Wissenschaftler rekrutierten sich seit 1989/90 teilweise Verteidiger des DDR-Systems. Sie hoben die Legitimität der beiden deutschen Wege in der Nachkriegszeit, der Bundesrepublik wie der DDR, hervor und versuchten nicht selten, die repressive Komponente des SED-Systems tendenziell mit der Wirkung des Kalten Krieges zu erklären.²⁵

23 Siehe Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. vom Deutschen Bundestag. 9 Bde. in 18 Teilbänden, Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1995; Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. vom Deutschen Bundestag. 8 Bde. in 14 Teilbänden, Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1999. Vgl. Bernd Faulenbach, Die Auseinandersetzung mit der doppelten Vergangenheit im Deutschen Bundestag, in: Martin Sabrow (Hrsg.), Grenzen der Vereinigung. Die geteilte Vergangenheit im geeinten Deutschland, Leipzig 1999, S. 35–86.

24 Die Wissenschaftliche Arbeit seit 1989/90 wird bilanziert in: Eppelmann/Faulenbach/Mählert (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung.

25 Siehe Dietmar Keller/Hans Modrow/Herbert Wolf (Hrsg.), Ansichten zur Ge-

Doch auch über die westliche DDR-Forschung gab es in den frühen neunziger Jahren heftige Diskussionen. Sie hatte den Untergang der DDR nicht vorhergesehen. Besonders angegriffen wurde die oben genannte „immanente Interpretation“ von Peter Christian Ludz.²⁶ Diese hatte zweifellos wesentlichen Anteil daran gehabt, die DDR und ihre Gesellschaft als eigenständigen Forschungsgegenstand zu konstituieren. Jetzt aber wurde ihr vorgehalten, den Diktaturcharakter des SED-Systems mehr oder weniger verkannt zu haben. Aus der Sicht mancher Kritiker war diese Interpretation bestenfalls naiv gewesen, einige sahen geradezu eine Kollaboration mit dem SED-System, eine Begrifflichkeit, die angesichts des geregelten Nebeneinanders beider deutscher Staaten seit den siebziger Jahren unangemessen war. Diejenigen jedenfalls – etwa Jens Hacker²⁷ – glaubten sich bestätigt, die stets nicht nur die Legitimation der DDR und des SED-Systems angezweifelt, sondern auch von hierher die Aufgaben der Politik gegenüber der DDR bestimmt hatten. Dass in der zeithistorischen Forschung keineswegs ein unkritisches Bild der DDR vorgeherrscht hatte, wurde in den Polemiken zum Teil übersehen.

Auch die wissenschaftliche Forschung, für die gleichsam über Nacht riesige Quellenmaterialien zugänglich wurden, beschäftigte sich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre erneut intensiv mit dem Herrschaftssystem der DDR, mit der Politik der SED, mit der Staatssicherheit, dem Grenzregime und anderen Phänomenen der repressiven Dimension des SED-Systems. Dazu wurden viele Einzelstudien und bald auch erste Synthesen vorgelegt. Die Vorstellung von der SED-Herrschaft als eines „konsultativen Autoritarismus“ verschwand; diskutiert wurde die Frage, inwieweit der Totalitaris-

schichte der DDR, Bonn/Berlin 1993 u. Eggersdorf 1994. Jochen Cerny/Dietmar Keller/Manfred Neuhaus (Hrsg.), *Ansichten zur Geschichte der DDR*. Bd. 5, Eggersdorf 1994.

26 Siehe die Belege in Anmerkung 15; außerdem: Peter Eisenmann/Gerhard Hirscher (Hrsg.), *Dem Zeitgeist geopfert. Die DDR in Wissenschaft, Publizistik und politischer Bildung*, München 1992; Hartmut Jäckel, *Unser schiefes DDR-Bild*, in: *Deutschland Archiv* 23 (1990), S. 1557–1565; *Eine Verteidigung der DDR-Forschung bei Rüdiger Thomas, Leistungen und Defizite der DDR- und vergleichenden Deutschland-Forschung*, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), *DDR-Forschung. Bilanz und Perspektiven*, Berlin 1995, S. 13–27.

27 Jens Hacker, *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*, Frankfurt a. M. 1992.

mus-Begriff oder der offenere Diktatur-Begriff für die DDR und ihr SED-System angemessen seien.²⁸ Auf Ganze gesehen gab es ein Revival der Totalitarismus-Theorien, die freilich weniger starr gefasst und teilweise weiterentwickelt wurden.²⁹ Die Vergleichbarkeit des kommunistischen Systems mit dem nationalsozialistischen wurde nicht mehr – wie bisweilen im Historikerstreit der achtziger Jahre – gänzlich in Abrede gestellt. Insbesondere in der Herrschaftstechnik stellte man Ähnlichkeiten fest; im Hinblick auf die Erfassung und Reglementierung der Gesellschaft wurde die kommunistische Herrschaft sogar als die totalitäre angesehen.³⁰ Bezogen auf die Verbrechen – die kriminelle Energie – erwies sich indes das SED-System mit dem NS-System als nicht vergleichbar, nur im Hinblick auf die stalinistische Sowjetunion war ein Vergleich mit dem NS-System sinnvoll. Im Übrigen aber führte der Vergleich eben auch zur Feststellung erheblicher Unterschiede.

Die Diskussion blieb nicht bei der Erörterung der Brauchbarkeit von Theorien stehen. Viele Themenfelder der DDR-Geschichte wurden neu entdeckt, etwa die Geschichte von Widerstand und Opposition bzw. von widerständigem und oppositionellem Verhalten.³¹ Gefragt wurde vor allem auch nach „Grenzen der Diktatur“, die etwa im Fortbestehen von Traditionen, in den Anforderungen einer arbeitsteiligen Industriegesellschaft oder auch im

28 Siehe die Debatte in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages u. a. mit Beiträgen von Jürgen Kocka und Horst Möller, in: Materialien der Enquete-Kommission Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland. Bd. IX, S. 574 ff.

29 Vgl. Eckhard Jesse, *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung*, Bonn 1996; Hans Maier (Hrsg.), „Totalitarismus“ und „politische Religionen“, Paderborn/München/Wien/Zürich 1996; Klaus Dietmar Henke (Hrsg.), *Totalitarismus*, Dresden 1999.

30 Vgl. Ian Kershaw, *Totalitarism Revisited. Nazism and Stalinism in Comparative Perspective*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 23 (1994), S. 23–30; Bernd Faulenbach, *Die SED-Diktatur in der DDR*, in: Ludger Kühnhardt/Alexander Tschubarjan (Hrsg.), *Russland und Deutschland auf dem Weg zum antitotalitären Konsens*, Baden-Baden 1999, S. 127–141.

31 Vgl. Ehrhart Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Berlin 1997; die Beiträge von Karl Wilhelm Fricke, Rainer Eckert und Ehrhart Neubert in *Eppelmann/Faulenbach/Mähler* (Hrsg.), *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*, S. 153–159, 167–172, 180–187.

Einfluss des Westens gesehen worden sind.³² Zugleich ließ sich der Tatbestand nicht übersehen, dass sich das SED-System im Laufe seiner Geschichte verändert hatte.³³ Zweifellos veränderten sich auch die Repressionsmethoden. Der offene Terror als Herrschaftsinstrument trat seit den sechziger Jahren zurück, an seine Stelle rückten subtilere Repressionsmittel. Manches spricht dafür, dass sich das System, u. a. als Folge der Entspannungspolitik, ein Stück weit öffnen musste, was es durch den Ausbau des Stasi-Apparates mit dem Ziel der umfassenden Kontrolle der Gesellschaft zu kompensieren suchte. Ob das System in dieser Phase realiter noch totalitär war (der Anspruch wurde sicherlich aufrechterhalten), ist streitig diskutiert worden. Der von Konrad Jarausch geprägte Begriff der Fürsorgediktatur lässt sich jedenfalls für die siebziger und achtziger Jahre eher verwenden als für die fünfziger Jahre.³⁴

Verstärkt beschäftigt sich seit Mitte der neunziger Jahre die wissenschaftliche Arbeit – voran ging dabei das Potsdamer Zentrum für Zeit-historische Forschung – mit der Geschichte der Gesellschaft und des Alltags in der DDR. Zweifellos war dieser Alltag von SED und der Stasi „durchherrscht“.³⁵ Und doch war das Leben im Sozialismus der DDR nicht nur eine Funktion des Systems. Die Frage nach dem „richtigen Leben im Falschen“ war damit gestellt und wurde vielfältig diskutiert.

Der wissenschaftliche Diskussionsprozess seit 1989/90 lässt sich resümierend dahingehend charakterisieren, dass zunächst das Herrschaftssystem und die repressive Dimension im Vordergrund standen und erst nach einigen Jahren Gesellschaft, Alltag und Kultur der DDR zu wichtigen Forschungsgebieten avancierten, wobei die Forschung überwiegend bemüht war und ist, die Dimensionen von Herrschaft nicht aus dem Blick zu verlie-

32 Siehe Richard Bessel/Ralph Jessen (Hrsg.), *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*, Göttingen 1996.

33 Vgl. Eckhard Jesse, *War die DDR totalitär?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) B 40/94*, S. 12–33; Klaus Dietmar Henke, *Für eine „Anatomie des SED-Sozialismus“*, in: *Deutschland Archiv 31* (1998), S. 83–86.

34 Konrad H. Jarausch, *Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR*, in: *APuZ B 20/98*, S. 33–46.

35 Zum Begriff der „durchherrschten Gesellschaft“ siehe Jürgen Kocka, *Eine „durchherrschte“ Gesellschaft*, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 547–553.

ren. Hinsichtlich der Charakterisierung des Systems gingen und gehen die Meinungen ziemlich weit auseinander. Doch bildet aufs Ganze gesehen der Diktatur-Begriff im wissenschaftlichen Raum so etwas wie einen Minimalkonsens.

Zu den Perspektiven der weiteren zeithistorischen Arbeit

Inzwischen mehren sich die Anzeichen dafür, dass die DDR und das DDR-System zunehmend einem Historisierungsprozess unterworfen werden. Die Ostalgie-Welle der jüngsten Zeit scheint dies teils zu bestätigen, teils zu dementieren. Einerseits rückt die Geschichte in Distanz, wird dabei sogar verklärt, andererseits wird sie mit der Gegenwart in Beziehung gesetzt, indem man sich in eine emotionale Beziehung mit der DDR-Vergangenheit bzw. bestimmten Teilen setzt. Die Ostalgie-Welle ist dabei ein Symptom für die Spannungen, die es zwischen dem Bild, das die Zeitgeschichte und die anderen Wissenschaften von der DDR entworfen haben und dem, was viele ehemalige DDR-Bürgerinnen und Bürger angesichts einer sie vor Probleme stellenden Gegenwart erinnern wollen, gibt. Keine Frage: die meisten Lebensgeschichten waren mit der Geschichte des Systems und der von ihr „durchherrschten“ Gesellschaft geprägt, was eine einfache Distanzierung oder gar retrospektive Abwertung sehr schwierig macht. Erschwert wird die kritische Auseinandersetzung mit der SED-Vergangenheit unter den früheren DDR-Bürgerinnen und Bürgern unverkennbar durch die Asymmetrie des Aufarbeitungsprozesses im Hinblick auf die DDR und die Bundesrepublik. Auch wirken hier und da ältere Interpretationsmuster der DDR nach bzw. sie werden sogar wieder stärker zur Geltung gebracht.

Die inzwischen sich wieder etwas abschwächende zeithistorische Forschung hat in vielen Bereichen die Tatbestände in einem Maße geklärt, dass ein gesichertes Bild entstanden ist. Dennoch gibt es auch Lücken. So sind die Jahrzehnte der DDR-Geschichte unterschiedlich genau untersucht worden – relativ gut erforscht sind die Entstehungsphase und die fünfziger Jahre auf der einen Seite und die achtziger Jahre auf der anderen Seite, während es zu den mittleren Jahrzehnten noch zahlreiche nicht aufgearbeitete Themen gibt. Offen sind nicht zuletzt Fragen der Einordnung und der Be-

wertung.³⁶ Zweifellos können Vergleiche mit den anderen kommunistischen Systemen, doch auch mit der Bundesrepublik weiterführen. Dies gilt auch für die Bestimmung von Kontinuitäten und Diskontinuitäten zur Geschichte vor 1945 und über 1989 hinaus. Zwar brauchen wir gewiss in vielen Bereichen, vor allem auch jenseits der institutionengeschichtlichen Ansätze, die in der DDR-Forschung vorherrschen, vertiefende Studien, doch zugleich ist die isolierende Betrachtung der DDR zu überwinden. Das bedeutet nicht zuletzt, dass die DDR-Geschichtsschreibung stärker mit der gesamten zeit-, wirtschafts-, sozial- und kulturgeschichtlichen Diskussion verbunden werden muss.

36 Siehe dazu: Bernd Faulenbach, Nur eine „Fußnote der Weltgeschichte“? Die DDR im Kontext der Geschichte des 20. Jahrhunderts, in: Eppelmann/Faulenbach/Mählert (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, S. 1–23.

KONRAD H. JARAUSCH

Die Zukunft der ostdeutschen Vergangenheit – Was wird aus der DDR-Geschichte?

Über ein Dutzend Jahre nach dem Zerfall der DDR scheint das öffentliche Interesse an ihrer Geschichte deutlich nachzulassen. Die führenden Printmedien drucken weniger Artikel oder Rezensionen zu ostdeutschen Themen, und das Fernsehen bringt nur noch selten Sendungen, die sich mit der Vergangenheit des SED-Staats befassen. Nur im Feuilleton der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, im *DeutschlandRadio* und in ostdeutschen Tageszeitungen hat die DDR noch eine posthume, jedoch negative Präsenz. Die von Peer Pasternack geleitete Untersuchung des Instituts für Hochschulforschung konstatiert daher unmissverständlich: „Ein Jahrzehnt nach dem Systemwechsel in Ostdeutschland nimmt das Interesse an der DDR und den ostdeutschen Entwicklungen in der akademischen Lehre kontinuierlich ab.“¹ Trotz stabiler Besucherzahlen in den Gedenkstätten scheint die emotionale Distanz zu den Objekten der Repression deutlich größer geworden zu sein, denn auch die berüchtigten Geruchsproben der Stasi schrecken nicht länger, sondern muten wie kuriose Relikte einer nun wirklich vergangenen Zeit an.

Dennoch konnte Hermann Weber bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Rostock im Oktober 2002 mit Genugtuung auf eine florierende Forschungslandschaft zur DDR zurückblicken: „Es gibt

1 Peer Pasternack, *Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000*. Hrsg. von HoF Wittenberg, Wittenberg 2001, S. 65 ff.

eine solide und produktive Entwicklung der DDR-Forschung, die sich durch ihren Pluralismus, eine Vielfalt von Methoden und Bewertungen auszeichnet und daher gute Voraussetzungen für die Weiterentwicklung bietet.“² Auch wenn sich das sozialwissenschaftliche Interesse an der Transformationsforschung langsam erschöpft hat, ist die ostdeutsche Vergangenheit wegen der Öffnung der Archive zur bevorzugten Provinz der Zeitgeschichte geworden. Die letzte Auflage des von Ulrich Mählerlert herausgegebenen „Vademekum DDR-Forschung“ erwähnt seit 1990 die Zahl von 1200 Forschungsprojekten, und ein Verzeichnis lieferbarer Bücher zur SBZ oder DDR zeigt 1800 Titel an.³ Als institutionelle Basis hat sich ein halbes Dutzend von neuen Institutionen gebildet, die von der BStU-Behörde über das Hannah-Arendt-Institut bis zum Zentrum für Zeithistorische Forschung reichen.⁴

Wie ist diese Diskrepanz zu beurteilen – ist sie Ausdruck einer tiefen Krise oder Anzeichen einer überfälligen Normalisierung? Die öffentliche Aufregung der Medien über die ostdeutsche Vergangenheit ließ sich auf die Dauer kaum halten, weil sie meist durch Skandalisierung erreicht wurde, also eine politisierende Veröffentlichung von vermeintlichen Geheimnissen, vor der der deutsche Historikerverband vor einigen Jahren gewarnt hat.⁵ Auch war es wohl zu erwarten, dass die Anzahl der Neumeldungen wissenschaftlicher Projekte in den letzten drei Jahren auf die Hälfte der

- 2 Hermann Weber, *Historische DDR-Forschung vor und nach der deutschen Einheit*, in: *Deutschland Archiv* 35 (2002), S. 942. Vgl. ders., *Zehn Jahre historische Kommunismusforschung. Leistungen, Defizite, Perspektiven*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ)* 50 (2002), S. 611–633.
- 3 Ulrich Mählerlert (Hrsg.), *Vademekum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungsinstituten, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten*, Berlin 2002, S. 7 ff.
- 4 Ulrich Pfeil, *L’histoire contemporaine allemande à la fin du XX^e siècle*, sowie die Beschreibungen der Institute von Horst Möller, Klaus-Dietmar Henke, Helmut Müller-Enbergs und Konrad H. Jarausch, in: *Documents. Revue des Questions Allemandes* 55 (2000), S. 4–45.
- 5 Zum Beispiel Jochen Staadt, *Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation*, Berlin 1993. Kritisch dazu: *Der Forschungsverbund SED-Staat und die Renaissance der Totalitarismustheorie. Dokumentation einer Diskussionsveranstaltung an der FU Berlin*, in: *agent provocateur. Studierendenzzeitung am OSI*, Juni 1998.

zwischen 1994 und 1997 angemeldeten 300 Vorhaben zurückgehen würde, da der erste Reiz der Aktenöffnung verfliegen ist.⁶ Allerdings bleibt die ungleiche Verteilung der universitären Lehre bedenklich, denn dort scheint sich eine nord-ostdeutsche Regionalisierung der Beschäftigung mit der DDR abzuzeichnen.⁷ Auch ist es eigentlich erschreckend, dass Hans-Peter Schwarz in seinen souveränen Überlegungen zur Entwicklung der Zeitgeschichtsschreibung in den letzten fünf Jahrzehnten die DDR kaum einer Erwähnung würdigt.⁸

Da die Beurteilung dieser widersprüchlichen Befunde weitgehend von den Erwartungen des jeweiligen Betrachters abhängt, werde ich versuchen, die Frage in einen wissenschaftshistorischen und diskursanalytischen Zusammenhang zu stellen. Ohnehin sind Historiker eher rückwärtsgewandte Propheten, die nur aufgrund ihrer Kenntnis der Vergangenheit Mutmaßungen über die Zukunft anstellen. Einen Schlüssel zur Beantwortung könnten vielleicht die unterschiedlichen Perspektiven bieten, aus denen die DDR-Geschichte wahrgenommen wird. Ein weiteres Kriterium würden die Meistererzählungen genannten großen Narrative der Vergangenheit sein, in die Interpretationen des SED-Staates eingefügt werden müssen, um zu überleben. Ein anderer Zugang wäre eine Analyse der Verflechtungen der ostdeutschen Vergangenheit mit diversen sektoralen Aspekten deutscher Entwicklung. Daran anknüpfend können schließlich einige Bedingungen formuliert werden, die weiterhin eine lebendige Beschäftigung mit der DDR-Geschichte erleichtern würden.

1. Wahrnehmungsperspektiven

In den neuen Bundesländern bleibt die Erinnerung an die eigene Geschichte während der DDR tief gespalten und ambivalent. Bevorzugte Aufmerksamkeit beansprucht die *Opfergeschichte* der Verfolgung und Repression, die von eigenen Verbänden formuliert wird. Aufgrund des vielfältigen eige-

6 Mählert (Hrsg.), *Vademekum*, S. 9.

7 Pasternack, *Gelehrte DDR*, S. 65 ff.

8 Hans-Peter Schwarz, *Die neueste Zeitgeschichte. „Geschichte schreiben während sie noch qualmt“*, in: *VfZ* 51 (2003), S. 5–28.

nen Leidens sieht sie das SED-Regime vor allem als Unrechtsstaat, als organisierte Unterdrückung jeder politischen Abweichung und freien Regung der Bürger. Die Stärke dieser Wahrnehmung liegt in ihrer eindeutigen moralischen Verdammung und menschlicher Sympathie für sie wegen des ihnen zugefügten Unrechts. Diese Perspektive ist institutionell abgesichert, denn sie wird von zahlreichen Gedenkstätten in früheren Gefängnissen wie Bautzen oder Hohenschönhausen und vom Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig propagiert. Auch die MfS-fokussierten Publikationen und Konferenzen der Abteilung Bildung und Forschung der BStU-Behörde gehen in die gleiche Richtung, während weitere Forschung dieser Art von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur finanziell unterstützt wird.⁹

Im diametralen Gegensatz dazu steht die apologetische Wahrnehmung der *nachsozialistischen Subkultur* früherer Vertreter der DDR, die zwischen Selbstverteidigung und Fehlerreflexion schwankt. Aufgrund der selbst verschuldeten, aber dennoch zu weitgehenden Verdrängung aus den Universitäten hat sich unter abgewickelten und frühpensionierten DDR-Historikern eine „zweite Wissenschaftskultur“ gebildet, die sich auf ihr antifaschistisches Ethos beruft. In einer „Mischung von Selbstkritik und Selbstbehauptung“ ringen diese Apologeten um die Deutung der problematischen Vergangenheit des eigenen Systems, an dem sie einerseits ideologisch festhalten, andererseits aber nach Gründen seines Fehlschlags suchen.¹⁰ Institutionalisiert ist diese marxistische Gruppe nur ungenügend, da sie sich im außeruniversitären Raum durch Unterstützung seitens der Historischen Kommission der PDS, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und von Vereinen wie „Helle Panke“ behaupten muss. Deswegen hält es Stefan Berger für „wahrscheinlich, dass es sich bei der alternativen historischen Kultur im Osten Deutschlands um ein Übergangsphänomen handelt, das in einigen Jahrzehnten nicht mehr existieren wird“.¹¹

9 Für weitere Informationen vgl. die Webseiten des Zeithistorischen Forums Leipzig, der BStU und der Stiftung Aufarbeitung.

10 Rainer Eckert/Bernd Faulenbach (Hrsg.), *Halbherziger Revisionismus. Zum postkommunistischen Geschichtsbild*, Essen 1996.

11 Stefan Berger, Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR? Blick auf eine alternative historische Kultur im Osten Deutschlands, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 50 (2002), S. 1016–1034.

Zwischen beiden Polen angesiedelt ist die *widersprüchliche Erinnerung* der Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung, die das SED-System noch persönlich erlebt hat. Einerseits sind die Überreste der zweiten Diktatur wie verrottete Fabrikhallen oder leer stehende LPG-Scheunen so wenig attraktiv, dass keine Illusionen über den Niedergang bestehen und sich kaum jemand nach der DDR zurücksehnt.¹² Andererseits hat aber die massive Verdammung des SED-Regimes durch die Westmedien eine Art von nostalgischer Trotzreaktion hervorgerufen, die sich vor allem an materielle Produkte klammert, um dadurch Spuren des verlorenen Lebens festzuhalten.¹³ Nur wenigen Autoren wie Thomas Brussig oder Jakob Hein ist es bisher gelungen, zwischen den retrospektiven Impulsen der Kritik und der Anhänglichkeit zu vermitteln, so zum Beispiel in dem Erfolgsfilm „Sonnenallee“, der den Konflikt durch eine ironische Darstellung erfolgreich aufhebt, indem er ihn ins Absurde steigert.¹⁴ Trotzdem ist gerade die Erklärung dieser Spannung die eigentliche Herausforderung für die Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der ostdeutschen Vergangenheit.¹⁵

In der alten Bundesrepublik hat sich eine ähnliche Polarisierung herausgebildet, allerdings auf einem wesentlich niedrigeren Niveau des öffentlichen Interesses. Dominant ist auch hier eine *Verdammungsgeschichte*, die die DDR, wie in der Darstellung des Hauses für Deutsche Geschichte in Bonn, als Negativfolie für die eigene Erfolgsgeschichte benutzt.¹⁶ Wirkungsvoll war dabei die Methode der Enthüllung, z. B. angewandt vom Forschungsverbund SED-Staat. Mittels aus dem Zusammenhang gerissener Arkana aus Publikationen wurde versucht, mit oft skurrilen Einzelheiten

12 Vgl. die Beiträge in Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), *Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR*, Göttingen 1999.

13 Dietrich Mühlberg, *Vom langsamen Wandel der Erinnerung an die DDR*, in: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), *Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt*, Frankfurt a. M. 2002, S. 217–251.

14 Thomas Brussig, *Am kürzeren Ende der Sonnenallee*, Berlin 1999; oder Jakob Hein, *Mein erstes T-Shirt*, München 2001. Eine ähnliche Tendenz zeigt der Erfolgsfilm „Good Bye Lenin“.

15 Detlef Pollack, *Modernization and Modernization Blockages in the GDR-society*, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *Dictatorship as Experience: Towards a Socio-Cultural History of the GDR*, New York 1999, S. 27 ff.

16 Webseite des Hauses der deutschen Geschichte in Bonn.

den Kommunismus endgültig zu delegitimieren.¹⁷ Hand in Hand damit gingen Anklagen gegen die „Helfershelfer“ der roten Diktatur im Westen. Vertreter der Entspannung wurden durch den Vorwurf mangelnden Antikommunismus zu diskreditieren versucht, obwohl sich gleichzeitig so konservative Politiker wie Franz Josef Strauß bei Honecker anboten und die Existenz der DDR mit dem Milliardenkredit verlängerten.¹⁸ Wissenschaftlicher Ausdruck dieser Haltung ist die überraschende Renaissance der Totalitarismustheorie, welche die NS- und SED-Diktatur in wesentlichen Aspekten nicht nur vergleicht, sondern als Feinde der Demokratie auch normativ gleichsetzt.¹⁹

Allerdings fehlt im Westen ein Pendant zur DDR-Nostalgie, wenn man von der unter umgekehrtem Vorzeichen *populären Gruselgeschichte* absieht. Wie die begrenzte PDS-Resonanz in der alten Bundesrepublik zeigt, deuten nur wenige Linksextremisten den Untergang des SED-Regimes als Verlust, auch wenn Ängste vor den Konsequenzen der Vereinigung noch nicht gänzlich verfliegen sind.²⁰ Wesentlich verbreiteter ist die mit Unkenntnis gepaarte Faszination der DDR als Manifestation des Bösen, die sich in den großen Besucherzahlen des Museums am Checkpoint Charlie und im Mauertourismus in Mödlareuth, Helmstedt usw. niederschlägt. Auch bei den vor einiger Zeit neu aufgelegten Tunnelfilmen geht es meist um das virtuelle Nachempfinden einer Gefahr, die nicht mehr wirklich schrecken kann.²¹

In einem solchen Klima des Desinteresses und der Ablehnung konnte sich eine *differenzierte Betrachtung* der ostdeutschen Vergangenheit, welche die Repression ebenso wie das tägliche Leben einbezieht, nur langsam durchsetzen. Ausgangspunkt eines solchen Ansatzes ist der Diktaturvergleich, d. h. der Kontrast zwischen der rassistischen NS-Mehrheitsdiktatur und

17 Die auf Ostdeutschland ausgerichtete Super-Illu war besonders auf diesem Gebiet tätig.

18 Jens Hacker, *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*, Berlin 1992.

19 Eckhard Jesse, *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung*, Baden-Baden 1996; Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hrsg.), *Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1997.

20 Die Warnungen vor einem Anschluss der DDR und vor den Unwägbarkeiten der Vergrößerung Deutschlands durch die Vereinigung gehören in diese Kategorie.

21 Webseite des Mauermuseums Haus am Checkpoint Charlie.

der marxistischen Minderheitsdiktatur der SED, der nicht nur Ähnlichkeiten der Herrschaftsstruktur, sondern auch Unterschiede der Ideologie und des Gewaltpotenzials hervorhebt.²² Daraus ergab sich die Frage nach den „Grenzen der Diktatur“, d. h. eine Rekonstruktion des Alltags der ostdeutschen Bevölkerung, die sich mit Eigen-Sinn dem Anspruch der „Durchherrschaft“ entzog, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen.²³ Beide Aspekte werden durch solche Begriffskonstruktionen wie „Fürsorgediktatur“ oder „Konsensdiktatur“ zusammengebunden, die versuchen, den Widerspruch zwischen Repression und Normalität als für das SED-Regime typischen Kausalnexen zu begreifen.²⁴ Trotz scharfer Anfeindungen scheinen solche komplexe Herangehensweisen, die am Zentrum für Zeithistorische Forschung erarbeitet wurden, langsam an Resonanz zu gewinnen, da sie die Ambivalenz ostdeutscher Erinnerungen besser spieglein.

In der internationalen Wahrnehmung ist das Interesse an der DDR-Geschichte noch schwächer ausgebildet, aber auch hier gibt es Anzeichen einer Dichotomie der Beurteilungen. „Das Land im Schatten“ der erfolgreicheren Bundesrepublik war *doppelt marginalisiert*, denn für in slawischen Sprachen ausgebildete Ostblockspezialisten blieb die DDR linguistisch fremd. Durch den erschwerten Zugang zu den Quellen wurde verhindert, dass sich westliche Deutschlandkenner eingehender mit der DDR-Geschichte beschäftigen konnten. Deshalb wurde Ostdeutschland lange durch die Linse des Kalten Kriegs als treuester Vasall der Sowjetunion gesehen, obwohl gerade Berlin und die Mauer eine eigenartige Faszination ausübten, da sie die Überlegenheit der „freien Welt“ physisch erlebbar machten.²⁵ Kein Wunder,

22 Jürgen Kocka (Hrsg.), *Historische DDR-Forschung*, Berlin 1993; Günther Heydemann/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Diktaturvergleich als Herausforderung*, Berlin 1998.

23 Richard Bessel/Ralph Jessen (Hrsg.), *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*, Göttingen 1996; Thomas Lindenberger (Hrsg.), *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, Köln 1999.

24 Konrad H. Jarausch, *Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 1998, B 20, S. 33–46; Martin Sabrow, *Der Konkurs der Konsensdiktatur. Überlegungen zum inneren Zerfall der DDR aus kulturgeschichtlicher Perspektive*, in: Jarausch/Sabrow (Hrsg.), *Weg in den Untergang*, S. 83–116.

25 Konrad H. Jarausch, *Land im Schatten. Amerikanische Deutschlandbilder*, in: Wolfgang-Uwe Friedrich (Hrsg.), *Germany and America: Essays in Honor of Gerald Kleinfeld*, New York 2001, S. 229–239.

dass die westlichen Massenmedien sich nicht um die DDR kümmerten und meist nur negative Klischeebilder transportierten. Nach der kurzen Unterbrechung mit intensivster Berichterstattung während des demokratischen Aufbruchs im Herbst 1989 haben sich die alten Reflexe wieder eingespielt, allerdings nun in der Form von Schadenfreude über die wirtschaftlichen und mentalen Schwierigkeiten der Vereinigung.

Dennoch gab es auch in der Außenwahrnehmung einige Tendenzen für eine *positive Einschätzung* des sozialistischen Experiments in Ostdeutschland. Vor allem westliche Kommunisten, Friedensfreunde und Linksintellektuelle, die den Aufstieg westdeutscher Macht als Wiederkehr des Nationalsozialismus fürchteten, fühlten sich zu dem graueren, aber ideologisch progressiveren Osten hingezogen. Auch bei Auslandsgermanisten gab es ein starkes Interesse an ostdeutscher Literatur, besonders an Schriftstellerinnen wie z. B. Christa Wolf. Einige linke Sozialwissenschaftler waren ebenso von den egalitären Tendenzen der DDR fasziniert, die sie als Alternative zum westlichen Kapitalismus sahen. Allerdings wurden diese Hoffnungen mit dem Zusammenbruch des Kommunismus enttäuscht, sodass auch hier manchmal noch Spuren eines gewissen Phantomschmerzes anzutreffen sind. In fast allen Fällen sind diese Sympathien mittlerweile einem differenzierten Ansatz gewichen.²⁶

Dieser kurze Überblick deutet darauf hin, dass es nicht nur eine, sondern eine *Vielzahl von DDR-Geschichten* gibt, die stark von der jeweiligen Perspektive des Betrachters abhängen. Zwar lässt sich ein gewisses Grundmuster der Anklage, Apologie und Differenzierung in allen Kontexten feststellen, das ähnliche, ideologisch bestimmte Argumente verwendet, um die DDR im Nachhinein zu delegitimieren, zu rechtfertigen oder zu analysieren. Jedoch wurde auch deutlich, dass die Intensität des Interesses und der Grad des Verständnisses deutlich mit der Entfernung vom Gegenstand abnehmen und das SED-System vor allem noch in ostdeutschen Erinnerungen weiter lebt. Wenn es keine zwingenden Argumente dafür gibt, die DDR-Vergangenheit als Teilungsgeschichte im gesamtdeutschen Blickfeld zu behalten oder als paradigmatischen Fall für die internationale Diskussion

26 So z. B. das Vorwort von Mary Fulbrook in: *Anatomy of a Dictatorship: Inside the GDR, 1949–1989*, New York 1995. Vgl. auch Corey Ross, *The East German Dictatorship: Problems and Perspectives in the Interpretation of the GDR*, London 2002.

fruchtbar zu machen, läuft sie Gefahr, zu einer ostdeutschen Regionalgeschichte zu schrumpfen.²⁷

2. Historische Großdeutungen

Trotz mancher Befürchtungen, die zweite deutsche Diktatur würde auf die Dauer die Verbrechen der ersten überschatten, scheint sich die DDR nur schwer in der gesamtdeutschen Erinnerungskultur behaupten zu können.²⁸ Grund dafür ist die Doppelung der deutschen Vergangenheitsbewältigung, die zunächst eine Verarbeitung des Dritten Reichs, des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust verlangt, da diese größere Katastrophe das gesamte Land und nicht nur den kleineren Teil betraf. Nach 1945 prägten liberale und sozialistische Schattierungen des Antifaschismus die Identität der Intellektuellen, bis durch den Zusatz des Antikommunismus im Kalten Krieg daraus ein Antitotalitarismus wurde, der nur von einem Teil der ostdeutschen Bevölkerung nach 1990 akzeptiert wurde. Weil die SED-Diktatur weniger Opfer kostete und nur den Osten statt das gesamte Europa betraf, wird ihre Aufarbeitung auch nicht ebenso lautstark von der internationalen Gemeinschaft gefordert.²⁹ Entscheidend für die Zukunft der DDR-Geschichte wird es deshalb sein, wie sie sich in historische Meistererzählungen einfügt, die als Großdeutungen die Erinnerungen an die Vergangenheit strukturieren.³⁰

27 Jürgen Kocka, Der Blick über den Tellerrand fehlt. DDR-Forschung – weitgehend isoliert und zumeist um sich selbst kreisend, in: Frankfurter Rundschau (FR), 22. 8. 2003, S. 7; Henrik Bispinck/Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Peter Skyba/Matthias Uhl/Hermann Wentker, Ist die DDR-Forschung wirklich in der Krise? Defizite und Zukunftschancen, in: FR, 30. 9. 2003, S. 9; Thomas Lindenberger/Martin Sabrow, Zwischen Verinselung und Europäisierung. Die Zukunft der DDR-Geschichte, in: FR, 12. 11. 2003, S. 9.

28 Michael Jeismann, Auf Wiedersehen Gestern. Die deutsche Vergangenheit und die Politik von morgen, Stuttgart 2001.

29 Konrad H. Jarausch, A Double Burden: The Politics of the Past and German Identity, in: Jörn Leonhard/Wolfgang Funk (Hrsg.), Ten Years of German Unification: Transfer, Transformation, Incorporation?, Birmingham 2002.

30 Martin Sabrow, Die DDR im nationalen Gedächtnis, in: Jörg Baberowski/Eckart Conze/Philipp Gassert/Martin Sabrow, Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte, Stuttgart 2001, S. 91–111.

Am wenigsten problematisch erscheint die politikhistorische Einbettung der DDR in die *nationale Meistererzählung*, da die Vereinigung als Wiederherstellung eines für natürlich gehaltenen Zustandes interpretiert werden kann.³¹ Allerdings ist die borussische Erzählung der späten Vereinigung und des glänzenden Aufstiegs eines deutschen Nationalstaates durch den Nationalsozialismus um das Kapitel des zweiten Zusammenbruchs und der Zerschlagung der Nation erweitert worden. Dadurch hat die vorher dominante Nationalgeschichte viel von ihrer Attraktivität verloren, denn die Ideologie des Nationalismus hatte in schreckliche Verbrechen geführt, die durch Bombenhagel, Gefangennahme sowie Flucht und Vertreibung schließlich auf die Täter und Mitläufer selbst zurückfielen.³²

Aus dieser Perspektive kann die DDR unter dem Aspekt der Teilungsgeschichte als die partielle Fortführung des Nationalstaats interpretiert werden – die sie anfangs auch ganz explizit sein wollte. Allerdings hat sich die Bundesrepublik als die erfolgreichere Alternative erwiesen, so dass dadurch das SED-Regime nur als Irrweg erscheint, von dem Ostdeutschland durch die Vereinigung in einen nun demokratisierten Nationalstaat zurückgekehrt ist.³³

Dagegen ist die *sozialistische Gegenerzählung* durch den Zerfall des sie tragenden Staates selbst weitgehend von der Bildfläche verschwunden, kann also nur unter dem Aspekt eines fehlgeschlagenen sozialen Großexperiments auf dauerhaftes Interesse rechnen. Als emanzipatorische Zurückweisung der bürgerlichen Nationalgeschichte gedacht, hatte die marxistische Meistererzählung durch die Etablierung der DDR eine Chance, nun selbst das Geschichtsbewusstsein eines ganzen Staates zu prägen.³⁴ Wie man auch immer über die respektiven Stärken und Schwächen der DDR-Geschichts-

31 Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), *Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945*, Göttingen 2002.

32 Dazu jetzt Jörg Friedrich, *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945*, München 2002.

33 Konrad H. Jarausch, *A Return to National History? The Master Narrative and Beyond*, in: ders./Michael Geyer, *Shattered Past: Reconstructing German Histories*, Princeton 2003, S. 37–60.

34 Georg G. Iggers/Konrad H. Jarausch/Matthias Middell/Martin Sabrow (Hrsg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem*, Beiheft der Historischen Zeitschrift 27, München 1998.

wissenschaft urteilen mag, der durch die Vereinigung vorgenommenen institutionellen Abwicklung scheint auch eine intellektuelle Diskreditierung gefolgt zu sein, die nur wenige argumentative Reste eines marxistischen Diskurses übrig gelassen hat. In den postsozialistischen Diskussionen wird die DDR meist als heroischer Versuch der Verwirklichung sozialistischer Utopie gehandelt, der an den widerlichen Umständen des Kalten Kriegs, Exzessen des Stalinismus usw. gescheitert ist. Daraus lässt sich zwar die Hoffnung auf einen besseren zweiten Anlauf ableiten, aber kaum eine zwingende gesamtdeutsche Meistererzählung konstruieren.³⁵

Auch das in Westdeutschland dominante Narrativ eines *deutschen Sonderwegs* im Verlaufe der Modernisierung bietet wenig interpretativen Raum für eine Eingliederung der DDR-Geschichte. Aus der Kritik der Emigranten an der strukturellen Demokratieunfähigkeit der Deutschen hervorgegangen, formulierte die in den sechziger Jahren entwickelte Gesellschaftsgeschichte einen sozialhistorischen, aber nicht-marxistischen Ansatz zur Erklärung der Katastrophen der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. Ihre Ursachen wurden in strukturellen Blockaden gesehen, die eine fatale Abweichung von der anglo-amerikanischen, liberal-kapitalistischen Modernisierung erzwangen und sich vom wilhelminischen Sonderbewusstsein schließlich in den mörderischen Rassismus des NS steigerten.³⁶

Aus diesem Blickwinkel erscheint die DDR als eine marxistische Fortsetzung des Sonderwegs, die zwar einen antifaschistischen Neuanfang wollte, aber als Minderheitsprojekt in eine neue Diktatur der Linken führte, welche die überfällige Demokratisierung weiterhin verhinderte und dadurch deutscher als der Westen blieb. Sogar die Vereinigung kann daher als ein

35 Konrad H. Jarausch, The Collapse of the Counternarrative: Coping with the Remains of Socialism, in: ders./Geyer, *Shattered Past*, S. 61–84. Vgl. auch Martin Sabrow, *Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969*, München 2001.

36 Thomas Welskopp, Die Sozialgeschichte der Väter. Grenzen und Perspektiven der Historischen Sozialwissenschaft, in: *Geschichte und Gesellschaft (GG)* 24 (1998), S. 173–198; Konrad H. Jarausch, Modernization, German Exceptionalism, and Post-Modernity: Transcending the Critical History of Society, in: ders./Geyer, *Shattered Past*, S. 85–108.

weiterer Sonderweg im allgemeinen Zusammenbruch des Kommunismus in Ostmitteleuropa interpretiert werden.³⁷

In einer weiteren, erst in Entstehung begriffenen Meistererzählung der *europäischen Gesamtgeschichte* kann die DDR-Vergangenheit ebenso nur eine untergeordnete Rolle spielen.³⁸ In dieser Perspektive weitete sich die Teilung des Nationalstaats zur Spaltung des europäischen Kontinents, an dessen Bruchstelle das SED-Regime eine hervorgehobene, jedoch untergeordnete Position einnahm. Ein solcher Ansatz sieht Ostberlin als Bastion des sowjetischen Imperiums über Ostmitteleuropa, das vom europäischen Vereinigungsprozess im Westen durch den Eisernen Vorhang abgekoppelt war, obwohl es über den innerdeutschen Handel indirekt von der EG profitierte. Dadurch ist die DDR vor allem als Krisenherd sich wiederholender Konfrontationen über Berlin interessant, der schließlich auch in dem Zusammenbruch des Kommunismus als Katalysator fungierte.³⁹ Allerdings bringt der Blickwinkel des Kalten Kriegs einen außenpolitischen Reduktionismus mit sich und kann der inneren Komplexität der ostdeutschen Vergangenheit kaum gerecht werden. Ebenso wird die DDR auch in den Darstellungen der europäischen Integration fast nie erwähnt.

Diese knappen Überlegungen legen nahe, dass die ostdeutsche Vergangenheit ein *sperriger Gegenstand* ist, der sich gegen die Eingliederung in historische Großdeutungen sträubt. Wahrscheinlich ist die Zeit von vier- einhalb Jahrzehnten einfach zu kurz, um als Basis für die Entwicklung einer eigenen Meistererzählung dienen zu können, besonders wenn die separate Staatsgeschichte in einer Selbstauflösung endet. Auch bleibt die ideologische Bedeutung des sozialistischen Experiments auf deutschem Boden weiterhin umstritten zwischen den Verteufelungen der Totalitarismustheorie, der Trauer um den Utopieverlust oder der Analyse von Widersprüchen moderner Diktatur. Schließlich ist die DDR weder für den Geschlechteransatz

37 Jürgen Kocka, Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR, in: APuZ 40 (1994), S. 34–45; ders., Nach dem Ende des Sonderwegs. Zur Tragfähigkeit eines Konzepts, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hrsg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998, S. 364–375.

38 Wolfgang Schmale, Geschichte Europas, Wien 2000.

39 Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch/Christoph Kleßmann (Hrsg.), Mauerbau und Mauerfall. Ursachen, Verlauf, Auswirkungen, Berlin 2002.

noch für eine neue Globalisierungsgeschichte ein zentraler Bezugspunkt.⁴⁰ In dem asymmetrischen nationalen Gedächtnis bleibt das Holocausttrauma weiterhin so dominant, dass sich die ostdeutsche Vergangenheit nur in den neuen Bundesländern als ein vergleichbar emotionaler Bezugspunkt erweist.

3. Sektorale Verflechtungen

Um das Ende der Beschäftigung mit der DDR nicht selbst herbeizureden, sollte man vielleicht die Reflexionsebene verschieben und nach Bereichen fragen, wo die ostdeutsche Vergangenheit trotzdem nicht wegzudenken ist. Auch wenn das SED-Regime von manchen westdeutschen Zeithistorikern nur wenig beachtet wird, gibt es zahlreiche Forschungsfelder, in denen ein Bezug auf das sozialistische Experiment unabdingbar ist. Wie könnte man eine Gesamtdarstellung der Arbeiterbewegung schreiben, ohne auf den Kommunismus zu rekurrieren und den von der SED geschaffenen Staat und seine Nischengesellschaft einzubeziehen?⁴¹ Was wäre über die Entwicklung des Sports in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu sagen, ohne auf die zahlreichen Erfolge, aber auch Doping-Methoden des ostdeutschen Leistungssports zurückzukommen?⁴² In welcher Weise würde man über die kulturelle Verarbeitung des Nationalsozialismus schreiben, ohne die prominenten DDR-Schriftsteller von Bertolt Brecht bis Christa Wolf zu erwähnen?⁴³ Diese etwas willkürlich ausgewählten Beispiele zeigen, dass die DDR trotz wachsenden Desinteresses mindestens in einigen Gebieten ein erstaunliches Nachleben besitzt.

40 Karl-Ernst Jeismann, *Geschichtsbilder: Zeitdeutung und Zukunftsperspektive*, in: *APuZ* 51–52 (2002), S. 13–22; Michael Gehler, *Zeitgeschichte zwischen Europäisierung und Globalisierung*, in: ebenda, S. 2.

41 Christoph Kleßmann, *Arbeiter im „Arbeiterstaat“*. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell und westdeutsches Magnetfeld, in: *APuZ* 50 (2000), S. 20–28.

42 Frank Schmitz, *Zur Ideologisierung des Sports. Eine vergleichende Untersuchung zum Zusammenhang von politischer Ideologie und Sport im Nationalsozialismus und in der DDR*, Braunschweig 2001.

43 Simone Barck, *Antifa-Geschichte(n). Eine literarische Spurensuche in der DDR der 1950er und 1960er Jahre*, Köln 2003.

Einen breiteren Interpretationsrahmen unterhalb von Meistererzählungen könnte die Sonderstellung der DDR in dem *Jahrhundertkonflikt zwischen Diktaturen und Demokratie* ergeben, der durch die Flügelmächte der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion repräsentiert wird.⁴⁴ Diese Geschichte würde mit der überraschenden Option für das westliche Modell einer parlamentarischen Republik statt einer radikaleren Räterevolution am Ende des Ersten Weltkriegs beginnen. Allerdings wäre dann die Kollaboration der mitteldeutschen Bevölkerung mit der am Modell des italienischen Faschismus entwickelten rassistischen und mörderischen Rechtsdiktatur des Nationalsozialismus zu erklären. Durch den Sieg der Roten Armee wurde das verbliebene Ostdeutschland eine leninistisch-stalinistische Linksdiktatur der SED und fiel in antifaschistischer Überreaktion in ein entgegengesetztes Extrem. Erst der demokratische Aufbruch im Herbst 1989 konnte dann eine Rückkehr zum in der Verfassung noch angelegten, aber in der Praxis ausgehebelten parlamentarischen Modell erzwingen, das in die Vereinigung einmündete.⁴⁵ Diese Stichworte deuten eine außerordentliche Selbstbeteiligung an ideologischen Regimewechseln an, die eine bleibende, überregionale Bedeutung besitzt.

Eine weitere Besonderheit, die nur in Korea, Vietnam und China zu finden ist, ist die Doppelstaatsgeschichte der *nationalen Teilung* nach 1945. Eine solche Perspektive würde am Teilungsprozess ansetzen, der nicht nur ein Produkt der totalen Niederlage der Wehrmacht, sondern auch der interalliierten Spannungen sowie des vorauseilenden Gehorsams der Besiegten war. Zwar hatten die beiden Folgestaaten des Dritten Reichs mit ähnlichen Problemen von Zerstörung, Besatzung und Wiederaufbau zu kämpfen, aber sie entwickelten sich in gegensätzliche Richtungen und wurden zu Kopien von zentralen Facetten der jeweiligen Vormächte.⁴⁶ Die daraus resultierende Rivalität äußerte sich im Bemühen der gegenseitigen inneren Destabi-

44 François Furet, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, München 1998. Vgl. auch Stéphane Courtois u. a. (Hrsg.), *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, München 1998, mit Kapiteln von Joachim Gauck und Ehrhart Neubert.

45 Peter Steinbach, *Zur Wahrnehmung von Diktaturen im 20. Jahrhundert*, in: APuZ 51/52 (2002), S. 36 ff.

46 Konrad H. Jarausch/Hannes Siegrist (Hrsg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*, Frankfurt a. M. 1997.

lisierung wie außenpolitischen Nichtanerkennung, die in der Hallstein-Doktrin seltsame Blüten trieb. Die Entwicklung vom Gegeneinander zum Miteinander der neuen Ostpolitik war ein Produkt der langsamen Anerkennung einer „Verantwortungsgemeinschaft“, die aufgrund des Drucks der ostdeutschen Bevölkerung schließlich zu einer friedlichen Wiedervereinigung führte.⁴⁷ Diese sattsam bekannte, dennoch einmalige Geschichte von Teilung, Konkurrenz und Wiedergewinnung der Einheit wird eine dauerhafte Relevanz behalten.

Eine letzte interessante Besonderheit des SED-Regimes ist sein *eigentümlicher Status im Ostblock*, der auch von den Nachbarstaaten wiederholt kommentiert wurde. Dieser Blickwinkel thematisiert die erschwerende Ausgangsbasis, die darin bestand, dass es sich im Vergleich zu Ungarn, Kroatien und der Slowakei um das Kernland des besiegten faschistischen Hauptfeindes handelte. Auch wurde die DDR durch die Abtrennung der Ostgebiete und die Vertreibung stärker betroffen als alle anderen Satelliten außer Polen. Dennoch schaffte es das von der Roten Armee gestützte Minderheitsregime, zu einem wichtigen Blockpartner zu avancieren, da es eine hervorragende strategische Bedeutung für die Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte im Kalten Krieg besaß. Auch der relative wirtschaftliche Erfolg Ostberlins regte zu zynischen Bemerkungen wie der Behauptung an, dass die Deutschen es schaffen würden, sogar den Sozialismus zum Funktionieren zu bringen. Deswegen hatte der demokratische Aufbruch in Ostdeutschland einen so destabilisierenden Effekt auf Tschechien und andere Nachbarn, weil damit der treueste Verbündete Moskaus aufbegehrte. Auch diese Sonderrolle im Ostblock wird weiterhin auf transnationales analytisches Interesse stoßen.

Diese Beispiele verdeutlichen die Wichtigkeit der Entwicklung einer *gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte* in europäischer Perspektive. Noch immer ignorieren die meisten Synthesen Peter Benders Aufforderung, die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts gemeinsam zu denken, und legen getrennte Geschichten der Bundesrepublik oder der DDR vor.⁴⁸ Die Gefahr

47 Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, München 1996.

48 Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von ihrer Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999; Ulrich Mählert, *Kleine Geschichte der DDR*, München 2001.

einer solchen Segmentierung ist die normative Gleichsetzung der westlichen Erfolgsgeschichte mit der deutschen Geschichte schlechthin, in der für die andersartigen ostdeutschen Erfahrungen kein adäquater Platz bleibt. Dabei sind Methoden, die notwendig sind, um einer solchen einseitigen Vereinfachung entgegenzuwirken, schon genügend bekannt: Ausgangspunkt müsste der diachrone wie synchrone Vergleich mit dem Nationalsozialismus, der Bundesrepublik und dem Ostblock sein. Ebenso wichtig sollte die Beziehungsgeschichte sein, welche den jeweiligen komplexen gegenseitigen Beeinflussungen nachgeht. Hilfreich wäre schließlich auch eine grenzübergreifende Problemgeschichte, welche die unterschiedlichen Antworten auf gemeinsame Herausforderungen analysiert.⁴⁹ Nur wenn die DDR in eine breitere Nachkriegsgeschichte eingebettet wird, kann ihre Vergangenheit langfristig ein allgemeines Interesse beanspruchen.

4. Bedingungen einer bleibenden Bedeutung

Um die DDR-Geschichte langfristig relevant zu erhalten, müssen einige praktische wie intellektuelle Vorbedingungen erfüllt werden. Dabei stehen die Sicherung der Quellen und die Garantie eines freien Zugangs an erster Stelle. Die Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes vom Sommer hat einen wichtigen Beitrag zur Offenhaltung der Überlieferung dieses zentralen Repressionsorgans geleistet, aber der Revisionsprozess ist noch nicht abgeschlossen, und die historische Borniertheit mancher Juristen macht weitere Überraschungen möglich. Auch sind die Benutzungsbedingungen dadurch erschwert, dass die BStU nicht der normalen Archivordnung folgt und Findbücher nur zögerlich zugänglich macht.⁵⁰ Ebenso wichtig ist die Sicherung der verbliebenen Dokumente der ehemaligen Opposition, deren Reste trotz der Existenz des Domaschk-Archivs noch meist bei lokalen Initiativen oder

49 Konrad H. Jarausch, „Die Teile als Ganzes erkennen“. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: *Zeithistorische Forschungen* 1 (2004), S. 10–30.

50 Konrad H. Jarausch, *Jenseits Verdammung und Verklärung. Plädoyer für eine differenzierte DDR-Geschichte*, in: Dorota Dakowska/Agnès Bensussan/Nicolas Beaupré (Hrsg.), *Die Überlieferung der Diktaturen. Beiträge zum Umgang mit der Geheimpolizei in Polen und Deutschland*, Essen 2003, S. 229–240.

in Privatbesitz verstreut sind.⁵¹ Ärgerlich sind auch die Sperrung der in westdeutsche Hände überführten Bestände des Außenministeriums der DDR und die Asymmetrie des Zugangs zu westlichen Quellen aufgrund der Dreißigjahresfrist.

Genauso notwendig ist eine *Entpolitisierung und Stabilisierung* der zentralen mit der ostdeutschen Vergangenheit beschäftigten Forschungsinstitutionen, da viele von ihnen nur „feste Provisorien“ sind.⁵² Die Schaffung der Bundesstiftung Aufarbeitung ist ein guter Anfang, weil sie eine kontinuierliche Projektförderung ermöglicht.⁵³ Aber auf die Dauer ist die überdimensionierte Birlhler-Behörde in ein Archiv zu überführen und ihre Abteilung für Bildung und Forschung entweder zu schließen oder in ein unabhängiges Forschungsinstitut zu verwandeln.⁵⁴ Gleichzeitig muss das durch politische Eingriffe der sächsischen Landesregierung kompromittierte Hannah-Arendt-Institut in Dresden seine wissenschaftliche Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, indem es sich von einer tagespolitischen Instrumentalisierung deutlich distanziert.⁵⁵ Ebenso dringend ist eine klare Entscheidung über die Zukunft des kontroversen Forschungsverbunds SED-Staat an der FU Berlin, weil dieser außerhalb aller Strukturen an das Präsidialamt angebunden ist.⁵⁶ Schließlich ist eine langfristige Bestandsgarantie des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam unabdingbar, um ein zeitgeschichtliches Institut mit DDR-Kompetenz im Bereich der Bundeshauptstadt zu erhalten.⁵⁷

51 Domaschk-Archiv Webseite. Ebenso wäre die Publikation oder Digitalisierung des Samisdat der Opposition wichtig.

52 Gabriele Camphausen, *Forschen und Gedenken. Bestandsaufnahme Berliner und Brandenburger zeithistorischer Forschungseinrichtungen und Gedenkstätten zur Geschichte des NS-Staates und der DDR* (Ms. Berlin 2002).

53 Webseite der Stiftung Aufarbeitung.

54 Konrad H. Jarausch, *Zehn Jahre Gauck-Behörde. Zur Notwendigkeit ihrer Umwandlung in ein Archiv*, in: FR, 2. 10. 2000.

55 Ulrich von Hehl, „Eine deutsche Affäre“? Betrachtungen zum Verlauf des Konflikts am Hannah Arendt Institut, in: Manfred Hettling u. a. (Hrsg.), *Figuren und Strukturen*, München 2002, S. 121–39.

56 Webseite des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin. Vgl. auch Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, 2002, Heft 11.

57 Peter Hübner/Hans-Hermann Hertle, 10 Jahre Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, in: *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien* 2002, Nr. 25, S. 7–16.

Ein weiteres Desiderat ist die *bessere Vermittlung von neuen Forschungsergebnissen* an die breitere Öffentlichkeit und die jüngere Generation, die die DDR nicht mehr erlebt hat. Dafür werden Fachkonferenzen oder Workshops und Veranstaltungen der Bundeszentrale sowie der Landeszentralen für politische Bildung zweifellos wichtig bleiben. Da die Gedenkstätten selbst kaum Forschungskapazitäten besitzen, ist es jedoch notwendig, ihre Themen in den Forschungsinstituten zu recherchieren und deren Erträge zugänglich zu machen, also eine engere Kooperation zwischen beiden zu initiieren.⁵⁸ Neben der Produktion von seriösen Dokumentarfilmen, wie die preisgekrönten Streifen von Hans-Hermann Hertle über Mauerfall und Mauerbau, ist die Erarbeitung von themenbezogenen Webseiten wie über den 17. Juni lohnenswert, da die jüngere Generation immer mehr auf das Internet als Quelle von Informationen zurückgreift.⁵⁹ Schließlich muss auch die Präsenz der DDR im Schulunterricht verbessert werden, indem Fortbildungskurse westdeutschen Pädagogen ein entsprechendes Grundwissen vermitteln und bei ostdeutschen Lehrern die verständlichen Hemmschwellen bei der Behandlung ihrer eigenen Vergangenheit abbauen.⁶⁰

Ziel dieser praktischen Anstrengungen sollte die Entwicklung und Vermittlung eines *differenzierten Geschichtsbildes der DDR* sein, das die Spannung zwischen dem grundsätzlichen Diktaturcharakter und der dennoch möglichen täglichen Normalität hervorhebt. Voraussetzung dafür ist eine Hinterfragung der eigenen Erinnerungen, die das partielle persönliche Erleben in größere Zusammenhänge einzubetten versucht.⁶¹ Ebenso wichtig ist eine Abkehr von der Instrumentalisierung der ostdeutschen Vergangenheit im politischen Tageskampf, damit diese nicht zur rhetorischen Floskel gerinnt, mit der unliebsame Gegner diskreditiert werden. Stattdessen müssen die Widersprüche hinter der uniformierten Oberfläche aufgedeckt werden,

58 Empfehlung des Berlin-Brandenburger Runden Tisches für Zeitgeschichte, „Forschen und Gedenken“, S. 256 ff.

59 Vgl. die Webseiten der Bundeszentrale für politische Bildung über den Mauerbau und den 17. Juni 1953.

60 Siehe die neuen Rahmenlehrpläne für die Sekundarstufe I in Brandenburg mit dem Schwerpunkt auf Deutschland zwischen Amerika und der Sowjetunion im 20. Jahrhundert.

61 Konrad H. Jarausch, *Zeitgeschichte und Erinnerung. Deutungskonkurrenz oder Interdependenz?*, in: Jarausch/Sabrow (Hrsg.), *Verletztes Gedächtnis*, S. 9–37.

da sich in ihnen eine Grundtendenz von modernen Diktaturen ausdrückt: Zwar dient Repression der Einschüchterung einer Minderheit von Gegnern, aber wichtiger sind die mehr oder weniger willige Kollaboration der Bevölkerungsmehrheit sowie der begeisterte Einsatz der Vorkämpfer in der herrschenden Partei.⁶² Eine Methode, die solche Paradoxe auflösen kann, ist die kritische Historisierung, da sie die DDR als wirklich vergangen betrachtet, aber dennoch nicht von der Kritik ausnimmt.⁶³

Diese Reflexionen bestärken den Eindruck, dass die eigentliche Bedeutung der DDR-Geschichte in *dem paradigmatischen Scheitern einer progressiven Utopie* liegt. Obwohl das SED-Regime nur ein „sowjetischer homunculus“ war, hielten humanistische Intellektuelle wie Viktor Klemperer den ostdeutschen Teilstaat für einen viel versprechenden Versuch, ein „besseres Deutschland“ aufzubauen.⁶⁴ Deswegen rekurrierten ihre Vertreter wie Johannes R. Becher immer wieder auf fortschrittliche Traditionen der deutschen Geschichte, vom Bauernkrieg zur 48er-Revolution, von der Arbeiterbewegung bis zum Marxismus. Die Tragik der folgenden Entwicklung lag in dem schnellen Einmünden des sozialistischen Großexperiments in eine neue Diktatur, die durch stalinistische Vorbilder, kommunistischen Klassenkampf, Widerwillen der Bevölkerung und Konfrontationen des Kalten Kriegs beschleunigt wurde. Die Übersiedlung von Ernst Kantorowicz, Hermann Bloch oder Hans Mayer in den Westen war eine erste Bestätigung des Bankrotts ihrer hochfliegenden Hoffnungen für einen Neuanfang.⁶⁵ Auch wenn die Bedingungen besonders schwierig waren, bleibt doch die Geschichte der DDR ein warnendes Beispiel für die Konsequenzen einer Missachtung von Menschenrechten und einer Unterdrückung der Zivilgesellschaft.

62 Detlef Pollack, Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR, in: GG 24 (1998), S. 110–131. Vgl. auch Jan Palmowski, Between Conformity and Eigen-Sinn: New Approaches to GDR History, in: German History 20 (2002), S. 494–502.

63 Christoph Kleßmann, Zeitgeschichte als wissenschaftliche Aufklärung, in: APuZ 51–52 (2002), S. 3–12.

64 Victor Klemperer, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen, hrsg. von Walter Nowojski, Berlin 1999.

65 Sean Forner, Katastrophe und demokratische Erneuerung: Deutsche Linksintellektuelle zwischen Ost und West, 1945–1957 (Ms. Berlin 2002).

Zeitgeschichtliche und geschichtswissenschaftliche Orientierung zwischen Ankommen und Aufbrechen

Das Thema dieser Tagung – „Die Zukunft eines untergegangenen Staates“ – regt an und provoziert zugleich zum Perspektivenstreit. Es geht darum, wie die unterschiedlichen und vielfach gegensätzlichen Perspektiven auf die DDR-Geschichte in der deutschen Geschichtskultur dreizehn Jahre nach der Vereinigung aussehen, wie sie wirken und ob und wie sie in Lehre, Forschung, Bildung und Erziehung insgesamt in der Öffentlichkeit adäquat zum Ausdruck gebracht werden. Das ist nicht nur ein Problem der Quantität der Projekte, Publikationen und Lehrveranstaltungen, sondern auch und sogar in erster Linie der Qualität, des Inhalts und der konzeptionellen Orientierung.

Das Teilthema, zu dem mein Beitrag gehört, ist ein generationsspezifischer Perspektivenvergleich auf dem Gebiet Zeitgeschichte, den die Veranstalter unter die Alternativfrage „Ankommen oder Aufbrechen“ gestellt haben. Ich war und bin kein Zeithistoriker und möchte das Thema daher etwas allgemeiner aus der doppelten Teilnehmerperspektive der älteren, teils noch vor 1945, mehrheitlich aber in der DDR sozialisierten Historikergeneration betrachten.¹ Diese war einerseits voll in die Geschäfte des unter-

1 Vgl. Rainer Eckert/Wolfgang Küttler/Gustav Seeber (Hrsg.), *Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90*, Stuttgart 1992.

gegangenen Staates DDR involviert und wirkte an dessen Geschichtsbild und gesellschaftlich-politischem Bewusstsein mit. Insofern steht sie gewissermaßen selbst mit zur Diskussion, wenn über das heutige Bild der DDR-Geschichte gesprochen werden.² Andererseits ist sie mit dem Untergang der DDR und der Abwicklung ihrer Geschichtswissenschaft nicht verschwunden, und wer aktiv geblieben ist, hatte und hat sich nicht nur der Kritik der Vergangenheit, sondern auch den gegenwärtigen und künftigen Problemen des vereinigten Deutschland zu stellen.

Von den antifaschistischen, auf soziale Neuordnung gerichteten, angesichts der Lehren zweier Weltkriege im Engagement für eine andere deutsche Gesellschaft bestehenden geistigen Impulsen ist ebenso oft und kontrovers die Rede gewesen wie von den späteren Fehlentwicklungen und Belastungen.³ Sie betreffen Hoffnungen, Verstrickungen, Leistungen und Enttäuschungen der Wissenschaftler, Künstler und Literaten, aller Intellektuellen der DDR. Das wurde auch schon andernorts behandelt.⁴ Worum es mir geht, ist eine knappe Problemskizze, die 1. in einer kritischen Zustandsbeschreibung und 2. in einer Positionsbestimmung zu gegenwärtigen Perspektivenfragen bestehen soll. Für beides ist neben der Teilnehmerperspektive somit auch ein Beitrag zu kritischer Beobachtung des Umbruchprozesses seit 1990 gefordert.

1. Kritische Zustandsbeschreibung

Auch die Zustandsbestimmung kann natürlich nicht kollektiv, sondern nur sehr individuell geschehen, und sie darf sich auch nicht in einem eigenen Erfahrungsbericht erschöpfen, zumal dieser mit der Arbeit in einem der zur Integration und Förderung der ostdeutschen Wissenschaft neu gegründeten Institute – dem Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin –

2 Vgl. Joachim Petzold, *Parteinahme wofür? DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft*, Potsdam 2000.

3 Exemplarisch: Fritz Klein, *Drinnen und draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen*, Frankfurt a. M. 2000.

4 Etwa Werner Mittenzwei, *Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945–2000*, Leipzig 2001.

einen für die Mehrheit der Betroffenen keinesfalls repräsentativen Ausschnitt des Gesamtprozesses zum Inhalt hätte. Denn – dies muss zuerst festgestellt werden – deren Mehrheit ist im Prozess der Auflösung des Wissenschafts-systems der DDR durch institutionelle und weitgehend auch personelle Abwicklung der Chance des beruflichen Ankommens und neuen Aufbrechens verlustig gegangen.⁵

Selbst diejenigen, denen in Auffangprogrammen der öffentlich alimentierten Wissenschaft individuell die Gelegenheit gegeben wurde, ihre Forschungen bis zum Ruhestand weiter- oder in den meisten Fällen zu Ende zu führen, hatten im Wissenschaftsdiskurs nur noch eine marginale Position. Die wenigen, die voll integriert wurden, mussten sich in einer völlig neuen Umwelt zurechtfinden – strukturell wie auch vom Inhalt her; denn der Paradigmenwechsel war gegenüber dem Systemdiskurs der DDR auch dann einschneidend, wenn sich die Betroffenen vorher zu diesem partiell kritisch verhalten und sich an der internationalen Wissenschaftsentwicklung orientiert hatten.⁶ Besonders hart traf der Einschnitt – in der doppelten Konsequenz ihrer Lage vor und nach 1990 – die mittlere Generation der zum Zeitpunkt der Vereinigung Dreißig- und Vierzigjährigen. Sie hatten zwar mental zweifellos bessere Voraussetzungen für einen Neuanfang als die Älteren, waren dafür aber durch die Umstände des gesamtdeutschen Arbeitsmarktes im Wissenschaftsbetrieb doppelt benachteiligt.

Wenn ich das hier besonders betone, so geht es mir nicht darum, in den Streit um versäumte Integrationsaufgaben und noch mögliche wissenschaftspolitische Konsequenzen einzugreifen. Mit jedem Jahr weiterer zeitlicher Entfernung wird das zweifellos immer stärker eine Frage, die den wissenschaftlichen Nachwuchs in Deutschland, d. h. in Ost und West, insgesamt betrifft. Daher sind Chancen und Förderungsbedarf für ostdeutsche Wissenschaftler immer schwerer von allgemeinen Fragen der gesamtdeutschen Wissenschafts-, insbesondere Hochschulentwicklung getrennt zu behandeln.

5 Vgl. Arno Hecht, *Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?*, Leipzig 2002, bes. S. 158 ff.

6 Vgl. Konrad H. Jarausch, (Hrsg.), *Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR*, Berlin 1991; Georg G. Iggers/Konrad H. Jarausch/Matthias Middell/Martin Sabrow (Hrsg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem (= Historische Zeitschrift, Beiheft 27)*, München 1998.

Aber gerade deshalb muss bei der Erörterung dieses Themas die Frage nach den inhaltlichen – strukturellen und perspektivischen – Folgen der Art und Richtung dieses totalen Umbruchs in den „neuen Bundesländern“ für Geschichtswissenschaft und Geschichtskultur in Deutschland interessieren.

Die DDR-Geschichtswissenschaft ist als solche mit ihrem Staat untergegangen; ihre Repräsentanten sind jedoch teilweise in privatrechtlich konstituierten Vereinen aktiv geblieben.⁷ Dabei handelt es sich zumeist um interdisziplinäre Gremien, zum Teil in Verbindung mit der PDS und deren Stiftungen, vielfach aber auch um unabhängige Zusammenschlüsse von Wissenschaftlern, wie z. B. in der Leibniz-Sozietät als Gelehrtenengesellschaft in einer bis 1700 zurückreichenden wissenschaftsakademischen Tradition.⁸ Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang eine zunehmende Beteiligung und direkte Mitgliedschaft von Fachleuten aus den „alten Bundesländern“.

Unter den aktiv gebliebenen DDR-Wissenschaftlern sind die Historiker in diesen Vereinen überall stark vertreten. Sie haben in diesem Rahmen, zum Teil aber auch in eigenen Gremien wie etwa zur Erforschung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges, ihre Kommunikations- und Diskurszusammenhänge fortgeführt und inzwischen eine ziemlich umfangreiche Geschichtsliteratur produziert, wie sie jüngst Stefan Berger analysiert hat.⁹ Schon biografisch, aber noch mehr durch die weltanschauliche und wissenschaftliche Vorprägung während der Karriere in der DDR bedingt, überwiegt hier, wenn auch je nach Standort des Einzelnen mehr oder weniger kritisch reflektiert, die Fortsetzung, Modifizierung oder auch inhaltliche Neubestimmung von früheren Forschungsthemen, Konzepten und Ansätzen.¹⁰ Vor diesem Hintergrund erfolgt auch die argumentative Auseinandersetzung mit den neuen Verhältnissen und den dominierenden Richtungen der aktuellen Geschichtswissenschaft.

7 Stefan Berger, Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR? Blick auf eine alternative historische Kultur im Osten Deutschlands, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 50 (2002), S. 1016–1034.

8 Dokumentiert in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 1–55, Berlin 1994 ff.

9 Vgl. Berger, Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR?

10 Vgl. Manfred Weißbecker (Hrsg.), Geschichtsschreibung in der DDR. Rück-Sichten auf Forschungen zum 19. Jahrhundert und zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Jena 2001.

Einerseits trägt dieser Diskurs zweifellos subkulturähnliche Züge, so etwa wie es Thomas Kuhn – auf die Entwicklung der Naturwissenschaften bezogen – generell für die Verlierer eines Paradigmenwechsels beschreibt.¹¹ Im Verhältnis zur DDR-Vergangenheit zählt Konrad Jarausch diesen Diskurs daher zur apologetischen Richtung.¹² In den Medien und in der etablierten Geschichtswissenschaft an Universitäten und außeruniversitären Instituten erscheinen Personen und Werke deshalb, wenn überhaupt, auch nur im Kontext der Kritik an unterstellten bzw. tatsächlichen Tendenzen der Rechtfertigung eigener Leistungen mit dem Hinweis auf deren frühere internationale Akzeptanz. Was die substantielle Beachtung der Forschung angeht, sind die beiderseitigen Beziehungen völlig asymmetrisch, wie an den Anmerkungsapparaten wissenschaftlicher Publikationen leicht festzustellen ist. Ausnahmen bestätigen da leider nur die Regel. Gegenüber dem Kuhnschen Modell ist zudem – wie für Geisteswissenschaften generell – in diesem Falle besonders der überwiegend politische Charakter der Prozesse und Entscheidungen anzumerken, die den Perspektivenwechsel bedingten.

Es ist daher auch kein Zufall, dass in den meisten Arbeiten über die Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft inhaltliche Fragen bezüglich ihres Platzes in der Wissenschaftsentwicklung hinter ideologiekritischen Analysen ihrer Rolle im kommunistischen Herrschaftssystem weit zurückstehen.¹³ Zwar hat es einen heftigen Historikerstreit um Funktion und Ende der DDR und speziell auch ihrer Geschichtswissenschaft gegeben, in dem Letztere vielfältig untersucht und kritisch beleuchtet wurde. Durch den Fokus auf Diktaturvergleich und Diskursanalyse, auf Herrschafts- und Ideologiekritik wurde die zweifellos notwendige kritische Reflexion im Pro und Kontra gefördert. In der umfangreichen einschlägigen Literatur werden mehr oder weniger auch die Stellungnahmen von DDR-Historikern reflektiert.¹⁴ Gleichzeitig aber verstellt die Konzentration auf diese Themen den Blick auf eine kritische Abwägung der Inhalte, und dies sowohl innerhalb der Fach-

11 Vgl. Thomas S. Kuhn, *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, 2. revidierte und um das Postskript von 1969 vermehrte Auflage, Frankfurt a. M. 1973, S. 90 ff.

12 Vgl. den Beitrag von Konrad H. Jarausch in diesem Band.

13 Vgl. Martin Sabrow, *Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969*, München 2001.

14 Vgl. Iggers/Jarausch/Sabrow, *Die DDR-Geschichtswissenschaft*.

entwicklung als auch im Hinblick auf geschichtliche und gesellschaftliche Perspektiven.

Die Erfahrungen der Debatten der 1990er-Jahre zeigen, dass jeder Hinweis auf Leistungen und internationale Akzeptanz von Teilen dieser Forschungen – auch derjenigen, die 1991/92 positiv evaluiert wurden –, wenn er von Beteiligten kommt, sogleich solcher Rechtfertigungsbestrebungen geziehen wird – und es gibt ja in der Tat solche ebenso wie die allerdings weit gewichtigeren Pauschalverdikte.¹⁵ Die Argumente dazu sind inzwischen ziemlich erschöpft. Es bleibt also, wissenschaftsgeschichtlich gesehen, den nachkommenden Historikern überlassen, was von der DDR-Historiografie künftig rezipiert, modifiziert genutzt wird oder auch nur in partiellen Sachargumenten für spezifische Forschungen Verwendung findet. Die gegenwärtig agierende mittlere und ältere Generation wird und kann über dieses Thema nie völlig aus dem Streit der gegensätzlichen Teilnehmerperspektiven herausfinden.

Generell hat sich die Kluft der Perspektiven im Großen und Ganzen eher vertieft,¹⁶ während zweifellos erfolgreiche Ansätze einer vorwärts weisenden „Durchmischung“ – wie eine Forderung für Evaluierung und Umgestaltung der ostdeutschen Wissenschaft lautete – in einigen wenigen Institutionen mit ihren sehr positiven Integrationserfahrungen eher am Rande bleiben. Jedenfalls wirken sie leider nicht bestimmend, was die wissenschaftspolitische und -organisatorische Entwicklung angeht.

2. Positionsbestimmung zu gegenwärtigen Perspektivenfragen

Die zweite, mehr perspektivische Seite des Themas betrifft die Frage, was die Erfahrungen der DDR-Entwicklung für Gegenwart und Zukunft bedeuten. Zeitgeschichte ist hier sowohl als Gegenstand der Forschung und Reflexion als auch im Hinblick auf reale gesellschaftliche Prozesse gefragt.

15 Vgl. Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk/Isolde Stark (Hrsg.), *Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes*, Berlin 1994.

16 Vgl. Jürgen Kocka, *Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart*, Göttingen 1995.

An dieser Stelle ist vor allem der erste Aspekt zu erörtern, wobei zunächst einige Bemerkungen zu Konzeption und Methode der Untersuchung im Rahmen einer allgemeinen Wissenschaftsgeschichte erforderlich sind.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass Geschichtsdenken und Geschichtswissenschaft wie überhaupt alle Lebensbereiche der DDR-Gesellschaft vorrangig unter dem Aspekt ihrer Einbindung in das kommunistische Herrschafts- und Ideologiesystem beurteilt werden. Das muss umso mehr auffallen, als der Trend der Wissenschaftsgeschichtsforschung im hier interessierenden Zeitraum eher in die Richtung der Synthese von Diskurs- und Erkenntnisgeschichte geht.¹⁷ Die komplexe Betrachtungsweise von Wissenschaft als gesellschaftlich-kulturelle Erscheinung legt es eigentlich nahe, ihre Existenzform in Diktaturen und Demokratien gerade nicht von vornherein zu konfrontieren, sondern nach übergreifenden Aspekten zu vergleichen, und dies nicht nur für Deutschland, sondern international.¹⁸

Hier geht es wohlverstanden nicht darum, beides mit dem Hinweis auf ähnliche Politikabhängigkeiten zu vermengen; Martin Sabrow apostrophiert in diesem Sinne ein solches Vorgehen zu Recht kritisch als das „tu quoque“-Argument, wenn westlichen Historikern vorgehalten wird, sie seien ja in der für den Kalten Krieg typischen engen Verschränkung mit Ideologie und Politik auch nicht grundsätzlich anders disponiert gewesen.¹⁹ Das kann natürlich über die Unterschiede und die gravierenden besonderen Belastungen des Wissenschaftsbetriebs im Staatssozialismus nicht hinwegtäuschen. Aber diese Divergenzen werden gegenüber systemübergreifenden Gesichtspunkten des Verhältnisses von Geschichte, Politik und Wissenschaft erst deutlich, wenn Erkenntnisleistungen und soziokulturelle bzw. politische Einbindungen beiderseits in ihrem jeweiligen Zusammenhang untersucht worden sind. Dabei ist es eine nur so zu garantierende notwendige Voraussetzung realistischer Vergleiche, dass politische Belastungen nicht einseitig einer Seite zugeschrieben werden, wenn es beiderseits problematische Verstrickungen gegeben hat – die Debatte um die NS-Vergangenheit von aner-

17 Vgl. Michael Hagner, Ansichten der Wissenschaftsgeschichte, in: ders. (Hrsg.), *Ansichten der Wissenschaftsgeschichte*, Frankfurt a. M. 2001, S. 7–42.

18 Gustavo Corni/Martin Sabrow (Hrsg.), *Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie*, Leipzig 1996.

19 Vgl. Sabrow, *Das Diktat des Konsens*, S. 25.

kannten Größen der westdeutschen Historiografie, wie sie seit der zweiten Hälfte der 90er-Jahre geführt wird, sei hier nur als ein Beispiel erwähnt. Historisierung entlaste niemanden, sondern fördere Verstrickungen unterschiedlicher Art zutage, betonte Johannes Fried in diesem Zusammenhang sehr eindringlich auf seiner Eröffnungsrede zum Frankfurter Historikertag 1998.²⁰

Wichtig für unsere Fragestellung ist vor allem, dass erst ein komplexer, mehrseitig – d. h. auch mit dem Westen und nicht nur innerhalb der Diktaturen – vergleichender Zugang es ermöglicht, die jeweiligen Themen, Probleme und Problemlösungen nicht nur funktional, sondern auch inhaltlich perspektivisch einzuordnen. Dazu muss ein weiterer konzeptioneller Aspekt beachtet werden: die kritische Historisierung, die epochenspezifische Zuordnung des Gegenstands DDR. „Zeitgeschichte“ verändert seit 1990 ihr Profil so wie schon nach 1945. Zwischen die „Gegenwart“ als Orientierungsmaßstab und die Anfänge des zu untersuchenden geschichtlichen Abschnitts – der englische Begriff „contemporary history“, d. h. „zeitgenössische Geschichte“, ist hier aussagekräftiger – hat sich eine allgemein anerkannte Epochenzäsur als zusätzliche Trennlinie geschoben. Umgangssprachlich wird sie mit den zeitlichen Orientierungen „vor“ bzw. „nach“ der Wende, „zu DDR-Zeiten“ oder auch „im Kalten Krieg“ zum Ausdruck gebracht.

Das bedeutet aber, ähnlich wie mit wachsendem Abstand zum Ende des Zweiten Weltkrieges, dass es wie damals 1917/18–1933/45 und seit 1945 gewissermaßen zwei Zeitgeschichten unterschiedlicher Epochen-zugehörigkeit gibt, nämlich die Prozesse im Rahmen des Ost-West-Konflikts und seit dessen Auflösung zugunsten des Westens. Neben dem Bewusstsein radikaler Diskontinuität und Distanz kommt erst allmählich die tatsächliche Kontinuität in den Blick, damals u. a. vor dem Hintergrund des Neuanfangs die fortbestehenden Belastungen mit dem Erbe des NS-Systems, heute neben der Systemkritik am Erbe des Staatssozialismus auch die Nachhaltigkeit von Problemen, die sich aus dem Systemkonflikt ergaben, der ja immer auch ein Systemwettbewerb um die bessere Problemlösung war. Zeitgeschichtliche Differenzierung im Sinne kritischer Historisierung

20 Vgl. Johannes Fried, Eröffnung des 42. Deutschen Historikertages, in: Intentionen – Wirklichkeiten. 42. Deutscher Historikertag in Frankfurt am Main 8. bis 11. September 1999. Berichtsband, München 1998, S. 1–6.

bedeutet über eingreifende Epochenzäsuren hinweg immer auch, dass die alten Probleme im neuen Prozess erkannt werden müssen, um perspektivisch tragfähige Orientierungen zu gewinnen.²¹

Dieses Erfordernis reicht weit über deutsche Ost-West-Fragen und über den Bereich des Geschichtsdenkens hinaus. Der epochale Wandel seit Ende der 1980er-Jahre findet weltweit statt, er betrifft alle Deutschen und Europäer, und er ist inzwischen längst nicht mehr nur eine West-Ost- oder Ost-West-Frage, sondern geht fundamental auch die West-West-Verhältnisse an und betrifft ebenso die außenpolitische Position, wie die jüngsten inner-europäischen und transatlantischen Auseinandersetzungen im Zuge des Irak-Krieges mit aller Deutlichkeit gezeigt haben. Der Umgang mit dem Erbe der Epoche des Systemkonflikts und vor allem mit den daraus hervorgegangenen Institutionen, Normen und Denkweisen ist ein weltweit aktuelles Thema; es betrifft das Völkerrecht, die Frage von Krieg und Frieden, die Normen internationaler Beziehungen usw.

Was nun Geschichtsdenken und Geschichtswissenschaft im vereinigten Deutschland speziell angeht, so drohen im Ergebnis der skizzierten Umbruchprozesse und mehr noch ihres Zusammentreffens mit schon vorher im Westen erkennbaren Tendenzen einer Umorientierung in den so genannten Geisteswissenschaften wichtige Problemsichten verloren zu gehen oder marginalisiert zu werden, die gerade in der gegenwärtigen Zeit wieder aktuell und dringlich geworden sind. Hierin trifft sich die Betrachtung der DDR-Geschichte und ihrer Historiografie von einer anderen Seite her wiederum mit dem allgemeinen Problem der Entwicklung von Geschichtsdenken und Geschichtswissenschaft seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts.²² Im modischen Zuge der Umorientierung des „linguistic turn“ und der neuen Kulturgeschichte sind – zwar nicht ausgelöst, aber wesentlich beschleunigt durch den Wegfall des Systemwettbewerbs – Fragen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, des Zusammenhangs unterschiedlicher Le-

21 Vgl. Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow, *Zeitgeschichte und Erinnerung. Deutungskonkurrenz oder Interdependenz?*, Frankfurt a. M./New York 2002.

22 Vgl. Wolfgang Küttler, *Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft und das Systemdenken im Ost-West-Konflikt*, in: ders./Jörn Rösen/Ernst Schulin (Hrsg.), *Geschichtsdiskurs Bd. 5: Globale Konflikte, Erinnerungsarbeit und Neuorientierungen seit 1945*, Frankfurt a. M. 1999, S. 75–105.

bensbereiche, vor allem aber solche der ökonomischen und sozialen Entwicklung immer stärker in den Hintergrund geraten.²³

In einer Bilanz von Erfolgen, Krisen und Perspektiven der Sozialgeschichte bezeichnet es Jürgen Kocka als deutsche Besonderheit, dass mit dem Ende der Herausforderung durch die DDR-Historiografie bei allen Belastungen seit den 1970er-Jahren verstärkt wirkende Impulse für die Forschung und Orientierung an diesen Problemen wegfielen. Wer hingegen die gegenwärtige Problemlage betrachtet, komme nicht umhin, die dringende Aktualität des Sozialen und Ökonomischen anzuerkennen, auch wenn der kulturelle Zusammenhang historischer Handlungen und Prozesse im Vordergrund des Interesses steht. „Manches spricht dafür, dass ein neuer ‚social turn‘ bevorsteht“, der zweifellos keine einfache Rückkehr zu den Ansätzen der 1960er- und 1970er-Jahre bringen, „aber doch ‚das Soziale‘ – vielleicht als ‚Praxis‘ – neu in den Vordergrund rücken“²⁴ werde.

Man muss sich nicht – wie ich es für mich bekenne – an einer kritisch reflektierten Marxschen Tradition orientieren, sondern nur aufmerksam die unterschiedlichsten kritischen Stimmen zum Zustand der Geistes- und Sozialwissenschaften anhören, um festzustellen, dass hier ein Denkstil verloren gegangen ist, dessen Perspektive in den pluralen Dialog einer deutschen und internationalen Geschichtskultur mehr denn je gehört. Entwicklungsprobleme der Sozialwissenschaften werden in dieser Hinsicht allgemein seit langem diskutiert.²⁵

Geschichtsbewusstsein wirkt und verändert sich in kritischen Situationen der Entscheidung zwischen Erinnern und Vergessen. Wenn wir beides auf die Zukunft beziehen, kommt als drittes und wichtigstes Moment die aus dem Geschichtsdanken resultierende aktuelle Orientierung für Künftiges hinzu. Was nämlich vergessen wird und wie wir uns erinnern, hat immer direkten Bezug auf die Gegenwart und Zukunft, im alltäglichen Bewusst-

23 Vgl. Thomas Mergel/Thomas Welskopp (Hrsg.), *Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte*, München 1997.

24 Jürgen Kocka, *Sozialgeschichte. Aufstieg – Krisen – Chancen*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Geschichte Nr. 47, Berlin 2002., S. 35.

25 Vgl. Immanuel Wallerstein u. a., *Die Sozialwissenschaften öffnen. Ein Bericht der Gulbenkian Kommission zur Neustrukturierung der Sozialwissenschaften*, Frankfurt a. M./New York 1996.

sein, in der öffentlichen bzw. veröffentlichten Meinung wie auch in den konzeptionellen Ansätzen, der Problemwahl und Präsentation von Geschichtsforschung. Erst dann kann Zeitgeschichte als „wissenschaftliche Aufklärung“ wirken.²⁶ Insofern ist Karl-Ernst Jeismann zuzustimmen, wenn er den Zusammenhang von Geschichtsbild, Zeitdeutung und Zukunftsperspektive auf den aktuellen Gesellschaftszustand bezieht und feststellt: „Den Streit um die Deutung der Geschichte finden wir immer dort, wo Divergenzen im Selbstverständnis einer Gesellschaft aufbrechen.“²⁷

Dass es diese – ganz unabhängig von der Wertung unterschiedlicher Vergangenheiten in Ost und West – im vereinigten Deutschland der Gegenwart gibt, bedarf wohl keiner näheren Begründung. Das gilt für den inneren Zustand von Wirtschaft und Gesellschaft, von Geschichtsdanken und Wissenschaft, von Bildung, Schul- und Hochschulsystem, Gesundheitswesen und sozialstaatlichen Sicherungssystemen, vor allem aber auch für den in den Medien immer wieder von den unterschiedlichsten Positionen aus beklagten Mangel an der Bereitschaft zur Veränderung.²⁸ Kritisches Geschichtsbewusstsein kann hier zweifellos wichtige Impulse geben.

Auf die Metapher vom „Aufbrechen“ im Verhältnis zum „Ankommen“ bezogen ist hier das intransitive „Aufbrechen“ von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen als Hintergrund und Impuls für Geschichtskontroversen mit unterschiedlichen Positionen, Interessen und Perspektiven gemeint, die sich auf die zutage tretenden realgeschichtlichen Probleme beziehen. Im Hinblick auf grundsätzliche Orientierungsfragen der Gegenwart, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, bedarf die Problematik DDR in allen ihren Aspekten dringend der Öffnung nach vorn, in die Zukunft.

Um es abschließend auf die Generationenfrage im Verhältnis zur Zeitgeschichte zuzuspitzen: Die Perspektiven von Historikern auf ihre Arbeit und auf die Geschichte als Orientierung in der Zeit sind immer auch generationsbedingt, und die Generationsbedingungen hängen von Art und Zeit-

26 Vgl. Christoph Kleßmann, *Zeitgeschichte als wissenschaftliche Aufklärung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51–52 (2002), S. 3–12.

27 Karl-Ernst Jeismann, *Geschichtsbilder: Zeitdeutungen und Zukunftsperspektive*, in: *APuZ* 51–52 (2002), S. 13–22, hier S. 13.

28 Vgl. Fritz Vilmar, *Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen*, Berlin 2002.

punkt der Sozialisation, der prägenden Erfahrungen ab. Sie sind aber dadurch vor allem selbst sozial, politisch und weltanschaulich bestimmt, was wiederum die Generationenunterschiede überlagert.

In einem umfassenderen Sinne als nur auf die DDR-Historie bezogen geht es mir daher vor allem um die aktuelle historische Orientierung durch Geschichtswissenschaft in einer gesamtdeutschen, aber noch nicht wirklich vereinigten Geschichtskultur. Wirklich vereinigt kann und soll nicht etwa harmonisch und konsensbestimmt heißen. Um es noch einmal zu betonen, ich beobachte die kritisierten Defizite nicht mit dem Zweck einer nachträglichen Legitimation der DDR, ihres offiziellen Geschichtsbildes und der Orientierungen der Geschichtsforschung in der DDR insgesamt. Worauf es mir ankommt, ist vielmehr eine streitbar in die Zukunft gerichtete Verbindung zwischen Angekommensein im Neuen und stets kritisch-aufklärerischem Aufbrechen von kritikwürdigen Verhältnissen. So erst kann ein pluraler Dialog der Historiker unterschiedlicher Vergangenheit – west- und ostdeutscher hier zuvörderst – in der Auseinandersetzung um die Perspektiven dieser Gesellschaft zustande kommen.

Die Zukunft des untergegangenen Staates DDR zu reflektieren heißt somit, über aktuelle Probleme nachzudenken, die damals im Systemkonflikt entstanden und zu lösen versucht wurden, und es bedeutet vor allem, dies jenseits des Entweder-Oder von Apologie und Verdikt zu versuchen. Um eine m. E. sehr treffende Metapher von Peer Pasternack²⁹ aufzunehmen: Es kommt darauf an, das „Untotsein“ der DDR in allen Aspekten ihres Erbes kritisch produktiv zu machen.

29 Vgl. den Beitrag von Peer Pasternack in diesem Band.

THOMAS AHBE

Die DDR im Alltagsbewusstsein ihrer ehemaligen Bevölkerung

*Die Ostdeutschen als Produkt der DDR
und als Produzenten von DDR-Erinnerungen*

Die Frage nach der DDR im Alltagsbewusstsein ihrer ehemaligen Bevölkerung beinhaltet zwei Dimensionen: die DDR als „Konstrukteur“ und die DDR als Konstrukt. Zum einen geht es also um die DDR als eine generierende Struktur, die Wertvorstellungen und Habitus – sozusagen die damaligen DDR-Bürger als Sozialisations-Produkt – hervorgebracht hat. Zum anderen geht es um die DDR als Gegenstand von sich in der Zeit verändernder Erinnerungsarbeit – in diesem Falle sind die ehemaligen DDR-Bürger die Produzenten von Erinnerungen und die DDR-Erinnerung deren Produkt.

1. Sozialisatorische Effekte der DDR in soziologischen Befunden

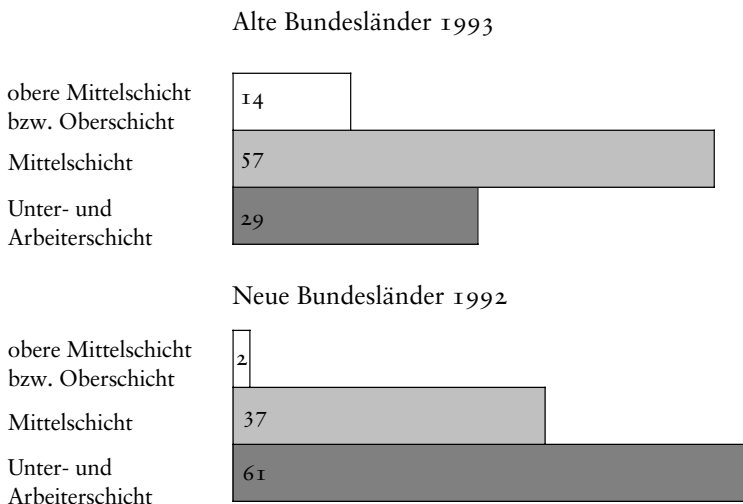
Die Besonderheiten der DDR-Sozialisation zeigen sich, wenn man die osttypische Verteilung von bestimmten Einstellungen, Werten und Verhaltensweisen mit der westtypischen Verteilung dieser Einstellungen, Werte und Verhaltensweisen vergleicht. Ihre Persistenz wird deutlich, wenn man verfolgt, ob und inwieweit sich diese Differenzen in den 1990er-Jahren erhalten haben. Zwar leben seit 1990 Ostdeutsche und Westdeutsche in der gleichen Gesellschaft – in jener Gesellschaft, in der die Westdeutschen in der

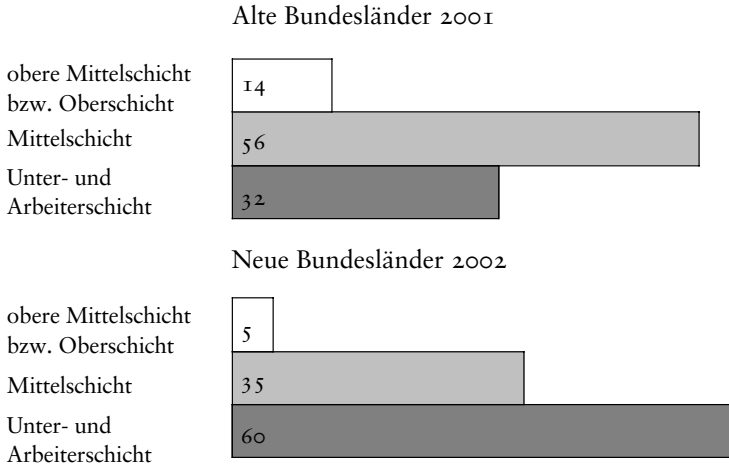
empirisch rekonstruierbaren Verteilung bestimmte Einstellungen, Werte und Verhaltensweisen ausgebildet haben –, dennoch sind bei den Ostdeutschen bestimmte Einstellungen, Werte und Verhaltensweisen erhalten geblieben, und das, obwohl diese alten Muster durch die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht mehr gestützt werden, oft auch weniger passförmig und weniger funktional sind als westdeutsche sozialisatorische Muster.

1.1 Besonderheiten bei der subjektiven Schichteinstufung der Ostdeutschen

Ein interessanter Befund ist in diesem Zusammenhang die „subjektive Schichteinstufung“ der Ostdeutschen. Bei der Erhebung der subjektiven Schichteinstufung wird ermittelt, zu welchen Anteilen sich die Bevölkerung eines Territoriums welchen sozialen Schichten zurechnet. Erfasst werden hier *subjektive Zurechnungen*, nicht objektive Daten über die Sozialstruktur einer Bevölkerung. In der letzten Dekade, also in der Zeit zwischen 1992 und dem Jahr 2002, ergab sich bei den West- und Ostdeutschen folgendes Bild:

Subjektive Schichteinstufung der ost- und westdeutschen Bevölkerung





Quellen: Gunnar Winkler (Hrsg.), Sozialreport 2002. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin 2002, S. 48; Thomas Gensicke, Die neuen Bundesbürger. Eine Transformation ohne Integration, Opladen 1998, S. 134, 148.

Interessant ist, dass die Sozialstruktur in den alten und neuen Ländern nicht so differiert, wie es die Erhebung der subjektiven Schichteinstufung suggeriert. In einem Modell über die *reale* Schichtung der westdeutschen Bevölkerung kommt Geißler¹ zu dem Ergebnis, dass schon die westdeutschen Randschichten, die un- und angelernten Arbeiter, die ausführende Dienstleistungsschicht und die Facharbeiter etwa 48 Prozent der Bevölkerung ausmachen, wobei die 12 Prozent „Arbeiterelite“ noch nicht eingerechnet waren. Bei den *subjektiven* Zurechnungen der Westdeutschen definiert sich die Mehrheit jedoch als zur Mitte gehörig. Ganz anders der Osten. Hier bietet sich, wenn es um die subjektiven Zurechnungen zur Mittelschicht oder zur Unter- und Arbeiterschicht geht, ein geradezu spiegelverkehrtes Bild: Die große Mehrheit rechnet sich im Osten den Arbeiterschichten zu.

1 Vgl. Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung, Opladen 1996, S. 86.

Natürlich liegen die Ursachen hierfür nicht in der Sozialstruktur, die ist in Ost und West annähernd ähnlich. Die Ergebnisse widerspiegeln vor allem die gesellschaftlich gültigen Wertvorstellungen der beiden Teil-Gesellschaften. Sowohl die westdeutsche wie die ostdeutsche Bevölkerung ordneten sich mehrheitlich jenen gesellschaftlichen Schichten zu, die in ihren Gesellschaften als *maßgeblich*, als stilbildend galten und durch die dominierenden Diskurse als „ehrbare Stützen“ der Gesellschaft ausgegeben wurden.

In den Selbst-Einordnungen der Ostdeutschen widerspiegelt sich sowohl das durch die Offizialdiskurse erzeugte Prestige der „Arbeiterklasse“ und das der ihr zugeschriebenen Werte und Lebensformen – wie auch die faktische alltagskulturelle Dominanz und Maßgeblichkeit der Lebensformen und Wertvorstellungen der arbeiterlichen und kleinbürgerlich-materialistischen Milieus in der DDR. Im Zusammenfließen des herrschenden Mythos von der Arbeiterklasse mit der alltagskulturellen Dominanz der proletarisch bis kleinbürgerlich-materialistischen Kultur realisierte sich in der DDR die „arbeiterliche Gesellschaft“. ² Die Rede von alltagskulturellen Dominanzwechsellinien in Gesellschaften wird gerade durch die affektgeladenen Beschreibungen der Gegner und Verlierer der neuen Entwicklungen beglaubigt. Im Falle der DDR waren das vor allem bürgerlich orientierte Personen oder Gruppen, deren symbolisches und kulturelles Kapital in der „arbeiterlichen Gesellschaft“ rapide an Kurs verlor. Eine entsprechende Beschreibung auf Basis dieser Verlufterfahrung liest sich so:

„Sittenzerfall – Der ganze bürgerliche Plunder, über Bord mit ihm. Knicks und Verbeugung der Kinder: ein Zeichen der Verkrüppelung. Aufstehen vor Älteren, Vorgesetzten: ein Überrest des Untertanengeistes. Wir alle sind ‚per Du‘, denn wir sind alle in der Gewerkschaft. Bei Tisch benehmen wir uns, wie es in einer Proletarierküche üblich ist. Mit Schürze und Hausschuhen auf die Straße, mit dem Blaumann ins Gasthaus, die Arbeitskleidung ist ein Ehrenkleid. Bunte Perlenschürzen überfluten Fabriken, Läden, Ambulatorien und Kontore. Bald bemerkt niemand mehr, wie häßlich sie sind. Sie sind praktisch. [...] Zur neuen Art des Zusammenlebens

2 Vgl. Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*, Berlin 1999.

gehört, daß man anders miteinander redet als früher. Man spricht deftig, grob und geradezu, nennt das offen und ehrlich.“³

Diese faktische und normative Dominanz des Arbeiterlichen in der ostdeutschen Gesellschaft beschreibt Wolfgang Engler so:

„Die Ostdeutschen lebten in einer Gesellschaft, in der die Arbeiterschaft sozial und kulturell dominierte und die anderen Teilgruppen mehr oder weniger ‚verarbeiterlichten‘. Es wäre eine Absurdität zu behaupten, die ostdeutschen Arbeiter hätten die politische Herrschaft ausgeübt. Aber das soziale Zeppter hielten sie in der Hand. Anschauungen, Meinungen, Konventionen, Kleidungs- und Konsumgewohnheiten und nicht zuletzt die Alltagsitten richteten sich nach den Normen und Idealen der arbeitenden Klassen. [...]

Gemessen [...] am Aristokraten wie am Bürger, erschien der arbeiterliche Mensch als wahres Glückskind der Geschichte. Er mußte nichts sein, um etwas zu werden, nichts werden, um etwas zu sein, denn alles, was er sein und werden konnte, war er bereits: ein anerkanntes Mitglied des Gemeinwesens. Er war ökonomisch unabhängig, existentiell von vornherein gesichert und wußte vom Kampf um soziale Anerkennung nur vom Hörensagen.“⁴

Diese spezifischen Verhältnisse in der DDR, die Aufwertung der Arbeiter- und Volksschichten in den Offizialdiskursen der DDR, in den Diskursen der Wissenschaft und Bildung, haben also – wie die Ergebnisse der subjektiven Schichteinstufung der Ostdeutschen zeigen – offensichtlich eine sozialisatorische Langzeitwirkung. Denn obwohl in den aktuellen Diskursen das Prestige der Arbeiterschichten viel geringer ist, hat sich die subjektive Zuordnung der Ostdeutschen auch in den 1990er-Jahren nicht an die westdeutsche Normalverteilung angeglichen. Die „alten Werte“ sind insofern subjektiv noch etwas wert. Das kann man als ein Stück DDR im Alltag ihrer ehemaligen Bevölkerung sehen.

3 Irene Böhme, Jugendbande oder der mißbrauchte Idealismus, in: In Sachen Erich Honecker (= Kursbuch 111), Berlin 1993, S. 13–23, hier S. 18 f.

4 Engler, Die Ostdeutschen, S. 200, 205 f.

1.2. Spezifische Stile der Alltagskommunikation

Anhaltende Ost-West-Unterschiede zeigen sich auch auf der Ebene des Alltagshandelns. Diese Unterschiede sind allerdings ein schon viel vermitteltes Echo der spezifischen Sozialisationsverhältnisse in der DDR, als es die Unterschiede in der subjektiven Schichteinstufung sind. Wolf Wagner zeigte, auf welche typische und von den westlichen Standards abweichende Weise die Ostdeutschen im Alltag kommunizieren.

Das Beispiel Alltagsgespräche: In Alltagsgesprächen oder bei einem *small talk* neigen die Ostdeutschen beispielsweise viel stärker dazu, über Mängel, Missstände oder auch eigene Probleme zu reden, während Westdeutsche lieber mit der Thematisierung von leichten und nichtigen Dingen das Gespräch eröffnen. In ihren jeweils eigenen Kulturen funktioniert das gut. Im Osten erzeugt man durch die ostdeutsche Art zu kommunizieren „Nähe und Solidarität“, man nimmt das Gegenüber als „offen und leutselig“ wahr. Die Westdeutschen erzeugen in dieser Situation auf ihre eigene Art nicht minder entspannende „positive Stimmung“, die es erlaubt, sich gegenseitig als „geistreich und diskret“ wahrzunehmen und zu inszenieren. Erst wenn Ostdeutsche und Westdeutsche gemeinsam auf die Anforderungen der Kommunikationssituation mit den jeweils in ihren eigenen Kulturen angemessenen Kommunikationsstilen reagieren wollen, kommt es zu Friktionen. Die Ostdeutschen beschwerten sich über die Westdeutschen, die „oberflächlich und abweisend“ seien, und diese wiederum nennen die Ostdeutschen „larmoyant und unersättlich“.⁵

Das Beispiel Karriereverhalten: Ganz ähnlich zeigen sich die Ost-West-Differenzen bei der Interpretation von Karrierewegen. Wenn Westdeutsche den Arbeitsplatz oder -ort häufig wechselten, gelten sie für andere Westdeutsche oft als zielstrebig und flexibel, als eine motivierte und hochwertige Arbeitskraft – bis sie in den Osten, die ehemalige DDR kommen. In der DDR waren Arbeitsplatzwechsel eher mit Versagen oder anderen Stigmata verbunden. Denn wer „gut“ war in der DDR, blieb oder stieg an Ort und Stelle auf – wer „schwierig“ war, wurde „weggelobt“. Aus dieser so vorgeprägten Ost-Perspektive galten die im Osten ankommenden Wessis als „abgeschobener

5 Wolf Wagner, Kulturschock Deutschland. Der zweite Blick, Hamburg 1999, S. 139.

Ausschuss“ – während die verstetigten Ostdeutschen den mobilen Westdeutschen wiederum als der „zurückgebliebene Ausschuss“ gelten mussten.

Das Beispiel Konfliktbehandlung: Während in ostdeutschen Gruppen die Tendenz zum Ausgleich, zu Kompromissen, Harmonie, aber auch zum Überdecken von Konflikten vorherrscht, ist in westdeutschen Gruppen ein Verhalten ausgeprägt, das stärker auf miteinander konkurrierende Individualitäten orientiert ist. Auch das Austragen von Konflikten ist hier „normaler“. ⁶ In der gegenseitigen Wahrnehmung führt das dazu, dass die Ostdeutschen die Westdeutschen für „aggressiv, dominant und unsensibel“ halten, während sie die Eigengruppe als „freundlich, solidarisch und harmonisch“ beschreiben. Die Westdeutschen hingegen empfinden diese Art von Harmonie als „feige und scheinheilig“, während sie ihre Art der Kommunikation als „offen, mutig und authentisch“ ⁷ bezeichnen.

Resümee zu den Unterschieden in der Alltagskommunikation: Die typisch westdeutschen und ostdeutschen Stile in der Alltagskommunikation unterscheiden sich darin, jeweils funktional in unterschiedlichen Sozialräumen gewesen zu sein. Sowohl bei Ostdeutschen wie bei Westdeutschen hatte sich ein Verhalten habitualisiert, das von den jeweiligen gesellschaftlichen Strukturen nahe gelegt wurde. Die spezifischen sozialisatorischen Muster bildeten damit gewissermaßen die unterschiedlichen Funktionsweisen der Macht und der Chancenzuteilung in den verschiedenen Sektoren der beiden Gesellschaften ab – und reproduzierten diese. Die spezifischen ostdeutschen und westdeutschen Stile in der Alltagskommunikation bildeten die unterschiedlichen Arten der Geltung und der Akkumulation des ökonomischen, sozialen, kulturellen und symbolischen Kapitals ab. Und sie widerspiegelten die auf diesen Strukturen basierenden Möglichkeiten und Zwänge zur distinktiven Individualisierung und Mobilität. Das ostdeutsche System gehört inzwischen der Vergangenheit an, es kann nicht mehr wirken, nur noch nachwirken. Insofern aber kann das partielle Weiterleben ostdeutscher Stile in der Alltagskommunikation als ein „Stück DDR im Alltag ihrer ehemaligen Bevölkerung“ gesehen werden.

6 Vgl. hierzu auch die Experimente von Stefan Strohschneider (Hrsg.), Denken in Deutschland. Vergleichende Untersuchung in Ost und West, Bern/Göttingen/Toronto/Seattle 1996.

7 Wagner, Kulturschock Deutschland, S. 144.

1.3 Verteilung von Wertetypen und gesellschaftsbezogenen Werten bei West- und Ostdeutschen

Besonders deutlich werden die sozialisatorischen Effekte der DDR, wenn ein Vergleich auf Basis der speyerischen Wertetypen zwischen west- und ostdeutscher Bevölkerung vorgenommen wird. So lässt sich rekonstruieren, wie sich die Verteilung von Personen auf die fünf definierten Wertetypen in verschiedenen Gesellschaften zu unterschiedlichen Zeiten darstellt.⁸

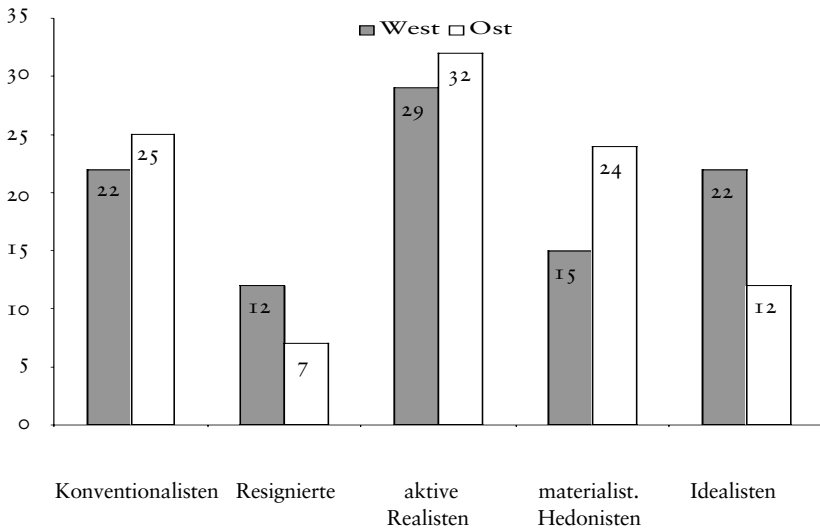
Die Übersicht aus dem Jahr 1990 zeigt den Status, mit dem die Ostdeutschen sozusagen aus der DDR „entlassen“ und in die Demokratie „übergetreten“ sind. Letztendlich wurde deutlich, dass auf dieser *grundsätzlichen* Ebene die Verteilung der Wertetypen in Ostdeutschland der in Westdeutschland ganz ähnlich ist. Der Wertewandel als internationales Phänomen hat also auch „hinter der Mauer“ stattgefunden – freilich mit DDR-typischen Besonderheiten. Im Jahr 1990 erwies sich, dass die Ostdeutschen *etwas* konventioneller als die Westdeutschen sind. Zudem sind sie *viel öfter* materialistisch-hedonistisch und *viel seltener* nonkonform-idealistisch orientiert als die Westdeutschen und schließlich *viel seltener* perspektivlos-resigniert. Die letzten drei Befunde spiegeln die Stagnation der DDR auf allerdings hohem sozialstaatlichen Niveau wider. Schon drei Jahre nach dem Beitritt der Ostdeutschen zur Bundesrepublik hat sich das Bild geändert: Die Ostdeutschen sind *etwas weniger* konventionell und *weniger* materialistisch-hedonistisch orientiert.

Die Gruppe der perspektivlos resignierten Ostdeutschen hat sich hingegen verdoppelt, während sich die – bei den Ostdeutschen ohnehin größte Gruppe – der „aktiven Realisten“ noch einmal vergrößert hat. Dieser Wertetyp der „aktiven Realisten“, ein Typus, der sowohl hedonistische Impulse wie die einer anstrengungsbereiten, gewissermaßen disziplinierten Selbstverwirklichung vereint, gilt als der modernste und zukunftsfähigste Wertetyp. Das heißt also auch, dass die Sozialisation in der DDR keine „psychologisch deformierte“ Bevölkerung hinterlassen hat.⁹

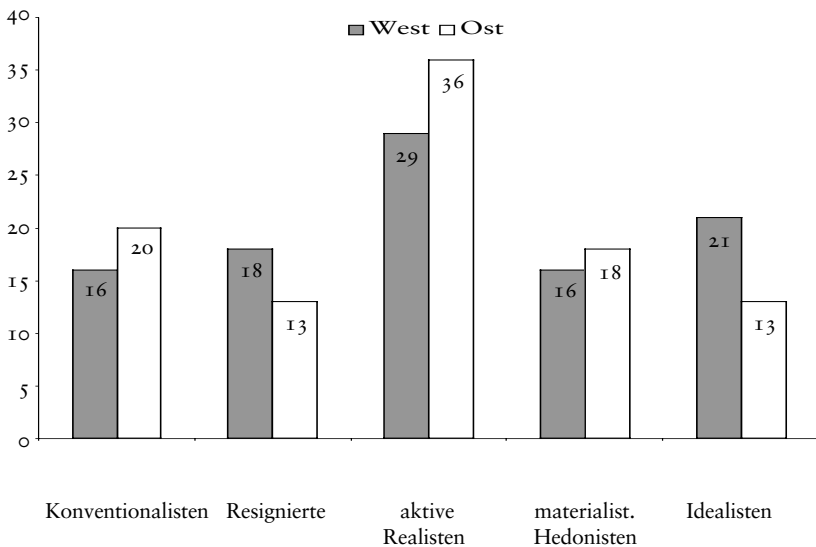
8 Vgl. Thomas Gensicke, Die neuen Bundesbürger. Eine Transformation ohne Integration, Opladen 1998, S. 89.

9 Vgl. auch Elmar Brähler/Horst-Eberhard Richter, Ost- und Westdeutsche. 10 Jahre nach der Wende, in: Hendrik Berth/Elmar Brähler (Hrsg.), Deutsch-deutsche Vergleiche. Psychologische Untersuchungen 10 Jahre nach dem Mauerfall, Berlin 1999, S. 9–27.

1990 – Verteilung der Wertetypen



1993 – Verteilung der Wertetypen



Obwohl die ostdeutsche Bevölkerung von ihrer Wertestruktur her also ganz gut in die Marktwirtschaft „passt“ und sich dabei nur wenig von der westdeutschen Bevölkerung unterscheidet, zeigt sie jedoch bei den *gesellschaftsbezogenen Werten* eine ungleich größere Distanz zu den Gegebenheiten, als es bei den Westdeutschen der Fall ist.

Besondere gesellschaftsbezogene Werte bei den Ostdeutschen

Grundsätzliche Positionierung zum Systemwechsel: Obwohl nur ein Bruchteil der Ostdeutschen „am liebsten die DDR wieder haben“ will (im Jahr 2002 sind das 10 Prozent der Ostdeutschen¹⁰) und obwohl eine wachsende Mehrheit „die Einführung einer politischen Ordnung nach westlichem Vorbild“ für richtig hält (1995 waren das 77 Prozent¹¹), stehen die Ostdeutschen im Detail den politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten des vereinigten Deutschland distanzierter oder kritischer gegenüber als der westdeutsche Durchschnitt.

Bewertung des wirtschaftlichen Systems: Eine „gute Meinung“ über das westliche Wirtschaftssystem hatten im Jahr 1990 77 Prozent der Ostdeutschen. Im Jahr 1997 war die Gruppe der Befürworter auf 22 Prozent zusammengeschrumpft, im Westen bilden die Befürworter der Marktwirtschaft im gleichen Jahr eine Gruppe von 40 Prozent der Bevölkerung.¹²

Bewertung des politischen Systems und Entwicklungsstand der Demokratie: Die Frage, „ob die bundesdeutsche Demokratie die beste Staatsform ist“, beantworteten im Jahr 1997 nur noch 33 Prozent der Ostdeutschen mit „ja“, der höchste Wert lag in den Jahren 1990 und 1992 bei jeweils 41 Prozent. Die Westdeutschen hingegen halten die bundesdeutsche Demokratie mehrheitlich für „die beste Staatsform“. Die Zustimmungsraten schwankten hier zwischen 1990 und 1997 kaum und lagen um die 70 Prozent.¹³

Im Jahr 1999 wurde eine Forsa-Umfrage zur Zufriedenheit mit der bundesdeutschen Demokratie durchgeführt. Sie ergab, dass 61 Prozent der

10 Vgl. Gunnar Winkler (Hrsg.), Sozialreport 2002. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin 2002, S. 54.

11 Vgl. Gensicke, Die neuen Bundesbürger, S. 189.

12 Vgl. ebenda, S. 186.

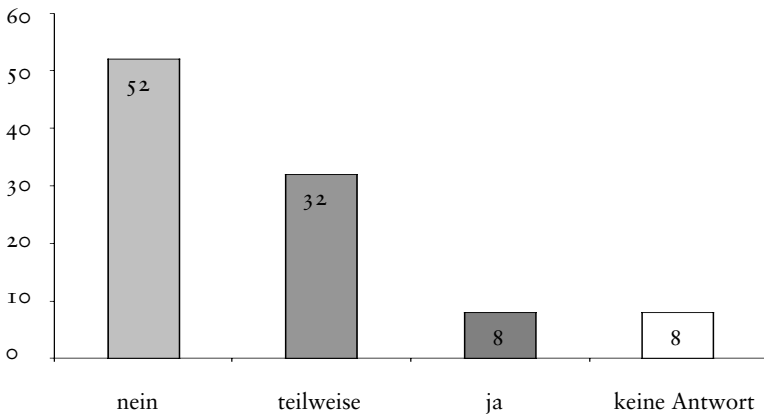
13 Vgl. ebenda, S. 187.

Ostdeutschen vom Zustand der Demokratie enttäuscht, während 60 Prozent der Westdeutschen damit zufrieden waren.¹⁴

Die negativen Voten der Ostdeutschen zum Zustand der bundesdeutschen Demokratie widerspiegeln nicht lediglich diffuse Frustrationen und sachfremde Erwartungen an die Organisation der politischen Machtausübung. Vielmehr liegen diesen Kritiken detaillierte Vorstellungen über eine bessere Gestaltung demokratischer Prozesse zugrunde, wie Untersuchungsergebnisse aus dem Jahr 2002 zeigen. Freie Wahlen stehen bei den Ostdeutschen zwar an oberster Stelle bei den Vorstellungen zur Demokratie – allerdings werden sie allein als nicht hinreichend angesehen.

Zustimmung zu dem Satz:

„Der Einfluss der Bürger auf die Politik ist durch Wahlen völlig ausreichend gesichert“ (in Prozent der ostdeutschen Bevölkerung).



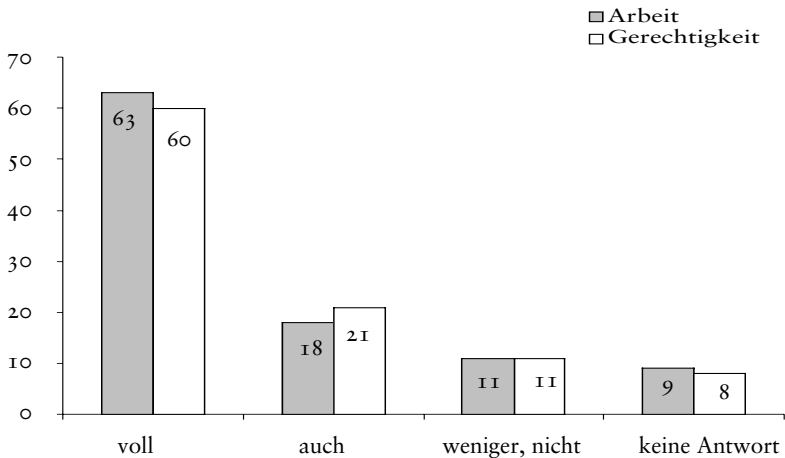
Quelle: Winkler (Hrsg.), Sozialreport 2002, S. 193 f.

Die Ergänzung der „repräsentativen Demokratie“ durch plebiszitäre und direktdemokratische Formen der Mitwirkung wird von 44 Prozent der Ostdeutschen als wichtigster Teil der Demokratie gesehen, hinzu kommen 33 Prozent der Ostdeutschen, die diese Formen mit einem etwas abgeschwächteren „ja, auch“ protegiert sehen wollen (11 Prozent „weniger“, 4 Prozent völlige Ablehnung).

14 Vgl. Leipziger Volkszeitung, 16. September 1999, S. 2.

Das Demokratieverständnis der Ostdeutschen schließt neben politischen Rechten auch soziale mit ein. Eine Untersuchung aus dem Jahr 2002 zeigte, dass die Ostdeutschen folgende Rechte in unterschiedlichen Maßen als zur Demokratie zugehörig sehen:

Vorstellungen über die Zugehörigkeit sozialer Rechte zur Demokratie aus Sicht der Ostdeutschen im Jahre 2002 (Angaben in Prozent)



Quelle: Winkler (Hrsg.), Sozialreport 2002, S. 193 ff.

Definition der Verantwortung und Bewertung des (Sozial-)Staates: Die Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit sind bei den Ostdeutschen deutlich anders als bei den Westdeutschen.¹⁵ „Bei über 88 % der Ostdeutschen kollidieren die sozialen Unterschiede in der Bundesrepublik mit ihrem Gerechtigkeitsempfinden, während 46 % der Westdeutschen sie im großen und ganzen als gerecht ansehen.“¹⁶ Insbesondere schreiben die Ostdeut-

15 Vgl. Eva Wagner, Ist soziale Ungleichheit gerecht? Wahrnehmungen und Bewertungen im Ost-West-Vergleich, in: Walter Müller (Hrsg.), Soziale Ungleichheit. Neue Befunde zu Strukturen, Bewußtsein und Politik, Opladen 1997, S. 139–167.

16 Jürgen Hofmann, Ostdeutsches Wir-Bewußtsein: Altlast oder Transformations-effekt?, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Die DDR. Politik und Ideologie als Instrument, Berlin 1999, S. 169–203, hier S. 169.

schen dem (Sozial-)Staat größere Verantwortlichkeiten für soziale Gerechtigkeit und Absicherung der Menschen zu.¹⁷

Verhältnis zu fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen: Ein Überblick über die Besonderheiten ostdeutscher Wertvorstellungen kommt nicht mehr ohne den Rekurs auf die These aus, dass die hohe Quote fremdenfeindlicher Gewalttaten in den neuen Bundesländern ein Effekt der spezifischen DDR-Sozialisation sei. Die Relevanz dieser These entspringt allerdings nicht den Ergebnissen der empirischen Werteforschung, sondern ihrer Funktion in den politischen und ideologischen Deutungskämpfen um den Status von DDR und Bundesrepublik. Untersuchungen der Werteforschung konnten die kurzschlüssige Folgerung, dass die autoritären Herrschaftsformen in der DDR autoritäre Persönlichkeiten hervorgebracht hätten, nicht bestätigen.¹⁸ Auch manche Spekulation über typisch ostdeutsche Indifferenz gegenüber dem NS wurden empirisch eindeutig dementiert, im West-Ost-Vergleich zeigte sich eher das Gegenteil.¹⁹

Walter Friedrich²⁰ überprüfte 2001 die Spekulation von der strukturellen Produktion fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Einstellungen in der DDR an Hand von Daten aus den 1960er- bis 1990er-Jahren. Wenn der unterstellte Zusammenhang zwischen DDR-Sozialisation und der Ausbildung rechtsextremistischer und ausländerfeindlicher Einstellungen tatsächlich bestünde, so folgerte Friedrich, müssten sich an Hand der Daten die folgenden vier Arbeitshypothesen verifizieren lassen: *Erstens* müssten diese Einstellungen in der Hoch- und Stabilitätsphase der DDR stärker ausgeprägt sein als in der Niedergangs- und Instabilitätsphase, in der die DDR an Einfluss und Maßgeblichkeit verlor. *Zweitens* müssten ältere und mittlere Jahrgänge, die der DDR-Sozialisation viel länger ausgesetzt waren, stärker rechtsextremistische und ausländerfeindliche Einstellungen zeigen als jüngere. *Drittens* müsste die Identifikation mit System und Ideo-

17 Vgl. Markus Gangl, Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat in den alten und neuen Ländern., in: Müller (Hrsg.), Soziale Ungleichheit, S. 169–203.

18 Vgl. Brähler/Richter, Ost- und Westdeutsche; Wagner, Kulturschock Deutschland, S. 110 ff.

19 Vgl. ebenda, S. 116 ff.

20 Vgl. Walter Friedrich, Ist der Rechtsextremismus im Osten ein Erziehungsprodukt der autoritären DDR?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 46 (2001), S. 16–23.

logie der DDR mit der Ausprägung der genannten rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Einstellungen korrelieren. *Viertens* müssten die Fremdenfeindlichkeit und der Rechtsextremismus nach dem Verschwinden der DDR kontinuierlich zurückgehen. Alle vier Arbeitshypothesen wurden falsifiziert.

Bewertung der Sozialismus-Idee: Die Aussage, dass „der Sozialismus eine gute Idee sei, die nur schlecht ausgeführt wurde“, findet in den Jahren von 1990 bis 1997 eine um die 65-Prozent-Marke schwankende Mehrheit, im Jahr 1997 waren es 68 Prozent. Von den Westdeutschen bejaht etwa ein Drittel diese Aussage.²¹ So verwundert es auch nicht, dass Ende des Jahres 1997 insgesamt 55 Prozent der Ostdeutschen der Aussage zustimmten, dass „mit der Wiedervereinigung die Chance vergeben worden sei, einen neuen Staat zu schaffen, in dem Marktwirtschaft, Menschlichkeit und Sozialismus verbunden sind“. Lediglich 25 Prozent der Ostdeutschen (mit abnehmender Tendenz) widersprechen dieser Bewertung wie auch 70 Prozent der Westdeutschen. Bei nur 15 Prozent der Westbevölkerung findet sich eine Zustimmung zu dieser Spekulation.²²

Sozialisations-Hypothese oder Reaktions-Hypothese als Erklärung der besonderen gesellschaftsbezogenen Werte der Ostdeutschen?

Die detaillierte Darstellung der gesellschaftsbezogenen Werte der Ostdeutschen bestätigt das partielle Aufscheinen des Wertehorizonts der DDR beziehungsweise der DDR-Propaganda.²³ Man mag fragen, ob dieser Teil der alten „DDR-Werte“ vielleicht nur das Instrument oder Mittel für die Kritik an den Realitäten im vereinigten Deutschland, nicht aber die wert- oder affektbasierte Ursache der Kritik ist. Entsprechend dieser beiden möglichen Schwerpunktsetzungen kann man sich bei der Erklärung der anhaltenden Ost-West-Unterschiede eher der Sozialisationshypothese oder aber der

21 Vgl. Gensicke, Die neuen Bundesbürger, S. 178.

22 Vgl. ebenda, S. 176.

23 Vgl. Hendrick Berth/Wolf Wagner/Oliver Decker/Elmar Brähler (1999), Und Propaganda wirkt doch! ... ? Eine empirische Untersuchung zu Autoritarismus in Deutschland und zur Überprüfung von Theorien über die Entstehung von Einstellungsunterschieden zwischen Ost- und Westdeutschen, in: Berth/Brähler (Hrsg.), Deutsch-deutsche Vergleiche, S. 141–159, hier S. 157.

Erfahrungs- oder Kompensationshypothese anschließen.²⁴ Die Sozialisationshypothese interpretierte das Fortwirken des Ost-West-Unterschieds vornehmlich als Sozialisierungseffekte, derer man sich nicht entledigen könnte, sozusagen eine Art des fortwirkenden Anwesend-Seins der DDR im Alltag des vereinigten Deutschland. Als Spielarten der Sozialisationshypothese sind einerseits jene Positionen zu sehen, die die Sozialisation in der DDR als irreparable Deformierung und die Wertebildung lediglich als Effekte von Propaganda und Indoktrination sehen, und andererseits Positionen, die der Sozialisation und Wertebildung in der DDR auch positive und für die Bundesrepublik bereichernde Effekte zubilligen.

Die Erfahrungs- oder Kompensationshypothese sieht die Ursachen in den Wertepräferenzen der Ostdeutschen in der Zeit nach der DDR, also in der Transformationsphase. Hierzu sind jene Positionen zu rechnen, die überhaupt keine Nachwirkungen und Effekte der Sozialisation, Propaganda und Wertebildung der DDR sehen und ostdeutsche Besonderheiten wie auch „Ost-Identität“ als Produkt der 1990er-Jahre erklären, nämlich als Reaktion vieler Ostdeutscher auf die materielle und symbolische Schlechterstellung *der Ostdeutschen* als Gruppe. Dazu gehören auch Positionen, die die Theorien und Werte aus der DDR in der Art der Vereinigung und der Transformation des Ostens geradezu bestätigt sehen.

So zeigt sich, dass die sozialwissenschaftlichen Interpretationsansätze zu den Ostdeutschen in den 1990er-Jahren eng mit den mehr oder weniger reflektierten Vorstellungen der Interpreten von der DDR-Gesellschaft und den Ostdeutschen in den Dekaden vor der Vereinigung zusammenhängen – und unter anderem auch mit den spezifischen Erinnerungen an die DDR.

24 Vgl. Thomas Koch, Ostdeutsche Identitätsbildung in der dualistischen Gesellschaft. Fokus – Phänomenologie – Forschungsfragen, in: Berliner Debatte INITIAL 3/1997, S. 93–108.

2. Die ehemaligen DDR-Bürger als Produzenten von Erinnerung an die DDR

Der Journalist Maxim Leo, zum Mauerfall neunzehn Jahre alt, beschreibt in einer Kolumne,²⁵ wie sich seine DDR-Erinnerung im Jahre 2003 anfühlt:

„Vor ein paar Tagen habe ich die DDR erklärt.

Im Vortragssaal der Konrad-Adenauer-Stiftung saßen Schüler aus Westfalen und wollten wissen, wie das so war damals. Ob es stimmt, daß alle Lehrer bei der Stasi waren. Ob ich selbst im Gefängnis war. Oder selbst bei der Stasi.

Ich war zum Zeitzeugen geworden. Ich dachte an die alten Männer in den Filmen von Guido Knopp.

Ich musste an meinen Vater denken, der mir noch heute erzählt, dass er als Jugendlicher nicht genug Geld für die Straßenbahn hatte. Ich musste an das Schmalzfleisch denken, das es bei uns zum Abendbrot gab, weil mein Vater in seiner Kindheit nie genug davon hatte.

Ich würde meine Kinder gern vor meiner Kindheit bewahren. Ich will nicht der Diktatur-Papa sein, der zu ruhiger Stunde von der schweren Zeit erzählt.

Dabei ertappe ich mich schon jetzt dabei, dass ich zusammenzucke, wenn meine Tochter einen Duplo-Sammelaufkleber achtlos zerreißt. Einen Duplo-Sammelaufkleber! Ich hatte gerade einmal vier davon.

In vier Jahren. Weil meine Großmutter jedem Enkelkind zu Ostern aus Westberlin ein Duplo mitgebracht hat.

Ich habe die Bilder auf meine Federtasche geklebt. Zwei Tiere und zwei Fußballer. Ein Nashorn, ein Graureiher, Karl Heinz Rummenigge und Rudi Völler.

Meine Frau Catherine kommt aus Frankreich. Sie findet es süß, wenn ich zum Mauerkind werde.

Eine Stunde lang habe ich vor der neuen Geschirrspülmaschine gesessen und den Geräuschen von Motor und Pumpe zugehört. – Eine Geschirrspülmaschine!

25 Maxim Leo, Papa, der Zeitzeuge, in: Berliner Zeitung, 22. Februar 2003, Magazin, S. VI (gekürzt).

Catherine wusste gar nicht, dass man auch mit der Hand abwaschen kann.

Eine Schülerin fragte, ob ich mich noch als Ostler fühle.

Ich wollte nicht von Rummenigge und dem Nashorn sprechen.

Ich wusste auch nicht, ob es heute noch Federtaschen gibt.

Ich wollte nicht alt und weinerlich wirken.

Ich habe eine Geschirrspülmaschine.

Ich habe eine Frau und zwei Kinder aus dem Westen.

Ich bin angekommen.“

2.1 Erinnerungen als datengestützte Erfindungen

Erinnerungen sind, wie der Hirnforscher Wolf Singer unterstreicht, individuelle, „datengestützte Erfindungen“²⁶ in der Gegenwart. Die Daten sind Engramme, die interpretiert und kommuniziert werden müssen. Strukturell sind diese Engramme aber „nicht sonderlich dazu geeignet, um in Sätze rationaler Sprache umgesetzt zu werden“, denn sie sind eher holistischer Natur, haben einen assoziativen Charakter, sind Bilder, Sequenzen, die einen Gesamteindruck bewahren. Hinzu kommt, „daß Engramme nach wiederholtem Erinnern gar nicht mehr identisch sind mit denen, die vom ersten (Wahrnehmungs-) und Lernprozeß hinterlassen wurden. Es sind die neuen Spuren, die bei der Testung, also beim Erinnern neu geschrieben werden. [...] Es ist dann nicht auszuschließen, daß die alte Erinnerung dabei in neue Zusammenhänge eingebettet und damit aktiv verändert wird. Sollte dies zutreffen, dann wäre Erinnern auch immer mit einer Aktualisierung der Perspektive verbunden.“²⁷

Als „Stabilisatoren der Erinnerung“ gelten Affekte, Symbole oder Traumata.²⁸ Inhalt, Form und Intensität der Ideen, die wir Erinnerungen nen-

26 Wolf Singer, Wahrnehmen, Erinnern, Vergessen. Über den Nutzen und Vorteil der Hirnforschung für die Geschichtswissenschaft. Eröffnungsvortrag des 43. Deutschen Historikertages, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. September 2002, S. 10.

27 Ebenda.

28 Vgl. Aleida Assmann, Stabilisatoren der Erinnerung – Affekt, Symbol, Trauma, in: Jörn Rüsen/Jürgen Straub (Hrsg.), Die dunkle Spur der Vergangenheit. Psychoanalytische Zugänge zum Geschichtsbewußtsein. Erinnerung, Geschichte, Identität 2, Frankfurt a. M. 1998, S. 131–152.

nen, entstehen also nicht durch das bloße Wiederfinden von alten Daten. Vielmehr werden Erinnerungen konstruiert – und zwar so, dass sie die personale Identität, insbesondere die autobiografische Konstruktion von Personen in der *Gegenwart* stützt. In diesem Funktionszusammenhang sind solche Prozesse wie Verdrängung, Verklärung oder eben reflektiertere Aneignung problematischer Daten zu verstehen.

Bei der Konstruktion von individuellen Erinnerungen greifen die Menschen auf kulturell gültige Diskurse, auf Meta-Erzählungen zurück. Diese Diskurse und Meta-Erzählungen liefern die Werte, Schablonen, Plots oder Narrative, die Selbst-Narrationen von Personen anschlussfähig und kommunizierbar machen. Diese Zusammenhänge sind im Diskussionsfeld der narrativen Psychologie hinreichend beschrieben.²⁹ Pointiert fasst das Kenneth Gergen so zusammen: „Jeder von uns lebt innerhalb bestimmter Erzählungen, ja, er ist ein Konstrukt derselben – Erzählungen über unser Volk, unsere Kultur, Region, Familie und dergleichen mehr. Mein Vermögen, in der Gegenwart eine moralische Identität zu erlangen, ist aufs engste mit meiner Beziehung zu den Erzählungen der Vergangenheit verknüpft.“³⁰

29 Vgl. Jerome S. Bruner, *Vergangenheit und Gegenwart als narrative Konstruktionen. Narrative Psychologie und Geschichtsbewußtsein. Beziehungen und Perspektiven*, in: Jürgen Straub (Hrsg.), *Erzählung, Identität und historisches Bewußtsein. Die psychologische Konstruktion von Zeit und Geschichte. Erinnerung, Geschichte, Identität 1*, Frankfurt a. M. 1998, S. 46–80; Donald E. Polkinghorn, *Narrative Psychologie und Geschichtsbewußtsein. Beziehungen und Perspektiven*, in: ebenda, S. 12–45; Jürgen Straub, *Geschichten erzählen, Geschichten bilden. Grundzüge einer narrativen Psychologie historischer Sinnbildung*, in: ebenda, S. 81–169; Heiner Keupp, *Wer erzählt mir, wer ich bin? Identitätsofferten auf dem Markt der Narrationen*, in: *Psychologie & Gesellschaftskritik 4* (1996), S. 39–64; Wolfgang Kraus, *Das erzählte Selbst. Die narrative Konstruktion von Identität in der Spätmoderne*, Pfaffenweiler 1996.

30 Kenneth J. Gergen, *Erzählung, moralische Identität und historisches Bewusstsein*, in: Straub (Hrsg.), *Erzählung, Identität und historisches Bewußtsein*, S. 170–202, hier S. 199 f.

2.2 Erinnerungen an die DDR in den 1990er-Jahren –

Lücken bei der gesellschaftlichen Produktion von individueller Erinnerung

Das Verschwinden der Alltagszeichen der DDR

Wenn über DDR-Erinnerungen der Ostdeutschen in den 1990er-Jahren gesprochen wird, so muss auch in den Blick genommen werden, inwieweit das oben beschriebene eingespielte System der gesellschaftlichen Produktion von individueller Erinnerung, der Produktion gesellschaftlicher Meta-Erzählungen oder der diskursiven Konstruktion von „kollektiven“ oder von Wir-Identitäten einerseits und personaler Identitäten andererseits gestört war. Für den größten Teil der Ostdeutschen war mit den 1990er-Jahren die Konstruktion von Selbstnarrationen, Lebensgeschichten und Erinnerungen, die sowohl *biografisch* wie auch *gesellschaftlich* anschlussfähig waren, erheblich schwieriger geworden. Ein wichtiger Grund dafür war, dass die professionellen identitätsstabilisierenden Diskurse, die Meta-Erzählungen, die Symbole und Artefakte, die die Erinnerungen moderieren bzw. stabilisieren, *verschwunden* oder *entwertet* und stigmatisiert waren.

Dieses Verschwinden der Alltagszeichen der DDR soll noch einmal kurz rekapituliert werden. In den Jahren 1990/91 verschwanden in relativ kurzer Zeit die Symbole sowie die warenästhetische Alltagsfolie der DDR. In einem demokratisch legitimierten administrativen Akt entfernte man die politischen Zeichen der DDR – die Namen von Straßen, Plätzen und Einrichtungen, Denkmäler usw. Zudem entsorgte die ostdeutsche Bevölkerung 1990, soweit es in ihren Möglichkeiten stand, die Produktkultur der DDR. Im Jahr der Währungsunion produzierten die Ostdeutschen pro Kopf 1,2 Tonnen Müll, fast das Dreifache dessen, was im selben Jahr im Westen anfiel.³¹ Während die ersehnten West-Produkte gut ins Leben der Ostdeutschen zu passen schienen, wurde bald deutlich, dass die neuen Meta-Erzählungen, die neuen professionellen Diskurse und deren Wertewelt bei vielen Ostdeutschen weniger gut ankamen.

31 Vgl. Peter Hübner, „Revolution in der Schrankwand“ – Die Objektkultur des DDR-Alltags und ihre Musealisierung in der Perspektive der sozialhistorischen Forschung, in: Gerd Kuhn/Andreas Ludwig (Hrsg.), Alltag und Soziales Gedächtnis. Die DDR-Objektkultur und ihre Musealisierung, Hamburg 1997, S. 152–169, hier S. 153.

Vielen Ostdeutschen missfiel, dass die dominierenden gesellschaftlichen Diskurse über die DDR, über die Ostdeutschen und ihre Kultur und schließlich über die aktuellen Belastungen des Umbruchprozesses sowohl personell als auch von der Erfahrungs- und Werteperspektive her lediglich westdeutsche Diskurse waren. In den dominierenden Diskursen der 1990er-Jahre wurden die DDR und die Ostdeutschen aus der Perspektive der westdeutschen Werte, Erfahrungen und Gruppenidentitäten thematisiert. Für den größten Teil der ostdeutschen Bevölkerung war das kaum anschlussfähig. Eine große Gruppe von Ostdeutschen sah sich mit ihren Erfahrungen stigmatisiert und von der Bewältigung der Vergangenheit ausgeschlossen. 1995 fühlten sich drei Viertel der Ostdeutschen als „Deutsche zweiter Klasse“.³² Auf diese Weise ist der professionelle Diskurs als unterstützendes und moderierendes Medium für die individuelle Produktion von Erinnerung an die DDR nahezu ausgefallen.

Ostdeutsche Laien-Diskurse –

Das Wiederauftauchen der verschwundenen Alltagszeichen der DDR

In dieser Situation ergab sich für die Ostdeutschen, die sich als Ostdeutsche identifizierten, ein verstärkter Kommunikations- und Kompensationsbedarf. Da die professionellen Diskurse bei der Bewältigung der DDR-Vergangenheit – oder bei der Erinnerungsarbeit an die DDR – keine an die Erfahrungswelt der ostdeutschen Mehrheit anschlussfähigen Anknüpfungspunkte boten, entwickelte eine große Gruppe von Ostdeutschen eine Art „Laien-Diskurs“.³³

Einige Jahre nach dem oben beschriebenen Verschwinden der DDR wurden die DDR-Symbole, Namen, Sprüche und Rituale von Teilen der ostdeutschen Bevölkerung wieder hervorgekramt und neu montiert – und zwar in verfremdeter, ironisch gebrochener Weise. Man feierte damit Ostalgie-Parties und stattete Szenekneipen und Clubs mit ihnen aus.³⁴ Für diese

32 Vgl. Der Spiegel 27/1995, S. 40–52.

33 Vgl. Thomas Abbe, Ostalgie als Laienpraxis. Einordnung, Bedingungen, Funktion, in: Berliner Debatte INITIAL 3 (1999), S. 87–97; ders., Ostalgie und die Lücke in der gesellschaftlichen Produktion von Erinnerungen, in: hochschule ost 1–2 (2001), S. 143–156.

34 Vgl. Thomas Abbe, „Ostalgie“ als Laienpraxis in Ostdeutschland. Ursachen, psychische und politische Dimensionen, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Die DDR in Deutschland, Berlin 2001, S. 781–802.

Gruppe der Bevölkerung war Ostalgie eine laienhafte Bewältigungs- und Abschiedspraxis. Es war eine zeitgemäße Vergewisserung der eigenen Vergangenheit, des Stücks in der DDR verbrachten Lebens, vor allem aber der DDR selbst, also jener DDR-spezifischen Kombination von Grenzen und Chancen, Bedeutungen und Werten, Hoffnungen und Ängsten, der Kommunikationsformen, Alltagspraktiken und -gegenstände.

Wie alle mit dem Potenzial laienhafter Authentizität aufgeladenen Trends, so hat auch Ostalgie bald ihre Kommerzialisierung gefunden, eine Art Ampelmännchen-Industrie, die offensichtlich einen einträglichen Wirtschaftszweig darstellt. Mit einer Unmenge von Produkten (Bücher, Tonträger, Filme, Gesellschaftsspiele, Spielzeug, Design und Scherzartikel), deren Gebrauchswert einzig und allein in der Moderation der Erinnerung besteht, wird hier allerhand Geld verdient.

*Die Ost-Marken – und wie man mit dem Rekurs
auf das besondere ostdeutsche Wir-Bewusstsein reüssieren kann*

Auch Produkte, die über die Moderation der Erinnerung hinaus noch einen Gebrauchswert besitzen – also Lebensmittel, Zigaretten und Drogerieartikel – scheinen in diesem Zusammenhang eine Bedeutung zu haben. Als 1997 die DDR-Kaffee-Marke RONDO neu auf dem Markt positioniert wurde, übertraf das Produkt die Absatzprognose für das erste Jahr um das Fünzigfache. Zur Markteinführung des RONDO erhielt der Hersteller Röstfein begeisterte Zuschriften: „Ich bin in Freudentränen ausgebrochen, der gute alte Rondo“, heißt es dort, oder: „Ja, genauso will es das Ossi-Herz!“³⁵ Das Paradoxe dieser Situation wird deutlich, wenn man bedenkt, dass zu DDR-Zeiten etwa ein Drittel des konsumierten Kaffees aus dem Westen stammte und kein einheimischer Kaffee gegen das Image des „West-Kaffees“ ankam.

RONDO war allerdings eher ein Nachzügler. Die Produkt-Werber hatten schon früh erkannt, dass sie die hier beschriebene Lücke in der gesellschaftlichen Produktion von Erinnerung ausnutzen können. Beim Neustart der alten DDR-Marken, die nun „Ost-Marken“ oder „Ost-Produkte“ genannt wurden, gab man ihnen das Image von erfolgreichen Überlebenden,

35 Leipziger Volkszeitung, 22/23. 11. 1997, Journal, S. 1.

Wende-Helden, die *es geschafft haben, aber immer noch die Alten geblieben sind*.³⁶ Die *Club-Cola* (heute *Vita Cola*) warb mit „Hurrah, ich lebe noch!“³⁷ In einem Werbeclip aus dem Jahr 1992 verwendete man die in der DDR kanonisierten Bilder von Adolf Hennecke mit dem Bohrhammer und andere ins ostdeutsche Kollektivgedächtnis eingegangene Darstellungen – den Stahlkocher, den Stapellauf –, alles in Schwarz-Weiß-Aufnahmen auf rotem Fond.

Ein anderes Beispiel bietet die Zigarette *Karo*. Sie galt in der DDR als die Zigarette der Unangepassten, der Intellektuellen und Künstler, und sie prolongierte ihr Image in das vereinigte Deutschland hinein: Im dritten und vierten Quartal des Jahres 1991 warb sie für sich mit dem Slogan „Anschlag auf den Einheitsgeschmack“.³⁸ Der einstige DDR-Monopolist für Unterhaltungselektronik – *RFT* – warb im Herbst 1992 mit dem Slogan: „Aus dem Osten – daher gut“.³⁹ Die Zigarette *Cabinet* stellte sich als „unverfälscht und unparfümiert“ dar.⁴⁰ Hier nahm man antiwestliche Stereotype der Ostdeutschen auf und setzte sich gegen den angeblich unechten, blenderischen und parfümierten Westen ab. Noch deutlicher – und recht bieder – reagierte die Zigarette *Juwel* auf die deutsch-deutschen Friktionen im Allgemeinen, wie auch auf die schrille Test-The-West-Kampagne von *West* im Besonderen, indem sie warb: „Ich rauche Juwel, weil ich den Westen schon getestet habe. Juwel – eine für uns.“⁴¹

Im Jahr 1999 warb eine Rostocker Brauerei für eine neue Biersorte. Sie hieß „Roter Oktober“, und das Flaschenetikett war ganz in rot gehalten. Im oberen Teil prangte ein in der sozialistischen Emblemik verbreitetes

36 Vgl. Thomas Abbe, Ostalgie als Rekonstruktion und Behauptung einer Heimat. Zur Semantik von Anerkennungs-Diskursen in Ostdeutschland, in: *Heimat und Regionale Identität* (= Zeitschrift für Kultur- und Bildungswissenschaften. Flensburger Universitätszeitschrift, Heft 10), S. 35–44.

37 Rainer Gries, Der Geschmack der Heimat. Bausteine zu einer Mentalitätsgeschichte der Ostprodukte nach der Wende, in: *Deutschland Archiv* 27 (1994), S. 1041–1058, hier S. 1057.

38 Ebenda, S. 1051.

39 Vgl. *Horizont: Zeitung für Marketing, Werbung und Medien*, Nr. 45, 6. November 1992, S. 40.

40 Gries, *Der Geschmack der Heimat*, S. 1051.

41 Ebenda, S. 1049.

Wappen: Aus einem roten Band erwuchs ein kreisförmiger Ährenkranz. In dem derart umschlossenen Kreis strahlte ein goldener, reliefartig ausgearbeiteter Sowjetstern. Alle Worte auf dem Etikett und den Werbematerialien waren in Großbuchstaben geschrieben, wobei das „R“ spiegelverkehrt abgebildet und so zum kyrillischen „R“ wurde, um auch auf diese Weise den Bezug zum Land der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“, dem Land, aus dem der „Befreier, Freund, Genosse“ kam, dem Land, das in der DDR die „Führungsmacht des Weltsozialismus und aller gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfenden Völker der Erde“ und Verursacher noch weiterer durstig machender Parolen war.

Erinnerungen an die DDR – Resümee

Ein über die Ergebnisse der im ersten Abschnitt zitierten soziologischen Erhebungen hinausgehender Zugriff auf DDR-Erinnerungen dürfte wenig repräsentative Ergebnisse hervorbringen. Die Repräsentativität und Reliabilität der sich auf Massendaten stützenden Untersuchungen hat zur Voraussetzung, dass man sich auf standardisierbare und quantifizierbare Phänomene beschränkt. Was darüber hinaus im Einzelfall rekonstruiert wird, ist nur begrenzt verallgemeinerbar und reproduzierbar.

Der individuelle Erinnerungsbestand von Personen ist bekanntlich in sich widersprüchlich, selektiv und unsystematisch. Das hängt insbesondere auch mit dem Eingebundensein der Erinnerungsarbeit in die aktuelle Identitätsarbeit zusammen, deren Hauptziele die Schaffung von Kohärenz und Kontinuität, die Sicherung von Anerkennung und Handlungsfähigkeit sind. Menschen, die die DDR nur aus der Kinderperspektive kennen und auf eine glückliche Kindheit zurückblicken, können offensichtlich schon in der Problematisierung der DDR einen Angriff auf die individuellen Quellen des Selbst- und Weltvertrauens erleben.

Noch größere Auswirkungen auf die heutigen DDR-Erinnerungen haben das Ausmaß an Identifikation, Engagement, Integration und Anerkennungen – wie auch das Maß an Versagungen, Beschädigungen und Leid, das Personen einst für „die Stärkung der DDR“, für deren mehr oder weniger radikale Reformierung oder für deren Überwindung aufgebracht hatten. Es scheint so, dass mit dem Maß der Identifikation, des Engagements, der Versagungen und Beschädigungen auch der Grad der Fixierung von

DDR-Erinnerung wächst. Die beschriebene Erinnerungs-Sklerose betrifft offensichtlich besonders Personen, die der Elite angehörten oder angehören. Die alten, nach 1990 abgestürzten DDR-Eliten neigen dazu, an einem positiv verzerrten DDR-Bild festzuhalten – und die nach 1990 aufgestiegenen neuen Eliten scheinen sich nach wie vor auf ein negativ verzerrtes DDR-Bild stützen zu müssen. Der Durchschnitt der Bevölkerung war und ist jedoch von alledem nicht so stark betroffen. Deswegen stellen die Erinnerungen der ostdeutschen Bevölkerung ein weniger fixiertes, viel ambivalenteres und heterogeneres DDR-Bild, gewissermaßen ein Patchwork der DDR-Erinnerungen dar.

Den aktuellen Status der DDR-Erinnerungen im kommunikativen Gedächtnis illustrierte der im Februar 2003 angelaufene Kinofilm „Good Bye, Lenin“. Nach zwei Monaten Spielzeit hatte die Tragik-Komödie bereits fünf Millionen Zuschauer gefunden – und auf der internen Website zu einer umfänglichen und zum Teil aufgeladenen Diskussion geführt. Thema dieser Diskussion ist weniger, was die DDR war, sondern vor allem, was heute mit der DDR-Erinnerung ist. Viele diskutieren die Frage, was für sie persönlich an DDR-Erinnerung bleibt und wie die Balance des Loslassens und Festhaltens zu finden ist.

Der Film spielt mit der im vorliegenden Text thematisierten Art des vorbereitungslosen, rasanten und radikalen Verschwindens der DDR. Er nimmt diesen Auflösungsprozess als ein lebensbedrohendes Risiko für eine mit der DDR identifizierte Infarktpatientin. Die Familie simuliert für die Rekonvaleszentin einen etwas bekömmlicheren Weg zur bereits feststehenden Realität, der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Auf dem Weg der Groteske werden zum ersten Mal die enormen psychischen Anstrengungen beschrieben, die das Einlassen auf die neuen Alltags-Realitäten und schließlich deren Bewältigung für die Ostdeutschen bedeutete. Thema des Films ist nicht die Erinnerung an die DDR, sondern die Erinnerung an ihr Verschwinden. Nach über einer Dekade, nach der mehr oder weniger erfolgreichen Meisterung des Umschwungs, steht nun auch die erinnernde Bearbeitung des Abschieds von der DDR an.

Eine – selbstverständlich nicht repräsentative – Notiz zur DDR im heutigen Alltagsbewusstsein ihrer früheren Bürger findet sich im Diskussionsforum der Homepage von „Good Bye, Lenin“. Die Stimme aus der Bevölkerung nennt sich in diesem Falle „Sternbeobachter“ und meint:

„Ein sehr guter Film. Ich hab gelacht, geheult: und nach dem Film viel nachgedacht. Er hat mich an meine Kindheit erinnert: Pionierzeit, soz. Lieder, Fröhlichkeit, *Genossen* usw. :)))

Doch man muss nicht vergessen, dass es auch *Schattenseiten* gab: die soz-en Länder waren totalit. Staaten, wo die andersdenkende unterdrückt wurden. Wo die Meinungsfreiheit nicht gab und der Alltag ziemlich trostlos war. Aber wenn ich mir die viele Jugendlichen von heute anschau, verstehe ich, dass in meiner sozialistischen Kindheit doch nicht alles schlecht war. [...] Entgeltlose Hilfsbereitschaft, viele Bücher (statt Comp.spiele). Das Geld war nicht DAS Wichtigste und die Freundschaft stand immer an erster Stelle. Na ja, das Leben ist ziemlich komplizierte Sache:)))))).“⁴²

3. Zusammenfassung:

Die DDR im Alltagsbewusstsein ihrer ehemaligen Bevölkerung

Die DDR ist also im Alltagsbewusstsein ihrer ehemaligen Bevölkerung in verschiedener Weise anwesend.

Zum einen hat die DDR bei ihrer ehemaligen Bevölkerung sozialisatorische Spuren hinterlassen. Diese Erbschaft findet sich sowohl auf der vorreflexiven, habitualisierten Ebene alltäglicher Verhaltensweisen und Kommunikationsstile wieder wie auch auf der kognitiven und wertenden Ebene, wo Weltbilder und Wertvorstellungen – freilich selektiv – übernommen worden sind. Wie immer nach Kulturbrüchen kann auf dieser zweiten, kognitiven Ebene flexibler und modifizierender mit dem Erbe umgegangen werden. Da die Ostdeutschen den Alltag in zwei deutschen Systemvarianten vergleichen können, erscheinen ihnen dann auch die Ansichten und Bewertungen *aus* der DDR-Zeit, *über* die DDR sowie über die Bundesrepublik häufig in einem neuen Licht.

Die DDR ist neben ihrem Vorhandensein als mehr oder weniger reflektierte sozialisatorische Prägung zum anderen auch als Erinnerung anwesend. Doch auch diese Erinnerungen der Ostdeutschen an die DDR sind in

42 <http://www.79qmddr.de/forum>, Eintrag vom am 3. 3. 2003, Originaltext.

Bewegung. Erinnerungen sind datengebundene und gegenwartsorientierte Erfindungen. Die Erinnerungen an die DDR werden sowohl von dem Ausmaß der Identifikation mit den Realitäten und Werten der DDR, dem Maß von Integration und Erfolgen wie auch dem Maß der erlebten Versagungen, Unterdrückungen und Beschädigungen bestimmt. Wie alle Erinnerungen, so sind auch die Erinnerungen an die DDR höchst individuell und von den verallgemeinerten und in der Zeitgeschichte geltenden Wissensbeständen zur DDR wenig beeinflussbar. Zudem haben Erinnerungen, und auch die Erinnerungen an die DDR, eine Funktion in der Gegenwart, nämlich personale Identität zu stützen. Aus diesem Grund spiegeln die individuellen DDR-Erinnerungen implizit auch die in den 1990er-Jahren erreichten oder verlorenen Positionen der sich Erinnernden, die individuellen Erfahrungen und Reflexionen dieser Zeit wider und kommentieren die persönliche Situation in den 1990er-Jahren.

Die im vorliegenden Text beschriebenen Arten der Anwesenheit der DDR im Alltagsbewusstsein der Ostdeutschen sind für die vereinigte Bundesrepublik nicht ohne Relevanz. Die nachwirkende Präsenz der DDR bei einem Fünftel der deutschen Bevölkerung wirkt wie eine sowohl negative als auch positive Vergleichsfolie zu den Chancen und Zumutungen der heutigen Gesellschaft. Die Relevanz dieser Vergleichsfolie ergibt sich daraus, dass sie nicht nur in den Diskursen von Intellektuellen, sondern auch in der Sozialisation und Erinnerung von einfachen, „normalen“, pragmatischen und „geerdeten“ Alltagsmenschen ihren Bestand hat.

Forschung & Lehre

Die DDR-Forschung – ein Auslaufmodell?

Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur seit 1989

1. Das Ende der Sprachlosigkeit in der DDR

Im Herbst 1989 endete mit der friedlichen Revolution in der DDR das Medien- und Meinungsmonopol der SED. Die öffentliche Thematisierung zunächst aktueller und bald auch historischer Tabuthemen wurde zu einer der Voraussetzungen für die erfolgreiche Demokratisierung der DDR. In den Tagen nach der Absetzung Erich Honeckers am 18. Oktober 1989 konnten die bis dahin gleichgeschalteten DDR-Medien die Realität nicht länger verleugnen. Sie berichteten über Ausschreitungen der Sicherheitskräfte gegen Demonstranten, über die Wirtschaftskrise, bald auch über Privilegien der Führungsclique. Ein öffentlicher Diskurs setzte ein, der Denkverbote überwand und die Erosion der SED-Herrschaft ungemein beschleunigte. Die historische Dimension der aktuellen Themen wurde schnell sichtbar. Bereits drei Wochen nach dem Mauerfall wurde die deutsche Frage auf die politische Agenda gesetzt, auf die höchst unterschiedliche Antworten gegeben wurden: Während der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl am 28. November mit dem Zehn-Punkte-Plan Kurs auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit nahm, veröffentlichten am gleichen Tag DDR-Bürgerrechtler gemeinsam mit kritischen SED-Mitgliedern den Aufruf „Für unser Land“, in dem sie sich für die „Eigenständigkeit“ einer reformierten DDR aussprachen. Damit konkretisierten sich zwei unterschiedliche Positionen, die vor und nach 1989 für die wissenschaftlich-publizistische Auseinandersetzung

mit der DDR als unausgesprochene Grundmuster der historischen Reflektion dienten.

2. Die Vergesellschaftung des Herrschaftswissens

Mit der Besetzung zahlreicher regionaler Dienststellen der Staatssicherheit im Dezember 1989 sowie am 15. Januar 1990 schließlich der Geheimdienstzentrale in Berlin durch Bürgerkomitees wurde die Öffnung der Archive von Staatssicherheit, Partei und Staat eingeleitet. Das Herrschaftswissen der Diktatur wurde vergesellschaftet. Im Osten wie im Westen Deutschlands vorhandene Tendenzen, mit der Schließung der MfS-Akten einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, verhinderte im Sommer 1990 die Besetzung des Stasiarchivs durch DDR-Bürgerrechtler. Erst danach wurde die Öffnung dieser Akten im Einigungsvertrag verankert. Bis 1992 erfolgte die Neuordnung des Archivwesens in den neuen Bundesländern. Von zentraler Bedeutung war dabei die Gründung der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv (SAPMO). Damit kamen das Archiv der SED sowie die Archive der von ihr angeleiteten Parteien und Massenorganisationen in die Obhut des Bundesarchivs. Auf Sperrfristen und Zugangsbeschränkungen wurde weitgehend verzichtet. Damit stand und steht die gesamte archivalische Überlieferung der SED-Diktatur nahezu uneingeschränkt für die Wissenschaft, politische Bildung und Medien zur Verfügung. Eine – wenig nachvollziehbare und allenfalls in der Tradition des deutschen Archivwesens begründete – Ausnahme gilt für die Überlieferung des DDR-Außenministeriums, die in das Archiv des Auswärtigen Amtes übernommen wurde. Hier, wie auch für die Komplementärquellen aus der Bundesrepublik, gilt die übliche, 30-jährige Sperrfrist. Wer 2004 zu den deutsch-deutschen Beziehungen forscht, wird – angesichts dieser, so Hermann Weber, „Asymmetrie im Quellenzugang“ – nur im Ausnahmefall westdeutsche Akten einsehen können, die nach 1974 entstanden sind. Die Akten der bundesrepublikanischen Geheimdienste bleiben der Forschung – trotz vielerlei Bemühungen – nach wie vor weitgehend verschlossen.

3. Historische Selbstverständigung

Ein Kennzeichen der revolutionären Überwindung der SED-Diktatur war die Gegenwart der Vergangenheit im öffentlichen Diskurs. Nicht nur die „etablierten“ und inhaltlich rasch „gewendeten“ Medien der DDR überboten sich mit Artikeln und Beiträgen zu den bislang tabuisierten Themen der Geschichte ihres Landes. Vielerorts entstanden Zeitschriften und Zeitungen, die sich an der Aufarbeitung der Diktatur beteiligten. Neu gegründete Verlage druckten in der DDR bis dato verbotene Bücher zur Geschichte des Kommunismus oder seiner Dissidenten und publizierten erste Forschungsergebnisse, die auf der Aktenöffnung fußten. Der Leipziger Forum Verlag, die Berliner Verlage Linksdruck (heute Ch. Links) und Basisdruck wurden damals ins Leben gerufen. Letzterer veröffentlichte die von Armin Mitter und Stefan Wolle 1990 zusammengestellte Stasi-Dokumentation „Ich liebe euch doch alle!“, in der die MfS-Maßnahmepläne des Jahres 1989 veröffentlicht wurden. Die Publikation sei hier stellvertretend für diese Form der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur genannt.

Die offene Thematisierung „weißer Flecken“ in der DDR-Geschichte hinterfragte Geschichtsmymthen der SED, die in vier Jahrzehnten zur Legitimation der Partei Herrschaft gehegt und gepflegt worden waren. Dies betraf vor allem die Gründungslegende der „antifaschistischen Geburt“ des Teilstaates, die die machtpolitischen Entscheidungen der Sowjets negierte, die Zwangsvereinigung von KPD und SPD oder etwa den Thälmannkult. Zahlreiche Publikationen widmeten sich der politischen Verfolgung und Repression vor und nach 1949. Die abrupte, öffentliche und schonungslose Abrechnung mit der SED-Diktatur schuf selbst unter ihren Anhängern zunächst eine Distanz gegenüber der Zeit vor dem Herbst 1989. Noch wichtiger waren die Auswirkungen dieser historischen Selbstverständigung für den „Normalbürger“: Der totalitäre Kern der SED-Diktatur wurde nunmehr unübersehbar offen gelegt.

4. Was bleibt von der DDR?

Auf diese Frage suchten unterschiedliche politische und biografische Milieus in Ostdeutschland zu Beginn der neunziger Jahre eine Antwort. Die staatliche Vereinigung war innerdeutsch und international in einem atemberaubenden Tempo vollzogen worden. Für eine gesamtdeutsche Selbstverständigung hatte damals das „Zeitfenster“ gefehlt. Bald wurde deutlich, dass die deutsche Einheit in den beiden Teilgesellschaften höchst unterschiedliche Konsequenzen hatte: Für die Menschen in Westdeutschland änderte sich kaum etwas. Für die Menschen in Ostdeutschland teilte sich das Leben fortan buchstäblich in die Zeit vor und die Zeit nach 1989. Gleichsam über Nacht wurden die Ostdeutschen in zentralen Lebensbereichen mit einem neuen System konfrontiert, das sie bislang nur aus dem Westfernsehen zu kennen geglaubt hatten. Jene, die als politische oder intellektuelle Protagonisten während und im Gefolge der friedlichen Revolution – ob gewollt oder ungewollt – die Grundlagen für die Vereinigung geschaffen hatten, mussten plötzlich erleben, dass sie sich in der vergrößerten Bundesrepublik kaum Gehör verschaffen konnten. Zu Beginn der neunziger Jahre wurde dies insbesondere in der kurzlebigen Verfassungsdiskussion deutlich, die vor dem Beitritt der ostdeutschen Länder zum Grundgesetz begann. Dieses sollte nach dem Willen seiner Gründerväter von 1949 nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit durch eine gesamtdeutsche Verfassung abgelöst werden. Eine lose Allianz aus ehemaligen Bürgerrechtlern, aber auch einstigen SED-Reformern sowie politischen Linken Westdeutschlands fragte nach den sozialen und demokratischen Errungenschaften der DDR, die es in die vereinte Bundesrepublik zu überführen galt – seien es die Kinderbetreuung, Aspekte des Bildungswesens, der Arbeitsmarktpolitik oder basisdemokratische Ergebnisse der friedlichen Revolution wie etwa die Runden Tische etc.

Doch die politischen Eliten in Westdeutschland sprachen sich aus höchst unterschiedlichen Gründen mehrheitlich gegen eine grundlegende Revision der westdeutschen Verfassung aus. Wolfgang Schäuble, der für die Bundesregierung die Verhandlungen über den Einigungsvertrag führte, erklärte unmissverständlich: „Es handelt sich um einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, nicht um die umgekehrte Veranstaltung. Wir haben ein gutes

Grundgesetz, das sich bewährt hat. Wir tun alles für Euch. Ihr seid willkommen. Wir sollten nicht kaltschnäuzig über Eure Wünsche und Interessen hinweggehen. Aber hier findet nicht die Vereinigung zweier gleicher Staaten statt. Wir fangen nicht ganz von vorn bei gleichberechtigten Ausgangspositionen an. Es gibt das Grundgesetz, und es gibt die Bundesrepublik Deutschland. Laßt uns von der Voraussetzung ausgehen, daß Ihr 40 Jahre lang von beiden ausgeschlossen wart. Jetzt habt Ihr einen Anspruch auf Teilnahme, und wir nehmen darauf Rücksicht.“

Und so stand die Frage „Was bleibt von der DDR?“ am Anfang eines Prozesses, in dem sich zunächst im intellektuell-künstlerischen Milieu ein ostdeutsches Eigenbewusstsein formulierte. Die Unterschiede zum westdeutschen Selbstverständnis wurden zunehmend wahrgenommen, zumal das Interesse des Westens am Osten rasch erlahmte. In dem Maße, in dem der ökonomische Transformationsprozess zum Niedergang ganzer Industrieregionen führte und die Arbeitslosenzahlen in die Höhe schnellten, nahm dieses Eigenbewusstsein in Teilen der ostdeutschen Gesellschaft Züge einer „DDR-Identität“ an, die es zuvor in dieser Form nicht gegeben hatte. Die „Ostalgiewelle“, die vor allem im Westen Befremden auslöst, ist letztlich der folkloristische Ausdruck dieses Eigenbewusstseins. Weder der 8. Mai 1945 noch der 3. Oktober 1990 waren eine Stunde Null. Die individuellen und kollektiven Erinnerungen an die DDR bilden für viele Ostdeutsche nach wie vor die Folie für den Vergleich mit der jetzigen Lebenssituation. In dieser Hinsicht steht die DDR-Forschung seit 1990 vor einer doppelten Herausforderung: Einerseits waren und sind Kollisionen zwischen der Erinnerung der Menschen und dem, was Wissenschaftler zu Papier bringen, vorprogrammiert. Andererseits kann allein eine Forschung, die sich am Ideal der Objektivität orientiert, substanzielle Beiträge gegen eine Verdrängung oder Verklärung der Vergangenheit im öffentlichen Bewusstsein leisten.

5. Wer schreibt die DDR-Geschichte?

Die DDR-Historiografie hatte als Magd der SED eine apologetische und legendenhafte DDR-Sicht zu verantworten. Nach 1989 begannen jene Historiker, die die parteilich verordneten „weißen Flecken“ in der Geschichte

ihres Staates hingenommen hatten (Parteisäuberungen, SED-interne Konflikte, politische Justiz, Speziallager etc.), diese aufzugreifen, um nach dem „guten Kern“ des untergegangenen Systems zu suchen, den es aus ihrer Sicht zu bewahren galt.

In der westdeutschen DDR-Forschung hatte spätestens in den siebziger Jahren ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Hatte in den fünfziger und sechziger Jahren das politische Herrschaftssystem der SED im Mittelpunkt des wissenschaftlichen und publizistischen Interesses gestanden, so nahm seitdem die „sozialistische Industriegesellschaft“ dessen Platz ein. Die bundesdeutsche DDR-Forschung war in den siebziger Jahren mehrheitlich politikwissenschaftlich orientiert und linksliberal verortet. Trotz der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 gab es in ihrer Wahrnehmung nach wie vor Hoffnung auf eine systemimmanente Reform des SED-Staates. Um diese Perspektive zu befördern und die Entspannungspolitik nicht zu gefährden, wurde der repressive Kern der SED-Diktatur zunehmend als Relikt der totalitären Diktaturdurchsetzung in der Stalinzeit historisiert.

Und so formulierten 1990 vornehmlich jüngere Historiker, die sich in der DDR-Bürgerrechtsbewegung engagiert hatten, die Frage nach der politischen Legitimität und der persönlichen Integrität der etablierten DDR-Forscher aus Ost- und (!) Westdeutschland. Diese Frage wurde auch von westdeutschen Historikern – zumeist aus dem konservativen Spektrum – aufgeworfen, die vor 1989 vom Mainstream der bundesdeutschen DDR-Forschung an den Rand gedrängt worden waren. Der Kern des Konflikts war in den unterschiedlichen Antworten begründet, die die Kontrahenten vor 1989 explizit oder implizit auf die deutsche Frage gegeben hatten. Jene, die auch in den achtziger Jahren dem Gedanken an die deutsche Einheit verpflichtet geblieben waren, hatten normativere Perspektiven auf die DDR eingenommen, sich oft der Totalitarismustheorie bedient und dabei insbesondere Fragen von Diktatur, Opposition und Repression thematisiert. Demgegenüber war die Mehrheit der DDR-Forschung vor 1989 an der Normalität der Zweistaatlichkeit orientiert. Die DDR wurde von ihr vielfach systemimmanent betrachtet, als ein Forschungsgegenstand, den es „wertfrei“ zu analysieren galt. Die Auseinandersetzung über „Deutsche Irrtümer“ wurde vor allem in der ersten Hälfte der neunziger Jahre in den Feuilletons einiger Zeitungen mit zum Teil verletzender Schärfe ausgefochten.

Es dauerte fast ein Jahrzehnt, bis die beiden „Lager“ in der kleinen Zunft der DDR-Forscher wieder kooperationsfähig geworden sind.

Inzwischen herrscht weitgehendes Einvernehmen, dass die westdeutsche DDR-Forschung vor 1989 gleichsam in Stellvertreterfunktion die wesentlichen Aspekte der DDR-Entwicklung zutreffend beschrieben hatte. Die gesamtdeutsche DDR-Forschung konnte somit auf einen beachtlichen Forschungsstand zurückgreifen, der in den vergangenen fünfzehn Jahren auf beispiellose Weise erweitert worden ist. Dazu hat auch eine neue Wissenschaftlergeneration beigetragen, die – zumeist in den sechziger Jahren in Ost- oder Westdeutschland geboren – weithin unbelastet von den skizzierten Konflikten ist, deren Wurzeln in der Zeit vor 1989 liegen.

6. Die wissenschaftliche Institutionenlandschaft

Der Blick auf die Protagonisten der DDR-Forschung muss auch die Perspektive auf die diesbezüglichen Institutionen einschließen. Mit der Vereinigung Deutschlands ging rasch die Abwicklung der bis dahin bestehenden Forschungseinrichtungen zur DDR-Geschichte einher. Und zwar keineswegs nur in Ostdeutschland. Die einstigen Zentren der bundesdeutschen DDR-Forschung – wie etwa das Institut für Gesellschaft und Wissenschaft in Erlangen – wurden aufgelöst oder – was den Arbeitsbereich DDR-Geschichte in Mannheim betrifft – schrittweise ausgetrocknet. Parallel dazu wurden in Ostdeutschland und in Berlin neue Forschungseinrichtungen zum Thema geschaffen. Hier sind das Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung, der Forschungsverbund SED-Staat sowie die Außenstelle des Instituts für Zeitgeschichte München in Berlin, das Dresdner Hannah-Arendt-Institut sowie die Abteilung Bildung und Forschung bei der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zu nennen. Auch auf das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Potsdam ist zu verweisen, das auf ebenso kontinuierliche wie beachtliche Forschungsanstrengungen zur DDR-Geschichte blicken kann. Und schließlich widmen sich vor allem an ostdeutschen Universitäten Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der Geschichte der deutschen Teilung und der SED-Diktatur. Die einschlägigen Lehrstühle und Institutsleitungen wurden fast durchgängig mit westdeut-

schen Wissenschaftlern besetzt. Allerdings sind ostdeutsche Forscher auf den dort vorhandenen Stellen des wissenschaftlichen Mittelbaus alles andere als unterrepräsentiert.

7. Politische Bildung und „Aufarbeitung von unten“

Es dürfte eine der Besonderheiten der DDR-Forschung sein, dass sich außerhalb der Universitäten und etablierten Forschungsinstitute seit 1989/90 im Bereich der politischen Bildung eine „Aufarbeitungslandschaft“ entwickelt hat, die zum Teil beachtliche Beiträge zum Forschungsstand leistet. Diese außeruniversitären Beiträge zur Forschung kommen einerseits aus dem Gedenkstätten- und Museumsbereich und andererseits aus zivilgesellschaftlichen Initiativen, die häufig unter dem Begriff der „gesellschaftlichen Aufarbeitung“ der SED-Diktatur zusammengefasst werden.

In den vergangenen fünfzehn Jahren wurde in Ostdeutschland eine Reihe von Gedenkstätten und Museen mit einer dauerhaften staatlichen Finanzierung etabliert, die sich vor allem den Themen sowjetische Speziallager, Staatssicherheit und DDR-Grenze widmen. Besonders hervorzuheben sind das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig sowie dessen institutionelles Dach, das Haus der Geschichte in Bonn, die die Geschichte von Opposition und Widerstand im Speziellen (Leipzig) und der DDR im Allgemeinen (Bonn) musealisieren. Diese Museen und Gedenkstätten treten kontinuierlich mit Publikationen in Erscheinung, die zumeist auf der Arbeit zu einzelnen Ausstellungsprojekten beruhen.

Einige dieser Gedenkstätten und Museen haben ihre Wurzeln in der „gesellschaftlichen Aufarbeitungslandschaft“, dass heißt, sie gehen ursprünglich auf private Initiativen aus den frühen neunziger Jahren zurück. Blickt man auf die „gesellschaftliche Aufarbeitung“, so lassen sich zwei Milieus unterscheiden. Das eine Milieu wird von einstigen Protagonisten der DDR-Bürgerrechtsbewegung geprägt. In den neunziger Jahren entstanden vielerorts „Aufarbeitungsinitiativen“, die zum Teil aus den Bürgerkomitees der Jahreswende 1989/90 hervorgingen, sowie privat initiierte Archive (z. B. die Berliner Robert-Havemann-Gesellschaft, das Archiv Bürgerbewegung Leipzig und die Umweltbibliothek Großhennersdorf), die Dokumente der

Opposition sammeln, oder Museen bzw. Ausstellungen (z. B. das Museum in der Runden Ecke Leipzig und die Forschungs- und Gedenkstätte Berlin-Normannenstraße) zur Geschichte von Opposition und Repression in der DDR. In diesem Kontext wurden zahlreiche Publikationen – häufig mit regionalhistorischer Perspektive – erarbeitet. Viele Publikationen haben – in wissenschaftlicher Hinsicht – vor allem dokumentarischen Wert. Jedoch entstanden auch beachtliche Monografien und Dokumentenbände, die in der akademischen Forschung rezipiert wurden.

Das andere Milieu der „gesellschaftlichen Aufarbeitung“ formierte sich im Umfeld der PDS. Es rekrutierte sich aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die in den frühen neunziger Jahren „abgewickelt“ worden waren. Ihren organisatorischen Kern bilden die PDS-nahen Stiftungen und Bildungsvereine auf lokaler sowie auf Landesebene unter dem Dach der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf Bundesebene. Die „postkommunistische Aufarbeitungslandschaft“ ist alles andere als homogen, was deren Lesarten und die Qualität ihrer Beiträge betrifft. Hier finden sich gleichermaßen Bücher und Broschüren, die in ihrer affirmativen Parteilichkeit auch vor 1989 in der DDR hätten erscheinen können, wie Monografien und Dokumentationen, die wichtige Beiträge zur Geschichte des Kommunismus darstellen.

Für beide Milieus gilt, dass sie ihre heutige Existenz ursprünglich der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg zu verdanken haben. Bis Mitte der neunziger Jahre waren dort scheinbar unerschöpfliche Finanzmittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen abrufbar. Hinzu kam, dass die etablierten parteinahen Stiftungen, die Bundes- bzw. die Landeszentralen für politische Bildung sowie die in den neunziger Jahren in Ostdeutschland (außer in Brandenburg) eingerichteten Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zahlreiche Projekte gefördert hatten, die im Milieu der einstigen Bürgerrechtler verfolgt wurden. Seit 1998 ist es vor allem der bundesunmittelbaren Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu verdanken, dass viele dieser Einrichtungen im Herbst 1989 den fünfzehnten Jahrestag ihrer friedlichen Revolution begehen können. Die Fördermittel der Bundesstiftung – die sich keineswegs auf die Unterstützung der gesellschaftlichen Aufarbeitung beschränkt – haben vielfach erst dazu beigetragen, dass einige Länder den aus der DDR-Bürgerrechtsbewegung hervorgegangenen Institutionen eine län-

gerfristige Förderung gewähren. Auf Dauer wird jedoch der Aufbruchimpuls von 1989 erlahmen, der die Auseinandersetzung mit der SED nach dem Untergang ihres Herrschaftssystems auf dem Feld der Geschichtspolitik suchte. Auch werden die Initiatoren von damals schon heute mit der Frage des fälligen Generationswechsels konfrontiert. Und so ist heute mehr denn je die Notwendigkeit einer weiteren Professionalisierung und der Verankerung der eigenen Arbeit in der Region unabdingbar.

Die Institutionenlandschaft im Umfeld der PDS dürfte sich mittel- und langfristig auflösen. So ist es fraglich, ob der PDS im Jahr 2006 wieder der Einzug in den Bundestag gelingt. Scheitert sie nochmals an der Fünfprozenthürde, stünde die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die im Jahr 2002 über rund neun Millionen Euro öffentlicher Mittel verfügen konnte, vor dem finanziellen Aus – mit den entsprechenden Konsequenzen für die von ihr geförderten Projekte. An dieser Stelle sei angemerkt, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung in den letzten Jahren auf Bundesebene dem Thema DDR-Geschichte bezeichnenderweise nur wenig – finanzielle – Aufmerksamkeit geschenkt hat. Darüber hinaus wird sich dieses Milieu letztlich auch durch den simplen Umstand auflösen, dass die in den frühen neunziger Jahren „abgewickelte“ DDR-Wissenschaftlergeneration, deren Protagonisten in der Regel vor 1960 geboren wurden, naturgemäß keinen Nachwuchs produziert.

8. Die moralische und juristische Dimension der Aufarbeitung

Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur beschränkte sich keineswegs auf die Wissenschaft oder die hier skizzierten zeitgeschichtlichen Vereinigungen bzw. Institutionen. Mit der friedlichen Revolution endete das (Be)Schweigen der Opfer des sowjetischen Besatzungsregimes und der SED-Diktatur in Deutschland, das im Osten strikt verordnet worden war. Im Westen wurde das stalinistische Unrecht der vierziger und fünfziger Jahre seit Beginn der Entspannungspolitik zunehmend als Begleiterscheinung der Diktaturdurchsetzung historisiert und in der Erinnerungskultur ausgeblendet. Mit der Öffnung der Akten wurde die Grundlage für die politische Rehabilitierung und partielle Entschädigung derer geschaffen, die nach 1945

von den Sowjets oder der SED zu Unrecht verfolgt worden waren. Das SED-Unrechtsbereinigungsgesetz wurde seit 1992 mehrfach novelliert. Kollidierten bereits bei der Entschädigungsfrage die Erwartungen der Opfer mit der ökonomischen und politischen Realität – gleich unter welcher Regierung –, so fühlen sich viele Opfer der Nachkriegsdiktatur teils zu Recht, teils zu Unrecht im öffentlichen Gedenken der Vereinigungsgesellschaft als „Opfer zweiter Klasse“ behandelt.

In diesem Kontext ist auch auf die juristische Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur zu blicken. Wie immer man den Erfolg der strafrechtlichen Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Diktaturvergangenheit bewerten mag, so haben die Prozesse gegen ehemalige Mitglieder des Politbüros als die politisch Verantwortlichen für die Toten an der innerdeutschen Grenze und gegen die Todesschützen der DDR-Grenztruppen zumindest dazu beigetragen, die öffentliche Aufmerksamkeit auf das SED-Unrecht zu lenken. Das Wort von Bärbel Bohley, „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat“, verdeutlicht das Unverständnis, das einstige Gegner oder Leidtragende des SED-Regimes den oft schleppenden Prozessverläufen entgegenbrachten. Es bedarf in der Tat einiger Überzeugungskraft, um die Schwierigkeiten zu erklären, etwa den einstigen Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, juristisch zu belangen. Gerade das Mielke-Verfahren zeigt die Grenzen, das „Verbrechen der Diktatur“ strafrechtlich zu ahnden. In der Bundesrepublik Deutschland gab es keine „Siegerjustiz“, wie von ehemaligen SED-Funktionsträgern so oft behauptet wird. Der Rechtsstaat hat allen menschlich nachvollziehbaren Versuchungen widerstanden, offensichtliches Unrecht auch ohne gesetzliche Grundlage zu ahnden.

9. Die Stasiakten

Eine wichtige Voraussetzung für die juristische und moralische Aufarbeitung der zweiten Diktatur in Deutschland bildete der Zugang zu den Stasi-Akten. Dieser war im Dezember 1991 gesetzlich festgeschrieben und ab Januar 1992 Realität geworden. Fortan war es möglich, durch Stasimitarbeit belastete Personen zu identifizieren, den Opfern der Staatssicherheit Klar-

heit über ihr persönliches Schicksal zu geben, die Durchdringung der DDR-Gesellschaft durch die Staatssicherheit zu dokumentieren und damit einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu leisten. So dechiffrierte der Schriftsteller Jürgen Fuchs, was das MfS unter „Zersetzung“ verstand: die systematische psychische Zerstörung menschlicher Identität. Die Debatte verlief insbesondere in der ersten Hälfte der neunziger Jahre zu personenzentriert. Die Folge war, dass die strukturelle Verantwortung der SED für die Entwicklung in der DDR in der öffentlichen Debatte oft in den Hintergrund trat: An die Stelle der verantwortlichen Nomenklatura rückten deren Büttel. Auch muss man bis in die Gegenwart erleben, dass so manches medienöffentliche Urteil über die Stasiverstrickung des einen oder anderen Zeitgenossen sowohl Verhältnismäßigkeit als auch historischen Sachverstand der voyeuristischen, häufig aus dem Westen stammenden Richter vermissen ließ. „Versuch, in der Wahrheit zu leben“, dieses Schlüsselbuch von Vaclav Havel geißelte die geistige Verfassung der kommunistischen Diktaturen. Die Fortwirkung der Unkultur der Lüge und die konkrete Angst vor den Konsequenzen führten nach 1989 fast immer zum reflexartigen Verleugnen der eigenen Verstricktheit mit dem MfS. Ab Mitte der neunziger Jahre wurden viele Entlassungen ehemaliger „Inoffizieller Mitarbeiter“ aus dem Öffentlichen Dienst nicht mit deren konkreten Handeln als „IM“ begründet, sondern mit dem Umstand, dass diese in den Jahren zuvor ihre Zuträgerschaft für die Stasi in ihren Personalfragebögen verschwiegen hatten. Damit waren Einzelfälle vorprogrammiert, die dem Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen widersprachen. Aus demselben Lehrerkollegium konnte ein Lehrer wegen einer Stasimitarbeit zur Zeit seines Militärdienstes entlassen werden, während sein Kollege, der viele Jahre SED-Funktionen innegehalten hatte, weiter unterrichten durfte. Solche Beispiele trugen ebenfalls dazu bei, dass sich in Teilen der ostdeutschen Gesellschaft eine – was die Frage der Aufarbeitung betrifft – kontraproduktive Abwehrhaltung zu diesem Thema entwickelte. Dennoch war die Aktenöffnung unverzichtbar und entsprach der Logik der friedlichen Revolution: Aufklärung statt Vergeltung. Die Aktenöffnung wurde von den Betroffenen der Stasibesitzung durchgesetzt. Sie kehrte die Frage des MfS, „Wer ist wer?“, um. Dadurch konnte die Ungewissheit beseitigt werden, ob eigene Freunde, Verwandte oder Bekannte den vielleicht befürchteten oder unterstellten Anwerbungs-

versuchen der Staatssicherheit erlegen waren. Und schließlich wurde mit dem Stasiunterlagengesetz ein bedeutender Aktenbestand für die Wissenschaft – wenn auch mit wachsenden Einschränkungen – zugänglich gemacht.

10. Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages

Den Stellenwert, den die Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und der deutschen Teilung in den neunziger Jahren in der Bundesrepublik einnahm, verdeutlicht der Umstand, dass der Deutsche Bundestag zwei Enquete-Kommissionen zu diesem Thema eingerichtet hatte. „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ war der Name der ersten Kommission. Zwischen 1992 und 1994 wurden die Anhörungen und Diskussionen dieses Gremiums zu einem Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur. Unter großer medialer Aufmerksamkeit und in bis dahin nicht gekannter Form rangen Bundestagsabgeordnete und wissenschaftliche Sachverständige gemeinsam um Deutungsfragen. Es dürfte vor allem den von den Parteien benannten Sachverständigen zu verdanken sein, dass die Arbeit der Kommission nicht im Parteienstreit stecken blieb. Das 18 Bände und mehr als 15 000 Druckseiten zählende Protokoll ihrer Tätigkeit ist nicht nur eine – viel zu oft übersehene – Fundgrube an Expertisen und Zeitzeugenberichten. Es ist zugleich eine einzigartige Quelle, wenn es darum geht, die historische Auseinandersetzung mit dem Erbe der DDR als solche zu untersuchen. Mit großer personeller Kontinuität arbeitete in den Jahren von 1994 bis 1998 die Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. Die Arbeit dieser Kommission war weitaus weniger konfliktreich. Auch diese Kommission hinterließ mehr als nur ein vierzehn Bände umfassendes Protokoll. Die Kommission hatte ein Konzept für die Gedenkstättenarbeit des Bundes entwickelt, das sich die Bundesregierung schließlich im Kern zu Eigen machte und das auf einem großen Konsens beruht. Der Enquete-Kommission gelang es, einen Grundsatz zu formulieren, der die gemeinsame Thematisierung der so unterschiedlichen Diktaturen im Deutschland des 20. Jahrhunderts ermöglicht: „NS-Verbrechen dürfen nicht durch die Auseinandersetzung mit dem Geschehen der Nachkriegs-

zeit relativiert werden, das Unrecht der Nachkriegszeit darf aber nicht mit dem Hinweis auf die NS-Verbrechen bagatellisiert werden.“

Auch empfahl die Kommission dem Deutschen Bundestag, eine Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu etablieren. Diese sollte dauerhaft dafür Sorge tragen, dass die Auseinandersetzung mit den Ursachen, der Geschichte und den Folgen der Diktatur in der SBZ und DDR in Gesellschaft, Wissenschaft und politischer Bildung nicht zum Erliegen kommt. Der Deutsche Bundestag folgte dieser Empfehlung noch im Jahre 1998.

11. DDR-Forschung und Politik

Die deutsche Frage glich bis 1989 – wie eingangs bereits dargelegt – einer Wunde, die bei der Mehrheit der westdeutschen DDR-Forscher verheilt schien, eine Minderheit derselben jedoch weiter schmerzte. Nach der friedlichen Revolution und der Wiedererlangung der deutschen Einheit diente die Auseinandersetzung mit der DDR nicht nur zur Delegitimierung der SED-Herrschaft und der SED/PDS. Sie wurde rasch zu einem Instrument im politischen Tageskampf zwischen den demokratischen Parteien. Wohl selten hat es in der zeitgeschichtlichen Forschung eine Phase gegeben, in der ein engeres und hektischeres Wechselverhältnis zwischen wissenschaftlicher Quellenforschung, den Medien und der Politik zu verzeichnen war. Die Frage nach der historisch-politischen Bewertung und Einordnung der SED-Diktatur wurde in der ersten Hälfte der neunziger Jahre zu einer politischen Tagesfrage. In dieser Konstellation genossen die Wissenschaftler, die sich bereits vor oder zumindest seit 1989 mit der DDR-Geschichte beschäftigt hatten, eine bis dato nicht erlebte Aufmerksamkeit. Gleichzeitig tat sich ein Füllhorn an Fördermitteln über der Forschungslandschaft auf, das einen wahren Boom an Forschungsprojekten nach sich zog. Jetzt traten in den Debatten nicht nur die vielfach vorhandenen, sich zum Teil auch wandelnden parteipolitischen Orientierungen dieser Wissenschaftler stärker als je zuvor in Erscheinung.

Die Auseinandersetzung um die Verstrickung der evangelischen Kirchen mit der Staatssicherheit, die Bonner Deutschlandpolitik in den siebziger und achtziger Jahren sowie selbst genuin zeitgeschichtliche Themen wie

die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED im Jahre 1946 spielten plötzlich bei Wahlkämpfen eine Rolle. SPD wie CDU bemühten sich, den politischen Gegner mit dem Hinweis etwa auf die Vereinigung von KPD und SPD oder auf die Rolle der einstigen „Blockflöten“ in der gesamtdeutschen CDU in Misskredit zu bringen. Im Windschatten dieser Kontroversen gelang es der PDS, sich zum Anwalt der DDR-Geschichte zu erheben und daraus ihren Anspruch abzuleiten, die politischen Interessen des Ostens zu wahren. Auf diese Weise vermochte es die PDS, sich im Osten als parlamentarische Kraft zu etablieren.

Der politische Streit um die Vergangenheit hatte einen Januskopf: Der eine war auf den Weg der westlichen Deutschlandpolitik gerichtet. Der andere blickte auf die Realitäten der DDR. Gemeinsam war beiden Perspektiven die Frage, was die doppelte Vergangenheit für die Formung eines neuen Selbstverständnisses der Vereinigungsgesellschaft bedeute. Michael Stürmer vertrat im Historikerstreit der achtziger Jahre die These, „[...] dass in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet“ (FAZ vom 25. April 1986). Diese These erschien in den neunziger Jahren aktueller denn je und vermag die Bedeutung zu erklären, die die Politik der Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR beimaß.

12. Historisierungstendenzen

Im Verlauf der zweiten Hälfte der neunziger Jahre klangen die heftigen politischen Kontroversen um die DDR-Geschichte ab. Der zehnte Jahrestag des Mauerfalls und der friedlichen Revolution im Herbst 1999 wurde in den offiziellen Feierlichkeiten zum Gründungsmythos der Berliner Republik. Der Prozess der Historisierung der DDR-Geschichte erfuhr im Juni 2003 seinen vorläufigen Höhepunkt. Anlass war der 50. Jahrestag des Aufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR. Noch zum Jahreswechsel 2002/2003 wurde das bevorstehende Jubiläum in der politischen Bildung, den wissenschaftlichen Institutionen, in der Politik wie auch in den Medien eher als Pflichtübung vorbereitet. Plötzlich entwickelte sich jedoch eine unvorhergesehene Dynamik. In deren Folge wurden die Zahl der Veranstaltungen und

Publikationen sowie die Medienberichterstattung zu diesem Thema unüberschaubar. Am 17. Juni 2003 gedachten die Verfassungsorgane im Deutschen Bundestag gemeinsam des Aufstandes. In den dort gehaltenen Reden, aber auch in den Kommentaren der Medien wurde der Aufstand als ein Ereignis der deutschen und nicht lediglich der ostdeutschen Geschichte bewertet. Zum ersten Mal wurde die DDR-Geschichte als Teil der im doppelten Wortsinne geteilten deutschen Nachkriegsgeschichte erinnert. Auch ist bemerkenswert, dass keine politische Partei den Versuch unternommen hatte, dieses Thema für ihre Zwecke offenkundig zu instrumentalisieren. So könnte der 17. Juni 2003 zu einer Zäsur in der Auseinandersetzung mit der zweiten deutschen Diktatur werden.

13. Fragiler Erinnerungskonsens

Wenige Jahre vor den Feierlichkeiten zum Juniaufstand hatte bereits ein anderes Thema unverhofft gesamtdeutsche Züge entwickelt. Dabei wurde deutlich, dass Teile des westdeutschen Establishments das Interesse an der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte schlagartig verlieren können, wenn diese den eigenen Interessen zuwiderläuft. In den neunziger Jahren wurden die Themen Staatssicherheit sowie SED-Diktatur vor allem als ein genuin ostdeutsches Thema begriffen. Plötzlich sorgte 1999 eine Streitschrift über „Die unterwanderte Republik“ für eine kurze, aber hitzige Debatte über die Einflussnahme der Staatssicherheit auf die westdeutsche Politik. Erst mit der CDU-Parteispendenaffäre, in deren Kontext belastendes Aktenmaterial aus der Abhörtätigkeit der Staatssicherheit in Westdeutschland eine Rolle spielte, gewann diese Debatte eine eigentümliche Dimension. In beiden großen Parteien fanden sich nunmehr gewichtige Stimmen, den Zugang zu den MfS-Akten künftig wesentlich einzuschränken. Aus Westdeutschland meldeten sich in dieser Debatte nur wenige Kommentatoren zu Wort, um sich für eine Beibehaltung des Status quo auszusprechen. Dennoch gelang es, das Stasiunterlagengesetz im Sommer 2002 zu novellieren und den Aktenzugang im Grundsatz zu erhalten. Und immerhin wurde dabei auch die bis dato drohende Gefahr abgewendet, dass Originalakten auf Antrag von Betroffenen vernichtet werden konnten. Dies wäre ein einzigar-

tiger Vorgang in der Archivgeschichte gewesen. Die Auseinandersetzung zeigte, wie klein die Lobby derer ist, die sich ohne „wenn und aber“ diesem Thema widmen.

Auch der Streit um die Stiftung Sächsische Gedenkstätten, der Anfang 2004 geführt wurde, verdeutlichte, wie fragil der gesellschaftliche Konsens in der Auseinandersetzung mit der doppelten diktatorischen Vergangenheit Deutschlands ist. „NS-Verbrechen dürfen nicht durch die Auseinandersetzung mit dem Geschehen der Nachkriegszeit relativiert werden, das Unrecht der Nachkriegszeit darf aber nicht mit dem Hinweis auf die NS-Verbrechen bagatellisiert werden.“ So lautete der bereits zitierte Konsens, der nach intensiven Debatten über eine Gedenkstättenkonzeption in der zweiten Enquete-Kommission gefunden wurde. Was auf den Umgang mit Gedenkstätten mit doppelter, das heißt nationalsozialistischer und sowjetischer bzw. kommunistischer Vergangenheit gemünzt war, wurde zum stillschweigenden Konsens über die Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen insgesamt. Der Auszug des Zentralrats der Juden in Deutschland sowie von Verbänden der Verfolgten der NS-Diktatur aus der Stiftung Sächsische Gedenkstätten begründete sich allenfalls zum Teil aus der konkreten Arbeitspraxis in der sächsischen Gedenkstättenstiftung. Vielmehr wurde Sachsen zum Nebenkriegsschauplatz eines sich bereits zu diesem Zeitpunkt abzeichnenden bzw. in Teilen bereits offenkundigen Konflikts über die Formen und den Stellenwert, den das Gedenken an das Leid einnehmen soll, das die Deutschen im Bombenkrieg des Zweiten Weltkriegs sowie im Gefolge von Flucht und Vertreibung erfahren haben. Geschichtspolitiker, die den bisherigen Konsens in Frage stellen, können angesichts des bevorstehenden 60. Jahrestags des Kriegsendes im Jahr 2005 der deutschen Erinnerungs- und Geschichtskultur und damit nicht zuletzt dem Gedenken an die Diktatur in der SBZ/DDR erheblichen Schaden zufügen.

14. Die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

15 Jahre nach der friedlichen Überwindung der SED-Diktatur ist schwer abzuschätzen, welchen Stellenwert dieses Thema künftig einnehmen wird. Mit der vom Deutschen Bundestag im Sommer 1998 begründeten bundes-

unmittelbaren Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur existiert eine mit – bescheidenen – Fördermitteln ausgestattete Schnittstelle zwischen gesellschaftlicher, wissenschaftlicher, medialer und politischer Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte und ihren Folgen. Der Stiftung stehen derzeit jährlich rund 2,5 Millionen Euro an Fördermitteln zur Verfügung, die sich Jahr für Jahr auf rund 200 Projekte verteilen. Das Förderspektrum berücksichtigt Projekte unabhängiger Archive, die Materialien zur Geschichte der DDR-Opposition verwahren, zeitgeschichtlicher Vereinigungen, die regionale Forschungs- und Bildungsarbeit betreiben, Museen und Ausstellungen, Träger der politischen Bildungsarbeit, Verbände der SED-Opfer und der Wissenschaft. Jenseits der finanziellen Förderung von Projekten Dritter vermag die Stiftung insbesondere auch durch fachliche Beratung und Koordination zu wirken, ohne dabei die Eigenständigkeit und Pluralität ihrer vielen Partner in Frage zu stellen. Und schließlich tritt sie mit einer wachsenden Zahl an Veranstaltungen und Publikationen in die Öffentlichkeit. Die anfänglich vielfach geäußerten Befürchtungen, die Stiftung Aufarbeitung könnte die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur gleichsam verstaatlichen, neue Geschichtsbilder oktroyieren oder Klientelpolitik betreiben, haben sich mittlerweile wohl als obsolet erwiesen. Mittel- und langfristig hängt der Bestand der Stiftung Aufarbeitung jedoch nur zum Teil von der Qualität ihrer Arbeit ab. Die Haushaltszwänge des Bundes fordern von der Politik Jahr für Jahr aufs Neue das Bekenntnis, dass sich die Bundesrepublik und damit letztlich die Gesellschaft die Auseinandersetzung mit diesem Teil ihrer Vergangenheit auch weiterhin leisten will.

15. Instabile Wissenschaftslandschaft

Der von der Stiftung Aufarbeitung im Sommer 2003 herausgegebene Sammelband „Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung“ dokumentiert die enormen Erträge der Wissenschaft seit 1989/90. Dennoch ist es in den neunziger Jahren nicht gelungen, die zeitgeschichtliche Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte in der akademischen Forschung dauerhaft zu verankern. Nachdem insbesondere die Förderschwerpunkte der Volkswagen-Stiftung und der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur DDR-Geschichte

ausgelaufen waren, nahm nicht nur die Zahl der neuen Forschungsprojekte, sondern auch die der universitären Lehrangebote zur DDR-Geschichte erheblich ab. Und in dem Moment, in dem der Drittmittelbereich dieses Forschungszweiges einen Einbruch erlebte, offenbarten sich zwei strukturelle Probleme: Erstens wurde bis dahin übersehen, dass nur eine ausgesprochen kleine Zahl von Lehrstuhlinhabern die Geschichte der DDR, der deutschen Teilung oder die der deutsch-deutschen Geschichte in ihrer Gesamtheit zu ihrem Forschungsthema gemacht hat, die zudem vor allem in Ostdeutschland verortet sind. Die Themen blieben bis in die Gegenwart einerseits die Domäne einer heute zumeist emeritierten oder pensionierten Wissenschaftlergeneration und waren andererseits ein Feld der Drittmittelforschung mit den damit verbundenen Konjunkturen. Zweitens sind einige der in den neunziger Jahren gegründeten Institute, die sich rasch zu produktiven Kristallisationspunkten der Forschung entwickelt hatten, aus zum Teil sehr unterschiedlichen Gründen in ihrem Bestand gefährdet. Was das Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung und den Berliner Forschungsverbund SED-Staat betrifft, so sind beide Institutionen, mögen sie auch noch so unterschiedlich wahrgenommen werden, mit der gleichen paradoxen Situation konfrontiert: Beide haben sich im vergangenen Jahrzehnt einen Namen gemacht und erhebliche Drittmittel für die Forschung akquiriert. Und beide Institutionen werden von ihren Sitzländern stiefmütterlich behandelt, die sich angesichts ihrer Haushaltsnot nach wie vor nicht dazu durchringen konnten, diese Institutionen dauerhaft abzusichern.

16. Das Ende der „alten DDR-Forschung“

Fünfzehn Jahre nach der friedlichen Revolution kann konstatiert werden, dass die Auseinandersetzung mit den Ursachen, der Geschichte und den Folgen der Diktatur in der SBZ und DDR im vereinigten Deutschland bislang kontrovers und produktiv geführt wurde. Das Gedenken an den Aufstand vom 17. Juni 1953 im Juni 2003 und die sich unmittelbar anschließende mediale „Ostalgiewelle“ markieren zwei Pole, zwischen denen sich die diesbezügliche historische Selbstverständigung in der Gesellschaft bewegt. Die DDR-Forschung hat in den vergangenen 15 Jahren nicht nur

quantitativ, sondern auch qualitativ beachtliche Ergebnisse vorgelegt. Die DDR ist alles andere als ein „weißer Fleck“ im Gesamtmosaik der jüngeren deutschen Geschichte. Das historische Bild der DDR hat wesentliche Konturen gewonnen. Dennoch sind weiterhin Leerstellen in diesem Mosaik zu verzeichnen, die ausgefüllt werden müssen. Dies betrifft einerseits das Bild der DDR in ihrem inneren Bestand. Wie die DDR im Verlauf ihrer vier Jahrzehnte währenden Existenz tatsächlich „funktionierte“, wie die nahezu erschöpfend erforschten politischen Konzepte der Ostberliner Zentrale vor Ort auf der Bezirks-, Kreis-, Orts- oder Betriebsebene umgesetzt wurden, kann bislang nur partiell erklärt werden. Besonders frappierend ist der Umstand, dass die Staatspartei, die SED, sieht man von den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren ab, alles andere als erforscht ist. Vergleicht man den heutigen Kenntnisstand zur Geschichte der NSDAP mit dem zur SED, dann wird dies besonders offenkundig.

Andererseits wird bei dem Blick auf den Forschungsstand zur Geschichte der DDR deutlich, dass das Mosaik der deutschen Geschichte im Zeitraum ihrer Diktaturen immer dann vergleichsweise konturlos bleibt, wenn Fragen zur Gesellschaftsgeschichte gestellt werden, deren Determinanten weder von der Zäsur des Jahres 1945 noch vom Stacheldraht und Beton der innerdeutschen Grenze allein bestimmt wurden. Die Auseinandersetzung mit den Ursachen, der Geschichte und den Folgen der Diktatur in der SBZ und DDR steht 15 Jahre nach der friedlichen Revolution somit weder an ihrem Anfang noch vor ihrem Ende. Gleichwohl ist die DDR-Forschung, wie sie seit Jahrzehnten betrieben wird, ein Auslaufmodell. Die von Jürgen Kocka postulierte „Verinselung“ dieses zeitgeschichtlichen Forschungszweiges ist ein spätes Relikt der Mauern, die die SED-Diktatur nicht nur aus Beton errichtet hatte. Auf Dauer muss sich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der SBZ/DDR einerseits als Teil der *zeitgeschichtlichen Deutschlandforschung* verstehen, die die Dualität und den Widerstreit von Diktatur und Demokratie im Deutschland des 20. Jahrhunderts – in ihrem internationalen Kontext – in den Blick nimmt. Andererseits lassen sich viele Fragen an die DDR-Geschichte nur im Kontext der historischen Kommunismusforschung beantworten. Selbstredend wird und muss es auch weiterhin Forschungsprojekte geben, die sich auf Fragen der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus, der Bundesrepublik, der DDR oder des vereinigten

Deutschland fokussieren. Doch wo immer möglich, sollten übergreifende Themenstellungen aufgegriffen werden. Auf Dauer sollte es keine DDR-Forschartagungen mehr geben, auf denen Aspekte der Kultur-, Wirtschafts- oder Gesellschaftsgeschichte sowie der internationalen Beziehungen im Nachkriegsdeutschland fast völlig losgelöst sowohl von westdeutschen als auch west- wie osteuropäischen Perspektiven behandelt werden. Jene, die sich dem Thema DDR-Geschichte verpflichtet fühlen und auf diesem Feld weiter arbeiten wollen, müssen sich im besonderen Maße dafür engagieren, dass die Insel der DDR-Forschung mit dem Festland der zeitgeschichtlichen Deutschlandforschung eine dauerhafte Verbindung eingeht. Christoph Kleßmann hat die Formel von der „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ der beiden deutschen Teilstaaten geprägt. Jetzt bedarf es Forschungsanstrengungen, die diesen Gedanken aufgreifen. Diese könnten den Grundstein für den Brückenschlag der DDR-Forschung hin zur zeitgeschichtlichen Deutschlandforschung bilden. Von Seiten der bundesrepublikanischen Zeitgeschichtsschreibung wird dieser Brückenschlag nicht kommen. Diese hatte die DDR-Geschichte bereits vor 1989 als „Spezialdisziplin“ behandelt und sich nach 1990 allenfalls zögerlich dem Thema Zweistaatlichkeit genähert.

Wozu die DDR lehren?

„Man muss endlich aufhören, die Leute in den neuen Bundesländern permanent mit der Arbeitsmarktpolitik zu nerven und stattdessen die ganze ehemalige Republik von der Unesco als Weltkulturerbe anerkennen lassen. Besser: Die Plattenbauten, die leerstehenden Betriebe, die LPGen, Kulturhäuser und Eisdielen sorgfältig renovieren und zu Museen erklären. Für das Betreten der ehemaligen DDR kann man Eintritt nehmen und allen Leuten aus dem Osten eine Rente von diesem Geld verschaffen, dafür ihre Biografien verfilmen, eine nach der anderen. Dann ist auch das deutsche Kino für weitere 100 Jahre gerettet.“¹

1. Das Nachleben der DDR

Die DDR ist seit über einem Jahrzehnt Geschichte, und ihre Aufarbeitung hat unterdessen eine eigene Geschichte. Selten hat ein historisch abgeschlossener Vorgang so unmittelbar anschließend ein derart intensives Nachleben entfaltet, wie es im Falle der DDR zu beobachten war. Es konstituierte sich alsbald ein eigener Diskurs voller Untergründigkeiten – ein Diskurs über die DDR, der sowohl die Gesamtheit der verbalen und nonverbalen Kommunikation über den verflossenen Staat und seine Gesellschaft umfasst, wie er zugleich deren Nachleben organisiert: Die DDR wirkt in vielerlei Hinsicht untot.

1 Wladimir Kaminer, Frische Nachrichten aus der DDR, in: Zitty 6/2003, S. 35.

Dabei entfaltet sich dieses Nachleben in verschiedenen Dimensionen. Auf die Akteure bezogen lassen sich beispielsweise professionalisierte Diskurse von Laien-Diskursen absetzen. Bei Ersteren wiederum kann zwischen der akademisch etablierten Diskurskultur und einer postsozialistischen, akademisch nicht mehr etablierten Subkultur differenziert werden. Diese Unterscheidungen beantworten aber zwei Fragen nur zum Teil: Weshalb herrschen zwischen den verschiedenen Strömungen der DDR-Geschichtsdebatte fortwährend gravierende Missverständnisse? Und: Warum werden derartige Missverständnisse selbst bei ausdrücklichem Bemühen, sie zu vermeiden, beständig reproduziert?

Plausibler werden die Missverständnisse, wenn die Betrachtung nicht nur auf die Akteure fixiert bleibt, sondern explizit auf die Inhalte, die zu Grunde liegenden Werthaltungen und die Wertungsabsichten innerhalb der Debatten über die DDR abstellt. Dann wird eines deutlich: Die einzelnen Dimensionen, in denen sich das Nachleben der DDR entfaltet, basieren auf ganz unterschiedlichen Codierungen. Diese ordnen alles, was über die DDR gesagt wird, in ein bestimmtes Bewertungsraster ein, etwa ein totalitarismustheoretisches. Derart steuern die zu Grunde liegenden Codes die Kommunikationsweisen. Dies führt dazu, dass selbst dann, wenn über vermeintlich dasselbe gesprochen wird, gänzlich anderes gedacht, assoziiert und formuliert wird: Produziert werden unterschiedliche „Wahrheiten“. Drei inhaltliche Dimensionen, in denen sich das Denken und Sprechen über die DDR vollzieht, lassen sich identifizieren:

1. Die erste Dimension ist der Raum eines DDR-bezogenen *Legitimationsdiskurses*. In diesem wird der DDR und ihrem politischen System historische Legitimität zugewiesen, und zwar über zwei Linien: Einerseits gilt die DDR als Bestandteil einer aufklärungsbasierten Lösung der sozialen Frage, d. h. als Bestandteil der weltweiten kommunistischen Gesellschaftsexperimente; andererseits gilt sie als von den Deutschen selbst verschuldete Kriegsfolge.
2. Die zweite Dimension des DDR-Nachlebens ist der Raum eines *Delegitimierungsdiskurses*. Innerhalb dessen wird der DDR historische Legitimität von Beginn an bestritten. Ihr letzliches Scheitern war in dieser Perspektive teleologisch und insofern nicht verwunderlich. Erklärungsbedürftig erscheint allenfalls, warum sich dieses Scheitern so lang hinzog.

3. Die dritte Dimension ist der Raum eines *analytischen Diskurses*. In diesem Diskurs gelten sowohl vermeintliche Gesetzmäßigkeiten historischer Formationsabfolgen wie teleologische Zweckbestimmungen als belanglos. Stattdessen wird von einer grundsätzlichen Kontingenz sozialer Entwicklungen ausgegangen – und erklärungsbedürftig ist nun „lediglich“, warum Entwicklungen, die auch hätten anders verlaufen können, so verlaufen sind, wie es zu beobachten war bzw. jetzt im Nachhinein zu rekonstruieren ist, oder – anders formuliert –, warum alternative Entwicklungsoptionen nicht zum Zuge gekommen waren.²

Diese drei Dimensionen des Nachlebens der DDR sind idealtypisch. Real lassen sich Schnittmengen zwischen ihnen beobachten. So werden auch im Rahmen des Legitimations- und des Delegitimierungsdiskurses vielfach wertvolle analytische Beiträge erbracht. Ebenso ist der analytische Diskurs nicht durchgängig frei von legitimatorischem bzw. delegitimierendem Präjudiz. Das wiederum muss nicht zwingender Anlass für einen neu aufgelegten Werturteilsstreit sein, solange sich die Analytiker/innen die Fähigkeit erhalten, sich durch neue Informationen und Interpretationsangebote irritieren zu lassen.

In dem, was schließlich für historische „Wahrheit“ gehalten wird, offenbaren sich dann freilich auch Dominanzen und Marginalisierungen bestimmter Positionen innerhalb der im Prinzip parallel laufenden, gleichwohl Schnittmengen aufweisenden Diskurse. Sowohl der legitimierende, der delegitimierende wie der analytische Diskurs streben letztlich nach Sedimentierung der von ihnen erzeugten Positionen im öffentlichen Bewusstsein. Das ist ebenso legitim, wie eines erwartet werden darf: Jede formulierte Position sollte argumentativ so entwickelt werden, dass auch diejenigen, welche die jeweils zu Grunde liegenden wertgebundenen Annahmen nicht teilen, eine Chance haben, die Argumentation nachzuvollziehen. Dies ist bislang nicht selbstverständlich. Zahlreiche Beiträge in den Debatten zur DDR sind derart gestaltet, dass sie allein auf das Überzeugen derjenigen zielen, die von der im konkreten Falle entwickelten Position ohnehin bereits überzeugt sind. Aufklärerisch kann dies nicht genannt werden, und irritationsfähig sind solche Beiträge ebenfalls nicht.

- 2 Ausführlicher zur Entwicklung und Begründung dieser drei Dimensionen: Peer Pasternack, Die verblichene DDR als diskursives Ereignis. Eine Strukturmodellierung der DDR-Aufarbeitung, in: Berliner Debatte Initial 2/2002, S. 76–81.

Eines aber ist hierbei zu betonen: Keinem der drei Diskurse mangelt es an *sozialer* Berechtigung. Abhängig von individuellen und kollektiven Erkenntnisinteressen, Verarbeitungsbedürfnissen sowie kognitiven, sächlichen und zeitlichen Kapazitäten gibt es für jede der drei Dimensionen akzeptable Gründe, sie als Hauptentfaltungsort des Nachlebens der DDR zu wählen. Wo die analytische Betrachtung höhere Gewissheit für die produzierten Wissensbestände erzeugt, da spendet die Zeitzeugenschaft Authentizität und eine Rückbindung der Wissensbestände an unmittelbare Erfahrung. Weder kann die Authentizität der Dabeigewesenen als Erkenntnisquelle gesichert werden, wenn Subjektivität gleichgesetzt wird mit Verfälschung „der Wahrheit“. Noch bleibt die Unbefangenheit der nicht durch persönliche Zeitzeugenschaft gefärbten Analyse als Ressource der Wissenserzeugung erhalten, wenn allein den Dabeigewesenen der Zugang zur Kommunikation über die DDR gewährt werden sollte. Erst in den Schnittpunkten der Perspektiven – legitimatorisch, delegitimierend oder analytisch – wird etwas entstehen können, das dann mit gewisser Berechtigung für historische „Wahrheit“ gehalten werden kann.

2. Hochschullehre: Haupttrends der Befassung mit der DDR

Wir haben die Trends für einen typischen Ort der Befassung mit der DDR untersucht: die akademische Lehre. Die untersuchungsleitenden Fragen waren: Welche Präsenz weist das Thema DDR in der Lehre an deutschen Universitäten auf? Lassen sich Entwicklungen auf der Zeitachse feststellen? Finden sich regionale Unterschiede? Gibt es dominierende Inhalte und/oder überraschend unterrepräsentierte Inhalte?³

Hierzu wurden einerseits im Rahmen einer *Tiefenprüfung* für zwölf exemplarische Universitäten⁴ alle DDR-geschichtlichen Lehraktivitäten der

3 Die hier zusammenfassend referierten Ergebnisse sind ausführlich entwickelt in: Peer Pasternack, *Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000*. Unter Mitarb. v. A. Glück, J. Hüttmann, D. Lewin, S. Schmid und K. Schulze. Hrsg. von HoF Wittenberg, Wittenberg 2001.

4 FU, HU und TU Berlin, Universitäten Freiburg, Greifswald, Halle-Wittenberg, Hamburg, Kiel, Leipzig, Mannheim, Wuppertal. Der Auswahl dieser Universitäten lagen folgende Kriterien zu Grunde: westdeutsche – ostdeutsche Universitäten (8:4);

Jahre 1990 bis 2000, d. h. 22 Semester, erfasst. Zum anderen wurde für sämtliche 88 deutschen Universitäten (einschließlich der Pädagogischen Hochschulen) eine *Totalerhebung* durchgeführt, innerhalb derer je ein Semester aus dem Jahre 2000 bzw. 2001 systematisch ausgewertet wurde. Die Analyse für die Jahre 1990–2000 zielte auf die Rekonstruktion der Themenkarriere der DDR-Geschichte in den akademischen Lehrprogrammen. Die Totalerhebung 2000/2001 zielte auf die Erfassung der aktuellen Situation ein Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch des DDR-Systems.

Im Rahmen der Analyse 1990 bis 2000 – wie erwähnt: für 12 Universitäten – konnten 1421 Veranstaltungen recherchiert werden; die Totalerhebung 2000/2001 für alle 88 deutschen Universitäten ergab 140 Vorlesungen und Seminare. Mithin sind es 1561 Lehrangebote, auf denen die im Weiteren referierten Auswertungen beruhen.⁵

- innerhalb der westdeutschen Universitäten: nordwestdeutsche – südwestdeutsche Universitäten (4:4); innerhalb der ostdeutschen Universitäten: nordostdeutsche – südostdeutsche Universitäten (2:2); große – kleine Universitäten (5:7); Metropolenuniversitäten – Universitäten in Mittelstädten bzw. kleineren Großstädten (5:7).
- 5 Das Ziel der Untersuchung war die Identifizierung von Schwerpunkten und Trends. Der Weg dahin waren Lehrveranstaltungsrecherchen, die im Wesentlichen über die Vorlesungsverzeichnisse der Universitäten – je nach Zugänglichkeit in Print- bzw. Netzversionen – vorgenommen wurden. Dabei wurde Lückenlosigkeit der Erfassung dessen, was auf diesem Wege zu erfassen ist, angestrebt. Zugleich ist es ein methodischer Elementarsatz, dass *jede* auf prinzipielle Vollständigkeit zielende Erfassung Datenverluste impliziert und diese bewusst in Kauf genommen werden müssen: Denn die zur Verfügung stehenden Quellen sind nie so vollständig aussagefähig, wie der Empiriker es sich wünscht. Um es an Vorlesungsverzeichnissen zu illustrieren: Zum einen haben Vorlesungsverzeichnisse Redaktionschlussstermine, und was bis dahin, aus welchen Gründen auch immer, nicht gemeldet wurde, erscheint nicht in der Veröffentlichung. Zum anderen geben Vorlesungsverzeichnisse nur Auskunft darüber, welche Lehrveranstaltungen *angekündigt* wurden, schweigen aber dazu, welche Lehrveranstaltungen dann (wegen Krankheit der Lehrenden, mangelnder studentischer Beteiligung, Absagen von Lehraufträgen oder aus sonstigen Gründen) doch nicht stattgefunden haben. Insoweit gleicht sich zumindest ein Teil der nicht angekündigten, aber durchgeführten und der zwar angekündigten, aber nicht durchgeführten Lehrveranstaltungen quantitativ aus. Im Übrigen zielte unsere Erhebung auf verdichtete Informationen, die es ermöglichen, die erwähnten Schwerpunkte und Trends zu identifizieren, und es ist auf diesem Wege in der Tat gelungen, Schwerpunkte und Trends von beachtlicher Deutlichkeit zu identifizieren. Die quantitative Deutlichkeit ist dergestalt, dass selbst zehnprozentige Abweichungen nach unten oder oben hierbei keine Ände-

2.1 Themenkarriere und regionale Verteilung

Die auffälligsten Befunde der Recherchen waren zweierlei:

- Ein Jahrzehnt nach dem Systemwechsel in Ostdeutschland nimmt das Interesse an der DDR in der akademischen Lehre kontinuierlich ab; es ist 2000/2001 wieder auf dem vergleichsweise niedrigen Stand von 1990 angelangt.
- Es gibt Gegenden, die von entsprechenden Lehrangeboten völlig frei sind; eine deutliche Mehrheit von 54 der insgesamt 88 deutschen Universitäten – d. h. 62 Prozent – hatte 2000/2001 keine einzige DDR-bezogene Lehrveranstaltung im Programm.

Zur Themenkarriere der DDR ergibt sich für die gesamten neunziger Jahre betrachtet folgendes Bild: Zunächst ist eine fast lineare Aufwärtsbewegung vom Anfang bis zur Mitte der neunziger Jahre beobachtbar; in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts bis heute zeigt sie eine fast ebenso lineare Abwärtsbewegung (Abb. 1).

Die Rechercheergebnisse zur aktuellen regionalen Verteilung DDR/Ostdeutschland-bezogener Lehrveranstaltungen lassen sich in vier Punkten zusammenfassen (Abb. 2):

- In Süddeutschland ist eine vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit für DDR-Geschichte und aktuelle ostdeutsche Entwicklungen zu konstatieren (6 Prozent aller DDR-bezogenen Lehrveranstaltungen stehen dagegen, dass in Süddeutschland 27 Prozent aller in der Bundesrepublik Studierenden immatrikuliert sind).
- In Nordwestdeutschland, also oberhalb der Mainlinie, ist die Situation ausgewogen: Der Anteil am DDR-bezogenen Lehrveranstaltungs-geschehen (42 Prozent) ist dem Anteil an der gesamtdeutschen Bevölkerungs- und Studierendenzahl nahe (54 Prozent aller Universitätsstudierenden sind an den dortigen Universitäten eingeschrieben).

rungen der daraus gewonnenen Einschätzungen erzwingen würden. Um weitergehende Überprüfungen unserer Rechercheergebnisse zu ermöglichen, sind diese vollständig in dem Untersuchungsreport abgedruckt. Vgl. Pasternack, Gelehrte DDR, S. 83–121.

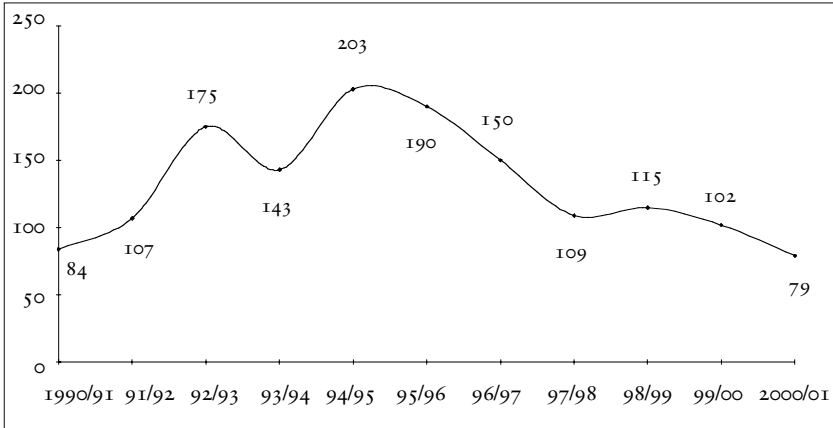


Abb. 1: Konjunkturkurve des DDR-Themas im Lehrangebot
 (Anzahl der Lehrveranstaltungen ermittelt für 12 exemplarische Universitäten)

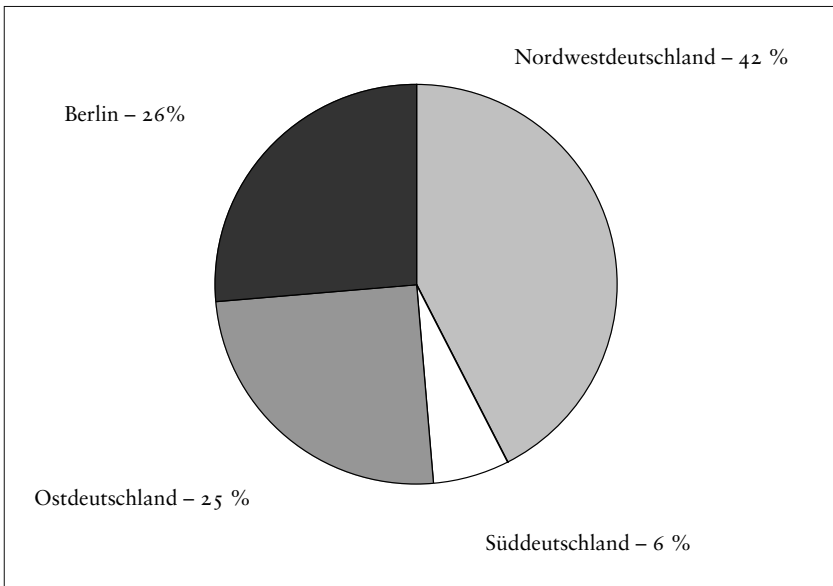


Abb. 2: Lehrangebote 2000/2001 zusammengefasst nach Großregionen
 (Totalerhebung deutscher Universitäten, jeweils ein Semester in 2000 bzw. 2001)

- Ostdeutschland hat, gemessen am gesamtdeutschen Einwohneranteil (20 Prozent), mit 25 Prozent ein quantitativ adäquates Lehrangebot und schneidet, gemessen am gesamtdeutschen Studierendenanteil, deutlich überdurchschnittlich ab (11 Prozent der deutschen Universitätsstudenten finden sich an den ostdeutschen Universitäten).
- Berlin muss als Sonderfall aus den Großregionen herausgenommen werden, da allein ein Viertel aller DDR-bezogenen Lehrveranstaltungen 2000/2001 an den drei Berliner Universitäten (mit 8 Prozent aller deutschen Universitätsstudierenden) stattfindet.

Zwar ist es nicht so, dass das Aufkommen an DDR-bezogener Lehre zwingend desto mehr abnimmt, je weiter der betreffende Ort vom Untersuchungsgebiet entfernt ist. So bieten die Universitäten Hamburg, Kassel und Bochum kontinuierlich Lehrangebote zur DDR an. Gleichwohl fand 2000/2001 die Hälfte aller Veranstaltungen in den ostdeutschen Bundesländern einschließlich Berlin statt – bei 21 Prozent Anteil an der gesamtdeutschen Bevölkerung und 19 Prozent Anteil an allen Universitätsstudierenden in der Bundesrepublik.

Frappierend ist die herausragende Spitzenposition Berlins. Diese lässt sich bereits durch die gesamten neunziger Jahre hindurch verfolgen: Die Freie Universität, die Humboldt-Universität und die Technische Universität Berlin bieten seit 1990 bis heute so viele Ostdeutschland-bezogene Lehrveranstaltungen an, wie dies nirgendwo sonst zu beobachten ist. 2000/2001 halten die drei Berliner Universitäten einen exorbitanten Anteil an der gesamten Lehre zu DDR/Ostdeutschland von 26 Prozent. Berlin erweist sich jedenfalls insofern in der Tat als „Werkstatt der Einheit“, und nachdem der Ostteil nicht mehr Hauptstadt der DDR ist, kann nun die ganze Stadt als „Hauptstadt der DDR-Geschichte“ gelten.

Eine Hochrechnung der Daten ergibt, dass von 1990 bis 2000/01 an allen deutschen Universitäten ca. 3700 Lehrveranstaltungen zum Thema DDR/Ostdeutschland stattgefunden haben. Das ist eine Quote von 1,8 Vorlesungen oder Seminare pro Universität und Semester. Dieses Durchschnittsergebnis wird allerdings stark relativiert durch den Befund der unausgewogenen regionalen Verteilung.

2.2 Lehrveranstaltungsinhalte

Neben den quantitativen Haupttrends hinsichtlich der Themenkarriere auf der Zeitschiene und der regionalen Verteilung konnte auch eine Reihe inhaltlicher Schwerpunkte herausgearbeitet werden. Die Betrachtung der Themen, die in den Vorlesungen und Seminaren behandelt werden, ergab Erwartbares und Überraschendes:

1. Mit weitem Abstand an der Spitze rangieren Lehrveranstaltungen zum ostdeutschen *Kulturleben und der DDR-Kulturpolitik* (24 Prozent) sowie zu Themen des *Politischen Systems / Verwaltung* (22 Prozent):
 - Das Themenfeld Kulturleben und Kulturpolitik wird vorrangig – zu zwei Dritteln – von der *DDR-Literatur* besetzt. *Theater, Spielfilm, Bildende Kunst* und *Architektur/Städtebau* kommen nicht übermäßig häufig vor, sind aber wahrnehmbar präsent.
 - Innerhalb der Veranstaltungen zum politischen System der DDR finden die *Außenpolitik*, das *Rechtssystem* der DDR und die *DDR-Massenmedien* vergleichsweise große Aufmerksamkeit. Dies trifft nicht zu für die Themen *SED* (lediglich 1,5 Prozent), *Massenorganisationen und Blockparteien* sowie *DDR-Militär- und Verteidigungspolitik*.
2. Es folgen auf die beiden Tophemen mit 15 Prozent *sozialgeschichtliche Themen* bzw. Themen zum *Alltag* in der DDR.
3. Einen vergleichsweise hohen Anteil von Lehrveranstaltungen weist das *Bildungssystem* auf (10 Prozent). Davon wiederum widmen sich 57 Prozent der Lehrveranstaltungen der *Schule* in der DDR bzw. der Transformation des ostdeutschen Schulwesens nach 1989. 23 Prozent befassen sich mit Geschichte oder Gegenwart der ostdeutschen *Hochschulen*.
4. *Wissenschaftsgeschichte und -politik* kommen auf 6 Prozent; Gleiches gilt für das *Wirtschaftssystem* der DDR bzw. die Wirtschaftspolitik der Transformationsjahre seit 1989.
5. Andere Themen sind ausgesprochen gering in den Lehrveranstaltungen vertreten:
 - *Opposition, Widerstand und Repression* zählen nicht zu den zentralen Gegenständen der Lehre an den deutschen Hochschulen: Nur 5 Prozent der Lehrveranstaltungen seit 1990 galten diesen Themen.

- Ebenso spielt das Thema *Religion und Kirchen* mit 3 Prozent der Veranstaltungen keine herausgehobene Rolle als Lehrgegenstand.
- Knapp oberhalb der Wahrnehmbarkeitsschwelle bewegen sich die Themen *Antifaschismus, Ideologie, Sozial- und Gesundheitspolitik* sowie *Freizeit/Sport* (inkl. Leistungssport).
- Unterhalb der Wahrnehmbarkeitsschwelle bleiben Vorlesungen oder Seminare zu den Themen *Ländliches Leben* und *Ökologie/Umweltpolitik*.

2.3 Die DDR im Vergleich

Der Vergleich gilt in Geschichts- und Sozialwissenschaften weithin als etwas, das man den „Königsweg“ nennen könnte. Mit ihm könne die Forschung produktiv das Problem bearbeiten, dass sie es immer mit singulären Ereignissen zu tun habe, dass also, anders als in den Naturwissenschaften, experimentelle Überprüfungen in der Regel ausgeschlossen sind. In dieser Situation biete der Vergleich kausale Erklärungen, die, im Gegensatz zu subjektiver Interpretation der Quellen, überprüfbar sind.⁶

Die Frontstellung zwischen Legitimations- und Delegitimierungsdiskurs hat auch für die Befassung mit der DDR immer wieder zu der methodischen Forderung nach dem Vergleich geführt. Parallel war genau diese Forderung aber auch Nachfragen ausgesetzt, die sich ebenso aus der diskursiven Frontstellung ergaben: Für viele Forscher/innen folgte aus der Wahrnehmung der DDR vorrangig als „zweiter deutscher Diktatur“ gleichsam automatisch, dass der Vergleich mit der ersten deutschen Diktatur, also dem Nationalsozialismus, erfolgen müsse. Daran knüpfte sich vor allem seitens ostdeutscher Historiker/innen der Verdacht, hier werde eine implizite Gleichsetzung zur Grundlage des Vergleichs gemacht. Sie forderten stattdessen eine sehr viel stärkere Berücksichtigung des Vergleichs zwischen Bundesrepublik und DDR. Die beiden deutschen Staaten und Gesellschaften sollten, so wurde insistiert, als zwei deutsche Modernisierungspfade der Nachkriegszeit komparatistisch ins Verhältnis gesetzt werden.

6 Vgl. Chris Lorenz, *Konstruktion der Vergangenheit. Eine Einführung in die Geschichtstheorie*, Köln/Weimar/Wien 1997, S. 270.

Die Häufigkeit der Forderung nach vergleichenden Untersuchungen steht nun allerdings in einem auffälligen Missverhältnis zu den tatsächlichen komparativen Anstrengungen im Forschungsalltag. Ulrich Mählert zieht hier ein Fazit, das in allen denkbaren Richtungen des Vergleichs der DDR mit anderen Untersuchungsobjekten magere Ergebnisse zwischenbilanziert:

„[...] die vergleichende Erforschung moderner bürokratischer Systeme im Osteuropa der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts [steht] ebenso am Anfang [...], wie der Diktaturenvergleich zwischen DDR und Nationalsozialismus nach wie vor auf der Ebene der Absichtserklärungen verharret. Auch bleibt der Blick auf die deutsch-deutsche Vergangenheit zumeist auf die Deutschlandpolitik fixiert. Fragen der vergleichenden Gesellschaftsgeschichte werden kaum gestellt.“⁷

Die Untersuchung allerdings, wie sich dieses Anliegen in der akademischen Lehre niederschlägt, erbrachte Überraschungen: Die vergleichende Betrachtung der DDR bzw. Ostdeutschlands mit anderen Ländern bzw. Systemen kommt deutlich häufiger in der akademischen Lehre als in der Forschung vor.

Wenn die Lehrveranstaltungen daraufhin ausgewertet werden, ob sie als Methode der Betrachtung ausdrücklich den Vergleich mobilisieren, dann ergibt sich: Immerhin 15 Prozent des Lehrangebots vergleichen die DDR bzw. Ostdeutschland nach 1989 mit irgendetwas. Im Einzelnen findet die entsprechende Komparatistik in drei Richtungen statt:

- Stark auffällig ist der Umstand, dass der Vergleich zwischen Nationalsozialismus und DDR in der Lehre kaum eine Rolle spielt: nur 1,7 Prozent aller Veranstaltungen widmeten sich diesem Vergleich.
- Noch geringer ist dies lediglich beim Vergleich zwischen DDR und anderen (früheren) sozialistischen Staaten (0,5 Prozent).
- Dagegen stößt der Vergleich zwischen DDR und Bundesrepublik bzw. ost- und westdeutschen Bundesländern auf beachtliche Akzeptanz (12,5 Prozent Anteil am Lehrgeschehen).

7 Ulrich Mählert, Analyse der zur Zeit in Bearbeitung befindlichen und der bereits abgeschlossenen Forschungsarbeiten zur DDR-Geschichte, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. VII, Baden-Baden 1999, S. 857–887, hier S. 865 f.

Insbesondere das mittlere Datum verweist auf bislang verschenkte Chancen. Die sich hier bietende Möglichkeit des synchronen Vergleichs hat gegenüber dem diachronen Vergleich, also dem zwischen NS- und SED-System, beträchtliche Vorzüge. Darauf weist Christoph Kleßmann hin und zieht zugleich ein ernüchterndes Fazit für den Bereich entsprechender Forschungen:

„Das Problem der Zeitverschiebung entfällt weitgehend. Man hat es mit den gleichen weltpolitischen Rahmenbedingungen und mit Zeitgenossenschaft zu tun. Der Ausgangspunkt der politischen Determinanten des Herrschaftssystems ist ähnlich oder gleich und innerhalb dieser in Grundzügen vorgegebenen gleichen Rahmenbedingungen kann man dann sehr viel besser die Besonderheiten, die Wirksamkeit nationaler Traditionen, die Möglichkeiten und Spielräume nationaler und gruppenbezogener Akteure erfassen. Diese Forderung nach Vergleichen mit osteuropäischen Ländern wird ebenso oft erhoben wie selten realisiert.“⁸

Auch für die akademische Lehre kann dies, wie die erhobenen Daten zeigen, bestätigt werden. Im Hinblick auf die anderen beiden Vergleiche lässt sich zusammenfassend festhalten: Der NS-DDR-Vergleich spielt zumindest im Lehrgeschehen nur eine untergeordnete Rolle. Siebenmal häufiger als mit dem Nationalsozialismus wird die DDR mit der Bundesrepublik bzw., für die Zeit nach 1989, Ostdeutschland mit den westdeutschen Bundesländern verglichen.

Diese relativ starke Akzeptanz der vergleichenden Betrachtung Ost- und Westdeutschlands findet sich zusätzlich bestätigt, wenn das Rechercheset daraufhin geprüft wird, wie stark die DDR im gesamtdeutschen Kontext Behandlung erfährt. Immerhin 43 Prozent aller Lehrveranstaltungen zur DDR, so ergibt diese Auswertung, ordnen die DDR in die gesamtdeutschen Nachkriegsentwicklungen ein. Mithin: Die DDR wird weithin als Bestandteil der deutschen Geschichte akzeptiert und nicht – wie allerdings in zahlreichen anderen Bereichen⁹ – als dringlich zu separierender Sonderfall marginalisiert.

8 Christoph Kleßmann, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission, S. 133.

9 Um ein typisches Beispiel zu nennen: Im Sportjournalismus wird häufig von „der deutschen Mannschaft“ gesprochen, die zum letzten Male bspw. 1983 gegen diesen oder jenen Gegner gewonnen hatte. Gemeint ist dann regelmäßig eine bundesdeutsche Mannschaft.

3. Problematische Befunde?

Hintergrund der untersuchungsleitenden Fragen war, ob der DDR-Forschungsboom der neunziger Jahre hinreichende Wirkungen in Medien, politischer Bildung, Gedenkstättenarbeit, Museen, Schulbildung und akademischer Lehre zeitige und in der Zukunft zeitigen werde. Hinsichtlich des Zukunftsbezuges ging die Analyse von dreierlei aus:

1. Diejenigen, die künftig in Medien, politischer Bildung, Gedenkstättenarbeit, Schulbildung usw. tätig sind, werden heute an den Hochschulen ausgebildet.
2. Das heißt zum einen: Heute entscheidet sich an den Hochschulen, ob die DDR-Geschichte in Zukunft angemessene Berücksichtigung finden wird und wie die Multiplikatoren diese DDR-Geschichte verstehen und vermitteln werden können.
3. Es heißt zum anderen: Zugleich entscheidet sich wesentlich an den Hochschulen, ob die DDR-Erfahrungen produktiv für gesellschaftliche Gegenwarts- und Zukunftsbewältigung werden können oder wie die Sozialintegration zwischen Ost und West z. B. über die Medien befördert (oder behindert) werden wird.

Daraus wurde die Annahme abgeleitet, dass es an allen Orten, an denen Soziologen, Politikwissenschaftler/innen, Sozialarbeiter/innen, Journalisten oder Geschichts-, Sozialkunde-, Deutsch- und Religionslehrer/innen ausgebildet werden, entsprechender und möglichst verstetigter Lehrangebote bedarf. Sind aus dieser Perspektive die Untersuchungsergebnisse problematisch? Ja und nein.

Als prinzipiell unproblematisch könnte der Umstand bewertet werden, dass die DDR in der Hochschullehre eine Themenkarriere mit einem Höhepunkt 1994/95 hatte und das Veranstaltungsangebot seither nachlässt. Dies wäre durchaus als Normalisierung nach einer zeitweiligen Konjunkturerhitzung interpretierbar. Abhängig ist dies von der weiteren Entwicklung. Sollte sich die Abflachung des Interesses fortsetzen, das Lehrangebot dann also unter das Ausgangsniveau von 1990 sinken, wäre dies eine problematische Entwicklung. Wenn es auch vom Grundsatz her sehr zu begrüßen ist, dass die DDR immer stärker integrierte Behandlung in weiter gefassten Rahmungen – deutsche Geschichte oder Geschichte des Ostblocks – erfährt, so

sollte es doch nicht dazu kommen, dass explizit DDR-bezogene Lehrveranstaltungen gänzlich verschwinden. Dafür, die DDR in keinem relevanten Umfang mehr als eigenständigen Gegenstand in der akademischen Lehre zu vermitteln, war sie denn doch nicht unwichtig genug.

Hinsichtlich der Inhalte der Lehrveranstaltungen gab es nicht zuletzt im Presseecho auf die Studie „Gelehrte DDR“¹⁰ Problemanzeigen: „Wenn Professoren mit ihren Studenten über die DDR sprechen, dann nicht etwa über Mauertote und SED, sondern über Kultur.“¹¹ „Erich Honecker? Nie gehört“.¹² „Die DDR ist zu einem Trugbild geworden, mit dem sich nicht einmal der akademische Betrieb mehr beschäftigen mag.“¹³ Die in Vorlesungen und Seminaren behandelten Themen hängen allerdings stark mit der Präsenz der Fächer im Lehrveranstaltungsgeschehen zusammen. Diesbezüglich sind folgende Daten auffällig:

- *Politikwissenschaft* und *Soziologie* stellen zusammen 30 Prozent aller Vorlesungen und Seminare und damit 5 Prozent mehr als die Geschichtswissenschaft – ein Hinweis auf die relative Stärke der ostdeutschen Systemtransformation als Thema der universitären Lehre.
- Gleichwohl erreicht die *Geschichtswissenschaft* allein immerhin einen Anteil von 25 Prozent an allen Lehrveranstaltungen.
- Die *Germanistik* ist mit einem 19 Prozent-Anteil gleichfalls prominent vertreten. Hier liegt auch die Ursache für die Vielzahl der Lehrveranstaltungen zu Kultur-Themen, denn zwei Drittel davon befassen sich mit DDR-Literatur. Das wiederum wird plausibler, wenn man sich den deutsch-deutschen Literaturstreit der neunziger Jahre über die „Staatsdichter“ der DDR vor Augen hält. Andererseits aber hat es einen vergleichbaren Streit auch in mehreren Wellen zur Bildenden Kunst gegeben, dort geführt unter dem Stichwort „Auftragskunst“. Dennoch blieb der Niederschlag des Letzteren im universitären Lehrgeschehen vergleichsweise mager. Eine Erklärung dafür findet sich in der Größe der beiden „zuständigen“

10 HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung und die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hatten die Studie am 22. Januar 2002 im Senatssaal der Berliner Humboldt-Universität der Presse vorgestellt. Es wurde breit in Printmedien und Rundfunk sowie vereinzelt im Fernsehen darüber berichtet.

11 Berliner Kurier, 23. I. 2002, S. 7.

12 Schlagzeile in der taz, 23. I. 2002, S. 14.

13 Neues Deutschland, 23. I. 2002, S. 6.

Disziplinen: Wo die Kunstgeschichte zu den sog. Kleinen Fächern zählt, ist die Germanistik ein Massenfach. Entsprechend benötigt die Germanistik auch schlicht und einfach Themenmaterial in großem Umfang, um ihre zahlreichen Lehrveranstaltungen zu bestücken. Folglich wächst die Chance, dass auch Themen, die unter anderen Umständen als nicht so zentral gelten würden, die Weihen der Behandlung erfahren.

- Die *Erziehungswissenschaft* bietet 10 Prozent aller hier interessierenden Lehrveranstaltungen an. Damit erklärt sich wesentlich der vergleichsweise hohe Anteil von Lehrveranstaltungen zum Bildungssystem der DDR (10 Prozent).
- Erstaunen kann es, dass die *Wirtschaftswissenschaft* ausgesprochen schwach vertreten und dort 2000/2001 dann gar keine Veranstaltung zum Thema mehr feststellbar ist. 7,5 Prozent Anteil halten Veranstaltungen zum Wirtschaftssystem der DDR bzw. zur Wirtschaftspolitik der Transformationsjahre seit 1989. Angesichts der Rolle der Wirtschaftspolitik für den DDR-Zusammenbruch wie auch der Dramatik des ökonomischen Transformationsgeschehens der neunziger Jahre kann dies durchaus verwundern. Dass nicht mehr Veranstaltungen dazu angeboten wurden, ist zuvörderst dem gebremsten Interesse der hier vorrangig „zuständigen“ Wissenschaftsdisziplinen – BWL und VWL – zuzuschreiben. Gründe für dieses Desinteresse dürften in der stark verwertungsorientierten Ausbildung, wie sie in den Wirtschaftswissenschaften vorherrscht, zu suchen sein. Der überwiegende Teil der Seminare zur DDR-Wirtschaft bzw. ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung waren politikwissenschaftliche oder soziologische Veranstaltungen.

Im Hinblick auf die Präsenz bestimmter Themen und der Frage, ob sich damit Problemanzeigen verbinden, ergaben einige Detailauswertungen genauere Aufschlüsse:

- Dass die Themen *Antifaschismus*, *Ideologie* sowie *Sozial- und Gesundheitspolitik* nur sehr selten vorkommen, überrascht dann, wenn man sich die in der DDR staatstragende Bedeutung der dahinter stehenden Inhalte vergegenwärtigt.
- Ebenso verstehen sich die wenigen recherchierten Lehrveranstaltungen zum Thema *Freizeit/Sport* nicht von selbst, wenn berücksichtigt wird, dass unter Sport auch der Leistungssport fällt.

- Unterhalb der Wahrnehmbarkeitsschwelle bleiben Vorlesungen oder Seminare zu den Themen *Ökologie/Umweltpolitik*, was insofern über- rascht, als dies ein seit 1990 vorzüglich erforschtes Feld ist.
- Innerhalb der Veranstaltungen zum politischen System der DDR fan- den die *Außenpolitik*, das *Rechtssystem* der DDR und die *DDR-Mas- senmedien* noch vergleichsweise größere Aufmerksamkeit. Dies lässt sich nicht mehr sagen für die Themen *SED* (lediglich 1,5 Prozent aller Ostdeutschland-bezogenen Seminare) und, mit noch geringerer Quote, für *Massenorganisationen und Blockparteien*. Letztere sind als Thema von Lehrveranstaltungen überhaupt nicht wahrnehmbar. Ebenfalls praktisch nicht existent ist die *DDR-Militär- und Verteidigungspolitik*.
- Im Rahmen der Veranstaltungen zu Wirtschaft/Wirtschaftspolitik wur- den und werden fast ausnahmslos allgemeine Fragen des Wirtschaftssys- tems und der Nach-1989er-Transformation behandelt. Detailrecherchen zu den Themen *Industriegeschichte und -entwicklung*, *Landwirtschaft* sowie *Technologie/Technologiepolitik* enden durchgehend mit quanti- tativ unterkritischen, mithin zu vernachlässigenden Ergebnissen.
- Das Themenfeld Kulturleben und Kulturpolitik wird in der akademi- schen Lehre vorrangig – zu zwei Dritteln – von der *DDR-Literatur* be- setzt. *Theater*, *Spielfilm*, *Bildende Kunst* und *Architektur/Städtebau* kommen nicht übermäßig häufig vor, sind aber wahrnehmbar präsent. Dagegen erscheinen andere Themen, für die Aufmerksamkeit hätte ver- mutet werden können, als de facto nicht präsent. Das gilt insbesondere für die *DDR-Musik* sowie für die *Denkmalkultur und -pflege*, was für Letztere, nicht zuletzt auf Grund der Debatten über die Denkmalkultur der DDR und den Umgang mit DDR-Denkmalen, verwundern darf.

4. Hochschule und Gesellschaft –

Hochschulbildung und ostdeutsche Gesellschaft

Der seit 1968 immer wieder – vor allem hochschulreformerisch – themati- sierte Zusammenhang von Hochschule und Gesellschaft wird im Zuge der Nachbereitung der deutschen Zweistaatlichkeit und der Vereinigungs- gestaltung neu aufgerufen. Welche Herausforderungen stehen hier?

4.1 Die Funktion des Hochschulstudiums und die Präsenz der DDR in der akademischen Lehre

Die akademische Lehre dient der Vermittlung von neuestem Wissen, das sich aus Forschung speist. Es ist einerseits Wissen, das professionalisiert erzeugt wurde und sich daher durch höhere Gewissheitsgrade auszeichnet als z. B. Erinnerungswissen. Andererseits ist es auch Wissen, das häufig – insbesondere hinsichtlich seines Erklärungspotenzials – noch fragil ist, insofern es bisherige Erkenntnisgrenzen überschreitet. Das Wissen, das an der Hochschule erworben werden kann, stellt nur zum Teil und nur vorläufig gesicherte Wissensbestände dar. Es unterliegt einer methodisch geleiteten Kritik und ist zu einem beträchtlichen Teil noch nicht quasi-kanonisiert, hat also z. B. den Weg in schulische Lehrpläne noch nicht gefunden.

An diesem Prozess, professionalisiert erzeugtes Wissen in professioneller Weise, d. h. in Frage stellend zu prüfen, teilzuhaben: das ist die Methode akademischer Wissensvermittlung, welche spezifische, andernorts so nicht organisierbare Potenziale entfaltet. Diese sollen sich bei den einzelnen Studierenden in einer Weise entfalten, dass sie nachhaltig wirksam werden, d. h. sich nicht mit dem Studienabschluss verlieren. Dauerhaft erworben werden sollen die Fähigkeiten, Informationen zu recherchieren, zu bewerten, zu verknüpfen und sie dadurch in Wissen zu transformieren, das dann wiederum weiter vermittelt werden kann. Vor diesem Hintergrund sind auch die Lehraktivitäten zur DDR-Geschichte zu betrachten.

Lehramtsanwärter/innen, Studierende mit beruflichen Perspektiven im Journalismus oder in der politischen Bildung und sonstige künftige Multiplikatoren werden künftig diejenigen sein, welche die Erfahrungsressourcen der DDR-Geschichte für Geschichtsbild, Gegenwartsbewältigung und Zukunftsgestaltung mobilisieren können. Wenn sie ein aufgeklärtes Bild der DDR und der daraus zu gewinnenden Erfahrungen vermitteln sollen, müssen sie eine realistische Chance haben, sich mit DDR-Geschichte als Gegenstand ihrer universitären Ausbildung befassen zu können. Daher erscheint es als unabdingbar, dass in möglichst vielen sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern und an allen Universitäten entsprechende Lehrveranstaltungen angeboten werden. Wünschenswert ist hierbei zweierlei: Ebenso wie z. B. das Kaiserreich oder die Weimarer Republik sollte die DDR ein selbst-

verständlich integrierter Gegenstand thematisch übergreifender Lehrveranstaltungen sein. Zugleich ist es aber auch nötig, dass der DDR – gleichfalls wie dem Kaiserreich oder der Weimarer Republik – separate Lehrveranstaltungen gewidmet werden: Denn erst diese erlauben eine solche seminaristische Vertiefung, die bei den einzelnen Studierenden die wissenschaftlich begründete Urteilsfähigkeit ausbildet, welche einen souveränen Umgang mit der DDR-Geschichte und ihren Nachwirkungen gestattet.

Zu betonen sind dabei in Sonderheit die Nachwirkungen. Die DDR ist nicht allein ein historischer Gegenstand, sondern eminent gegenwartsbezogen. Sie ist gegenwartsbezogen sowohl in ihrer interpretatorischen Verarbeitung wie in den nachwirkenden Prägungen mehrerer Generationen.

4.2 Ostdeutsche Befindlichkeiten und die Vermeidbarkeit von Interpretationshavarien

Um diesen Gegenwartsbezug der DDR an einem Beispiel zu illustrieren: 1999 veröffentlichte der Hannoveraner Kriminologe Christian Pfeiffer ein Thesenpapier über die Ursachen von Fremdenhass in Ostdeutschland.¹⁴ Er verband dies mit der Präsentation eines Fotos aus einem DDR-Kindergarten: Eine Kindergruppe sitzt in Reih und Glied auf Nachttöpfen und verrichtet gemeinschaftlich die Notdurft – das alsbald so genannte Töpfchenfoto. Pfeiffer erläuterte, dies sei ein Beweis für die aberwitzige kollektivistische Zurichtung in der DDR, die alle Lebensbereiche umfasst habe: Nicht einmal Pinkelgehen sei individuell möglich, sondern an feste Termine und normierte Gruppenabläufe gebunden gewesen. Wer so von Kindheit an aufgewachsen sei, müsse zwar nicht zwingend ein Neonazi werden und Ausländer überfallen, aber wundern jedenfalls brauche man sich darüber nicht, wenn er es dann werde.

Daraufhin hieß das, was Pfeiffer sagen wollte, nur noch die „Töpfchentese“. Es herrschte in Ostdeutschland allgemeine Empörung über „den Wessi“, der sich da eine Deutungshoheit angemaßt und so überdeutlich daneben gelegen habe. Denn jeder, der in der DDR gelebt hatte, wusste,

¹⁴ Christian Pfeiffer, Untertanengeist zählte mehr als Individualität, URL: <http://home.t-online.de/Gplatzdasch/ndo4.htm> (Zugriff: 24. 2. 2003).

dass im Kindergarten zwar Kollektivnormen eingeübt wurden, dass dennoch aber bedürfnisabhängig auf die Toilette gegangen werden durfte. Die allgemeine Empörung war unabhängig davon, wie die einzelnen Empörten seinerzeit zur DDR gestanden hatten.

Pfeiffer hatte mit dem Foto eine geradezu grandiose Kommunikations-havarie produziert, und diese war weniger witzig, als es der Anlass nahe legen könnte. Denn über das eigentliche Problem, zu dessen Erklärung Pfeiffers Text etwas hätte beitragen wollen und können – das Ausmaß der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland –, wurde anschließend nicht mehr diskutiert. Dabei wäre das lohnenswert gewesen. Immerhin hatte Pfeiffer als Ausgangspunkte zwei harte Daten:

- „Fremdenfeindliche Überfälle [...] ereignen sich im Osten pro 100 000 der Bevölkerung vier- bis fünfmal so oft wie im Westen [...]. Pro 100 000 Ausländer wurden 1997 in den westlichen Bundesländern 2,1 Opfer fremdenfeindlicher Gewalt, in den neuen Bundesländern waren es 57,4 – also 27mal so viel.“¹⁵
- Es gibt eine „starke Gruppenorientierung der jungen Ostdeutschen [...]. Jugendliche und Heranwachsende in den neuen Bundesländern [begehen] Gewaltdelikte primär aus Gruppen heraus [...], während im Westen die Einzeltäter dominieren [...]. Junge Gewalttäter aus Leipzig gaben zu 55 Prozent an, daß sie ihre Taten aus Gruppen heraus begangen hatten. In Stuttgart waren das nur 20 Prozent.“¹⁶

Pfeiffers eigentliche Argumentation nun war: Der hohe Anpassungsdruck an die Gruppe habe eine kollektivistische Zurichtung und Entindividualisierung bewirkt. Im Kontext der strikten Feinbildorientierung, die das DDR-Bildungssystem vermittelte, resultiere dies in dreierlei: Verunsicherung des Individuums, Abwehr alles Fremden und Gewinn von Selbstbewusstsein allein in der Gruppe. All dies zusammen habe einen Nährboden für feindselige Einstellungen gegenüber und Gewalt gegen Ausländer geschaffen.

Dies plausibel zu machen, hätte es des Töpfchenfotos nicht bedurft. Pfeiffer aber war von dessen vermeintlicher Evidenz so beeindruckt, dass er

15 Ebenda, S. 1.

16 Ebenda, S. 2.

sich nicht die Frage stellte, ob er womöglich einem Stereotyp aufsitzt – einem Stereotyp, das zwar herrschaftsanalytisch plausibel ist, im konkreten Falle aber alltagsgeschichtlich dementiert wurde. Pfeiffer organisierte sich mit dem Einsatz des Fotos die allgemeine Abwehr der Ostdeutschen und verschenkte damit ohne Not die Chance, dass über seine eigentlichen Themen diskutiert wurde.

Solche verschenkten Chancen tragen dazu bei, ein ostdeutsches Gegenwartsproblem zu perpetuieren, indem über dieses nicht gesprochen wird: Die ostdeutsche Teilgesellschaft ist in beträchtlichem Ausmaß durch mangelnde Liberalität gekennzeichnet, die mit der kollektivistischen Prägung einhergeht – ein Problem, dessen Wirkungen die ostdeutsche Gesellschaft tiefer bestimmen, als dies eine vordergründige Verkürzung auf fremdenfeindliche Gewalt nahe legt.

Gemeint ist damit das in Ostdeutschland weithin zu beobachtende Fehlen schlichter Gelassenheit gegenüber beliebigen Abweichungen von kollektiv definierten Normen.¹⁷ Vorbehalte gegenüber Ausländern sind nur *ein* Ausdruck – wenn auch einer mit besonders dramatischen Folgen – für dieses mental verankerte Unverständnis. Es richtet sich ebenso gegen eigenwilligen Individualismus, gegen Schwule und Lesben, gegen minoritäre Lebensstile usw. Indem dieser verbreitete Konventionalismus nicht bearbeitet wird, wird er weitergegeben: in den Familien und den Schulen insbesondere, und damit auch an Generationen, die ihre Prägungen weit nach dem

17 Vgl. dazu auch die Selbstbeschreibung der Ostdeutschen, die Elmar Brähler/Horst-Eberhard Richter, Ost- und Westdeutsche. 10 Jahre nach der Wende, in: Hendrik Berth/Elmar Brähler (Hrsg.), *Deutsch-deutsche Vergleiche. Psychologische Untersuchungen 10 Jahre nach dem Mauerfall*, Berlin 1999, S. 9–27, hier S. 24, empirisch destillierten: „zuspidend [...] könnte man die Ostdeutschen im Westvergleich durch 4 P's definieren. Sie porträtieren sich passiver, pessimistischer, paranoider und pazifistischer. Passiver im Sinne von größerer Weichheit und mehr Autoritätsabhängigkeit. Pessimistischer, weil sie für sich einen Rückgang an Zufriedenheit erwarten und vergleichsweise die gesellschaftliche Bedeutung noch düsterer einschätzen. Paranoider, weil sie misstrauischer ihre Sicherheit bedroht fühlen.“ „Sehr viel mehr als die Westdeutschen fühlen sie sich von Unmoral, Kriminalität und speziell von Ausländern bedroht“ (was auch immer Brähler/Richter mit dem Wort „speziell“ im Kontext von Unmoral und Kriminalität gemeint haben mögen). „Pazifistischer durch ihre vergleichsweise stärkere Ablehnung deutscher Kriegsbeteiligung.“

Ende der DDR erfahren. Hier ist im Übrigen auch die Kritik an einem Geschichtsunterricht, der an ostdeutschen Schulen häufig so ablaufe, dass das Schuljahr rechtzeitig zu Ende ist, bevor die DDR hätte behandelt werden müssen, recht vordergründig. Denn die konformistische Zurichtung darauf, dominante Normen unhinterfragt zu akzeptieren – unter Ausschluss der Norm des Tolerierens von Abweichungen – findet auch im Sport- oder im Physikunterricht statt.

Mit der Verarbeitung der DDR-Geschichte hat dieses Problem deshalb zentral zu tun, weil ihm sozialisatorische Prägungen großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung zu Grunde liegen, die Nachwirkungen der DDR sind. Diese fortwirkenden Muster von Autorität und Konformität behindern nicht allein die Integration der beiden Teilgesellschaften in Ost und West. Sie behindern ebenso eine angemessene kritische Auseinandersetzung vieler Ostdeutscher mit den Strukturen der vereinigten Bundesrepublik – z. B. eine Auseinandersetzung mit den deutlich anderen, doch gleichwohl vorhandenen Autoritäts- und Konformitätsmustern der westlichen Gesellschaft.

Die zeithistorische Forschung ist Erforschung der Geschichte der heute lebenden Generationen, und sie darf genau davon nicht abstrahieren. Wenn das überwundene autoritäre System nach wie vor eine Quelle einer nach wie vor autoritär geprägten Dominanzkultur ist, dann muss dies so aufgearbeitet werden, dass den Einzelnen diese Quellen bewusst zu werden vermögen. Nichts schadet hierbei mehr als Stereotype – die dann beispielsweise den Kurzschluss vom kollektiven Pinkeln zu ich-gestörten Nazi-Kids bewirken. Sobald die DDR eine Behandlung erfährt, die den argumentativen Komplexitätsgrad der früheren Agitation und Propaganda nicht überschreitet, werden „Es-war-nicht-alles-schlecht“-Stereotype aktualisiert, da diese eben durch entgegengesetzte Stereotype nicht aufgebrochen werden können.

Was aber wirkt stereotypenzersetzend? Neben positiven Alltagserfahrungen – etwa Anerkennung gelebter Biografien, Arbeitsplätze und Zukunftsperspektive – ist dies vor allem seriöse wissenschaftliche Forschung. Damit deren stereotypenzersetzende Wirkungen indes nicht allein im inneren Zirkel der professionell Interessierten verbleiben, braucht es die Transformation der Forschungsergebnisse in unterrichtliche Inhalte, journalistisches

Basiswissen, politische Bildung usw. Voraussetzung dafür ist angemessene akademische Bildung derjenigen, die all dies betreiben.

Fazit: Die kollektivistisch-konformistischen Prägungen eines Großteils der Ostdeutschen aufzubrechen und sie damit nicht zuletzt auch zu souveräner Kritik an der heutigen Bundesrepublik, also zu demokratischer Mitwirkung zu befähigen, die auf dem Niveau der Verhältnisse agiert, braucht es die Auseinandersetzung mit der DDR. Auf dass diese stattfinden kann, wird eine aufklärerisch orientierte Forschung zum Thema benötigt, die eine stereotypenzersetzende Funktion wahrnimmt. Damit diese eine gesellschaftliche Relevanz zu entfalten vermag, braucht es die verstetigte Vermittlung der Forschungsergebnisse in die akademische Lehre.

Deutungskonflikte über DDR-Geschichte aus Akteursperspektive

Die DDR-Themenkarriere – mögliche Interpretationen

„Erich Honecker? Nie gehört!“ titelte die taz am 23. Januar 2002. Eine Woche später hieß es in der Chemnitzer Freien Presse vom 1. Februar 2002 sogar: „DDR vor dem zweiten Untergang“.

Anlass der dramatisierenden Überschriften war die Berichterstattung über die Ergebnisse der Studie „Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000“.¹ Deren wichtigster Befund bestand in dem ein Jahrzehnt nach dem Systemwechsel in quantitativer Hinsicht kontinuierlich abnehmenden Interesse an der DDR und den ostdeutschen Entwicklungen in der akademischen Lehre: 2001 war es auf dem vergleichsweise niedrigen Stand von 1990 angelangt. Eine aus diesen Ergebnissen generierte Themenkarriere der DDR in der akademischen Lehre zeigt zunächst eine fast lineare Aufwärtsbewegung vom Anfang bis zur Mitte der neunziger Jahre. In der zweiten Hälfte jedoch zeigt sie eine fast ebenso lineare Abwärtsbewegung.²

1 Peer Pasternack, Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000. Unter Mitarb. v. A. Glück, J. Hüttmann, D. Lewin, S. Schmid und K. Schulze. HoF Wittenberg, Wittenberg 2001.

2 Ebenda, S. 32 ff. Im Zeitraum von 1990 bis 2000/01 fanden ca. 3700 Lehrveranstaltungen zur DDR bzw. Ostdeutschland statt. Die Studie zeigte, dass es 2000/2001 eine deutliche Mehrheit von Landstrichen – nämlich insgesamt 62 % – gab, in denen keine DDR-bezogenen universitären Veranstaltungen angeboten wurden.

Für die Fortsetzungsstudie, aus der nun empirische Befunde³ zu Deutungskonflikten über DDR-Geschichte vorgestellt werden, war von besonderem Interesse: Wer sind eigentlich die Akteure DDR-bezogener Forschung und Lehre? Denn die unterschiedlichen Einschätzungen und Sichtweisen auf DDR-Geschichte sind offensichtlich auch in hohem Maße davon abhängig, aus welcher Akteursperspektive argumentiert wird.⁴

Dies lässt sich bereits an der Frage zeigen, welche Ursachen für den Rückgang von diesbezüglichen Lehrveranstaltungen angegeben werden. Problematisch erscheinen die Ergebnisse für viele Akteure vor allem vor dem Hintergrund, dass derzeit diejenigen, die künftig in Medien, politischer Bildung, Gedenkstättenarbeit, Schulbildung usw. tätig sein werden, sich nicht mehr in ausreichendem Maße mit der DDR befassen können. Es entscheidet sich demnach heute an den Hochschulen, ob die DDR-Geschichte in Zukunft angemessene Berücksichtigung finden wird und wie Multiplikatoren diese Geschichte verstehen und vermitteln werden können. Ebenso wie in den beiden Zeitungen wurde dies in einer Rezension der Studie hervorgehoben: „Wird dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten, haben wir bald von der ‚gelehrten DDR‘ geleerte Universitäten!“⁵

Nicht ausgemacht ist damit aber, dass die Relevanz des Themas andernorts ebenso gesehen wird. So stellt etwa der Bonner Politologe Hans-

- 3 Die Ergebnisse wurden mittels einer mündlichen und einer schriftliche Befragung erhoben. Die Auswertung des Fragebogens, den insgesamt 167 Wissenschaftler beantwortet haben, wurde mithilfe von Häufigkeitszählungen und Korrelationsanalysen durchgeführt. Zur Methode und Durchführung der insgesamt neun Experteninterviews: Michael Meuser/Ulrike Nagel, ExpertInneninterviews – Wissenssoziologische Voraussetzungen und methodische Durchführung, in: Barbara Friebertshäuser (Hrsg.), *Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft*, Weinheim 1997, S. 441–471.
- 4 Vorrangig sind die primären Träger des DDR-bezogenen Lehr- und Forschungsbetriebs angesprochen: die an den Universitäten tätigen und dort entsprechende Veranstaltungen anbietenden Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Gegenstand dieser Analyse sind ihre Motivationen, Inhalte und Strategien für DDR-geschichtliche Lehr- und Forschungsaktivitäten. Vgl. ausführlich Jens Hüttmann, *Die „Gelehrte DDR“ und ihre Akteure. Inhalte, Motivationen, Strategien: Die DDR als Gegenstand von Lehre und Forschung an deutschen Universitäten*. Unter Mitarb. v. Peer Pasternack. HoF Wittenberg, Wittenberg 2004.
- 5 Vgl. Gerd Dietrich, Rezension zu: Peer Pasternack, *Gelehrte DDR*, in: *H-Soz-u-Kult*, 9. 4. 2003, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2003-2-019>.

Peter Schwarz die Frage, ob die Prominenz des Themas als Forschungsgegenstand in den neunziger Jahren heutzutage nicht besser relativiert werden sollte. Er hat dabei ganz andere Themen im Blick, denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sich infolge der Epochenäsur 1989/91 aus seiner Sicht zuwenden sollten. Neben der „deutschen Außenpolitik“ und „dem Jugoslawienkrieg“ nennt er dabei vor allem die Geschichte der Bundesrepublik. Es scheint sich dabei gewissermaßen um ein Nullsummenspiel auf Kosten der DDR-Geschichte zu handeln:

„In Bezug auf die DDR-Geschichte verhält es sich mit der Zugänglichkeit der Quellen bekanntlich günstiger. Hier ist die professionelle Geschichtswissenschaft von Anfang an zahlreich und mit quantitativ überwältigendem Forschungsertrag eingestiegen. So begrüßenswert der Vorgang ist, dass vierzig Jahre DDR-Geschichte unverzüglich nach der Vereinigung zur Bonanza historiographischer Zeitgeschichtsforschung geworden sind, so paradox ist er gleichzeitig. Denn nun wird die fehlgeschlagene Geschichte der DDR in ihrer ganzen Länge und Breite ins historiographische Bewusstsein gerufen, während die deutlich besser verlaufene Geschichte der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der Dreißig-Jahres-Frist derzeit erst bis in die frühen siebziger Jahre auf der Grundlage amtlicher Archivalien systematisch erforscht werden kann.“⁶

Deutlich wird daran, dass es zumeist nicht nur um die DDR geht. Denn die unterschiedlichen Sichtweisen auf ihre Geschichte lassen sich jeweils in (häufig impliziter) Relation zur Wahrnehmung westdeutscher Geschichte begreifen. Die „starke Asymmetrie“⁷ und „Verflechtungsgeschichte“ des deutsch-deutschen Verhältnisses vor 1989 hätte sich somit – so Lutz Niethammer⁸ – gewissermaßen in die Gegenwart und die kollektiven Erinnerungen an die DDR hinein verlängert. Fällt der Blick beispielsweise auf die

6 Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die neueste Zeitgeschichte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 49 (2003), S. 5–28, vor allem S. 17 ff., hier S. 24.

7 Vgl. Christoph Kleßmann, Zeitgeschichte in Deutschland nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Essen 1998, S. 48 ff.

8 Lutz Niethammer, Methodische Überlegungen zur deutschen Nachkriegsgeschichte. Doppelgeschichte, Nationalgeschichte oder asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte?, in: Christoph Kleßmann/Hans Misselwitz/Günter Wichert (Hrsg.), Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte, Berlin 1998, S. 307–329, hier S. 310.

von Axel Schildt vorgetragenen fünf Möglichkeiten, die Geschichte der Bundesrepublik zu erzählen, stehen die „Erfolgsgeschichte“ der Bundesrepublik und die „Misserfolgsgeschichte“ der DDR komplementär zueinander:⁹ „In der Gegenüberstellung mit der DDR erschien die Bundesrepublik mit einem Mal geradezu in hellem Licht.“¹⁰

Mittlerweile scheint die konjunkturelle Entwicklung des Themas für die „Normalisierungsthese“ zu sprechen. Mit ihr ist die Vermutung verbunden, dass seit der Phase „spontaner Aufklärung“¹¹ Anfang der neunziger Jahre von alten Grabenkämpfen manche Spuren, wenn nicht gar Narben geblieben, gleichzeitig aber die ganz prominenten Debatten, etwa im Zusammenhang mit der „Abwicklung“, der Totalitarismusthese oder der Kritik an der westdeutschen DDR-Forschung vor 1989,¹² abgeklungen seien: 45 Prozent der Befragten sind der Ansicht, der Rückgang DDR-bezogener Lehraktivitäten seit Mitte der neunziger Jahre lasse sich als „Normalisierung“ bewerten (27 Prozent sehen darin keine „Normalisierung“, 23 Prozent legen sich hierzu nicht fest). Ähnliche Zustimmungsraten erhielt die Aussage: „Die Abnahme DDR-bezogener Lehre lässt sich als Spiegelbild rückläufiger Forschungsaktivitäten interpretieren.“ 46 Prozent sehen dieses Spiegelbild, während die andere Hälfte sich dieser Aussage nicht anschließt (24 Prozent) bzw. sich nicht festlegen will (21 Prozent).

Das heißt jedoch keineswegs, dass nicht auch weiterhin Kontroversen im Historikerfeld¹³ der DDR-Forschung und -Lehre ausgetragen werden.

- 9 Axel Schildt, Fünf Möglichkeiten, die Geschichte der Bundesrepublik zu erzählen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 10, 1999, S. 1234 ff.
- 10 Bernd Faulenbach, Acht Jahre deutsch-deutsche Vergangenheitsdebatte – Aspekte einer kritischen Bilanz, in: Kleßmann/Misselwitz/Wichert (Hrsg.), Deutsche Vergangenheiten, S. 15–35, hier S. 25.
- 11 Rainer Eckert, Triumph über die Diktatur oder Verschleierung der Vergangenheit? Zwölf Jahre Auseinandersetzung mit der zweiten deutschen Diktatur: Eine vorläufige Bilanz, in: Horch und Guck 39 (3) (2002), S. 23–27.
- 12 Vgl. als Beispiel Jens Hacker, Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Berlin 1994.
- 13 Die Metapher des Historikerfeldes im Sinne Pierre Bourdieus. Der Begriff des Feldes erlaubt es, nur scheinbar ruhende Zustände auf ihre Konflikte hin zu analysieren. Vgl. Pierre Bourdieu/Lutz Raphael, Über die Beziehungen zwischen Geschichte und Soziologie in Frankreich und Deutschland, in: Geschichte und Gesellschaft (GG) 22 (1996), S. 62–89.

Darum soll es nun gehen. Argumentiert wird, dass die Beschreibung einer „Normalisierung“ nicht verdecken kann, dass weiterhin z. T. sehr disparate Einschätzungen und Perspektiven auf die Geschichte der DDR existieren. Diese betreffen neben der begrifflichen Einordnung nicht zuletzt auch Fragen ihrer Bewertung.¹⁴

Die DDR-Forschung und -Lehre aus Akteursperspektive

Nachgegangen wird den Deutungskonflikten aus der Perspektive der Akteure. Letztere können, einen Vorschlag Alf Lüdtkes zur Geschichtsschreibung in der DDR aufgreifend, in doppelter Hinsicht in den Blick genommen werden:

Erstens richtet sich die Frage nach den Akteuren in der Geschichte – „Wer handelt?“ – darauf, welchen historischen Gegenständen von der Wissenschaft überhaupt Subjektstatus zugesprochen wird. Handelt es sich dabei – um nur einige Beispiele zu nennen – um Individuen und/oder (politische) Strukturen und/oder sozialökonomisch bestimmte Klassen?

Zweitens richtet sich die „Frage nach den Akteuren [...] aber nicht nur auf den Gegenstandsbereich von Wissenschaft. Denn Akteure der Geschichte sind zugleich die Historiker – die Autoren und Autorinnen historischer Rekonstruktionen und Repräsentationen. Wie kommunizieren sie, welche Distanzen suchen sie, wie erfahren sie disziplinäre Kräftefelder – wie eignen sie diese sich an?“¹⁵

14 Bernd Faulenbach, Nur eine „Fußnote der Weltgeschichte“? Die DDR im Kontext der Geschichte des 20. Jahrhunderts, in: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mähler (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn 2003, S. 1–27. Allgemein sind Kontroversen in „der Historie konstitutiv und nicht wie in manchen anderen Wissenschaften nur akzidentiell. [...] Sie sind aber auch konstitutionell schwer auszuhalten, weil es letztlich keine Kriterien zu ihrer Beilegung gibt oder weil es sich bei den historischen [...] um ‚never ending debates‘ handelt. Sie sind nur wissenschaftlich reduzierbar.“ Lutz Niethammer, Über Kontroversen in der Geschichtswissenschaft, in: Gerhard Schneider (Hrsg.), Geschichtsbewußtsein und historisch-politisches Lernen. Jahrbuch für Geschichts-didaktik 1 (1988), S. 205–230, hier S. 205.

15 Alf Lüdtkes, Wer handelt? Die Akteure der Geschichte. Zur DDR-Geschichtsschreibung über Arbeiterklasse und Faschismus, in: HZ, Beih. 27, S. 369–410, hier S. 370.

Damit ist auch die partikulare Standortgebundenheit von „Objektivität“ angesprochen, für die Max Weber das Standardzitat geliefert hat.¹⁶ Für die Auseinandersetzung mit der DDR wurde dies so übersetzt: „Die Geschichtswissenschaft und insbesondere die Zeitgeschichte ist immer auch eine Sache der Politik und der Moral. Man kommt nicht darum herum, dass die persönlichen, politischen und ethischen Positionen der Historiker die metatheoretischen Voraussetzungen des Forschungsprojektes und der Ergebnisse mitbestimmen. Aber wie weit müssen diese Voraussetzungen die wissenschaftliche Interpretation letztlich prägen? Im heutigen politischen Streit ist die DDR besonders brisant.“¹⁷

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wirken somit – dem Anspruch nach – einerseits durch ihre historischen Deutungsmuster kritisch auf die kollektive Erinnerung an die DDR ein, andererseits sind sie selber durch diesbezügliche individuelle und kollektive Erinnerungen beeinflusst.¹⁸ Wie Konrad H. Jarausch 1995 bemerkte, hatte der erinnerungsbezogene Streit um die DDR, dessen Ursprung vor 1989 lag, zu einem institutionellen Lagerdenken geführt: „So ist die Kontroverse zum Selbstläufer geworden, denn die verschiedenen Haupterzählungen zielen weniger auf die Aufarbeitung der DDR-Geschichte als auf die Erringung intellektueller Hegemonie im vereinten Deutschland hin. Ihre Verfestigung in rivalisierende Institutionen

- 16 „Was Gegenstand der Untersuchung wird, und wie weit diese Untersuchung sich in die Unendlichkeit der Kausalzusammenhänge erstreckt, das bestimmen die den Forscher und seine Zeit beherrschenden Wertideen.“ Vgl. Max Weber, *Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis*, in: *Schriften zur Wissenschaftslehre*, Stuttgart 1991 [1904], S. 21–101, hier S. 65. Wenn dem so ist, kann es nicht darum gehen, bestimmte Werthaltungen auszuschalten, „sondern nur darum, sie kritisch einzugrenzen“ – so Heinz Dieter Kittsteiner, *„Gedächtniskultur“ und Geschichtsschreibung*, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), *Gedächtnispolitik. Eine kritische Zwischenbilanz*, Berlin 2003, S. 18–39, hier S. 31.
- 17 Mary Fulbrook, *Politik, Wissenschaft und Moral. Zur neueren Geschichte der DDR*, in: *GG 22* (1996), S. 458–471, hier S. 458.
- 18 Dies betont Dan Diner: „Der Konstruktion von Historie gehen Geschichtsbilder voraus, die auf unterschiedlichen Konstellationen von Erfahrung beruhen. Die Erfahrungskontexte wiederum führen ganz ohne Absicht in eine Vorauswahl dessen, was sich mittels Gedächtnis in Geschichte verwandelt – vom thematischen Gegenstand bis zur Methode“, in: ders., *Kreisläufe. Nationalsozialismus und Gedächtnis*, Berlin 1995, S. 7–11, hier S. 9.

perpetuiert ein Lagerdenken, das ein Deutungsmonopol für die jeweilige Version der DDR-Vergangenheit beansprucht.“¹⁹

Mit dem „Pathos der Nüchternheit“?

Fast zehn Jahre später scheint, wie eingangs angedeutet, das Lagerdenken bzw. der Streit über das Versagen der DDR-Forschung beziehungsweise über das „Schönreden der zweiten deutschen Diktatur“ abgeebbt zu sein, nicht zuletzt, weil seitdem die wissenschaftliche Auseinandersetzung an Bedeutung gewonnen habe.²⁰ Hingewiesen wird darauf, dass es zukünftig „neben einer Historisierung der Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Einbettung in die deutsche, europäische und Weltgeschichte, wie dies Martin Broszat bereits vor Jahren gefordert hat, auch einer Historisierung der Geschichte der SBZ/DDR“ bedürfe.²¹

Diesem Anspruch stimmt eine Mehrheit des Feldes zu: Die Aussage „Die DDR sollte ebenso wie der Nationalsozialismus historisiert werden“ findet bei den mit der DDR befassten Wissenschaftler/innen eine deutliche Mehrheit (56 Prozent), während sich hierzu nur 17 Prozent ablehnend äußerten (19 Prozent legten sich nicht fest).

Jedoch: Der Begriff der Historisierung steht in einer eigentümlichen und spannungsreichen Verbindung mit der paradoxen Formulierung des „Pathos der Nüchternheit“. Dieses Selbstverständnis als Forscher sei es ge-

19 Konrad H. Jarausch, Die DDR denken. Narrative Strukturen und analytische Strategien, in: Berliner Debatte INITIAL 4/5 (1995), S. 9–15, hier S. 11.

20 Vgl. Beate Ihme-Tuchel, Die DDR, Darmstadt 2002, S. 103.

21 So Günther Heydemann/Detlef Schmiechen-Ackermann, Zur Theorie und Methodologie vergleichender Diktaturforschung, in: Günther Heydemann/Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte, Bonn 2003, S. 9–54, hier S. 13. Historisierung im Sinne Broszats zielt auf die Erklärung des historischen Zusammenhangs, aus dem der NS (bzw. die DDR) entstanden war, der zu seinen Erfolgen beigetragen und seine Nachwirkungen beeinflusst hat. Vgl. Martin Broszat, Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: ders., Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte, München 1988 [1985], S. 266–281. Ein Wissenschaftler bemerkte hierzu: „Daneben hat sich in der Öffentlichkeit ein Begriff von Historisierung etabliert, der auf das langsame Vergessen abhob. Das sollte gerade nicht angestrebt werden“ [Fragebogen Nr. 20].

wesen, so eine Festschrift, das für Broszats Alltagspraxis im Zentrum seiner Arbeit gestanden hätte: „Als Angehöriger der sog. HJ-Generation selbst aufs stärkste ‚betroffen‘, war er sein ganzes wissenschaftliches Leben um Analyse, aber auch – mitunter in dezidierten, provokativen öffentlichen Eingriffen – um die Deutung des Nationalsozialismus bemüht. Das geschah mit dem ganzen Pathos der Nüchternheit, zu dem diese ernüchterte Generation fähig sein konnte und wozu, nach seinem Gefühl, die Historiker dieser Generation auch verpflichtet waren.“²²

Der Nüchternheits- und Historisierungsdiskurs steht somit selbst in einem Spannungsverhältnis zwischen „Betroffenheit“ und „Analyse“.²³ Aus Sicht der an der schriftlichen Befragung Beteiligten kommt dies auch in der Auseinandersetzung mit der DDR zum Vorschein. Denn es wurde auch danach gefragt, inwiefern die Wissenschaftler/innen meinen, dass ein solches normatives Leitbild die jüngere und heutige DDR-Forschung präge: „Geschichtsforschung kann ‚Mit dem Pathos der Nüchternheit‘ (Titel einer Festschrift für Martin Broszat) betrieben werden. Meinen Sie, dass ein solches normatives Leitbild die jüngere und heutige DDR-Forschung prägt?“ Viele der Befragten, insgesamt knapp 39 Prozent, sind nicht dieser Ansicht, fast ebenso viele (36 Prozent) haben sich nicht festgelegt. Nur ein Viertel der Forscher hingegen sieht dieses Leitbild als prägend an.

22 Klaus-Dietmar Henke/Claudio Natoli (Hrsg.), *Mit dem Pathos der Nüchternheit. Martin Broszat, das Institut für Zeitgeschichte und die Erforschung des Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M./New York 1991, S. 9.

23 Vgl. den Text von Hubert Laitko, der die Spannungen zwischen „emotionaler Betroffenheit“ und dem „Gebot“ wissenschaftlicher Nüchternheit explizit benennt. Hubert Laitko, *Abwicklungsreminiszenzen. Nach-Denken über das Ende einer Akademie*, in: *hochschule ost 1* (1997), S. 55–81.

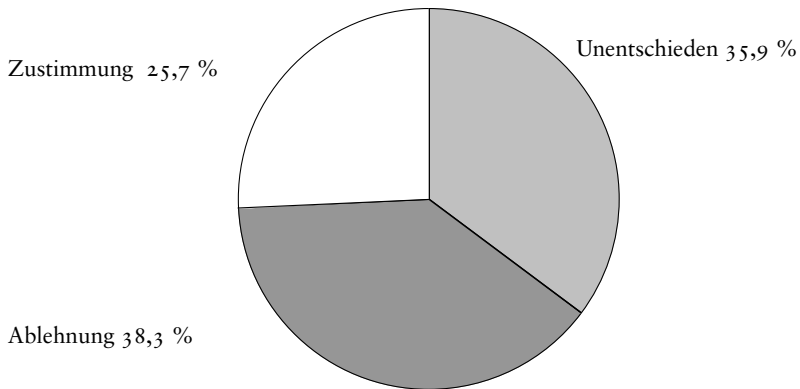


Abb. 1: Pathos der Nüchternheit?

Deutungskonflikte über DDR-Geschichte

Auf welche Weise aber soll die DDR historisiert werden? Mit welchen allgemeinen Deutungsangeboten ihrer Geschichte werden Studierende heutzutage an den Universitäten konfrontiert? Diesbezügliche Konflikte betreffen vor allem Fragen nach der begrifflichen Einordnung der DDR.

Weitgehend unstrittig scheint dabei zu sein, die DDR den diktatorischen Herrschaftssystemen zuzurechnen. So gibt es aber immer dann, wenn der Begriff der Diktatur genauer definiert werden soll, eine Vielfalt unterschiedlicher Interpretationen. Gerd Dietrich nennt zahlreiche Beispiele für die scheinbar immer breiter werdende Deutungspalette:

„Die Literatur ist nahezu unüberschaubar geworden: Da ist von einem totalitären bzw. posttotalitären Staat, von einem vormundschaftlichen Staat, von einem Versorgungsstaat oder von einem Ständestaat mit Kastenherrschaft die Rede, da spricht man von moderner Diktatur, Erziehungsdiktatur, von parteibürokratischer Herrschaft oder von einer Patrimonialbürokratie neuen Typs, da gibt es Charakteristika wie durchherrschte Gesellschaft, Organisationsgesellschaft, Klassengesellschaft, Konsensgesellschaft oder Nischengesellschaft, und da geistern Begriffe wie

arbeiterliche und tragische Gesellschaft oder das Land der kleinen Leute und die roten Preußen durch die Literatur.“²⁴ Selbst diese Auflistung lässt Lücken: „Fürsorgediktatur“ wäre noch hinzuzufügen.²⁵

In der schriftlichen Befragung fanden sich neben den genannten Begriffen der „Erziehungsdiktatur“, der „Modernen Diktatur“ und der „Totalitären Diktatur“ zusätzlich auch die „Kommode Diktatur“, die Bezeichnung „Unrechtsstaat“ und eine Aussage, nach der die Gründung der DDR eine legitime Alternative zur Gründung der Bundesrepublik gewesen sei. Die folgende grafische Darstellung zeigt die Ergebnisse in einer Übersicht:

Die Grafik macht deutlich, dass drei Begrifflichkeiten demnach als diejenigen gelten können, die sich am deutlichsten im Deutungskampf um die DDR-Geschichte behaupten konnten:²⁶

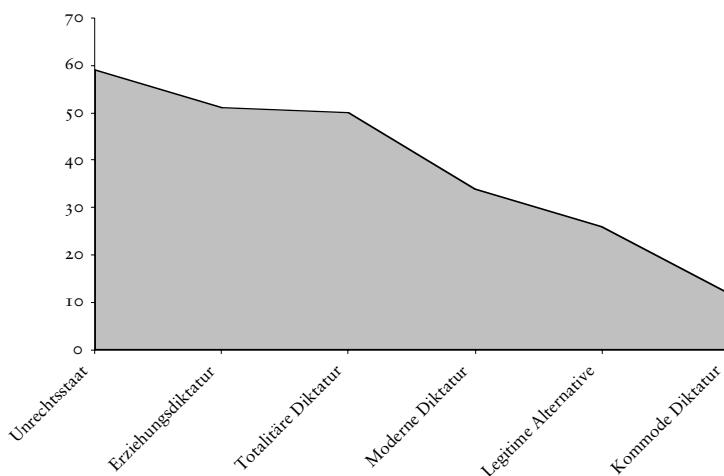


Abb. 2: Begriffliche Einordnungen in der DDR

24 Gerd Dietrich, Rezension zu Eppelmann/Faulenbach/Mähler (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, in: H-Soz-u-Kult, 21. 1. 2004, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2004-1-034>.

25 Konrad H. Jarausch, Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 20 (1998), S. 33–46.

26 Signifikante Unterschiede in Bezug auf Zustimmung oder Ablehnung von Wissenschaftlern, die in der DDR (insgesamt 38 Prozent der Befragten), und solchen, die

- „Unrechtsstaat“ mit insgesamt 59 Prozent Zustimmung (18 Prozent stimmen nicht zu, 17 Prozent legen sich nicht fest),
- „Erziehungsdiktatur“ mit 51 Prozent Zustimmung (13 Prozent stimmen nicht zu, 23 Prozent legen sich nicht fest) und
- „Totalitäre Diktatur“ mit 50 Prozent Zustimmung (24 Prozent stimmen nicht zu, 20 Prozent legen sich nicht fest).

Mit Abstand folgen:

- „Moderne Diktatur“ mit 34 Prozent (30 Prozent Ablehnung, 22 Prozent ohne Festlegung)
- Noch weniger Zustimmung erhielt die Aussage „Angesichts der Situation von 1945 ist die Gründung der DDR eine legitime Alternative gewesen, die nicht zwangsläufig hätte scheitern müssen“ mit insgesamt 26 Prozent (während fast doppelt so viele der Befragten, insgesamt 51 Prozent nicht zustimmen; 17 Prozent legen sich nicht fest).
- Vergleichsweise marginalisiert scheint der Begriff der „Kommoden Diktatur“ (12 Prozent Zustimmung bei 44 Prozent Ablehnung, eine hohe Anzahl – etwa ein Viertel – verhält sich weder zustimmend noch ablehnend).

„Scharfe Begriffe“

Wie erklärt sich die hohe Zustimmung zu den eindeutigen, delegitimierenden Begriffen wie „Unrechtsstaat“ und „Totalitäre Diktatur“?²⁷ Zu letzterem Begriff macht Eckhard Jesse geltend, dass dies nicht immer so gewesen sei: „Für den Mainstream der westdeutschen DDR-Forschung bestand in den siebziger und achtziger Jahren kein Zweifel: Die DDR galt überwiegend als nicht totalitär.“²⁸

in der Bundesrepublik aufgewachsen sind (52 Prozent der Befragten), waren nicht nachweisbar.

27 Im Sinne der Diskursdimensionen von Peer Pasternack: Neben Delegitimationsdiskurs und Legitimationsdiskurs nennt er den analytischen Diskurs. Ausführlich dargestellt in ders., *Gelehrte DDR*, S. 9 ff.

28 Eckhard Jesse, *War die DDR totalitär?*, in: *APuZ* 40 (1994), S. 12–23, hier S. 12.

Nach 1990 wurde der Totalitarismusbegriff wiederbelebt, Themen wie staatliche Repression und politischer Widerstand rückten stärker in den Vordergrund. Mit der parallelen Betonung enger normativer Bindungen an demokratische Verfassungsgrundlagen sollten klare Begrifflichkeiten zur Kennzeichnung der DDR die Debatte prägen. Die empirischen Befunde zeigen, dass dies trotz der Vielzahl der zur DDR verfügbaren Deutungsangebote von einer Mehrheit der Akteure so gesehen wird: In dieser Lesart ist „die DDR entweder eine „SED“- bzw. „zweite deutsche Diktatur“ – in vielem ein verlängertes „Besatzungsregime“, in dem letztlich nur die Bajonette und Panzer der Sowjets für Ruhe im Land sorgten und eine Art Stabilität erzwingen.²⁹

„Scharfe Begriffe“ hätten – so ein Interviewpartner – den Vorteil, Übersichtlichkeit zu schaffen: „Die DDR war im Chaos geboren, im Chaos untergegangen, zwischendrin war auch nur Chaos. Die Debatte ist doch absurd, ob das eine Diktatur oder ein Totalitarismus war, die haben den Staat über das Recht gestellt, individuelle Rechte gab es nicht. Die DDR war von 45 bis 89 totalitär, es geht bloß darum, ob gerade mal mehr oder weniger. Es geht doch überhaupt nicht um Gleichsetzung, sondern wir brauchen scharfe Begriffe, um zu analysieren. Ansonsten verliert man sich.“³⁰

Schaut man sich die Anwendung der Konzepte näher an, so wird freilich deutlich, dass auch die klaren Begriffsbildungen so eindeutig gar nicht sind und in ihrer Rigidität relativiert werden: So spricht etwa Jesse von den fortdauernden totalitären Elementen, neben denen zunehmend auch autoritäre Elemente bestimmend gewesen seien. Wenn sich hier also eine neue Etablierung des Totalitarismusbegriffs (nicht unbedingt der dahinter stehenden Theorie) andeutet, so scheint dieser in der Tat weniger starr gefasst zu sein bzw. eher pragmatisch verwendet zu werden³¹ – eine „flexible Form“ wissenschaftlicher Erkenntnis.³²

29 Alf Lüdtke, Die DDR als Geschichte. Zur Geschichtsschreibung über die DDR, in: APuZ 36 (1998), S. 3–16, hier S. 3.

30 Experteninterview am 5. Dezember 2002.

31 Jesse, War die DDR totalitär?, S. 14 ff.

32 Vgl. Johan Galtung, Struktur, Kultur und intellektueller Stil. Ein vergleichender Essay über sachsenische, teutonische, gallische und nipponische Wissenschaft, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, H. 3, 1983, S. 303–338, hier S. 330.

Somit kann auch mit der Verwendung des Begriffs „Totalitäre Diktatur“ ein durchaus widersprüchliches DDR-Bild entstehen: „Die DDR war Diktatur, zweifellos, und in gewisser Hinsicht war sie totalitär. Aber sie war immer auch anderes und mehr, was in den Erinnerungen vieler damals Lebender weiter bzw. wieder sehr präsent ist, mit oder ohne ‚Ostalgie‘, und was von der ethnologisch orientierten Kulturgeschichte, von Zeitzeugeninterviews und von der Alltagsgeschichte zunehmend rekonstruiert wird. Das geschieht einfallsreich, aus zunehmender Distanz, mit Lust an Vielheit und Fremdheit, manchmal nicht ohne Beliebigkeit.“³³

„Paradoxe Begriffsbildungen“

Insofern ähnelt die konkrete Handhabung „scharfer Begriffe“ bewusst „paradoxen Begriffsbildungen“. So hat Konrad H. Jarausch in Auseinandersetzung mit unterschiedlichen begrifflichen Konzepten einen Kriterienkatalog „jenseits von Nostalgie und Anklage“ vorgeschlagen, den jeder neue Begriff erfüllen müsse: Erstens sollten die Konzepte die Erfahrungen der Ostdeutschen wenigstens ansatzweise analytisch widerspiegeln, zweitens sollten sie nicht nur Teilaspekte betonen, sondern umfassend genug sein, um den diktatorischen Charakter, den totalen Anspruch der ideologisch gesteuerten Veränderungsabsicht des Regimes zu erfassen.³⁴

Jedoch betont er ebenso, dass die unvollständige Umsetzung dieses Anspruchs reflektiert werden müsse. Deshalb seien Paradoxien gesucht, die versuchten, beide Ebenen zu erfassen und Polemisierungen zu vermeiden.³⁵ In eine viel versprechende Richtung gingen deswegen Begriffe wie derjenige der „Erziehungsdiktatur“, der in einem umfassenderen Sinne nicht nur auf

33 Jürgen Kocka, Der Blick über den Tellerrand fehlt. DDR-Forschung – weitgehend isoliert und zumeist um sich selbst kreisend, in: Frankfurter Rundschau, 22. August 2003, Nr. 195, S. 7.

34 Jarausch, Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur, bes. S. 39 ff.

35 Aus theoretischer Perspektive ergänzt sich dies damit, dass weder eine Globaltheorie noch einfache Forschungshypothesen, sondern „Theorien mittlerer Reichweite“ – „eine Reihe kleiner, in der Landschaft verstreute Pyramiden“, an deren Spitze ein Widerspruch steht – zur Grundlage der wissenschaftlichen Arbeit gemacht werden. Vgl. Galtung, Struktur, Kultur und intellektueller Stil, S. 313.

die traditionellen Bildungsinstitutionen wie Kindergarten, Schule und Universitäten hinweist, sondern vielmehr den Versuch anzeigen soll, auf der Grundlage des Sozialismus eine neue Gesellschaft zu kreieren und dabei etwa mithilfe der Massenorganisationen von der Richtigkeit der Ideologien – *Umerziehung* lautet hier das Stichwort – zu überzeugen. Wohlgemerkt: Seiner paradoxen Intention zum Trotz besitzt der Begriff der „Erziehungsdiktatur“ offensichtlich eine hinreichend negative Konnotation – Entindividualisierung und kollektivistische Zurichtung plus strikte Feindbildorientierung des DDR-Bildungssystems –, um von einer Mehrheit der Wissenschaftler als ausreichend „scharf“ wahrgenommen zu werden.

Das gilt nicht für die in die Diskussion eingeführte Bezeichnung der „Modernen Diktatur“, deren Zustimmungsraten deutlich geringer ausfallen, obwohl sie ebenso wie „Erziehungsdiktatur“ das wohlfahrtsstaatliche Element der ostdeutschen Diktatur in den Vordergrund rücken will.³⁶ Unter Rückgriff auf Max Weber betonte Jürgen Kocka Mitte der neunziger Jahre, dass die DDR als „Diktatur des 20. Jahrhunderts“ aufgrund ihrer Methoden diktatorischer Herrschaft, ihrer Propaganda ebenso wie ihrer Kontrollmechanismen ausgesprochen modern gewesen sei – wenn auch insgesamt die Bundesrepublik das modernere System gewesen sei.³⁷ Kritisiert wurde der Begriff in einem Interview aufgrund dessen mangelnder begrifflicher Klarheit: „Damit kann ich nichts anfangen. Was soll das sein? Ich weiß es nicht. Eine Diktatur ist immer ein Anachronismus.“³⁸

Auch der Begriff der „Kommoden Diktatur“ besitzt die angemahnte Ambivalenz, trägt jedoch starke Züge des Legitimationsdiskurses. Er stammt von Günter Grass, der in seinem Roman „Ein weites Feld“ einen seiner Protagonisten, Theo Wuttke, gegen seinen Sohn gerichtet mit seiner Frau diskutieren lässt: „Na, vielleicht rappelt er sich doch noch und verlegt seines alten Vaters Vorträge, gehalten in schwieriger Zeit. Bin mir aber nicht so sicher, wenn ich meinen Herrn Sohn so selbstgerecht daherreden höre. Was heißt hier Unrechtsstaat! Innerhalb dieser Welt der Mängel lebten wir

36 Jürgen Kocka, *Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart*, Göttingen 1995, S. 102 ff.

37 Jürgen Kocka, *Eine „durchherrschte Gesellschaft“*, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 547–553.

38 Experteninterview am 2. Mai 2002.

in einer kommoden Diktatur. Glaub mir, Emilie, da drüben, ob nun in Wuppertal oder Bonn, wird auch nur mit Wasser gekocht.“³⁹

Fazit

Ich fasse die Ergebnisse in drei Punkten zusammen:

Erstens: Die DDR-bezogene Forschung und Lehre setzt klare Prioritäten.

Obwohl die Lagerkämpfe von Anfang bis Mitte der 1990er-Jahre vorübergezogen sind – und insgesamt viel für die eingangs erwähnte Normalisierungsthese spricht –, ist zu betonen, dass die Mehrheit des Historikerfeldes weiterhin „scharfe“, eindeutige Begrifflichkeiten zur Kennzeichnung der DDR bevorzugt. Dies geschieht vor allem, um sich von einer legitimierenden Interpretation – wie etwa derjenigen, die von Grass in die Debatte geworfen wurde – deutlich zu distanzieren. Deutlich wird aber auch, dass sich offenbar bei der konkreten Durchführung diese Begrifflichkeiten nicht vollständig durchhalten lassen bzw. relativiert werden müssen. Auch ein Befund wie „Totalitäre Diktatur“ erfordert von den Akteuren eine flexible Verwendung.

Zweitens: Implizite oder explizite Vergleiche, die besonders prägnant in dem Gegensatzpaar von „Misserfolgsgeschichte“ oder „Erfolgsgeschichte“ zum Ausdruck kommen, zeigen die wechselseitige Abhängigkeit von Wahrnehmungsformen deutsch-deutscher Geschichte insgesamt an. Wiederum der Totalitarismus-Begriff und dessen Handhabung machen deutlich, dass es bei Deutungskonflikten um DDR-Geschichte gar nicht nur um die DDR geht – sondern auch um die Bundesrepublik, ferner auch um dahinter liegende, allgemeine Annahmen zum Gewicht demokratischer Institutionen vs. dem von Alltagspraktiken etc. Hinzu kommt, dass die hohen Zustimmungsraten zum Begriff der Historisierung darauf hindeuten, dass sich viele Akteure zukünftig einen weiter gefassten Zugang zum Forschungsgegenstand wünschen: „Ebenso wie die westdeutsche ist die ostdeutsche Geschichte nach 1945 zu keinem Zeitpunkt nur aus sich heraus erklärbar“, schreiben Thomas Lindenberger und

39 Günter Grass, *Ein weites Feld*, Göttingen 1995, S. 324 f.

Martin Sabrow in ihrem Plädoyer für die „Europäisierung“ (vs. einer drohenden „Verinselung“) der DDR-Forschung.⁴⁰

Drittens: Im Hintergrund der dargestellten Debatten „lauern“ Spannungen zwischen normativen, wissenschaftsexternen Orientierungen und wissenschaftsinternen Ansprüchen. So reflektieren Auffassungen darüber, was „Historisierung“ oder „Nüchternheit“ im Einzelnen bedeutet, stets auch die eigenen Reaktionen auf die komplexen Wechselbeziehungen zwischen wissenschaftsinternen Erkenntnissen, Methoden und Traditionen einerseits, wissenschaftsexternen Werten, Zielsetzungen, Interessen, Wünschen und Ängsten andererseits. Thema ist somit die relative Eigendynamik von Forschungsprozessen. Für die Zeitgeschichte als „Geschichte der Mitlebenden“ (Hans Rothfels)⁴¹ ist dies geradezu konstitutiv – also „Normalzustand“.⁴²

40 Thomas Lindenberger/Martin Sabrow, Zwischen Verinselung und Europäisierung. Die Zukunft der DDR-Geschichte, in: Frankfurter Rundschau, 12. 11. 2003, S. 9.

41 Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: VfZ 1 (1953), S. 1–9.

42 Lindenberger/Sabrow, Zwischen Verinselung und Europäisierung. S. 9.

Die DDR als Gegenstand von Lehre und Forschung an österreichischen Universitäten 1989–2000

1. Problemstellung und Forschungsfragen

Über die DDR und die meisten ihrer Aspekte ist von deutscher Seite in relativ kurzer Zeit in den verschiedensten Fachgebieten eine Fülle an wissenschaftlichen Arbeiten publiziert worden. Dies war auf Grund der guten Quellenlage und Forschungsgeldervergabe möglich und durch die direkte Betroffenheit des deutschen Nationalstaats motiviert. Ebenso sind die Beziehungen und Befindlichkeiten der an den 2+4-Verhandlungen mit Deutschland beteiligten Länder in vielen Bereichen behandelt worden. Das Verhältnis Österreich, DDR und Deutschland ist hingegen wenig untersucht. Wie und in welcher Weise die DDR doch Eingang in Forschung und Lehre seit 1989 gefunden hat, soll im Folgenden dargestellt werden.

Vorweg eine kurze Verortung Österreichs zum Untersuchungsgegenstand. Über die DDR kann in Österreich kaum gesprochen werden, ohne das besondere Verhältnis Österreichs zu Deutschland und im Besonderen die Täterrolle der beiden Staaten im Zweiten Weltkrieg und deren Verantwortung für den Holocaust mitzudenken. Nach 1945 war das Verhältnis zu Deutschland keineswegs unproblematisch. Durch den Versuch, österreichische Identität gegenüber der deutschen als Abgrenzungsidentität zu konstruieren, wurde die Vergangenheit verdrängt und damit ein eigenstaatliches Bewusstsein zur Prävention der Wiederholung der Vergangenheit kon-

struiert, ohne die Geschichte je wirklich aufzuarbeiten. Diese Abgrenzung fand vor dem Hintergrund der direkten Abhängigkeit von der deutschen Wirtschaft statt – lebendiger Ausdruck war die Bindung des Schilling an die D-Mark.

Dieses besondere Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland prägte auch das österreichische Verhältnis zur DDR.¹ Die DDR war ein kleiner, aber auch nicht unbedeutender Handelspartner besonders der verstaatlichten Industrie und somit des Staats Österreich, die Geschäfte wurden größtenteils über die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) und ihre Firmen abgewickelt. Da der Nachbarstaat Bundesrepublik schon allein wirtschaftlich wichtig für Österreich ist, war anzunehmen, dass eine Veränderung dieses Staates, die so gravierend wie die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist, Thema der Lehre und Forschung sein würde.

Aus Expertengesprächen im Vorfeld der Untersuchung und auch als Tenor der Sekundärliteratur² ergab sich ein anderes Bild: In Österreich spielte deutsche Geschichte nie eine besondere Rolle, genauso wenig die österreichische Geschichte in Deutschland, und wenn, dann nur in Form von NS-Forschung.

- 1 Vgl. Matthias Pape, *Ungleiche Brüder. Österreich und Deutschland 1945–1965*, Köln/Weimar/Wien 2000.
- 2 Vgl. Günter Bischof, *The Historical Roots of a Special Relationship: Austro-German Relations Between Hegemony and Equality*, in: Harald von Riekhoff/Hanspeter Neuhold (Hrsg.), *Unequal Partners. A Comparative Analysis of Relations Between Austria and the Federal Republic of Germany and Between Canada and the United States*, San Francisco/Oxford 1993; Gerhard Botz, *The breathtaking union. After the „German Question“ – the „Austrian Question“*, in: *Austria Today* Nr. 2/90, 1. 2. 1990, S. 7–11; ders., *„Atemberaubende“ Geschichte. Konsequenzen und mögliche Gefahren der Vereinigungseuphorie aus österreichischer Sicht*, in: *Der Standard*, 6. 3. 1990; Stefan Karner, *Zeitgeschichtliche Ergänzung Betrifft: Reaktionen auf Gerhard Botz' Thesen zur deutschen Einigung*, in: *Der Standard*, 15. 3. 1990; Jürgen Nautz, *Vom Bierdurst infiziert? „Antwort eines bösen Deutschen“ Betrifft: Reaktionen auf Gerhard Botz' Thesen zur deutschen Einigung*, in: *Der Standard*, 15. 3. 1990; Anton Pelinka, *Der deutsche Sog. Zur Wiedervereinigungsdebatte: Österreich hat keine spezielle Mission zu erfüllen*, in: *Der Standard*, 3. 1. 1990; ders., *„Zukunft ist fortgeschriebene Vergangenheit“*. Zwei Aspekte österreichischer Identität: Die „deutsche Probe“ im Spannungsfeld zwischen „Groß“ und „Klein“, in: *Der Standard*, 27. 10. 1990.

Österreich hat sich aus der gemeinsamen Geschichte verabschiedet und nach dem Zweiten Weltkrieg Deutschland gegenüber eine Art Abgrenzungsidentität geschaffen. Bis auf marginalisierte Stimmen aus dem rechten Meinungsspektrum wurden Fragen des „deutschen Kulturkreises und die Zugehörigkeiten zu demselben“ eher umgangen bzw. die „deutsche Frage“ im innerdeutschen oder europäischen Kontext behandelt – während Österreichs Geschichte aus der deutschen Geschichtskontinuität vielfach ausgeklammert wurde.

Die staatspolitische Positionierung hierzu ist ähnlich. Die Abgrenzung der österreichischen Identität gegenüber deutschnationaler Identitätsbildung stellt einen Grundkonsens von ÖVP, SPÖ und KPÖ dar. Die FPÖ als spezieller Faktor in dieser Diskussion laviert zwischen „großdeutscher Identität“ und österreichischem Patriotismus.

Den österreichischen Abgrenzungskonsens kann man grob auf zwei politische Motivlagen reduzieren: Die erste ist die Unterstützung der so genannten Opferthese (Österreich als das erstes Opfer des NS-Regimes, Betonung des österreichischen Widerstands), die Österreich ein gewisses Maß an Geschichtsverdrängung zugestand und förderte. Das zweite Motiv besteht darin, die Reproduktion des Deutschnationalismus und die Wiederholung einer Anschlussstimmung ausschließen zu wollen. Im Jahre 1988, ein Jahr vor dem Umbruch im Ostblock, erfuhren die Debatten um die österreichische Identität mit dem Ge- und Bedenkjahr des Anschlusses 1938 einen Höhepunkt.

Der Umbruch in der DDR wurde in und für Österreich als weniger wichtig bewertet als der in den Ländern der ehemaligen Donaumonarchie und das Verhältnis zur UdSSR und ihren Nachfolgestaaten. Allerdings hatte der Umbruch in der DDR für Österreich ein unmittelbares Vorspiel mit der Ankunft bzw. dem Durchzug der DDR-Flüchtlinge im Sommer 1989, was medial breit thematisiert und oft in den Kontext des Budapester Aufstandes von 1956 und der Besetzung der ČSSR 1968 gestellt wurde. Österreich sah sich in diesen Zusammenhängen gerne als paternalistischer Helfer bzw. Mittler zwischen Ost und West.

Ein Aspekt des Verhältnisses zwischen der DDR und Österreich ist die Forschungs- und Lehrtätigkeit zu diesem Thema, die hier kurz dargestellt werden soll. Dies erfolgt in einer quantitativen Erfassung der wissenschaft-

lichen Lehrtätigkeit an den österreichischen Universitäten und der Forschungstätigkeit junger Wissenschaftler/innen, die sich in der Abschlussarbeit (Diplomarbeit, Dissertation oder Habilitation) widerspiegelt.

2. Forschungsdesign

Die Frage nach der Beschäftigung mit der DDR als Thema der österreichischen Forschung und Lehre wurde methodisch in zwei Bereichen untersucht:

- Die Lehre wurde über eine Totalerhebung der Vorlesungsverzeichnisse der Universitäten mit geistes- und sozialwissenschaftlichen Studiengängen³ ausgewertet. Das bedeutet, dass 22 Semester über die sieben österreichischen Universitäten auszuwerten waren, was 154 Semesterverzeichnisse ergibt. Dabei konnten Lehrveranstaltungen zur DDR in den Jahren 1989–2000 erfasst werden. Um einen Kontext über die DDR-Lehre hinaus herzustellen und Österreichspezifika erkennbar zu machen, wurden alle Lehrveranstaltungen, die mit der Transformation in Osteuropa in Verbindung zu stehen schienen, mit erhoben. So ergab sich ein Gesamtrahmen zur besseren Beurteilung des speziellen Forschungsfelds zur DDR.
- Als Gegengewicht zur Lehre und in Ermangelung eines spezifischen DDR-Instituts- oder Universitätsschwerpunkts wurde die sonst selten analysierte Forschungsarbeit im Rahmen von Qualifikationsverfahren, d. h. in Form von Diplomarbeiten, Dissertationen und Habilitationen der Jahre 1989–2001 herangezogen.

Durch das Erzeugen verdichteter Information mit Hilfe von quantitativen Analyseverfahren ist es möglich, Trends, allgemeine Tendenzen, Schwerpunkte und Eigenheiten der Beschäftigung mit der DDR zu identifizieren und transparent zu machen.

Die Lehrveranstaltungsverzeichnisse der unterschiedlichen Universitäten sind quasi standardisiert, da sie in groben Zügen die gleichen Grund-

3 Wien, WU Wien, Salzburg, Linz, Graz, Innsbruck, Klagenfurt – nicht berücksichtigt wurden diverse Fachhochschulen sowie technische, naturwissenschaftliche und medizinische Universitäten.

informationen beinhalten und diese in einer ähnlichen Form wiedergeben. Zugänglich sind sie ab spätestens Mitte der neunziger Jahre im Internet oder über die diversen Bibliotheken als gedruckte Handbücher.⁴ Neben den organisatorischen Daten, die ebenfalls erfasst wurden, diente der Lehrveranstaltungstitel zur inhaltlichen Variablenengewinnung.

Die Abschlussarbeiten werden als empirische Quelle benutzt, indem an sie quantitative Fragen gerichtet werden. Kategorie der Erfassung der Abschlussarbeiten war der jeweilige Titel. Dieser ist die Visitenkarte der Arbeit nach außen, und als solche kommt ihm eine besondere Bedeutung bei der Positionierung der Arbeit zu.

Die Titel der Lehrveranstaltungen und Abschlussarbeiten wurden zerlegt und vercodet. Im Prozess der Auswertung können dann Häufigkeiten festgestellt und Zusammenhänge mit der Methode der Kreuztabellierung sichtbar gemacht werden. Die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung werden in der Folge beschrieben.

3. Ergebnisse

Im Rahmen der Untersuchung wurden 789 Lehrveranstaltungen erhoben, davon 76 spezifisch zur DDR. Darüber hinaus wurden 103 Abschlussarbeiten zum Thema DDR erfasst.

3.1 Geografie der Lehre zur Wende in Osteuropa

Sieht man sich die Bilanz der Lehrveranstaltungen an, so spricht diese eine klare Sprache: Von 664 Lehrveranstaltungen beschäftigen sich nur 11,4 Prozent mit der DDR. Auffallend ist, dass die UdSSR und ihre Nachfolgestaaten doch mit 16,6 Prozent in Erscheinung treten. Angesichts der Tatsache, dass in die gesamte Erhebung nur Lehrveranstaltungen Eingang fanden, die mit den Veränderungen in den ehemaligen Ostblockländern konnotiert

4 Semesterverzeichnisse als Quellen dokumentieren die voraussichtlichen Lehrveranstaltungen, die rechtzeitig bekannt gegeben wurden. Hier können gewisse Unschärfen nicht vermieden werden.

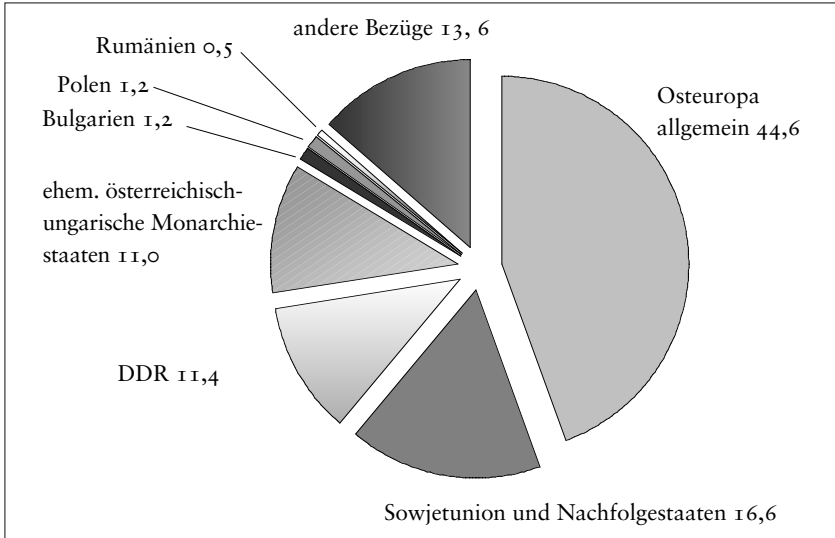


Abb. 1: Lehrangebot zur DDR im Verhältnis zum Lehrangebot zu „Wende in Osteuropa“ von 1989–2000 an den österreichischen Universitäten in Prozent (n = 789, missing = 125, valid = 664).

waren, ist anzunehmen, dass es einen echten UdSSR-Schwerpunkt in Österreich gibt. Dennoch stellen die größte Gruppe die Lehrveranstaltungen dar, die sich in allgemeiner Form mit der Veränderung in Osteuropa beschäftigen. Die Länder der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie liegen – unter dem Aspekt der Systemänderung betrachtet – beinahe gleichauf mit den Lehrveranstaltungen zur DDR, was – wie schon bei den Lehrveranstaltungen zur UdSSR und ihren Nachfolgestaaten – auf einen weiteren österreichischen Schwerpunkt schließen lässt. Diese Schwerpunktsetzung lässt sich durch verschiedenste heterogene Institutionen in Österreich belegen, die sich in unterschiedlicher Form und oft nur vage vernetzt mit dem Schwerpunkt Osteuropa befassen.⁵

5 Institut für osteuropäische Geschichte, Universität Wien; Österreichisches Ost- und Südosteuropainstitut (OSI), Wien; Center for the Study of Balkan Societies and Cultures at the Department for Southeast European History (CSBSC), Universität Graz mit der Zeitschrift „Ost-West Gegeninformationen“; Südosteuropäische Historische Kommission, Graz.

3.2 Lehre und Forschung an den österreichischen Universitäten

Von den sieben Universitäten mit geistes- und sozialwissenschaftlichen Studienrichtungen liegt der Schwerpunkt klar in Wien.⁶ Dies gilt sowohl für die Abschlussarbeiten als auch für die Lehrveranstaltungen und lässt sich durch die Größe und den damit verbundenen Umfang an Lehrveranstaltungen im einen Fall und die Anzahl der Betreuenden und vor allem die Anzahl der zu Betreuenden im anderen Fall erklären. Die DDR-Lehrveranstaltungen sind im Großen und Ganzen ähnlich verteilt wie die Abschlussarbeiten mit Häufigkeitsschwerpunkt auf Wien und Innsbruck. Die Universität Innsbruck ist bei DDR-bezogenen Lehrveranstaltungen leicht über dem Schnitt mit 14 Lehrveranstaltungen über den Erhebungszeitraum.

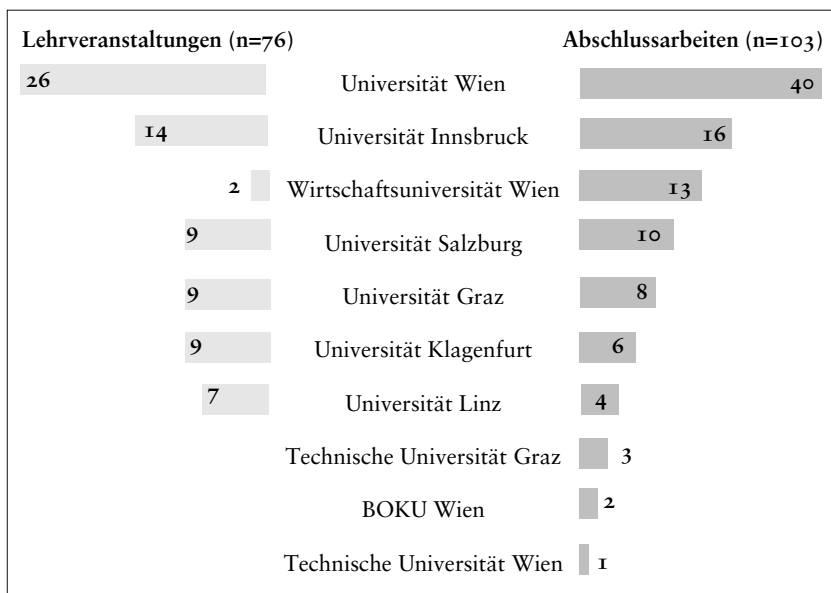


Abb. 2: Verteilung der Lehrveranstaltungen und Abschlussarbeiten zur DDR an den österreichischen Universitäten

6 Studierendenzahlen von 1999/2000: Universität Wien: 76 008; Wirtschaftsuniversität Wien: 22 022 ergibt Wien gesamt: 98 030, Universität Graz: 30 439, Universität Innsbruck: 27 385, Universität Linz: 13 494, Universität Salzburg: 11 966, Universität Klagenfurt: 6316.

Dasselbe ist bei den Abschlussarbeiten zu beobachten. Hier befindet sich Innsbruck mit 16 Arbeiten ebenfalls an zweiter Stelle, gefolgt von der WU Wien mit 13, diese ist jedoch bei den DDR-spezifischen Lehrveranstaltungen weit abgeschlagen, obwohl sie bei der Beschäftigung mit der Transformation Osteuropas insgesamt an zweiter Stelle liegt.

Um das Bild ins Verhältnis zu bringen, ist es interessant, sich die DDR-Lehrveranstaltungen in Bezug auf die Lehrveranstaltungen zu Osteuropa im Wandel anzusehen. Hier liegt die Universität Linz an erster Stelle, die Universität Innsbruck auf Platz zwei, die Universität Wien ist auf die sechste Stelle abgerutscht. Diese Verteilung zeigt, ruft man sich die geringe Zahl der DDR-spezifischen Lehrveranstaltungen ins Gedächtnis, dass an der Universität Linz insgesamt wenige Veranstaltungen zum Wandel in Osteuropa stattfanden und innerhalb dieses kleinen Rahmens die DDR an Bedeutung gewinnt. An der Universität Wien zeigt sich genau das Gegenteil: Hier verliert sich der nicht unwesentliche Anteil an DDR-Lehrveranstaltungen im großen Angebot zu Osteuropa im Wandel.

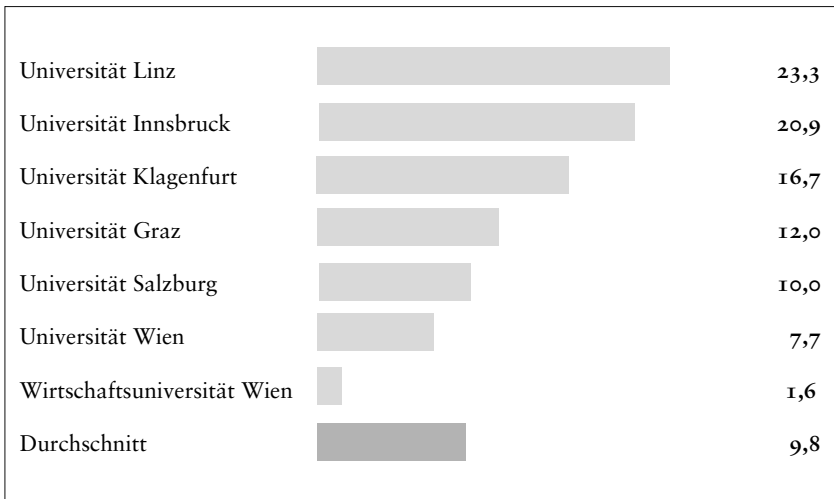


Abb. 3: Prozentsatz der Lehrveranstaltungen zur DDR pro Universität im Verhältnis zu deren Lehrveranstaltungen zur „Wende in Osteuropa“ in Prozent (Lehrveranstaltungen zum Wandel in Osteuropa inkl. DDR je Universität als 100 Prozent angenommen).

3.3 Zeitliche Entwicklung

Dividiert man die 76 Lehrveranstaltungen zur DDR an den sieben Universitäten durch die 22 Semester, so wäre das aufgerundet eine halbe Lehrveranstaltung pro Semester, also fast nur eine pro Jahr. Bei den Qualifikationsarbeiten liegt die Quote etwas besser: Bei 99 Arbeiten im Zeitraum von zwölf Jahren (1989 bis 2001) sind es bei Division immerhin etwa acht Arbeiten pro Jahr.

Festzuhalten ist, dass die Jahre kurz nach den Wendeereignissen in der DDR eine Häufung an Abschlussarbeiten und Lehrveranstaltungen aufweisen. Fasst man die Jahre 1991 bis 1995 zusammen, ergibt sich bei beiden ein Anteil von einem guten Drittel bis über die Hälfte. Dies legt nahe, dass Entscheidungen über Lehrveranstaltungsthemen individuell und spontan getroffen wurden. Das Thema DDR rückt ins weltpolitische Rampenlicht und wird von Individuen im Wissenschaftsbetrieb aufgegriffen und bearbeitet, besonders deutlich zeigt sich dies bei den abgeschlossenen Arbeiten 1991 mit 20 Stück. Ein Erklärungsansatz wäre die Chance auf Publizierbarkeit oder das Interessenfenster des/der Betreuers/in speziell für diesen Themenkomplex. Ebenfalls zeigt sich, dass es einen spezifischen Unterschied zwischen gegenwartsorientierten und vergangenheitsbezogenen Bereichen gibt. Merkmale, in denen Fachbereiche wie Geschichte enthalten sind, zeigen eine längere Ausdauer in der Beschäftigung mit DDR-Themen über die Zeit, obwohl auch hier ein – allerdings langsames – Abnehmen der Beschäftigung zu beobachten ist.

Betrachtet man nun die DDR-spezifischen Lehrveranstaltungen, ergibt sich folgendes Bild: Im Großen und Ganzen verhält sich die Häufigkeitsentwicklung der Lehrveranstaltungen zur DDR wie die der Gesamtheit der erhobenen Lehrveranstaltungen. Im Wintersemester (WS) 1989/90 werden zwei Lehrveranstaltungen spezifisch zur DDR gehalten, dies scheint eher ein Zufall zu sein. Im Gegensatz zu den gesamten Lehrveranstaltungen ist die Spitze der DDR-Lehrveranstaltungen im Sommersemester (SS) 1991 mit 9, im WS 1990/91 sind es lediglich sieben. Dann sinken die Lehrveranstaltungen auf ein niedrigeres Niveau zwischen 1 bis 4. Das WS 1996/97 sticht noch einmal mit acht Veranstaltungen hervor, was eine zeitversetzte Reaktion auf fünf Jahre Vereinigung nahe legt. Das SS 1997 fällt hingegen aus.

Der erste Anstieg bis zum Höhepunkt des WS 1992/93 ist durch Planungsverzögerungen im universitären Betrieb zu erklären. Eher überraschend ist die relativ schnelle Reaktion im WS 1990/91. Hier wurde offenbar bei den Anträgen für dieses Semester schon die weltpolitische Lage bedacht und eingebracht.

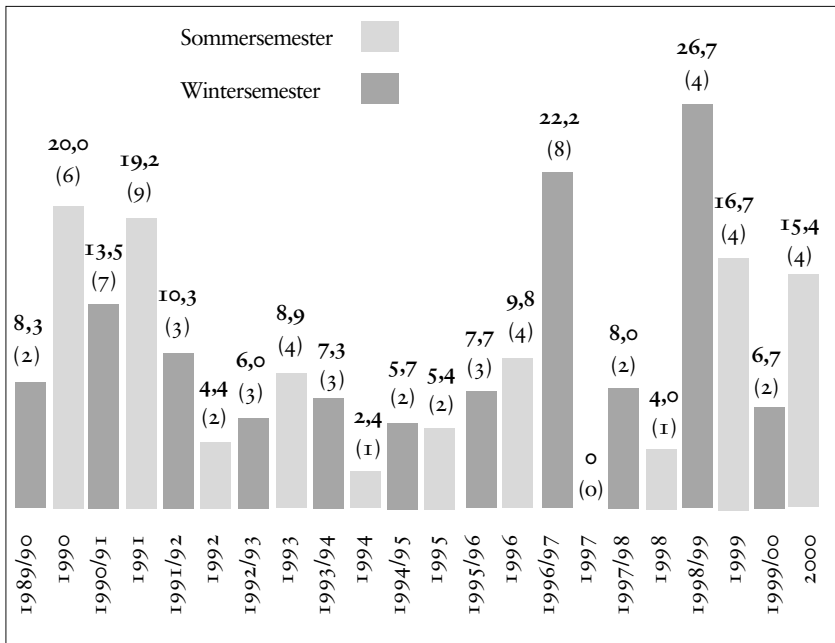


Abb. 4: Prozentsatz der Lehrveranstaltungen zur DDR im Verhältnis zu Lehrveranstaltungen „Wandel in Osteuropa“ in Prozent (Werte in Klammern: Lehrveranstaltungen zur DDR absolut; Lehrveranstaltungen zu Wandel in Osteuropa inkl. DDR je Jahr als 100 Prozent angenommen).

103 Abschlussarbeiten in 12 Jahren bedeuten ca. acht pro Jahr, was keine geringe Zahl ist, diese umfassen aber ein breites heterogenes Feld. Im Zeitraum von 1991 bis 1994 ist über die Hälfte der Abschlussarbeiten fertig gestellt worden. Danach bis zum Ende des Erhebungszeitraums verbleiben nur 28 der 103 Arbeiten.



Abb. 5: Abschlussarbeiten zur DDR 1989–2001
(n=103, missing=4, valid n=96, 1983–1988 ausgeschlossen: 3).

Betrachtet man die drei bestfrequentierten Universitäten (Universität Wien, WU Wien, Universität Innsbruck), sind Unterschiede in der zeitlichen Verteilung der Arbeiten festzustellen. Bis 1995 entwickeln alle drei eine respektable Anzahl an DDR-Abschlussarbeiten im Gesamtvergleich. Nach 1995 brechen die WU Wien und die Universität Innsbruck ein, die Universität Wien hingegen pendelt sich erst etwas später auf sehr niedrigem Niveau ein.

Vergleicht man die geisteswissenschaftlichen (GeWi) mit den human- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten (HuSo), so ist festzustellen, dass die GeWi, an der meistens Fächer wie Geschichte und Germanistik angesiedelt sind, eine höhere Kontinuität in der Beschäftigung von Abschlussarbeitsautor/innen mit dem Thema DDR aufweisen. Die wesentlichen Fächer der HuSo wie Soziologie und Politikwissenschaften reagieren kurzfristiger auf die Ereignisse, und vergangenheitsbezogene Abschlussarbeiten sind seltener. Der Schwerpunkt ihrer Arbeiten liegt mit 12 von 16 im Zeitraum 1991–1995. Im Gegensatz dazu haben die GeWi 1998 noch einmal sechs Abschlussarbeiten zu verzeichnen. Dies lässt die These zu, dass in zufälligen Abständen immer wieder zum Thema DDR an GeWi-Fakultäten gear-

beitet wird, an den aktualitätsbezogeneren HuSo-Fakultäten ist das hingegen mit 1995 vorbei.

Betrachtet man nun einzelne Fachbereiche wie Geschichte, Politikwissenschaften und „wirtschaftliche Fächer“⁷ über die Zeit, so bestätigt sich, was bei den Fakultäten bereits zu sehen war: Gegenwartsbezogene Fächer wie wirtschaftlich orientierte und die Politikwissenschaften reagieren bei den Abschlussarbeiten schneller und ohne größere Langzeitwirkung.

3.4 Behandlung der DDR in Forschung und Lehre

Die Beschäftigung mit der „DDR und den fünf neuen Ländern von 1989 bis 2000“⁸ ist mit drei Veranstaltungen eher unterrepräsentiert, hier hat man offensichtlich akzeptiert, dass dies jetzt Deutschland ist und auch in den entsprechenden Lehrveranstaltungen implizit und explizit mitbehandelt wird. Während in Deutschland diese Differenzierung auch noch über die Zeit spürbar ist, wird in Österreich diese Trennung anscheinend nicht als eigenes Phänomen wahrgenommen. Interessant an der Verteilung der geografischen Beschäftigung ist weiterhin, dass die Beschäftigung mit der DDR im Zusammenhang mit der EU bereits auf Platz zwei mit 13 Lehrveranstaltungen rangiert.

Hier gilt auf den ersten Blick: Je größer die Zeitspanne, desto mehr Veranstaltungen. Die breitest gefasste Variable „DDR (SBZ) bis 2000“ hat 24 Lehrveranstaltungen, dicht gefolgt von „DDR und SBZ bis 1989“ mit 23. Nun ist aber festzustellen, dass eine weitere zeitlich große Merkmalsausprägung „DDR (SBZ) bis 1990/91“ – also inklusive der Wendejahre, aber ohne den Ausblick bis zur jeweiligen Gegenwart – nur mit acht Lehrveranstaltungen zu Buche schlägt und sogar von einer speziellen Ausprägung „DDR in der Zeit der Wende“ mit 14 Lehrveranstaltungen überholt wird.

7 Die Variable „wirtschaftliche Fächer“ setzt sich aus allen wirtschaftlichen Fachbereichen aller Universitäten zusammen.

8 2000 ist jeweils als Variable für das Jahr der Lehrveranstaltung bzw. der Abschlussarbeit zu sehen.

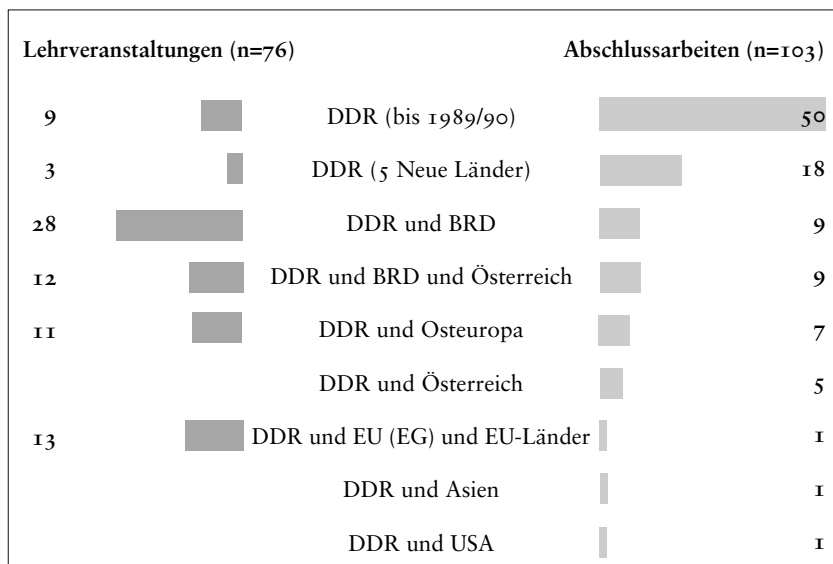


Abb. 6: Verteilung der DDR-Lehrveranstaltungen und Abschlussarbeiten nach geografischen Kriterien

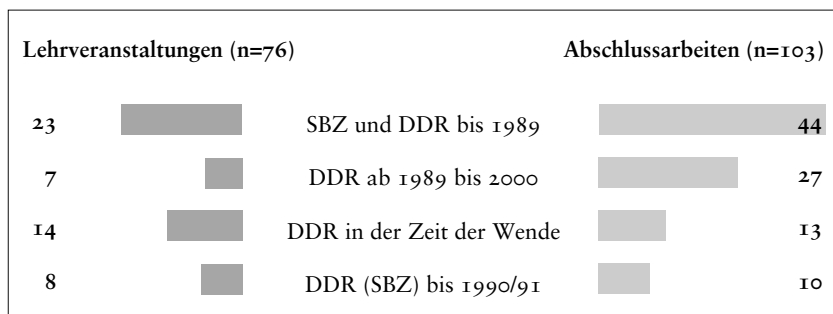


Abb. 7: Verteilung der DDR-Lehrveranstaltungen und Abschlussarbeiten nach Zeitabschnitten

Von den Ausprägungen der zeitlichen Titelvariablen bei den Abschlussarbeiten verhalten sich nur „SBZ und DDR bis 1989“ und „DDR in der Zeit der Wende“ gleich den Lehrveranstaltungen. Im Unterschied zu diesen ist die zweitstärkste Ausprägung mit 27 Arbeiten „DDR ab 1989 bis zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Arbeit“; die Ausprägung „DDR (SBZ) bis

1990/91“ fällt immerhin mit zehn ins Gewicht. Dagegen fällt die bei den Lehrveranstaltungen mit 24 stärkste Ausprägung „DDR (SBZ) bis zur jeweiligen Gegenwart“ bei den Abschlussarbeiten mit sieben nicht besonders auf. Offenbar wird hier versucht, die längste zeitliche Möglichkeit zu vermeiden.

Im Vergleich der drei bestfrequentierten Universitäten bestätigt sich, dass die WU Wien gegenwartsorientierte Forschungsarbeit leistet: Die Hälfte aller Arbeiten entfällt auf „DDR von 1989 bis 2000“ (d. h. bis zur Fertigstellung der Arbeit). An der Universität Innsbruck fallen 12 von 16 Arbeiten auf die Zeit des Bestehens der DDR, an der Universität Wien sind es immerhin 18 der 40 Arbeiten.

Bei den am stärksten vertretenen Jahren bestätigt sich ähnlich wie bei den Lehrveranstaltungen, dass fünf Abschlussarbeiten zur Wende allein schon im Jahre 1991 fertig gestellt wurden und die Zahl dann im gewählten Zeitabschnitt auf eins abnimmt. Die historische Ausprägung „DDR (SBZ) bis 1989“ bleibt wie „DDR (SBZ) bis 1990/91“ nahezu konstant. Offenbar ist für das schnelle Fertigstellen ein eingeschränktes Thema und ein Anlassfall notwendig; für zeitlich lange Arbeiten hingegen, die sehr viel Vergangenen Platz lassen, ist der Anlassfall nicht so entscheidend.

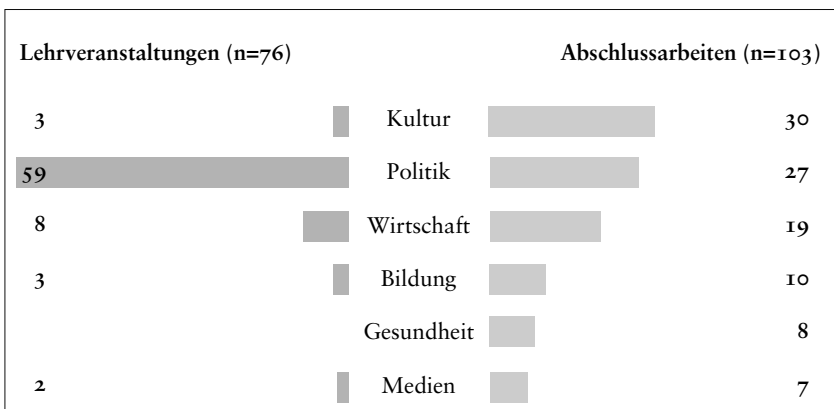


Abb. 8: Verteilung der Lehrveranstaltungen und Abschlussarbeiten nach Sachthemen

Bei den Lehrveranstaltungen ist festzustellen, dass der klare Schwerpunkt auf Politik liegt, gefolgt von der Ausprägung Wirtschaft. Gemeinsam

decken diese beiden Ausprägungen 89,3 Prozent des Spektrums ab. Bei den Abschlussarbeiten liegt der Schwerpunkt auf Kultur (zu dieser Merkmalsausprägung ist jegliche Beschäftigung mit literaturwissenschaftlichen und germanistischen Themen gezählt worden), dicht gefolgt von Politik und erst an dritter Stelle Wirtschaft. Eine zusätzliche Ausprägung ist hier hinzugekommen, die Gesundheit, die immerhin mit acht Abschlussarbeiten von 101 gezählten noch vor dem Schlusslicht Medien mit sieben Arbeiten liegt.

3.5 Lehrveranstaltungsformen

Ein Drittel der Lehrveranstaltungen zu Osteuropa sind als Seminare ausgewiesen. Dicht gefolgt wird die von ihrer Konzeption her reaktive Form des Seminars von einer passiven Form, der Vorlesung.

Bei den DDR-spezifischen Lehrveranstaltungen fällt der Rangplatz drei auf, es handelt sich um die Lehrveranstaltungs-Form des Proseminars, das immerhin 10,5 Prozent der gesamten Lehrveranstaltungen umfasst. Angesichts der Tatsache, dass Seminar und Vorlesung zusammen bereits 59,2 Prozent ausmachen und die restlichen Einzelausprägungen alle unter 10 Prozent bleiben, ist das eine erstaunliche Größe.

3.6 DDR-Lehre in den Medien

Der Vergleich der Lehr- und Forschungstätigkeit mit Kommentaren in österreichischen Medien zeigt, dass die Medien bestimmte Wissenschaftler für Experten halten und daher zum Thema DDR schreiben lassen (siehe Anm. 2). Die spezielle Fachbeschäftigung mit der DDR ist dafür nicht vonnöten, auch bei der Lehre und der Betreuung studentischer Forschung treten diese „Medienstars“ kaum in Erscheinung.

Die meisten Kommentare beschäftigen sich mit der deutschen Frage und ihrer Wirkung auf Österreich. Der Diskurs ist stark an der Holocaustdebatte, österreichischer Identitätskonstruktion und Platzierung in Europa orientiert.

Im Gegensatz zum Diskurs in den Medien wird die Lehre größtenteils von Vortragenden aus dem Ausland bestritten, die die Lehrveranstaltung alleine oder mit österreichischen Kolleg/innen halten.⁹

4. Fazit

Der wesentlichste Befund dieser Untersuchung ist, dass ein Forschungsschwerpunkt oder eine Forschungseinrichtung zur DDR sowohl universitär wie auch außeruniversitär fehlt. Trotzdem gibt es eine minimale, aber stetige Beschäftigung auf niedrigem Niveau, in der auf Qualifikationen zielenden Forschung sogar mehr als in der Lehre. Dies lässt sich aber nicht einer Institution oder Person zuschreiben, sondern passiert offensichtlich nach statistischen und menschlichen Zufälligkeiten. Häufungen der DDR-Lehrveranstaltungen scheinen mehr von zufälligen persönlichen Neigungen einzelner Vortragender und/oder Bewilligung eines Lehrauftrags abzuhängen als von systematischen Bestrebungen nach Bearbeitung dieses Themas. Die Abschlussarbeiten sind meist historisch-politisch orientiert und nicht an die Forschungsschwerpunkte des Betreuers bzw. der Betreuerin gebunden. Ebenso wirkt die Lehrtätigkeit willkürlich und dem historischen Zufall überlassen.

Lediglich die WU Wien zeigt bei ihren Abschlussarbeiten ein Reagieren auf die Marktlage. Es wird kaum langfristig gearbeitet, sondern kurz und intensiv, jedoch nicht nachhaltig genug, um von einem Forschungsschwerpunkt sprechen zu können.

Die Periode mit der größten Dichte an DDR-Lehrveranstaltungen und DDR-Abschlussarbeiten ist die von 1991 bis 1995. Im Zusammenhang mit der insgesamt geringen Beschäftigung ist in dieser Zeit unmittelbar nach der Wende zumindest eine kurzfristige Zunahme zu beobachten.

9 Univ. Ass. Thomas Angerer bestritt drei Lehrveranstaltungen am Institut für Geschichte im WS 1998/99 gemeinsam mit Lektor Dr. Kaiser aus Deutschland, im WS 1999/2000 und SS 2000 führte er alleine Lehrveranstaltungen durch. Er ist einer der wenigen, die sich explizit mit dem Thema der Wende 1989/90 auseinandersetzen.

Als sehr evident hat sich die These der Beschäftigung mit anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks erwiesen. Hier fließen auch immer noch Forschungsgelder und werden neue Projekte beantragt, aber hier ist auch die Pluralität oberste Devise, und von einem oder mehreren geschlossenen Forschungsfeldern kann nicht gesprochen werden. Immerhin existieren in diesem Bereich verschiedene universitäre und universitätsnahe Institutionen, die aber keine DDR-Forschung betreiben, da die DDR nicht zu Osteuropa gezählt wird. Die Beschäftigung mit deutscher Geschichte – abgesehen von der Zeit des Nationalsozialismus – hat ihren Schwerpunkt in der so genannten Neueren Geschichte und kaum nach 1945, wo sich Defizite und Ängste orten lassen. Institutionen für DDR- oder Deutschlandforschung im Allgemeinen fehlen daher in Österreich gänzlich. Dies bedeutet für die DDR-Forschung und -Lehre auch weiterhin eine hohe Abhängigkeit von individuellen Entscheidungen und Zufälligkeiten.

„Ankommen“ oder „Aufbrechen“?

Anmerkungen zur gegenwärtigen deutschen Zeitgeschichtsforschung

Die Fabel vom Hasen und Igel, in der ein fassungsloser Hase immer wieder auf einen bereits angekommenen Igel trifft, ist weithin bekannt und soll hier als Bild dienen, um ein Charakteristikum der deutschen Zeitgeschichtsforschung zu verdeutlichen: Der Hase symbolisiert die junge Generation von Historikerinnen und Historikern, die sich gerade im Aufbruch befindet und ihre ersten Hürdenläufe in der Wissenschaftslandschaft zwischen Naivität und kritischem Hinterfragen bestreitet. Der Igel steht hingegen für die ältere Forscher-Generation, die sich in jahrelanger Arbeit umfassende Kenntnisse angeeignet hat und nun sicher und gefestigt in den vielfältigen Institutionen der deutschen Geschichtswissenschaft angekommen ist. In der Fabel verwundert und erstaunt es den Hasen nicht wenig, dass der Igel immer schon am Ziel ist. Ähnliches, so unsere Beobachtung, vollzieht sich in der deutschen Zeitgeschichtsforschung: Denn Studierende und junge Forschende treffen beständig auf eine abgeklärte Haltung seitens der älteren Generation, die mit scheinbar festem methodischen Boden unter den Füßen offen das „Ankommen“ in der Geschichte diagnostiziert – man denke nur an Heinrich August Winklers „langen Weg nach Westen“.¹

1 Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik; Bd. 2: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2000 (5. Aufl. 2002). Vgl. die Kritik von Konrad H. Jarausch, „Der Westen“ –

Geradezu idealtypisch für den augenblicklich weit verbreiteten Diskurs vom „Ankommen“ erscheint bei Winkler die Geschichte der Bundesrepublik als Erfolgsgeschichte. Beginnt sie 1945 im westlichen Teil Deutschlands, so erreicht sie ihren Höhepunkt mit der Wiedervereinigung von 1990, durch die den Deutschen das Tor zur westlichen Normalität eröffnet wurde.² Winklers Werk, das hier als Beispiel für das Reden vom „Ankommen“ dienen soll, kann Studierende in dreifacher Hinsicht verwirren. Zum einen hatte man doch gerade noch im Proseminar gelernt, dass teleologische Vorstellungen vom Ablauf der Geschichte aus erkenntnistheoretischer Perspektive ausgesprochen problematisch sind. Wie aber lässt sich dann die Geschichte der Bundesrepublik als Erfolgsgeschichte interpretieren, wobei Aufbau, Titelüberschriften und Stil von Winklers Text sogar eine gewisse Zwangsläufigkeit suggerieren?

Zum Zweiten hatte man in einigen älteren Büchern aus den 1970er-Jahren, die einem fast zufällig in der Bibliothek in die Hände fielen, vom aufklärerischen Potenzial der Geschichtswissenschaft gelesen, das u. a. aus einem unablässigen kritischen Hinterfragen auch der derzeitigen Gesellschaft bestehe. Wie verbinden sich solche Gedanken mit der Rede von der allumfassenden Ankunft im Westen? Zum Dritten verblassen die Perspektiven einer Mitgestaltung der Gesellschaft – die aufzugreifen die junge Generation immer wieder ermahnt wird – angesichts des engen Raumes, der kritischer und damit konstruktiver Auseinandersetzung mit dem Bestehenden zugestanden wird: Warum sich wissenschaftlich oder politisch engagieren, wenn doch das Ziel der Entwicklung schon erreicht ist und es offensichtlich unseres Beitrags nicht bedarf?

Weitere Facetten unserer Verwunderung über diesen „Ankommens-Diskurs“ und das Erstaunen über eine merkwürdige Selbstsicherheit in

Ein selbstverständlicher Wertmaßstab?, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 22, April 2001, S. 53–56; sowie die überwiegend positiven Rezensionen von Klaus Hildebrand, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. März 2000, S. 24; Gregor Schöllgen, in: Süddeutsche Zeitung, 23. März 2000, S. 21; Volker Ullrich, in: Die Zeit, 23. März 2000, S. 21; Johannes Willms, in: Süddeutsche Zeitung, 26. September 2000, S. 14; Klaus Hildebrand, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Oktober 2000, S. 14; Richard Herzinger, in: Die Zeit, 19. Oktober 2000, S. 33.

2 Vgl. Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 2, S. 638, 654 ff.

einigen methodischen Grundlagen historischen Forschens wollen wir im Folgenden anhand der Zeitgeschichtsforschung und -lehre verdeutlichen.

Zuvor sei jedoch *unser* Blickwinkel nachgezeichnet, die Perspektive unserer Generation, also der in den späten 1970er- und 1980er-Jahren Geborenen. Wir wurden gebeten, für diese Tagung die Sichtweise von Studierenden und jungen Forschenden darzulegen und einen Blickwinkel einzunehmen, der möglicherweise geeignet ist, die Beiträge anderer Tagungsteilnehmer zu konterkarieren. Was zeichnet nun unseren Blickwinkel aus? Zunächst unterscheidet uns selbstredend die fachliche Kompetenz von älteren, erfahrenen Wissenschaftlern. Zudem trennen uns auch einige Lebensjahrzehnte und daraus folgend unterschiedliche Erfahrungshorizonte. So haben wir beispielsweise den Umbruch 1989 und das sich vereinigende Deutschland als Kinder erlebt, um nur einen wesentlichen Unterschied unserer Prägungen zu erwähnen.

Eines jedoch haben wir mit der älteren Generation gemeinsam, und zwar die Position des Zeitzeugen. Denn wir alle sind Akteure oder zumindest Beobachter der Zeitgeschichtsforschung und treten hier *zugleich* als Reflektierende über die eigene Erfahrung als Zeithistoriker auf. Da sich diese Situation nicht auflösen lässt, ist es umso wichtiger, sich diese zu vergegenwärtigen und sie zu problematisieren.

Neben der bewussten Auseinandersetzung mit unserer Zeitzeugenschaft ergab sich eine weitere Schwierigkeit: Wie präsentiert man die eigene Arbeit, also Forschungen einer Gruppe von Nachwuchswissenschaftlern und jungen Künstlern, dem *Leipziger Kreis – Forum für Wissenschaft und Kunst*, ohne dass dies den schalen Beigeschmack der Eigenwerbung erhält? Entschieden haben wir uns für den folgenden Weg: Wir werden einige – unserer Ansicht nach problematisierungswerte – Gesichtspunkte der Zeitgeschichtsforschung nachzeichnen, wie sie uns bei unseren Projekten begegnet sind, wobei zunächst methodische Aspekte der Forschung reflektiert und sodann geschichtspolitische Implikationen herausgearbeitet werden.

Einseitigkeiten in den Quellengrundlagen, Methoden und Interpretationslinien

Eine Besonderheit der deutschen Zeitgeschichtsforschung, die nur selten angesprochen wird, besteht in der Quellengrundlage.³ Westdeutsche Akten unterliegen bekanntlich bis auf wenige Ausnahmen der 30-jährigen Akten-sperrfrist, während Akten aus der DDR weitgehend der Forschung zur freien Verfügung stehen.⁴ Zwar liegen einige Editionen auch neuerer westdeutscher Akten, beispielsweise die Sonderedition „Deutsche Einheit“, veröffentlicht vor.⁵ Da die Auswahlkriterien solcher Editionen jedoch im Unklaren bleiben, sind die erteilten Ausnahmegenehmigungen mehr als fragwürdig. Zudem können auch sie die prinzipielle Ungleichheit nicht beheben. Durch diesen unterschiedlichen Aktenzugang entsteht somit eine Schief-lage in der Forschung, die einer gesamtdeutschen Geschichtsschreibung keineswegs zuträglich ist.

Als sich der Leipziger Kreis in seinem ersten Forschungsprojekt mit inoffizieller Publizistik und Zweiter Öffentlichkeit in Leipzig in den 1980er-Jahren auseinander setzte,⁶ stießen auch wir alsbald auf diese unterschiedlichen Freigabemodalitäten ost- und westdeutscher Akten. Bezugnehmend auf die Ausnahmegenehmigungen für die existierenden Editionen, bemühten wir uns ebenfalls um eine Einsicht in die Bestände westdeutscher Akten – leider ergebnislos. Da die Ergebnislosigkeit unserer Bemühungen aussage-

3 Von den zahlreichen Referaten der in diesem Band dokumentierten Tagung thematisierte Ulrich Mähler die Problematik der Aktenschief-lage. Vgl. dazu den entsprechenden Aufsatz in diesem Band.

4 Vgl. Bundesarchivgesetz, BGBL. I, 1988, S. 62 ff., sowie Hermann Weber, Die aktuelle Situation in den Archiven für die Erforschung der DDR-Geschichte, in: Deutschland Archiv 27 (1994), S. 690–699. Detlef Nakath u. a., Deutsche Verwaltung beruht auf Schriftlichkeit. Möglichkeiten und Grenzen zeitgeschichtlicher Aktenauswertung, in: Wolfgang Thierse u. a. (Hrsg.), Zehn Jahre Deutsche Einheit, Bonn 2000, S. 219–228.

5 Vgl. Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs (Hrsg.), Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998.

6 Vgl. Thomas Klemm/Katja Naumann/Christian Lotz, Eine Zweite Öffentlichkeit? Zur Verbreitung von Untergrundliteratur während der 80er Jahre in Leipzig, Leipzig 2001.

kräftiger ist als manch andere Quellen, entschieden wir uns, beispielsweise die Antwortschreiben des Bundesnachrichtendienstes auf unsere Anfrage um Akteneinsicht in der Publikation unserer Forschungsergebnisse mit abzudrucken.⁷ Nun mag man einwenden, dass die Praxis der Aktenfreigabe prinzipiell bekannt sei und ein solcher Abdruck mitnichten Neues problematisiere. Unser Ziel bei einer solchen Veröffentlichung war jedoch vielmehr, eine erinnernde Reflexion darüber anzuregen. Sie ist, unserer Meinung nach, umso dringender angesichts des beunruhigenden Schweigens, das in den meisten Publikationen zu dieser archivalischen Asymmetrie herrscht. Mit Befremden nahmen wir denn auch wahr, dass der überwiegende Teil der älteren Forschergeneration unser Bemühen mit einem abgeklärten oder gar überlegenen Schulterzucken abtat, so als würde es sich dabei um gänzlich unerhebliche Details handeln.

Bei unseren Forschungen fiel uns eine weitere oft unreflektierte Einseitigkeit auf: Der Standpunkt, von dem aus das Untersuchungsobjekt, in unserem Fall die DDR, häufig betrachtet wird. Vom Eigenen, Bekannten – der westdeutschen Perspektive – blickte man mit Ungläubigkeit, Unverständnis und manchmal gar Abscheu auf das Andere und Fremde – die ostdeutsche Geschichte.⁸ Dem Streben nach einem gleichberechtigten Dialog mit der Vergangenheit ist ein solcher Blickwinkel hinderlich. Gleiches gilt für zwei extreme Positionen des ostdeutschen Diskurses. Denn auch dort bleiben einige Betrachtungen in absoluten Bewertungen gefangen, seien sie nun verurteilend oder apologetisch.⁹ Bei unseren Forschungen zum Umfang einer Zweiten Öffentlichkeit in Leipzig ergab sich zunehmend der Eindruck, dass diese drei Positionen – die dezidiert westdeutsche und die zwei ostdeutschen Perspektiven – jeweils mit einem ausgesprochen schwammigen Begriff von Zweiter Öffentlichkeit operierten. Je nach politischem Interesse und eigener Eingebundenheit in diese Szenen wurden Opposition und deren quantitative Ausmaße unter- bzw. übertrieben. Nun ist es durchaus

7 Vgl. ebenda, S. 70 f.

8 Exemplarisch sei hier verwiesen auf Karl Wilhelm Fricke, *Wie ein Absolutheitsanspruch nicht bestehen konnte*, in: *Das Parlament*, 30. Oktober 1998, S. 22.

9 Siehe dazu u. a.: Konrad H. Jarausch/Matthias Middell, *Die DDR als Geschichte: Verurteilung, Nostalgie oder Historisierung?*, in: dies. (Hrsg.), *Nach dem Erdbeben. (Re-)Konstruktion ostdeutscher Geschichte und Geschichtswissenschaft*, Leipzig 1994, S. 8–20.

nachvollziehbar, dass die jeweiligen individuellen Erfahrungen eines Forschers auch den Standpunkt seiner Betrachtung und den Blickwinkel bestimmen. Allerdings erstaunte uns, dass man in den Veröffentlichungen einer Reflexion über den eigenen Standort kaum Bedeutung beimmaß.

Neben diesen Punkten möchten wir einen dritten Aspekt historischer Forschung ansprechen, der gerade in der Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Geschichte bisweilen in Vergessenheit gerät: die methodische Pluralität. Nach einigen Semestern Studium der neuesten Geschichte wurde uns nämlich Folgendes gewahrt: Wir hatten zwar viel von politischen Strukturen und wirtschaftlichen Prozessen, von Repressionsmechanismen und Opposition in der DDR gehört, wie wir auch Opfer- und Täterperspektive kennen gelernt hatten. Allerdings wussten wir vergleichsweise wenig darüber, wie sich Herrschaft in der Gesellschaft umsetzte und wie Menschen verschiedener Couleur mit dieser Herrschaft umgingen. Unser Bild von der DDR war weithin von Schwarz-Weiß-Tönen durchzogen; die breite Farbpalette historischen Geschehens fand sich in den Darstellungen zur Geschichte der DDR und des geteilten Deutschland nicht wieder.

Mit einer solchen Einseitigkeit scheint eine stetige Spezialisierung einherzugehen. So werden zwar Einzelbereiche tief greifend mit themenspezifischer Detailforschung bearbeitet, eine Verortung im Gesamtprozess oder Versuche einer synthetisierenden Perspektive finden sich hingegen selten. Gerade ein wirklich plurales Herangehen würde doch aber die Chance bieten, die einzelnen Blickwinkel auf die Geschichte zu einem Rundumblick zu verbinden oder konträre Ergebnisse von Einzeluntersuchungen als Ansatzpunkt für weiteres Fragen zu nutzen.

Da es unserer Meinung nach immer noch zu wenig Versuche gibt, die Breite der historischen Herangehensweisen zu erproben und mit disziplin-fremden Methoden zusammenzubringen, versucht der Leipziger Kreis in einem aktuellen Forschungsprojekt, einen solchen Weg zu gehen. So erforschen wir im Augenblick Feindbilder im geteilten Deutschland und bearbeiten die Thematik mit historisch-wissenschaftlichen und literaturwissenschaftlichen Methoden, ebenso wie wir uns Feindbildern als Bildern vom Feind auf künstlerischem Wege nähern.¹⁰

10 Weitere Informationen unter: www.leipziger-kreis.de.

Erinnerungspolitiken

Neben diesen „inneren“ Aspekten der Zeitgeschichtsforschung (Aktenlage, Perspektiven und Methoden) gilt es ebenso, die „äußeren“, also die unmittelbar in die Öffentlichkeit hineinwirkenden Faktoren zu problematisieren, wie sie sich am deutlichsten im Wechselverhältnis von Geschichtswissenschaft und Erinnerungspolitik zeigen. Erinnerungspolitik, also das Ringen um die Deutung und Besetzung von Vergangenheit, ist seit Mitte der 1980er-Jahre eines der am härtesten umkämpften Felder der öffentlichen Auseinandersetzung. Um das breite Spektrum, das mit dem Stichwort „Erinnerungspolitik“ umrissen ist, an dieser Stelle etwas griffiger zu gestalten, soll eine Veröffentlichung als Beispiel herangezogen werden. Wir haben dazu die „Deutschen Erinnerungsorte“ von Hagen Schulze und Etienne François¹¹ ausgewählt, da sie einerseits eine große Anzahl von Beiträgen ganz verschiedener Autoren (insgesamt sind es fast 120 Aufsätze) vereinen und zudem in der Öffentlichkeit ein verhältnismäßig breites Echo hervorgerufen haben. Andererseits kann das dreibändige Werk als richtungweisende Arbeit innerhalb einer Geschichtswissenschaft gelten, der man nicht zu nahe tritt, wenn man sie als mehrheitlich eher abwartend und zögernd gegenüber Innovation und Kreativität charakterisiert. Gerade gegenüber solchen richtungweisenden Entwicklungen scheinen uns Anmerkungen und Kritik besonders notwendig, da wir diese Entwicklungen mit voranbringen wollen.¹²

Überblickt man die Rezensionen zu diesen Bänden in den Feuilletons, fällt zunächst auf, dass eine Kernfrage von Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik als Allererstes diskutiert wird, und zwar die Frage, *woran* denn überhaupt erinnert werden soll? Erwartungsgemäß wurde nun von den einzelnen

11 Hagen Schulze/Etienne François (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*. 3 Bde., München 2001.

12 Die bisweilen scharfen Auseinandersetzungen mit den – insbesondere nach 1989 – wieder verstärkt auftretenden Erscheinungsformen des Historismus sollen hier nicht mit referiert werden, da sie in zahlreichen Veröffentlichungen der letzten Jahre mittlerweile gut dokumentiert sind. Siehe dazu u. a. Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hrsg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*, Bonn 1998; darin vor allem den pointierten Beitrag von Manfred Hettling, *Umschreiben notwendig? Die Historiker und das Jahr 1989*, S. 391–403.

Rezensenten – je nach Wahl der Gesichtspunkte und Absichten – noch der eine oder andere Beitrag für zusätzlich wünschenswert erachtet. Zugleich gestand man ein, dass selbst eine solch groß angelegte Veröffentlichung immer unvollständig bleiben muss.¹³

Merkwürdigerweise erfuhren zwei viel wesentlichere Aspekte in den Feuilletons kaum oder gar keine Beachtung. Erstens reflektiert die Einleitung der drei Bände nicht den Kernaspekt des ganzen Unternehmens: dass nämlich diese drei Bände in gewisser Weise *selbst* „Denkmäler“ sind und ihnen daher auch eine für Denkmäler charakteristische und *problematische* Wesensmäßigkeit innewohnt. Durch die Auswahl und Art der Behandlung der einzelnen Erinnerungsorte konstruieren sie selbst ein spezifisches Gesamtbild, das seine erinnerungspolitische Prägekraft in den Bibliotheken der Universitäten und anderer Bildungseinrichtungen sowie in den Arbeitszimmern von Dozenten, Lehrern, Publizisten u. a. entfaltet.

Zweitens ist die Art und Weise frappierend, wie sich diese drei Bände der deutsch-deutsch geteilten Erinnerung stellen. Sicher, neben spezifisch westdeutschen haben auch spezifisch ostdeutsche Erinnerungsorte Eingang in das Werk gefunden. Bei der Behandlung zahlreicher gesamtdeutscher Orte ist jedoch der Aspekt einer ost-west-geteilten Erinnerung kaum reflektiert worden, wenn er nicht gar vollständig ausgeblendet wird oder lediglich Randbemerkungen im Rahmen der westdeutschen Erinnerung erfährt. In der Einleitung heißt es zu dieser Problematik: „Die weitgehend bildungsbürgerliche, westliche und auch berlinische Prägung des Unternehmens spiegelt auch – trotz all unserer Versuche, dagegen anzusteuern – den ‚Sitz im Leben‘ der Herausgeber wider. Bei dieser Erkenntnis belassen wir es aber nicht.“¹⁴ Und erläuternd heißt es weiter: „Die Westorientierung ist ein kennzeichnendes Merkmal des deutschen Selbstverständnisses, insbesondere nach

13 Vergleiche dazu u. a. Friederich Wilhelm Graf, Die Nationalmannschaft der neuen Normalität, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. November 2001; Johannes Willms, Museum der Ungewissheiten, in: Süddeutsche Zeitung, 17. März 2001; Frank Böckelmann, Ein Volk von Bohrern sollt ihr sein, in: Süddeutsche Zeitung, 3. Oktober 2001. Hans-Ulrich Wehler, Was uns zusammenhält, in: Die Zeit, 22. März 2001; Ulrich Raulff, Heil dir im Kaffeesatz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. März 2001; Harry D. Schurdel, Deutsche Mythen und Symbole, in: Das Parlament, 23. November 2001.

14 Schulze/François, Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, S. 22.

dem Zweiten Weltkrieg.¹⁵ Gegen eine solche Art der Verortung des Werks ließen sich auf mehreren Ebenen Einwände vorbringen: Erstens geht weder aus der Einleitung noch aus der Mehrheit der Beiträge hervor, welche „Versuche“ die Herausgeber unternommen haben, gegen die „westliche [...] Prägung [...] anzusteuern“.¹⁶ Welche unüberwindlichen Hürden, so möchte man fragen, stellten sich den beiden Herausgebern – immerhin zwei Historiker mit herausragendem Ansehen und zudem Hochschulprofessoren, denen alle intellektuelle Freiheiten und Umsetzungsmöglichkeiten gegeben sind? Zum Zweiten kann der Satz „Die Westorientierung ist ein kennzeichnendes Merkmal des deutschen Selbstverständnisses“ nicht als Erläuterung oder Begründung für die Art der Behandlung geteilter Erinnerungsorte gelten. Vielmehr verdichtet sich in ihm beispielhaft die Schiefelage des ganzen Werks: Denn die Westorientierung ist nicht ein kennzeichnendes Merkmal des „deutschen“, sondern des „westdeutschen“ Selbstverständnisses.¹⁷ Selbst wenn man – drittens – zugesteht, dass die Westorientierung ein Merkmal des westdeutschen Selbstverständnisses bildet, kann doch die Einleitung eines solchen Werkes nicht dabei stehen bleiben, die daraus erwachsenden Problemlagen lediglich zu referieren. Vielmehr wäre es doch gerade eine Herausforderung gewesen, sie zu reflektieren.¹⁸

15 Ebenda, S. 22 f.

16 Ebenda.

17 Zur West- und Ostorientierung des geteilten Deutschland siehe einführend: Konrad H. Jarausch/Hannes Siegrist (Hrsg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*, Frankfurt a. M. 1997. Wie verbreitet eine Verwechslung von „deutsch“ und „westdeutsch“ auch in anderen viel beachteten Werken ist, zeigt beispielsweise die Dauerausstellung des Hauses der Geschichte in Bonn. Sinnfällig heißt es hier etwa in der Bildunterschrift unter einer Fotografie, die Helmut Schmidt und Erich Honecker zur KSZE in Helsinki zeigt, die „deutsche Delegation“ habe hier Erfolge erzielt. Wer, so möchte man fragen, repräsentierte denn in Helsinki die „deutsche“ Delegation? Schmidt oder Honecker?

18 Um eine solche Reflexion in das Werk einzubinden, wären mehrere Wege möglich gewesen: Auf der theoretischen Ebene hätte sich die Einleitung mit den legitimatorischen Aspekten einer einseitig westdeutschen Erinnerungskultur auseinander setzen können. Auf der praktischen Ebene hätten ost-west-geteilte Erinnerungsorte mit Ansätzen der Parallel- oder Beziehungsgeschichte – wie sie in der Zeitgeschichtsforschung schon seit längerem diskutiert werden – bearbeitet werden können (dazu einführend Christoph Kleßmann, *Zeitgeschichte in Deutschland nach Ende des Ost-West-Konflikts*, Essen 1998).

Selbstverständlich gibt es Ausnahmen von dieser einseitig westlichen Darstellungsart, wie etwa den brillanten Beitrag von Sandrine Kot zum „Sozialstaat“ oder die Aufsätze von Georg Bollenbeck zu „Weimar“ und von Pierre Ayçoberry über den „Bolschewik“.¹⁹ Das Gros jener Beiträge, die einen ost-west-geteilten Erinnerungsort zum Gegenstand haben, kommt jedoch über eine nur westdeutsche Perspektive nicht hinaus. Dass beispielsweise das Thema „Mahnmale“²⁰ ein ost-west-deutsch höchst verschieden aufgeladener Erinnerungsort ist, bedarf wohl kaum einer detaillierteren Ausführung. Im Aufsatz zu „Achtundsechzig“²¹ kommt der Prager Frühling nur als Bezugspunkt der westdeutschen Studentenrevolte vor – ein Blickwinkel, der eher von einem zeitzeugenhaften als wissenschaftlichen Herangehen zeugt. Für einen deutschen (und nicht westdeutschen) Erinnerungsort hätte doch „Achtundsechzig“ auch die Frage bedeutet, wo der Anfang des Prager Frühlings mit Hoffnung, wo mit Erstarrung und Ängstlichkeit beobachtet wurde und wo seine Niederschlagung Enttäuschung und wo starres Festhalten am Kurs hervorbrachte. Um noch ein drittes Beispiel zu nennen: Ein Aufsatz zur Bildungspolitik in Deutschland, der als Überschrift einen Redetitel von Wilhelm Liebknecht – „Wissen ist Macht“²² – aufgreift, spart das teils erfolgreiche, teils erfolglose Ringen der DDR um eine Arbeiterbildung fast vollkommen aus. Stattdessen feiert er die Errungenschaften des westdeutschen Nachkriegs-Bildungssystems.

Es sei an dieser Stelle explizit hervorgehoben, dass es nicht unsere Absicht ist, hier ein Loblied auf die Arbeiter- und Bauernfakultät anzustimmen, wie man es in einigen ostdeutschen Milieus bisweilen vernehmen kann. Es wäre aber doch gerade die Herausforderung eines solchen Themas gewesen, die Politik des ostdeutschen Staates nachzuzeichnen, die tradierte bürgerliche Exklusionen teilweise überwand, dabei aber neue, *politische* Ausgrenzungen schuf, die die Bildungs- und Sozialstruktur des ostdeutschen Teilstaats entscheidend prägten. Hier hätte man natürlich von den Arbeiter-

19 Vgl. Sandrine Kot, Sozialstaat, in: Schulze/François (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. II, S. 485–501; Georg Bollenbeck, Weimar, in: ebenda, Bd. I, S. 207–224; Pierre Ayçoberry, Der Bolschewik, in: ebenda, Bd. I, S. 455–468.

20 Klaus Naumann, Mahnmale, in: ebenda, Bd. I, S. 622–639.

21 Heinz Bude, Achtundsechzig; in: ebenda, Bd. II, S. 122–138.

22 Klaus Tenfelde, Wissen ist Macht; in: ebenda, Bd. III, S. 40–54.

und Bauernfakultäten reden müssen ebenso wie über die engstirnige Reglementierung der Studienplatzvergabe seitens der SED und auch über die Rolle der konfessionell gebundenen Bildungseinrichtungen.

Sicher, auch eine Integration ostdeutscher Facetten in diese drei Bände hätte nichts daran ändern können, dass ein solches Buchprojekt einen Kanon suggeriert. Derlei lässt sich – wie eingangs gezeigt – nie vermeiden, nur reflektieren. Aber das Nachzeichnen von ost-west-gebrochenen oder -geteilten Erinnerungen hätte eine Landkarte entworfen, mit deren Hilfe man sich den zahlreichen Orten nicht nur aus westlicher, sondern auch aus östlicher Richtung hätte nähern können. Wir möchten daher fragen: Wäre es denn nicht gerade eine Herausforderung (nicht nur – aber auch) für ein solches Buchprojekt gewesen, in einer Fühlungnahme mit den heftigen Debatten um deutsche Geschichte eben *nicht* eine neue Einheitserinnerung zu zementieren, sondern eine *progressive Erinnerungskultur* voranzubringen, die Widersprüchlichkeiten aufzeigt und zu Konfliktfähigkeit anleitet. Denn nicht die Einigkeit über so viele, vor allem zeitgeschichtliche Erinnerungsorte verbindet doch uns Deutsche, sondern gerade der anhaltende *Streit* um die historische Aufladung einzelner „Orte“. Aus diesem Grunde möchten wir auch die These wagen, dass die drei Bände „Deutsche Erinnerungsorte“ – stellvertretend für zahlreiche ähnliche Veröffentlichungen – eher den öffentlich dominanten *Diskurs* über Vergangenheit dokumentieren, als es ihnen gelingt, deutsche – und das heißt gesamtdeutsche – Erinnerungsorte einzufangen.

Gemeinsame deutsche Geschichte

Ausgehend von diesem geschichtspolitischen Argument für eine gesamtdeutsche Perspektive bemühen wir uns, einen gesamtdeutschen Blickwinkel auch unseren Projekten im Leipziger Kreis zu Grunde zu legen. Daher sprechen wir auch nicht von „DDR-Forschung“, sondern allgemein von „Zeitgeschichtsforschung“. Wir wollen damit nicht sagen, dass es keine Forschung geben soll, die sich singular mit DDR-spezifischen Aspekten befasst. Aber, wo immer möglich, sollte der Blick über die deutsch-deutsche Grenze nicht nur eine rhetorische Floskel in den Einleitungen von Büchern,

sondern als Forschungspraxis einbezogen werden. Das bedeutet keineswegs, dass man immer gleich historische Vergleiche anstellen muss. Vielmehr möchten wir für eine *Beziehungsgeschichte* argumentieren, die das Wechselverhältnis zwischen Ost und West im Blick behält.²³

Dass eine solche deutsch-deutsche Perspektive in der universitären Lehre durchaus Raum findet, haben Peer Pasternack und seine Mitarbeiter in ihrer Studie gezeigt.²⁴ Einige Diskussionen gestandener Historiker – nicht nur auf der Tagung „Die Zukunft eines untergegangenen Staates“ im Februar 2003 in Wittenberg – müssen aber verwundern, wenn sie sich dafür aussprechen, geteilte deutsche Geschichte endlich nicht mehr geteilt, sondern gesamtdeutsch zu schreiben. Wir möchten fragen: Wenn denn offenbar die Stimmung so einhellig *für* eine gesamtdeutsche Darstellung der Nachkriegsgeschichte ist, warum erscheint eine solche Darstellung nicht?

Es geht hier nicht um Detailstudien und Einzelfallanalysen. Wir sehen auch, dass es einige große Darstellungen zur deutschen Nachkriegsgeschichte gibt (allen voran die Arbeiten von Christoph Kleßmann oder von Rolf Steininger²⁵), denen in unterschiedlicher Weise eine Ost-West-Perspektive gelingt. Es geht uns hier vielmehr um die großen Handbücher, Einführungen und historischen Lexika, die der Student, die Lehramtskandidatin, der Lehrer oder die Dozentin als Erstes zur Hand nehmen und die auf diesem Wege das Fundament für ein zukünftiges Geschichtsbewusstsein prägen.

Was – so möchte man jetzt vielleicht fragen – hat der Leipziger Kreis, in dem wir gemeinsam mit einigen Kommilitonen arbeiten, mit diesem nun wahrlich breiten Feld – von methodischen über wissenschaftlich-inhaltliche bis hin zu geschichtspolitischen Themen – zu tun? Wir beanspruchen selbstverständlich nicht, in all diesen Fragen und Problemen der Weisheit

23 Aspekte einer Beziehungsgeschichte versucht der Leipziger Kreis im Rahmen seiner jeweiligen Projekte zu zeigen. Vgl. dazu im einzelnen: Klemm/Lotz/Naumann, *Eine Zweite Öffentlichkeit?*, S. 67–72; Thomas Klemm, *Die Kunst der Erinnerung*, Leipzig 2002, S. 5–21, 66 f.

24 Vergleiche dazu den Beitrag von Peer Pasternack in diesem Band.

25 Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*. 5. überarb. Aufl., Bonn 1991 (1. Aufl. 1982); ders., *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*. 2. überarb. Aufl., Bonn 1991 (1. Aufl. 1988); Rolf Steiniger, *Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente* in vier Bänden, Frankfurt a. M. 2002; Konrad H. Jarausch/Michael Geyer, *Shattered Past. Reconstructing German Histories*. Princeton/Oxford 2003.

letzten Schluss gefunden zu haben. Aber – wir wollen mit unseren Projekten die akademische und die öffentliche Debatte anregen, ganz gleich ob wir Untergrundliteratur, Erinnerungskultur, Feindbilder oder anderes erforschen, und unsere Arbeitsergebnisse der Öffentlichkeit vorstellen.²⁶ Wir wollen zu methodischer Pluralität statt Einseitigkeit ermuntern und versuchen, geteilte deutsche Geschichte nicht geteilt, sondern gesamtdeutsch anzugehen. Es ist eine Suche nach einem offenen Dialog mit der Vergangenheit, der auch einer kritischen Reflexion der Gegenwart dienen kann.

26 Dass eine Arbeit wie die des Leipziger Kreises nicht ganz ohne Unterstützung so genannter Drittmittelgeber läuft, bedarf hier wohl kaum einer näheren Erläuterung. Hervorgehoben werden sollte jedoch, dass die Universität Leipzig – ihrem Leitmotiv folgend „Aus Tradition Grenzen überschreiten“ – den Leipziger Kreis seit November 2002 mit einem eigenen Büro unterstützt. Vgl. dazu Helmut Papp, Studentische Forschung – Ein Widerspruch? in: Journal der Universität Leipzig, 2002, Nr. 6, S. 1.

Warum und zu welchem Ende sollte man DDR-Literatur lehren?

Probleme nachträglichen Verstehens

I. Rekonstruktion: „Literatur aus der ehemaligen DDR“

Die berühmte Frage Friedrich Schillers nach dem Nutzen von Universalgeschichte soll hier abgewandelt werden. Der Umgang mit der DDR-Literatur kann als Muster für die Problematik des richtigen Verstehens behandelt werden. Verstehen muss erlernt werden. Das beginnt damit, dass man Präjudizien als solche erkennt und ihnen nicht unbefragt vertraut. Soll, wie jetzt üblich, wenn von der „ehemaligen DDR“ die Rede ist, ihre Literatur als ebenso überholt angesehen werden wie das Gesellschaftssystem? Und welches Interesse kann dann geltend gemacht werden? War die Rede von „zwei deutschen Literaturen“ nicht lediglich Produkt politischer Sprachregelungen, political correctness von gestern mithin? Sprachregelungen sind immer problematisch. Wenn jetzt von „vier deutschsprachigen Literaturen“ gesprochen wird, so soll wohl die Kopplung von Literatur und politischem System relativiert werden. Vom Attribut einer sozialistischen Literatur ist gar nicht mehr die Rede.

Angesichts solcher Fragen können Lehre und Forschung nicht ignorieren, was sich in jeder Lehrveranstaltung herausstellt, dass ihr Gegenstand nicht selbstverständlich ist, sondern beschrieben werden muss. Ausländische Studierende bringen keine Vorstellungen von DDR-Literatur mit; sie erwarten aber Auskünfte über ein fremdes Gesellschaftssystem und Ein-

blicke in dessen Fehlerhaftigkeit. Die literarischen Texte werden spontan nach ihrem Informationsgehalt, besonders aber nach Kuriositäten des Lebens in der DDR durchsucht. Deutsche Studenten dagegen sind stärker auf den literarischen Diskurs orientiert. Sie identifizieren DDR-Literatur mit einer Reihe von Namen, deren Gänze dem derzeitigen Kanon entspricht. Bei dessen Zustandekommen hat aber weniger die literarische Bedeutung gezählt als vielmehr die politische oder publizistische Prominenz. Das entspricht der Rolle, die Feuilleton und mediale Vermittlung von Kenntnissen und Wissen im öffentlichen Leben spielen. Sie haben den Diskurs bisher geregelt, und man darf mit Foucault davon ausgehen, dass er weniger „öffentliches Interesse“ oder „kollektive Neugierde“ repräsentiert als Ansprüche auf Definitionsmacht und Deutungsdominanz.¹ Der Kanon ist das Paradigma des Diskurses.

Ein Kanon ist keine unantastbare und verbürgte Wertordnung. Daraus folgt, dass Lehrende und Studenten ihn kritisch wahrzunehmen haben, also entscheiden müssen, wo sie ihn akzeptieren und was sie hinterfragen wollen. Das stellt sich deshalb als schwierig heraus, weil die Bedingungen der Produktion, Distribution und Zensur von DDR-Literatur nicht kompatibel mit denen sind, die heute gelten. Sie war gewiss keine subversive Gegenkultur, wurde aber häufig so rezipiert. Die Liste der verbotenen Bücher oder solcher, die nicht in der DDR erscheinen konnten, ist lang, und viele Autoren, die zur offiziellen Literatur gehörten, fanden sich unvermutet gemäßregelt durch Publikationsverbote. Durch Einwirkung der Macht auf das – mit Bourdieu zu sprechen – „literarische Feld“ bleiben Status und Stabilität von DDR-Literatur immer ambivalent, nämlich unentschieden zwischen Kritik und Repräsentation der Gesellschaft. Solange sie in der DDR entstand, hatte ebenfalls ein Kanon reglementierend auf sie eingewirkt, der offenkundig von denjenigen Machtmechanismen diktiert wurde, für deren Funktionieren der Diskurs wesentlich war.

Seinerzeit waren die Studierenden interessiert an Texten, die „jenseits des Kanons“ angesiedelt waren, und bevorzugten unterdrückte, in der DDR nicht verlegte und unbekannte Texte sowie offiziell missliebige Werke. Immer

1 Michel Foucault, *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit*. Bd. 1, Frankfurt a. M. 1983, S. 35.

wenn das Textangebot gegen den Kanon verstieß, kam es im Seminar zu Diskussionen, die literarische bzw. kulturelle ebenso wie soziale und politische Wertungen einschlossen.

Seit 1990 hat sich nicht nur der Inhalt, sondern auch die Funktion des Kanons geändert. Jetzt reguliert er den Kenntnisstand und die Nachfrage der Studenten. Das heißt weiter nichts, als dass die DDR-Literatur nicht mehr als lebendige literarische Kommunikation funktioniert, sondern ein historischer Gegenstand geworden ist. In dieser Situation geht es darum, die Auswahl derjenigen Dichter und Texte festzulegen, die nicht in Vergessenheit geraten sollen. Soweit handelt es sich um einen völlig normalen Vorgang. Zu problematisieren ist jedoch, dass ideell-ideologische und sozialgeschichtliche Anlässe zur Kanonbildung nicht abgeglichen und auch nicht analysiert sind. Überdies dominiert die Außenperspektive. Verfasser von DDR-Literaturgeschichten wie Wolfgang Emmerich und Ralf Schnell räumen die besagte Einseitigkeit als Folge ihres Kenntnisstandes durchaus ein. Völlig vergessen ist aber, dass die DDR-Literatur Anspruch auf den Titel einer sozialistischen Literatur erhoben hatte. Der war ihr auch im Feuilleton der Bundesrepublik lange Zeit widerspruchlos zuerkannt worden.²

In den neunziger Jahren setzte eine scharfe Auseinandersetzung über die Bewertung bzw. Neubewertung von DDR-Literatur und demzufolge auch über Auswechslungen im Kanon ein, deren Beweggründe weder sachorientiert noch historisch waren. Der so genannte deutsch-deutsche Literaturstreit von 1990 stand unter der Losung: „Verrat an der Literatur“. In seinem Verlauf wurde das Ansehen von Autoren wie Christa Wolf, aber auch das der DDR-Literatur insgesamt herabgestuft. Der Streit wurde derart diskriminierend geführt, dass man glauben konnte, die betroffenen Autoren sollten aus dem Kanon gestrichen werden. Eigentlich wurde aber um Positionen im neuen literarischen Feld der neunziger Jahre gekämpft. Zu diesem Zweck wurde das Exempel an der DDR-Literatur statuiert.

Neuere Forschungsarbeiten zur DDR-Literatur zeigen, dass es seitdem mehr Verwirrung als Konsens darüber gibt, welche Autoren wichtig sind

2 Vgl. Monika Papenfuß, Die Literaturkritik zu Christa Wolfs Werk im Feuilleton. Eine literaturkritische Studie vor dem Hintergrund des Literaturstreits um den Text „Was bleibt“, Berlin 1998, S. 11.

und welche Werke nicht vergessen werden sollten. Das bedeutet für die Lehrenden, dass die jeweilige Auswahl zu begründen und mit dem Kanon abzugleichen ist. Die Studenten sollten angehalten werden, den literarischen Texten weder mit politischen Vorurteilen zu begegnen noch sie lediglich auf ihre vermeintliche „Aussage“ zu reduzieren. Literatur ist zwar, um mit Jürgen Link zu sprechen, besonders geeignet, Auskunft über kulturelle Entwicklungen, also über Mentalitäten und Lebensgewohnheiten zu geben; aber eben ein „elaborierter Interdiskurs“, für dessen Verständnis spezielle Techniken der Texterfassung nötig sind. Textinterpretationen geben die Möglichkeit, wenigstens zwei Aspekte zu kombinieren, nämlich die intendierte Mitteilung und deren Referenz auf tatsächliche Lebenswelt und entsprechende Erfahrungen zurückzubeziehen. Die nachfragende Werkinterpretation besagt zwar wenig über DDR-Literatur, also über bezeichnende Diskurse und Differenzen zur anderen deutschen Literatur, sie hat aber den Vorteil, dass die einseitige Ausrichtung lediglich auf politische und kulturpolitische Vorgänge, also der feuilletonistische Umgang mit Literatur, korrigiert wird.

„Werkinterpretation“ als Art der Lektüre wird von Studenten intuitiv gewählt. Bei wissenschaftlichen Arbeiten zu selbst gewählten Themen ist die Beziehung zum Autor primär. Noch fehlt meist das nötige Instrumentarium, um Beobachtungen und Urteile in einen übergeordneten Diskurs einzubringen. Aber tiefer greifende Fragen werden gefunden. Das ist der nötige Schritt zu dem Ziel, um das es generell in unseren Disziplinen geht: Sie haben Verfahren der Befragung und der Diskussion von Normen sowie diskursiven Praxen zu vermitteln. Hieran sind keine Abstriche zu machen, wie das Defizit bei Textverständnis und -aneignung beweist, das nicht zuletzt die Pisa-Studien zu Tage gefördert haben. Der Umgang mit literarischen Texten ist dafür exemplarisch. Er wird weder in der Schule noch später gelehrt, um literarische Kenntnisse zu vermitteln, sondern weil es sich um eine Textsorte handelt, die zu innovativen und interdisziplinären Fragestellungen und Problemlösungen inspiriert und damit zu weiterer Diskurskritik befähigt.

2. Kontextualisierung und Verstehen

Mit Blick auf diese Art der Präsentation von Texten lassen sich die eingangs gestellten Fragen zusammenfassen und präzisieren. Es geht darum, wie viel „DDR“ man braucht, um die Literatur dieses Landes, seine Künste überhaupt, zu verstehen und – da wir Lehrer ausbilden – zu vermitteln. Diese Frage wird den Fokus meiner weiteren Überlegungen bilden.

Die theoretische Reflexion über das kommunikative Potenzial von Literatur legt eine Forderung nahe, die mit allen praktischen Erfahrungen übereinstimmt: Die Lehre zur DDR-Literatur soll nach dem Grundsatz der De-Kanonisierung erfolgen. Für den Textkorpus insgesamt heißt das, eine geeignete Textauswahl oder einen verfremdenden Aspekt ihrer Behandlung zu favorisieren. Für Literaturseminare käme in der Regel eine Mischung von Texten bekannter (prominenter) Autoren mit selten gelesenen Texten resp. unbekannteren Autoren in Frage. Bei Letzteren handelt es sich oft um Literatur, die als schwierig gilt, und um Schriftsteller, die immer Außenseiter waren und geblieben sind. Allein schon durch derartige Kombinationen verfremden die Texte einander.

Die Verfremdung setzt die Studenten in die Lage, sich um vorgegebene Urteile weniger zu kümmern, und, unabhängig von Autorität, über die Verstehensmöglichkeiten jedes einzelnen Textes aktuell zu entscheiden. Für diese Art des Verstehens braucht es, von einigen Wort- und Begriffserklärungen abgesehen, möglicherweise nicht viel Kenntnis über die DDR. Aber es wird Interesse geweckt, das mittelbar zum Bedarf an weiteren Informationen führen kann. Der eigentliche Effekt besteht darin, dass die Texte primär als Literatur rezipiert werden. Oberflächliche Lesarten werden neutralisiert und Verstehensbarrieren überwunden. Die unmittelbare oder naive Rezeption führt oft zu überraschenden Leseerlebnissen. Zum Beispiel meinten Studentinnen, in Frauenfiguren bei Anna Seghers ihr eigenes Schicksal wiederzuerkennen. Vorurteile über Seghers und den realistischen Roman zählten von da an für sie nicht mehr. In der Konsequenz begannen sie damit, sich ihr eigenes Bild von DDR-Literatur zu machen.

Vorliebe für einen Autor oder ein Buch kommt der DDR-Literatur insgesamt zugute; weckt Interesse für ihre Themen und dafür, die Strukturen eines literarischen Feldes zu kennen. Zwei Bestandteile von Bourdieus Feld-

Theorie sind für die Lehre besonders attraktiv. Das ist einmal die Beschreibung einer durch das Feld geprägten Selbstdefinition von Autorschaft und Funktionsbegriff des Schriftstellers, kurz: des spezifischen „Habitus“, der durch das Feld wesentlich geprägt wird. Die Feststellung, dass DDR-Schriftsteller einen ausgeprägten Leserbezug hatten, lässt sich ergänzen durch sachliche Aussagen über Beziehungen zwischen literarischem Feld und dem Feld der Macht, also dem politischen System.

Eine zweite spezielle Feldbedingung zeigt sich darin, dass man von DDR-Literatur nicht sprechen kann, ohne die soziale Position der Schriftsteller zu erörtern. Hier bestehen deutliche Differenzen zu Lage und Bewusstsein der Autoren im Westen. DDR-Autoren hingen vom Markt als Regulierungsinstanz so gut wie nicht ab. Umso größer war ihre Abhängigkeit vom politischen Einspruch, da die Veröffentlichung ihrer Bücher durch ein System von Gutachten, Druckgenehmigungen, gesetzliche und ungesetzliche Maßnahmen und u. U. auch durch Bespitzelung reguliert wurde.

Kanon und Diskurs haben sich nun seit 1990 derart selektiv ausgewirkt, dass Bedeutung und Prominenz der Autoren anscheinend lediglich am Grad ihrer Position als Kritiker des politischen Systems gemessen werden. Daraus entsteht ein Paradox: Ihre Befreiung vom Felde der Macht hat, streng genommen, das Ende der DDR-Literatur eingeleitet. Seit 1989 stehen die Autoren sich in gegensätzlichen Lagern gegenüber, im erbitterten Streit, ob die Literatur sich selbst verraten habe oder aber dieses „Feld“ mit all seinen Absurditäten ihr gerade förderlich gewesen sei.

Weil die Stimmen der zweiten Gruppe insgesamt weniger Öffentlichkeit haben, zitiere ich einen ihrer Protagonisten, den Autor Karl Mickel, der 1995 in einem Interview nach seiner „Abschlussbilanz“, die DDR betreffend gefragt, das Bewusstsein seiner Autorschaft folgendermaßen formulierte: „Pro domo gesprochen: Ich habe die Peristaltik einer gescheiterten Weltrevolution am Leibe gespürt; das sind Erfahrungen, die meinen Westkollegen nun gänzlich versperrt sind. Ich aber erlebe jetzt den Westen; diese soziologische Stereoskopie geht unweigerlich in die Texte ein. Es scheint mir möglich, daß durch Rückwirkung der Nachgeschichte die umstrittene DDR-Literatur sich dauerhaft konstituiert.“³

3 Karl Mickel, *Gelehrtenrepublik*. Schriften 5, Halle/S. 2000, S. 657.

Das Erlebnis der Niederlage, und zwar der Idee der sozialen Gerechtigkeit, ist demnach eine Disposition, die die Sinne von DDR-Autoren für soziale Fragen besonders geschärft habe. Das ist plausibel, zumal auch Autoren, die wie Wolfgang Hilbig eigentlich als Dissidenten gelten, sich inzwischen als Kritiker des kapitalistischen Gesellschaftssystems äußern. Letztlich ist das auch von Heiner Müller zu sagen. Die Bilanz der „gelehrten“ wie der „kulturellen“ DDR ist noch nicht abgeschlossen. Darum sollte eigentlich nicht der Konsens regieren, vielmehr müsste die herrschende Auffassung offener diskutiert und den abweichenden Meinungen zugehört werden.

Auf der Ebene des soziologischen Verstehens werden Kontexte relevant. Auskünfte über Absichten, Bedingungen und soziale Prägungen, nach Einstellungen und der Eigenlogik gesellschaftlicher Mechanismen sind angebracht. Bezeichnend für Status und Struktur von DDR-Literatur ist, dass sie eng an DDR-Erfahrungen gebunden blieb. Für das Verständnis ist also die Kenntnis von Kontexten auch der DDR-Geschichte erforderlich. Genau deshalb konnte der Soziologe Wolfgang Engler die DDR-Literatur für seine Recherchen über Verhaltensweisen und Mentalität der „Ostdeutschen“ benutzen. Die Literatur lieferte dem Soziologen Modelle, um das Phänomen des „arbeiterlichen“ Bewusstseins, wie er es nennt, zu beschreiben. Dazu diente bevorzugt Volker Brauns Erzählung „Die drei Werkzeugmacher“ (1994).

Die exponierte Stellung des „Arbeiters“ in der DDR-Literatur ist ein hervorstechendes Diskursmerkmal. Lebenswelt und Zeitplan von Arbeitern bzw. Arbeiterinnen, ihr Selbstgefühl und ihre Ansprüche waren, obwohl „verordnet“, immer ureigene Themen in der DDR-Literatur. Deren Bedeutung entstand aus einer permanenten Spannung zwischen Politik und Literatur, die sich später zu einem brisanten Widerspruch auswuchs. Denn Arbeiterfiguren stellten niemals bloße Abbilder von soziologischen Relationen und Sachverhalten dar. Sie gehörten vielmehr zum symbolischen Inventar der Literatur und repräsentierten die Legitimation des Sozialismus. Anfangs, in den „Aufbaujahren“, signifikant als Leitbild einer imaginären Gemeinschaft, wurden Arbeitergestalten seit den siebziger Jahren als Zeichen des eingetretenen Defizits bzw. Verfalls sozialistischer Wertvorstellungen eingesetzt. Entsprechend erzählt Brauns Text von 1994 zwar vom Untergang einer sozialen Schicht im Zuge der Privatisierung der DDR-

Industrie, verweist aber auf eine doppelte Enteignung am Ende der DDR: Die „qualifizierten“ Arbeiter verlieren ihre „eigene“ Bedeutung, die sich als überlebt erweist. Gleichzeitig vollzieht die Literatur die Delegitimierung ihrer „eigenen“ symbolischen Sprache, die keine Referenz und damit auch keinen Sinn mehr hat. Brauns Erzählung wirkt äußerlich „vormodern“, erfüllt aber mit der Aufdeckung der Differenz von sozialer Wirklichkeit und der Auswechslung von Diskursen eine Funktion moderner Literatur. Erfahrungen von Niederlagen schärfen den Blick und befähigen zu radikaler Aufdeckung des Kontrastes zwischen wirklichen Vorgängen und ihren Deutungen, die Irrtümer, gelegentlich sogar mit tödlichem Ausgang, organisieren. Gerade diese Bilanzen nach der Wende sind auch lehrreich für diejenigen, die die Belange der DDR und des Arbeiters wenig interessieren müssen. Sie erweitern soziale Kompetenz, wenn sie als Übungen für die Analyse von Sprachregelungen und Machtinteressen eingesetzt werden.

Auf der Ebene des soziologischen Verstehens geht es immer darum, Verhältnisse und Verhaltensweisen, also soziale Determination, mit den zugehörigen Diskursen zu konfrontieren bzw. von ihnen abzuheben. Hier sind Vergleiche didaktisch vorteilhaft und daher produktiv. Als sehr aufschlussreich erwies sich die parallele Behandlung von Kriegsliteratur aus beiden deutschen Literaturen. Die Autoren gehörten sämtlich der Kriegsgeneration an. Ihre Erfahrungen an den Fronten, als Besatzer oder in HJ und Arbeitsdienst, dürften dieselben gewesen sein; aber die Romane darüber differieren beträchtlich, nämlich entsprechend den divergierenden Geschichtsbildern. Ebenso ergiebig war ein Vergleich der Lyrik der Aufbruchgeneration in den sechziger Jahren. Die Lyriker dachten anders, die Gegenstände der Kritik waren nicht dieselben; die Auflehnung gegen die etablierte Ordnung fand jeweils eine völlig andere Sprache. Den Teilnehmern an dieser Vorlesung leuchtete ein, dass es in zwei Literaturen einen je eigenen Generationsaufbruch gab, von denen keiner als „besser“ qualifiziert werden konnte. Ein vorurteilsfreier Umgang mit Texten, die als verschieden, aber nicht ungleichwertig erkannt wurden, wurde möglich.

Auch interdisziplinäre Ansätze erwiesen sich als vorteilhaft. Mit Hilfe bildlicher Darstellungen lässt sich das Bedeutungsfeld einer Bildsprache oder die Favorisierung eines Mythos besser vermitteln als durch verbale Erläuterungen. Daher wurden Malerei und Grafik, darstellende Künste und schließ-

lich auch Opern und Oratorien aus der DDR im Seminar mit einbezogen. Auf diese Weise konnten Denktraditionen buchstäblich „veranschaulicht“ werden.

Die Kontextualisierung eines Gedichtes oder Dramas erfordert wie stets so auch hier relativ hohen Erklärungsaufwand. Aber das Wissen über die DDR, das bereitzustellen ist, war „interessantes“ Wissen, solches, das gegenwärtige Interessen und Interessenkonflikte tangiert. Als Beispiel hierfür sei der Konflikt zwischen beruflicher Karriere und Subjektwerdung von Frauen genannt, der sich durch die ganze DDR-Literatur zieht. Der gegenwärtige Feminismus hat andere Themen; das Gender-Konzept befasst sich mit der Kritik bestehender Geschlechterrollen und deren Dekonstruktion als soziale Hervorbringung und Produkt von Machtverhältnissen. Die Frauenliteratur in der DDR war stärker auf den Aspekt der ungleichen Arbeitsteilung konzentriert. Die Differenz zwischen Frauen auf verschiedenen Stufen der sozialen Leiter hat in der Theorie kaum eine Sprache. Gerade diese „Lücke“ war in der Frauenliteratur der DDR wohl wahrgenommen worden. Ihr Thema wurde das unbekannte Leben von Frauen unter den Bedingungen der Arbeitsteilung und in der Arbeitswelt.

Schon immer war soziologisches und sozialgeschichtliches Verstehen, seit überhaupt soziale Konflikte in die Literatur Eingang fanden und durch sie Stimme erhielten, durch eine kritische Haltung zu bestehenden Strukturen und sie regelnden Diskursen bedingt. Die Aufmerksamkeit der Literatur für Arbeiterinnen steht in dieser Tradition. Ihre Fortführung wurde in der DDR keinesfalls gern gesehen. Alle Darstellungen von Alltag, auch in entsprechenden Fernsehspielen, wurden streng zensiert. Was die Romane von Reimann, Tetzner, Krauß usw. zu Tage förderten, kam in der öffentlichen Rede bislang nicht vor. Die programmatisch geförderte Emanzipation der Frau von der Herrschaft des Mannes wurde nunmehr „enttarnt“ als halbe und noch dazu bequeme Wahrheit, als „fremdes Wort“ wie Michail Bachtin das nennt.⁴ Genau solche Anstöße waren gemeint, als der Autor Mickel von „soziologischer Stereoskopie“ redete.

Zwei diskursprägende Kontextelemente dürfen nicht übergangen werden: Wer DDR-Literatur lehrt, muss auf Fragen nach den Stasi-Akten und auf den Vorwurf des „verordneten Antifaschismus“ antworten. Anderer-

4 Vgl. Michail Bachtin, *Das Wort im Roman*, in: Rainer Grübel (Hrsg.), *Die Ästhetik des Wortes*, Frankfurt a. M. 1979.

seits sind nach 1989 beide Momente eingesetzt worden, um die Auffassung zu verfestigen, dass das literarische Feld lediglich von den Spielregeln der Politik dominiert worden sei. Wer DDR-Literatur lehrt, sieht sich mit den Fragen der Studenten nach dem politischen Engagement der Schriftsteller, den diversen Formen ihrer Annäherung an das Feld der Macht und den erbitterten Auseinandersetzungen nach 1989 konfrontiert. Dies sind Sachverhalte der Sozialgeschichte, die nicht dadurch übergangen werden können, dass man sich an die Texte hält. Trotzdem müssen die zugehörigen Rezeptionsformeln nicht akzeptiert werden.⁵ Sie sind Ausdrucksformen alter und neuer Kämpfe im literarischen Feld, wenn auch das Ausmaß der Vermischung mit den Interessen der Macht im Falle der DDR denn doch die bei Bourdieu vorgesehenen Beziehungen zwischen beiden Feldern übersteigt.

Schwerer wiegt der Vorbehalt des „verordneten Antifaschismus“. Denn es handelt sich um die Negation eines konstitutiven Elements von DDR-Selbstverständnis. Tatsächlich begegnet man heute einer nachträglichen Instrumentalisierung des Begriffs, den Ralph Giordano geprägt hat. Er bezieht ihn explizit auf die Machteliten in der DDR. Die umstandslose Übertragung auf ihre Literatur ist fast eine Manipulation; denn sie unterstellt, dass Macht und Kultur weitgehend identisch gewesen wären.

Die Studenten akzeptieren in der Regel, dass die Lehre sich vom „Feldgeschrei“ abwendet und Texte zusammen mit Kontexten behandelt, um, wo nötig, Vorgänge im „Felde der Macht“ zu thematisieren. Davon ausgehend kann man wagen, eine „andere“ DDR-Literatur zu präsentieren und zu zeigen, dass sie weitaus vielstimmiger war, als der Kanon weismachen will. Studenten leben und arbeiten weitgehend in machtfreien Räumen; daher darf ihnen die Teilnahme an einem „interesselosen Diskurs“ gelegentlich zugemutet werden. Jürgen Habermas, der Schöpfer dieses Begriffes, empfahl ihn in den siebziger Jahren den Wissenschaften und sah darin eine Qualität der Hochschullehre. Gemeint war, was bis heute gilt, dass Lehrende wie Studenten nicht das Bekannte wiederholen, sondern sich für das Fremde interessieren. Das sind Vorzüge und Resultate der Freiheit von Lehre

5 Unter dem Titel „Vergeblichkeit. Zum Dilemma zwischen intellektueller Einmischung und der Häme über politischen Auftritt deutscher Schriftsteller“ referierte Ursula März zur gegenwärtigen Diskussion von „Engagement“ beim 54. Münstereifler Literaturgespräch 2003 zum Thema „Literatur und Engagement“.

und Forschung, die ernst genommen zu haben den Universitäten der Bundesrepublik zur Ehre gereicht.

3. Historisches Verstehen

Im Sinne des Verstehensmodells, das hier auf den möglichen Umgang mit der Kultur einer abgelebten Gesellschaft angewendet wurde, bestimmt sich die dritte und schwierigste Stufe als „Verstehen des Fremden“, Behandlung der Gegenstände unter historischem oder theoretischem Aspekt. Hierfür wieder nur ein Beispiel: Heiner Müllers Stück „Der Auftrag“ geht auf eine Erzählung von Anna Seghers, „Das Licht auf dem Galgen“, zurück. Seghers wiederum entnimmt „Tatsachen und Personen dieser Erzählung historischen Dokumenten“, nämlich einem 1805 erschienenen Bericht über einen Sklavenaufstand auf Jamaica.⁶ Roter Faden zwischen allen Texten ist die Französische Revolution von 1789 und ihre Ausstrahlung auf den Teil der Welt, der von den Europäern erobert, unterdrückt und ausgebeutet wurde. Man muss wissen bzw. vermitteln, dass beide, Seghers wie Müller, den Stoff zum Anlass nahmen, das Thema der „Weltrevolution“ weiterzudenken. Dies ist einer von vielen Fällen, wo Bedeutungen am historischen Stoff entwickelt werden, die dem aktuellen Geschichtsdenken widersprechen. Die DDR-Literatur war insgesamt geschichtsbezogen, nicht nur in der Wahl der Stoffe und Themen, sondern vor allem durch ein Denken in historischen Kategorien. Hier handelt es sich um eine Tradition, deren historische Ausrichtung formbestimmend wurde.

Im Streit um Brecht, der seine Wurzeln im Kalten Krieg hatte, ist inzwischen klargestellt, dass das „Interesse am Marxismus und an der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie als eigenständige intellektuelle Position“ nicht ignoriert werden kann, wenn das „Niveau des Gegenstandes“ überhaupt erreicht werden soll.⁷ Auch Müllers Stücke sind ohne Kenntnis von Marx, in diesem Falle der geschichtsphilosophischen Aussagen, nicht adäquat nachzuvollziehen. Der Umgang mit Geschichte war längst nicht mehr,

6 Vgl. Anna Seghers, *Das Licht auf dem Galgen*, Berlin 1961, S. 4, sowie Faksimile R. E. Dallas, Esq. *Geschichte der Maronen-Neger auf Jamaica*, Weimar 1805.

7 Burkhardt Lindner, *Die Heilige Johanna der Schlachthöfe*, in: Jan Knopf (Hrsg.), *Brechthandbuch*, Bd. 1: *Stücke*, Stuttgart/Weimar 2001, S. 271.

wie oft behauptet, von plattem Optimismus bestimmt. Vielmehr war ein literarischer Geschichtsdiskurs entstanden, der intellektuell und theoretisch anspruchsvoll genannt werden kann, aber doch darin dialogisch blieb, dass er sich auf kollektive Erinnerungen und, zunehmend kritisch, darin eingeschlossene Utopien bezog. Die Bindung an den Marxismus wie weitgehend auch an die DDR wird den Autoren inzwischen zum Vorwurf gemacht. Schriftsteller wie Müller, Braun, Wolf hätten, wie Richard Herzinger schreibt, aus der Utopie eine Ideologie gemacht, indem sie „selbst dann noch an einer grundsätzlichen Loyalität zum sozialistischen Staat festhielten, als sie die Reformierbarkeit des Systems längst anzweifelten“.⁸ Nachzutragen ist, dass in achtziger Jahren in der DDR-Literatur selbst Protest gegen die „Last der Geschichte“ einsetzte. Uwe Kolbe und Durs Grünbein lehnten sich gleichermaßen gegen den entleerten Optimismus, den die Medien unbeirrt verbreiteten, wie gegen das „tragische“ Weltbild ihrer Vorgänger auf.

Die historischen Affinitäten der DDR-Literatur auszuleuchten ist mühselig. Es wird viel Material gebraucht, um literarische Texte durch außer-literarische zu komplettieren, so dass die jeweilige Einbindung in einen Diskurskomplex erkennbar wird. Im Falle eines Seminars über utopische Elemente des Revolutionsdiskurses wurde die Anschauung an die Stelle von Referaten gesetzt, und zwar mit Hilfe der Schwesterkünste. Zeitgenössische Malerei und Grafik beförderten den Verstehensprozess, weil sie, auch intuitiv erfassbar, Bilder derselben Denktradition, ihrer Figuren und Metaphern vermitteln. Zum Einsatz kamen auch Videos wie die Clownsspiele von Wenzel und Mensching. Auf fassliche Weise wurden die Studenten in die Hauptspielarten des Revolutionsdiskurses eingeführt. Im Falle des Bauernkriegsstoffes ließ sich zeigen, wie er von der Malerei⁹ bis zum Chorspiel¹⁰ als eine der Spuren in der Geschichte aufgesucht wurde, an der sich die Niederlage der sozialen Revolution thematisieren ließ.

8 Richard Herzinger, *Jenseits des Prinzips Hoffnung. Liberalismus nach der Utopie*, in: R. Jucker, *Zeitgenössische Utopieentwürfe in Literatur und Gesellschaft. Zur Kontroverse seit den achtziger Jahren (= Amsterdamer Beiträge zur neueren Germanistik, Bd. 41)*, Amsterdam (Atlanta) 1997, S. 169.

9 Werner Tübkes monumentales Rundgemälde in Bad Frankenhausen ist nur ein Höhepunkt einer Strömung in der DDR-Malerei.

10 Hier wäre als Beispiel anzuführen: Thomas Brasch, *Der Papiertiger*, in: *Spectaculum*, Bd. 26, Frankfurt a. M. 1977, S. 7–30.

„Wortkunst“ und Sprachspiel waren in der DDR-Literatur selten; hauptsächlich war sie auf Aussagen fixiert, auf Behandlung von Themen und Bearbeitung von Diskursen. Eine der durchgehenden thematischen Linien ist das Geschichtsbild des historischen Materialismus; weitere Quellen bilden die deutsche sozialistische Literatur vor 1945 und schließlich das Kulturgut der Arbeiterbewegung. Diese Traditionen funktionierten in Schule, Bildung, Medien beinahe so wie ein Mythos. Es wurde nichts Neues erzählt, sondern immer ging es darum, das Überlieferte zu vergegenwärtigen und durchzuarbeiten. Im Verlaufe der Existenz der DDR wurde es mehr und mehr die Sache der Literatur, einen Interdiskurs zu führen, und die ganze Imagologie dieses Geschichtsbildes, um mit Benjamin zu sprechen, „gegen den Strich zu bürsten“,¹¹ d. h. sie an den Meilensteinen der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu messen. Es blieb die Verpflichtung auf Tradition, die bezeichnend für DDR-Literatur war. Daraus musste keine traditionalistische Kunst hervorgehen; ein Beispiel dafür ist Hanns Eisler, Schüler Arnold Schönbergs, der Moderne tief verpflichtet, aber als Künstler historisch denkend. Er war einer von denen, der solche „Spuren“ wie den „Bauernkrieg“ bereits in den zwanziger Jahren aufnahm und in der DDR mit seiner Faustus-Oper weiterführte. Die Rückbindung an das marxistische Geschichtsbild und über Bloch und Lukács auch an Hegelsche Denktraditionen hat die DDR-Kulturgeschichte formiert und war zugleich autochthone Produktion der Künste. Widerlegt wird ein solches kulturelles Projekt durch sein Scheitern nicht.

Eine inzwischen geradezu archäologische Aufgabe ist es jedoch, die Überlieferung nicht abreißen zu lassen. Literaturgeschichte besteht nicht als der Kanon gerühmter Einzelwerke, und es reicht nicht, sie anhand zu den Akten genomener kulturpolitischer Ereignisse wie des ZK-Plenums über den „Formalismus“ (1952) oder der Petition der Schriftsteller nach der unseligen Ausweisung Wolf Biermanns (1976) zu rekonstruieren. Historisches Verstehen muss den Gegenstand ernst nehmen und Zugänge zum Feld auf tun. Eine Möglichkeit besteht in der Entschlüsselung der zahlreichen Intertexte und der Sichtung der Verweissysteme, mit denen DDR-Autoren gearbeitet haben. Jedoch ist in Rechnung zu stellen, dass die berühmten und viel zi-

11 Walter Benjamin, Über den Begriff der Geschichte, in: Werke Bd. I/2, S. 695.

tierten Sätze von Hölderlin über Marx bis zu Benjamin dem öffentlichen Gedächtnis entfallen sind, dass die Texte zwar greifbar, aber nicht mehr gefragt sind.

Bleibt die Chance, dass Diskurse wie der vom „Ende der Geschichte“¹² Widerspruch auslösen und damit den Kontext „Tradition“ wieder beleben. Behandeln wir also einstweilen DDR-Literatur als „Tradition“, die nicht aus der Erinnerungskultur herausfallen sollte. Dabei zählt es weniger, ob dieses Konvolut der Erinnerungen richtige Aussagen über Geschichte enthält oder falsche. Es genügt, dass es Zeugnisse einer anderen Denkrichtung sind.

12 Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München 1992.

DDR und Wiedervereinigung in der psychologischen Lehre und Forschung

1. Stand der psychologischen Forschung zu DDR und Wiedervereinigung freufrezhjjkkk

Im Jahre 2000 wurde anlässlich des 10. Jahrestages der Wiederherstellung der deutschen Einheit auf unzähligen Tagungen und Kongressen auf diese erste Dekade Rückschau gehalten. Auch in publizistischer Form haben die Vertreter der verschiedensten Fachdisziplinen umfassend Bilanz gezogen.¹

In den Analysen, die für den vorliegenden Beitrag erweitert wurden, habe ich das Veröffentlichungsaufkommen der verschiedenen Wissenschaften zu diesem Thema quantitativ inhaltsanalytisch betrachtet.² Einen

- 1 Z. B. Ullrich Heilemann/Hermann Rappen, *Zehn Jahre deutsche Einheit – Bestandsaufnahme und Perspektiven*, Essen 2000; Ingrid Kühn (Hrsg.), *Ost-West-Sprachgebrauch zehn Jahre nach der Wende. Disputationen*, Opladen 2001; Rolf Reißig, *Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft. Ostdeutsche Transformation und deutsche Einheit – Bilanz und Perspektive nach 10 Jahren*, Berlin 2000; Wolfgang Schluchter/Peter E. Quint (Hrsg.), *Der Vereinigungsschock. Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach*, Weilerswist 2001; Wolfgang Thierse u. a. (Hrsg.), *Zehn Jahre Deutsche Einheit. Eine Bilanz*, Opladen 2000; Fritz Vilmar (Hrsg.), *Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen*, Berlin 2000.
- 2 Vgl. Hendrik Berth, *DDR und Wiedervereinigung – bald kein Thema mehr für die Wissenschaft? Eine quantitative Analyse der Publikationen nach zehn Jahren deutscher Einheit*, in: *Deutsche Studien* 36, 143–144 (2001), S. 340–350.

Schwerpunkt bildete dabei die Untersuchung der psychologischen Forschungen.³

Die Analysen stützen sich auf die Literaturdatenbank zu DDR und deutscher Einheit (www.wiedervereinigung.de). Diese Bibliografie ist seit 1999 online und enthält derzeit 44 000 Literaturnachweise aus allen Fach- und Wissensgebieten. Die Webseite wiedervereinigung.de ist damit die umfassendste Datenbank zu diesem Themengebiet. Mehrere hundert Interessierte nutzen täglich den kostenlosen Service. Updates der Datenbank erfolgen vierteljährlich.⁴ Tabelle 1 stellt die Anzahl an Publikationen einiger ausgewählter Fachgebiete in der Datenbank zur Wiedervereinigung dar.

Tabelle 1: Psychologische Publikationen im Verhältnis zu anderen Fachgebieten 1990 bis 2000*

Fachgebiet	Publikationen (absolut)		Publikationen (prozentual)	
Sozialwissenschaften	7515	(5832)	21,18	(21,70)
Geschichte	4175	(3456)	11,78	(12,86)
Politik	3944	(2444)	11,12	(9,09)
Wirtschaft	3935	(2234)	11,09	(8,31)
Psychologie	2650	(2406)	7,47	(8,95)
Pädagogik	2031	(1559)	5,72	(6,17)
Recht	1964	(1504)	5,54	(5,60)
Literatur	1736	(1484)	4,89	(5,52)
Sprache	1037	(981)	2,92	(3,65)
Medizin	648	(466)	1,82	(1,73)

* Basis: 35 477; an 100 Prozent fehlend: andere Themengebiete; Angaben in Klammern: Auswertung Berth, DDR und Wiedervereinigung.

- 3 Vgl. Hendrik Berth, Psychologie und Wiedervereinigung. Eine quantitativ-deskriptive Analyse anhand der Veröffentlichungen, in: Psychologische Beiträge 5, 43 (2001), S. 816–823; ders., Psychologische Forschungen zur Wiedervereinigung – Am Puls der Zeit?, in: Deutsche Psychologen Akademie (Hrsg.), Psychologie am Puls der Zeit, 2001, S. 598–601; ders., Trends psychologischer Publikationen zur Wiedervereinigung, in: Zeitschrift für Politische Psychologie, 4, 9 (2001), S. 235–238.
- 4 Vgl. Hendrik Berth, www.wiedervereinigung.de – Literatur zu deutsch-deutschen Vergleichen im Internet, in: Hendrik Berth/Elmar Brähler (Hrsg.), Deutsch-deutsche Vergleiche. Psychologische Untersuchungen 10 Jahre nach dem Mauerfall,

Wie ersichtlich ist, hat sich die Psychologie recht umfassend mit den Problemen von DDR und deutscher Einheit auseinander gesetzt. Die ermittelte Anzahl von 2650 Arbeiten entspricht im betrachteten Zeitraum nahezu einer Veröffentlichung pro Wochentag. Es liegen deutlich mehr Publikationen vor als etwa im Bereich der Sprachwissenschaften oder der Medizin. In der Natur der Sache und nicht am mangelnden Interesse der psychologischen Forscher liegt es, dass andere Fachdisziplinen (Geschichte, Sozialwissenschaften, Politik) sich mehr mit diesem Thema beschäftigt haben. Aber bereits 1990 erreichten erste psychologische Arbeiten im Themenkreis ein großes Publikum und stießen kontroverse Diskussionen zu DDR-Vergangenheit und deutscher Einheit an.⁵

Eine interessante Perspektive eröffnet sich, wenn die Veröffentlichungen im Zeitverlauf von 1990 bis 2000 betrachtet werden (Abb. 1). Demnach begannen nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1990 zahlreiche Forscher, sich dem Thema zu widmen. Die Entwicklung erreichte ihren publizistischen Höhepunkt im Jahr 1994. Seitdem nimmt das Forschungsinteresse stetig wieder ab.

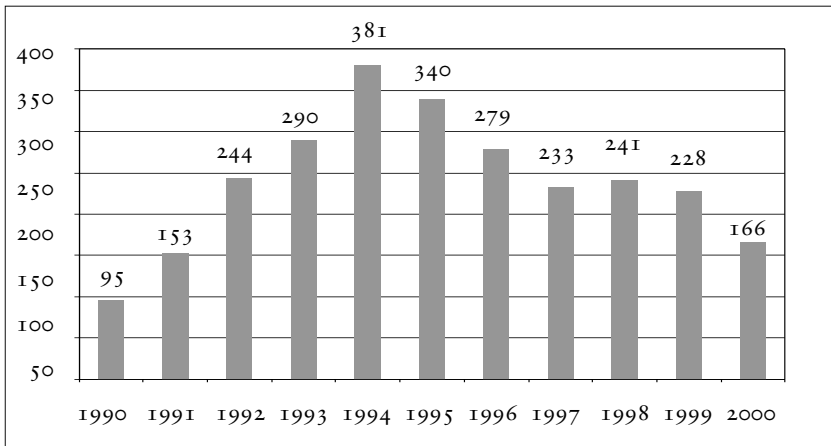


Abb. 1: Anzahl psychologischer Publikationen zum Thema DDR und Wiedervereinigung 1990 bis 2000 (Absolutangaben).

Berlin 2000, S. 175 f.; Hendrik Berth/Elmar Brähler, Zehn Jahre Deutsche Einheit. Die Bibliographie, Berlin 2000.

5 Vgl. Hans-Joachim Maaz, Der Gefühlsstau: Ein Psychogramm der DDR, Berlin 1990.

Ein solch deutlicher Trend findet sich bei anderen Wissenschaftsdisziplinen nicht.⁶ Er korrespondiert aber mit der „Themenkarriere“ der DDR an deutschen Hochschulen in den 90er-Jahren.⁷

Inhaltlich zeigte die Auswertung,⁸ dass sich die Psychologie einem weit gefassten Themengebiet im Kontext der Wiedervereinigungsforschung zugewandt hatte. Dazu wurden computergestützt inhaltsanalytische Auswertungen der Publikationen vorgenommen (Häufigkeitsanalysen). Oft vorkommende Begriffe deuteten auf wichtige Themen hin. Dies waren etwa ostdeutsche Identität, Folgen der Arbeitslosigkeit und ihre Bewältigung, Gesundheitsprobleme, Entstehung rechtsradikaler Gewalt oder Transformationsprozesse in der Psychiatrie. Tiefer gehende Auswertungen, etwa auf metaanalytischem Weg, sind bei über 2600 vorliegenden Arbeiten schwer durchführbar. Exemplarisch hat Six⁹ eine solche Analyse vorgestellt.

2. Offene psychologische Forschungsfragen im Kontext der Einheit

„Warum wir uns nicht leiden mögen“¹⁰ oder „Ihr könnt uns einfach nicht verstehen“¹¹ sind, um nur zwei Beispiele zu nennen, Buchtitel, die ein zentrales Thema psychologisch-sozialwissenschaftlicher Forschung berühren: die viel zitierte und beschworene „innere Einheit“. Diese kann aufgrund der vorliegenden Forschungen als immer noch nicht verwirklicht gelten, wobei auch das Zielkriterium – was ist das eigentlich „innere Einheit“? – unscharf bleiben muss. Vielfach wird darunter das Verschwinden der bislang zahlreich beschriebenen Ost-West-Unterschiede in den Einstellungen,

6 Vgl. Berth, DDR und Wiedervereinigung.

7 Vgl. Peer Pasternack, Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000, Wittenberg 2001, S. 32 ff.

8 Vgl. Berth, Psychologie und Wiedervereinigung; ders., Psychologische Forschungen zur Wiedervereinigung.

9 Vgl. Bernd Six, Das Forschungsprogramm der Ost-West-Vergleiche: Was bleibt? Vortrag auf dem 41. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, Dresden, 27. 9.–1. 10. 1998.

10 Vgl. Leo Ensel, „Warum wir uns nicht leiden mögen ...“ Was Ossi und Wessi voneinander halten, Münster 1993.

11 Vgl. Olaf G. Klein, Ihr könnt uns einfach nicht verstehen, Frankfurt/Oder 2001.

Meinungen usw. der Deutschen verstanden, wobei implizit häufig angenommen wird, dass die Veränderungen eher in einer Angleichung der bisherigen ostdeutschen an bestehende westdeutsche Wertmaßstäbe bestehen sollten.

Ausgehend von den vorliegenden Arbeiten stellen sich die folgenden übergreifenden Forschungsfelder, deren Bearbeitung besonders dringlich erscheint:

1. *Weitere psychologische Auswirkungen der Transformation in den neuen Bundesländern.* Dies betrifft insbesondere die Bewältigung von Arbeitslosigkeit, Folgen von Migration in die alten Bundesländer, Voreingenommenheit gegenüber Ausländern und Rechtsradikalismus und die Nachwirkungen der DDR-Sozialisation (z. B. im Bereich der Erziehung).
2. *Langfristige Folgen der deutschen Einheit.* Hierzu gehört etwa die „innere Einheit“ in den Normen, Werten, Einstellungen oder Rollen. Ebenfalls kaum wissenschaftlich hinterfragt ist die psychische Verarbeitung der Wiedervereinigung und deren eventuelle Konsequenzen bei Westdeutschen. Abgesehen von wenigen Ausnahmen¹² gibt es außer einigen belletristischen und oft sehr drastischen Berichten¹³ wenige gesicherte Aussagen über die psychischen Folgen einer Migration von West nach Ost nach der Wiedervereinigung.
3. *Bedeutsamkeit der Ost-West-Differenzen.* Wichtig ist bei diesen sensiblen Fragestellungen auch die kritische Überprüfung der Bedeutsamkeit. Dies betrifft auf methodologischer Seite natürlich die methodische und statistische Relevanz von ermittelten Ost-West-Unterschieden. Wichtiger ist aber u. E. die praktische Bedeutsamkeit im deutsch-deutschen Miteinander im Alltag, funktionieren doch in vielen Bereichen west-ostdeutsche Interaktionen vollkommen störungsfrei. Es wäre daher unverantwortlich, generell von einem pathologischen Beziehungsmuster auszugehen.

Insgesamt gesehen sind es somit die längerfristigen Folgen von 40 Jahren deutlich unterschiedlicher Sozialisation in DDR und Bundesrepublik, die

12 Vgl. z. B. Wolf Wagner, Kulturschock Deutschland, Hamburg 1996; ders., Kulturschock Deutschland. Der zweite Blick, Hamburg 1999.

13 Vgl. etwa Luise Endlich, NeuLand. Ganz einfache Geschichten, Berlin 1999; dies., OstWind. Nicht ganz einfache Geschichten, Berlin 2000.

zukünftig im Fokus psychologischer Forschungen stehen sollten, wobei die Interaktionen unbedingt beachtet werden müssen. Schlichte Forderungen wie etwa, die „Ossis“ sollten mehr arbeiten und sich dem Westen anpassen,¹⁴ funktionieren nur bedingt.

3. Stand der psychologischen Lehre zu DDR und Wiedervereinigung

Pasternack¹⁵ hat eine umfassende und gründliche Analyse dazu vorgelegt, auf welche Art und Weise die DDR als Thema der Lehre an deutschen Hochschulen vorkommt. Psychologische Lehrveranstaltungen tauchen jedoch nicht auf.

Dies ist m. E. generell nicht als Mangel anzusehen. Im Gegenteil: Seminare etwa zur „Psyche des Wessis“ würden wohl kaum im Sinne einer offenen und pluralistischen Lehre wirken. Der Verfasser selbst hat über mehrere Semester ein Seminar zu deutsch-deutschen Themen an der Technischen Universität Dresden angeboten, das jedoch aus verschiedenen Gründen, insbesondere wegen der Wahl des Titels („Psychologie interkulturellen pädagogischen Handelns“), nicht in die Auswertung von Pasternack fallen konnte. Insofern lässt sich nicht mit Sicherheit konstatieren, dass DDR und deutsche Einheit bislang überhaupt keinen Eingang in die psychologische Lehre gefunden hätten. Wie nachfolgend gezeigt werden soll, gibt es eine Reihe von deutsch-deutschen Themen, die im Rahmen der Ausbildung von Psychologen wichtig sind.

14 Vgl. Thomas Roethe, *Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl. Ein Plädoyer für das Ende der Schonfrist*, Frankfurt a. M. 1999.

15 Vgl. Pasternack, *Gelehrte DDR*; s. auch seinen Beitrag in diesem Band.

4. Bedarf an psychologischer Lehre zu DDR und deutscher Einheit

Das Psychologiestudium gliedert sich entsprechend der Rahmenprüfungsordnung¹⁶ in ein Grund- und ein Hauptstudium. Einen Überblick über die Pflichtfächer gibt Tabelle 2.

Tabelle 2: Überblick über das Psychologiestudium an deutschen Universitäten

Theoriengeleitete Psychologie (Grundstudium)	Praxisorientierte Psychologie (Hauptstudium)
Allgemeine Psychologie	Arbeits- und Organisationspsychologie
Biologische Psychologie	Klinische Psychologie
Entwicklungspsychologie	Pädagogische Psychologie
Persönlichkeitspsychologie	Spezielle Methoden der Diagnostik
Sozialpsychologie	
Allgemeine Methoden der Psychologie und Grundlagen der Diagnostik	

Zu den in Tabelle 2 aufgezählten Fachgebieten müssen noch weitere Vertiefungsfächer gewählt werden wie etwa Gesundheitspsychologie, Kognitionswissenschaft, Medienpsychologie, Pädagogische Psychologie des lebenslangen Lernens, Psychotherapie, Rechtspsychologie oder Verkehrspsychologie. Für alle diese Stoffgebiete gibt es Themen, die im Kontext von DDR und Wiedervereinigung bedeutsam sein können. An einigen subjektiv ausgewählten Beispielen soll dies verdeutlicht werden. Die kleine Auswahl an Forschungsergebnissen soll einerseits illustrieren, wo deutsch-deutsche Forschungen für die psychologische Berufspraxis Relevanz haben könnten

16 Vgl. Konferenz der Rektoren und Präsidenten der Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland (2002), Rahmenordnung für die Diplomprüfung im Studiengang Psychologie – Universität und gleichgestellte Hochschulen: www.dgps.de/_download/2003/ro_psychologie_uni.pdf (15. 4. 2003).

und welche Themen sich andererseits in die bestehende Lehre gut integrieren lassen und vorhandene Curricula sinnvoll ergänzen.

4.1 Beispiel Allgemeine Psychologie

Die Allgemeine Psychologie vermittelt die Grundlagen menschlichen Verhaltens. Dazu zählen etwa Wahrnehmung, Gedächtnis, Denken, Sprache, Handeln, Motorik, Lernen, Emotion und Motivation oder auch Psychophysiologie. Auch in diesen Basisdimensionen fanden sich deutsch-deutsche Differenzen.

Unter dem Titel „Denken in Deutschland“ hat Strohschneider¹⁷ einen Band herausgegeben, der verschiedene allgemeinpsychologische Studien dokumentiert. Mehrheitlich in computergestützten Experimenten wurden Problemlösefähigkeiten und -strategien ost- und westdeutscher Studierender untersucht. Unterschiede fanden sich u. a. in Abhängigkeit von der Komplexität des Problems. Ostdeutsche sind deutlich besser bei so genannten statischen Problemen, deren Ausgangs- und Zielzustand sowie potenzielle Lösungsmöglichkeiten klar definiert sind. In komplexen und dynamischen Situationen, die recht unscharf beschrieben und durch eine Vielzahl von Störfaktoren beeinflusst werden, schnitten die Probanden aus den alten Ländern signifikant besser ab. Ostdeutsche verfügen demnach über einen deduktiv-analytischen Problemlösestil, während bei Westdeutschen der induktiv-essayistische Stil überwiegt. Beide Stile haben in Abhängigkeit von der Situation Vor- und Nachteile. Gezeigt wurde auch, dass das Problemlöseverhalten in Gruppensituationen sich deutlich unterscheidet, was auf die unterschiedlichen Sozialisierungen kollektivistisch (Ost) vs. individualistisch (West) zurückgeführt wurde.

Weit reichende Ost-West-Unterschiede können auch auf globaleren Ebenen gefunden werden. So analysierten Ebenrett und Puzicha¹⁸ die im

17 Vgl. Stefan Strohschneider (Hrsg.), Denken in Deutschland. Vergleichende Untersuchungen in Ost und West, Bern 1996.

18 Vgl. Heinz-Jürgen Ebenrett/Klaus J. Puzicha, Zehn Jahre wiedervereinigtes Deutschland: Regionale Unterschiede von Intelligenzleistung sowie der Basisfertigkeiten Rechnen und Rechtschreibung, in: Berth/Brähler, Deutsch-deutsche Vergleiche, S. 95–111.

Rahmen der psychologischen Einstellungsuntersuchungen von Wehrpflichtigen erhobenen Daten aus den Jahren 1992 bis 1998. Insgesamt mehr als eine Million Datensätze wurden dafür herangezogen. Sie finden zunächst in den untersuchten Bereichen Intelligenzleistung, Rechnen und Rechtschreibung jeweils deutliche Unterschiede zwischen Männern aus den alten und den neuen Bundesländern, wobei die Ostdeutschen stets schlechtere Ergebnisse erzielten. Interessant ist jedoch, dass es in allen diesen Fähigkeiten im Verlauf der Jahre eine Ost-West-Angleichung gibt (steigende Leistungen der Ostdeutschen). Unterschiede finden sich jedoch auch, wenn die nördlichen mit den südlichen Bundesländern (jeweils für alte und neue Länder getrennt) verglichen werden. Die südlicheren Länder schneiden dabei in Ost und West besser ab. Hier gibt es jedoch keinen Angleichungsprozess im Zeitverlauf. Die Differenz ist weiterhin hoch mit den regionalen ökonomischen Potenzen (gemessen an der Arbeitslosenquote) korreliert. Die südlichen Ost-Länder Sachsen und Thüringen erreichten 1998 ähnliche Werte wie die nördlichen Länder in der ehemaligen Bundesrepublik.

4.2 Beispiel Sozialpsychologie

Gegenstand der Sozialpsychologie ist, vereinfacht gesagt, wie sich Verhalten von Individuen durch deren wechselseitige soziale Interaktion modifiziert und entwickelt.¹⁹ Forschungen liegen u. a. zur sozialen Identität vor. Es konnte gezeigt werden, dass Statusunterschiede zwischen Ost und West zu einer negativen sozialen Identität der Ostdeutschen führen, die ein Hinderungsgrund im Einigungsprozess sein kann.²⁰

19 Vgl. Werner D. Fröhlich, *Wörterbuch zur Psychologie*, München 1991.

20 Vgl. Amélie Mummendey u. a., Socio-structural characteristics of intergroup relations and identity management strategies: Results from a field study in East Germany, in: *European Journal of Social Psychology*, 29, 2–3 (1999), S. 259–285; Amélie Mummendey u. a., Strategies to cope with negative social identity: predictions by social identity theory and relative deprivation theory, in: *Journal of Personality and Social Psychology*, 76, 2 (1999), S. 229–245; Amélie Mummendey/Thomas Kessler, *Deutsch-deutsche Fusion und soziale Identität: Sozialpsychologische Perspektiven auf das Verhältnis von Ost- zu Westdeutschen*, in: Hartmut Esser (Hrsg.), *Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland*, Opladen 2000, S. 277–307.

Ein sehr eindrückliches und alltagsnahes sozialpsychologisches Beispiel hat Wagner (1996) geschildert. Er postuliert Unterschiede in den täglichen Begrüßungsritualen Ost- und Westdeutscher, die zu schwer wiegenden Missverständnissen führen können. Angenommen wird (vgl. Tabelle 3), dass Ostdeutsche das tägliche Geben der Hand favorisieren, während Westdeutsche einen eher lockeren Umgang, ohne Handgeben, pflegen. Beide Verhaltensweisen vereinen Vor- und Nachteile.

Tabelle 3: Unterschiede im Grußverhalten bei Ost- und Westdeutschen

Westdeutsche	Ostdeutsche
geben sich nur beim formellen Vorstellen die Hand	geben sich jeden Tag beim ersten Treffen die Hand
Vorteil: Zwanglosigkeit, Kontakt zu ungeliebten Personen wird vermieden	Vorteil: größere Nähe, Beachtung für jede einzelne Person
bezeichnen sich selbst in diesem Zusammenhang als: locker, lässig, freundlich	bezeichnen sich selbst in diesem Zusammenhang als: freundlich, höflich, kameradschaftlich
bezeichnen Ostdeutsche in diesem Zusammenhang als: steif, altmodisch, aufdringlich	bezeichnen Westdeutsche in diesem Zusammenhang als: arrogant, distanziert, unhöflich

Quelle: W. Wagner, Kulturschock Deutschland, Hamburg 1996, S. 141 f.

Diese Annahme haben wir 1998 in einer deutschlandrepräsentativen Untersuchung mit mehr als 2000 Befragten überprüft.²¹ Es wurde dabei mit einem Item erhoben, zu welchen Anlässen die Hand gereicht wird. Es

21 Vgl. Hendrik Berth/Wolf Wagner/Elmar Brähler, Kulturschock Deutschland. Eine empirische Untersuchung zu alltagskulturellen Differenzen von Ost- und Westdeutschen, in: psychosozial, 80, 23 (2000), S. 9–21.

zeigte sich zunächst, dass sowohl Ost- als auch Westdeutsche angeben, das tägliche Handgeben zu bevorzugen. Insofern gibt es nicht das erwartete komplett gegensätzliche Verhaltensmuster. Allerdings stimmen die Ostdeutschen der Frage hochsignifikant mehr zu, bevorzugen das Handgeben stärker, sodass dennoch ein deutlicher Unterschied in der erwarteten Richtung bestätigt werden konnte. Bei der Untersuchung, die noch weitere Elemente des Kulturschock-Modells von Wagner²² prüfte, erwies sich dies als die deutlichste und statistisch bedeutsamste Differenz. Hier gibt es auch Alterseinflüsse: Ältere Personen bevorzugen das Händeschütteln mehr als Jüngere.

4.3 Beispiel Methoden der Psychologie

Wenn Ost- und Westunterschiede, Folgen der Wiedervereinigung etc. überprüft werden sollen, ist es wichtig, dass die gewählten Methoden aussagekräftig sind. Häufig eingesetzt werden psychologische Testverfahren.²³ Es ist seit langem bekannt, dass es hierbei oft Geschlechts- und Altersunterschiede gibt. Viele Verfahren sind entsprechend spezifisch normiert.

Wie unter 4.1 gezeigt, scheinen neben Ost-West-Unterschieden auch Nord-Süd-Differenzen bei einigen Fragestellungen eine Rolle zu spielen. Ausgehend von der unter 2. postulierten notwendigen methodischen Überprüfung der Bedeutsamkeit von Ost- und Westdifferenzen ist es daher wichtig, auch die soziokulturelle Herkunft zu betrachten.

Durch Brähler u. a.²⁴ wurde eine eindrucksvolle und methodisch ausgefeilte Sekundäranalyse mehrerer deutschlandrepräsentativer Untersuchungen vorgelegt, die sich dieser Fragestellung widmete. Zum Einsatz kam dabei eine Vielzahl von Verfahren, etwa zu Persönlichkeit, Körperbeschwerden, Lebenszufriedenheit und -qualität, sozialer Unterstützung, Psychopathologie

22 Vgl. Wagner, Kulturschock Deutschland.

23 Für einen Überblick vgl. Hendrik Berth/Friedrich Balck (Hrsg.), *Psychologische Tests für Mediziner*, Heidelberg 2003.

24 Vgl. Elmar Brähler/Jörg Schumacher/Cornelia Albani/Bernhard Strauß, *Wie bedeutsam sind Ost-West-Unterschiede? Eine Analyse von Ost-West-, Geschlechts- und Nord-Süd-Unterschieden bei psychologischen Testverfahren*. *Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis*, 2, 34 (2002), S. 301–312.

oder Partnerschaft. In den zum Teil mehrfach vorgegebenen 35 Verfahren finden sich sowohl Nord-Süd-, Ost-West- als auch Geschlechtsunterschiede. Ost-West-Unterschiede treten dabei mindestens so häufig auf wie Differenzen zwischen Männern und Frauen, während Nord-Süd-Unterschiede eher selten sind.

Interessant ist, dass Ost- und Westberlin sich auch oft deutlich unterscheiden (etwa beim Auftreten von Körperbeschwerden), was für eine Ost- und Westspezifität spricht. Werden allerdings viele soziodemografische Variablen kontrolliert (z. B. Arbeitslosigkeit oder Religiosität), verschwinden einige der gesamtdeutschen Ost-West-Unterschiede. Dies bereitet Probleme in der Interpretation, da die höhere Arbeitslosigkeit und niedrigere Religiosität spezifische Merkmale der ostdeutschen Gesellschaft sind. Die Autoren raten daher vorsichtig zur Interpretation eher spezifischer Unterschiede.

Auch in methodisch deutlich anders gelagerten psychotherapeutischen Studien unter Verwendung inhaltsanalytischer Techniken erwiesen sich überraschend Ost-West-Unterschiede stärker als Geschlechtsdifferenzen oder Unterschiede zwischen verschiedenen Diagnosegruppen.²⁵

4.4 Beispiel Arbeits- und Organisationspsychologie

Wie eingangs geschildert, sind die Folgen der Arbeitslosigkeit ein zentrales Thema der Wiedervereinigungsforschung, das auch im Rahmen der Lehre im Bereich der Arbeits- und Organisationspsychologie unter dem speziellen Fokus Ostdeutschland betrachtet werden sollte. Arbeitslosigkeit war in der DDR quasi nicht existent, stellt aber seit nunmehr 13 Jahren einen immensen Stressfaktor für weite Teile der ostdeutschen Bevölkerung dar. Es ist nicht zu erwarten, dass hier kurz- oder mittelfristig Veränderungen eintreten, weshalb die Gesundheitsfolgen von Arbeitslosigkeit ein wichtiges Thema psychologischer Tätigkeit sind und bleiben werden.

25 Vgl. Hendrik Berth/Christina Krause/D. Wittig/Jörg Frommer, Angst und Depressivität im Erstgespräch bei ost- und westdeutschen Psychotherapiepatienten, in: Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie 49 (2003), S. 139–150.

Ein Beispiel dazu: In der von ihrer Anlage her einzigartigen sächsischen Studie,²⁶ die seit 1987 ein ostdeutsches Sample längsschnittlich begleitet, haben über 50 Prozent der Jugendlichen – nunmehr 29-jährig – bereits Arbeitslosigkeit erfahren müssen. Auch bei diesem jungen Sample führte die Arbeitslosigkeit zu gravierenden Gesundheitsfolgen. Arbeitslose berichten über mehr Angst und Depressivität, einen höheren globalen psychischen Distress, einen schlechteren Gesundheitszustand und eine geringere Selbstwirksamkeitserwartung. Interessant ist, dass nicht nur die tatsächlich erlebte Arbeitslosigkeit einen negativen Einfluss auf das psychische Befinden hat, sondern auch die wahrgenommene Sicherheit des derzeitigen Arbeits- oder Ausbildungsplatzes und die Bedrohung durch einen möglichen Verlust der Arbeitsstelle. In Übereinstimmung mit den ökonomischen Daten (stagnierende bzw. rückläufige Wirtschaftsentwicklung im Osten) nimmt dabei die durch die Befragten gefühlte Arbeitsplatzsicherheit seit mehreren Jahren stetig ab.²⁷

4.5 Beispiel Klinische Psychologie

Folgte man der diskussionswürdigen Argumentation von Maaz,²⁸ würden alle in der DDR Aufgewachsenen unter einem mehr oder weniger ausgeprägten Level an psychischen Störungen leiden. Maaz argumentierte – ausgehend von seinen persönlichen klinischen Erfahrungen als Leiter einer psychiatrischen Klinik –, dass die Gesellschaft der DDR und hier insbesondere die spezifische kollektivistische Erziehung alle Ostdeutschen zu Gefühlskrüppeln erzogen habe, denen nur mit Psychotherapie zu helfen sei. In verschiedenen Studien wurde daher die Prävalenz psychopathologischer Phänomene

26 Vgl. Peter Förster, *Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel bei jungen Ostdeutschen vor und nach der Wende*, Opladen 2002.

27 Vgl. Hendrik Berth/Peter Förster/Elmar Brähler, *Gesundheitsfolgen von Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit bei jungen Erwachsenen*, in: *Das Gesundheitswesen*, 65, S. 555–560; dies., *Arbeitslosigkeit und Gesundheit. Ergebnisse einer Studie bei jungen Erwachsenen*, in: *Jahrbuch für Kritische Medizin* 39 (2003), S. 108–124.

28 Vgl. Maaz, *Der Gefühlsstau*.

im Ost-West-Vergleich untersucht. In Abhängigkeit von den eingesetzten Methoden und untersuchten Stichproben konnte dabei die Hypothese von den gestörteren Ostdeutschen einige wenige Male bestätigt werden.²⁹ Insgesamt jedoch deutet die Befundlage nicht auf eine unterschiedliche Psychopathologie in Ost und West hin.³⁰

In einer aktuellen Replikationsstudie³¹ konnte gezeigt werden, dass es eine Angleichung psychopathologischer Phänomene bei Ost- und Westdeutschen gibt. Während noch 1991 die Befragten (Studenten) aus den alten Ländern psychisch deutlicher belastet waren, war dies 2001 nicht mehr der Fall. Die Angleichung entstand allerdings durch die Zunahmen der psychopathologischen Auffälligkeiten bei den Ostdeutschen.

Diese fünf Befunde sollen genügen, um die eingangs aufgestellte These zur Wichtigkeit von Ost-West-Themen für die Lehre in der Psychologie zu unterstreichen: In vielen Teilbereichen der Psychologie, wenn nicht in den meisten, sollten ost-west-deutsche Themen eine gewisse Rolle spielen, um Psychologiestudent/innen adäquat auf eine Tätigkeit in Gesamtdeutschland vorzubereiten. Ein Nichtwissen um derartige Sachverhalte kann zu den be-

29 Vgl. z. B. Jürgen Margraf/Andreas Poldrack, Angstsyndrome in Ost- und Westdeutschland: Eine repräsentative Bevölkerungserhebung, in: *Zeitschrift für Klinische Psychologie und Psychotherapie* 29, 3 (2000), S. 157–169.

30 Vgl. z. B. M. Achberger/Michael Linden/Otto Benkert, Psychological distress and psychiatric disorders in primary health care patients in East and West Germany 1 year after the fall of the Berlin Wall, in: *Social Psychiatry and Psychiatric Epidemiology* 34, 4 (1999), S. 195–201; Hans Ulrich Wittchen/Gabriele Lachner/A. Perkonig/J. Hoeltz, Sind psychische Störungen in den neuen Bundesländern häufiger?, in: *Verhaltenstherapie* 4, 2 (1994), S. 96–103; Thorsten Jakobsen/Thomas Zimmermann/G. Rudolf, Die „Wiedervereinigung“ und ihre Gesundheitsfolgen oder psychische und psychosomatische Befindlichkeit in Ost- und Westdeutschland, in: Aike Hessel/Michael Geyer/Elmar Brähler (Hrsg.), *Gewinne und Verluste sozialen Wandels. Globalisierung und deutsche Wiedervereinigung aus psychosozialer Sicht*, Opladen 1999, S. 200–211.

31 Andreas Dinkel/Hendrik Berth/Cornelia Exner/Winfried Rief/Friedrich Balck, Psychische Symptome bei Studentinnen in Ost- und Westdeutschland. Eine Replikation nach 10 Jahren, in: *Verhaltenstherapie* 10 (2003), S. 184–190.

kannten deutsch-deutschen Missverständnissen (z. B. im psychotherapeutischen Setting) führen.

Die Beispiele ließen sich erweitern und auch für die hier nicht diskutierten Teilgebiete finden. Wie die angeführten Beispiele zum Problemlösen und Gruppenverhalten, zum Thema Arbeitslosigkeit und Gesundheit oder auch zu Methodik und Psychopathologie zeigen, gibt es zwischen den verschiedenen psychologischen Subdisziplinen weit reichende Überschneidungen. Zu betonen ist allerdings auch, dass es zu einigen Fragen widersprüchliche Befunde und Meinungen gibt (vgl. etwa die Ausführungen zur Psychopathologie). Die Datenlage erlaubt – trotz ihrer Breite (vgl. Tabelle 1) – keine vollkommen eindeutigen Befunde. Die Schlussfolgerung jedoch, dass es generell diverse psychologische Unterschiede zwischen Ost und West gibt, ist m. E. nicht zu widerlegen.

5. Zusammenfassung und Ausblick

Wie gezeigt, hat sich die psychologische Forschung recht umfassend mit den verschiedenen Fragestellungen rund um DDR und deutsche Einheit beschäftigt, wenn man die Vielzahl der Publikationen und die thematische Breite der bearbeiteten Inhalte berücksichtigt. Das Forschungsinteresse scheint tendenziell abnehmend zu sein, gleichzeitig gibt es noch eine Reihe an Forschungsfragen zu behandeln. Dabei sollte insbesondere nach den längerfristigen Auswirkungen der Wiedervereinigung in Ost und West gefragt werden („innere Einheit“).

Die Vielzahl an psychologischen Forschungen hat jedoch bislang – soweit ersichtlich – keinen nennenswerten Einfluss auf die Lehrtätigkeit an den deutschen Hochschulen gefunden. Wie an ausgewählten Beispielen demonstriert werden konnte, haben jedoch deutsch-deutsche Fragen eine große Bedeutung für die Lehre in nahezu allen Teilgebieten der Psychologie. Es handelt sich um Beispiele, die in vielen Punkten weiter ergänzt werden können. Die ausgewählten Fragestellungen illustrieren weiterhin, dass sich eine Verzahnung von zukünftigen Forschungsfragen und Lehre anbietet.

Eine Notwendigkeit zu thematisch eigenständigen Lehrveranstaltungen besteht m. E. nicht, jedoch sollten entsprechende Inhalte in die bestehenden

Curricula in angemessenem Umfang einfließen. Daher bedarf es künftig einiger Anstrengung, wiedervereinigungsrelevante Themen in die Ausbildung im Diplomstudiengang Psychologie zu integrieren.

Schule, Medien und Politische Bildung

DDR-Geschichte im Internet

Zur Konstruktion eines multimedialen Gedächtnisses

Auf welche Art und Weise erinnert man sich eines nicht mehr existenten Staates? Wie wird im Deutschland der Gegenwart mit der ostdeutschen Vergangenheit umgegangen und welche Tendenzen zukünftiger Erinnerung zeichnen sich ab? Die Debatte um die DDR-Geschichte hat ihren emotionalen Höhepunkt hinter sich gelassen – den hitzigen Diskussionen noch Anfang der 1990er-Jahre folgte eine eher abgekühlte, distanzierte Auseinandersetzung zum Ende der 1990er-Jahre bis jetzt. Wächst also bezüglich der DDR allgemein das Bedürfnis nach mehr Abstand zur Vergangenheit?¹

Die Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit ist an institutionalisierte Rahmen gebunden und beinhaltet dementsprechend auch die Frage nach den Vermittlungsinstanzen von Wissensbeständen und Erinnerungen an die DDR. Solche Vermittlungsinstanzen waren und sind hauptsächlich Forschungs- und Bildungseinrichtungen, Archive und Bibliotheken, Museen und Gedenkstätten, zeitgeschichtliche Vereinigungen, Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbände sowie schließlich die Massenmedien.²

1 Vgl. Friso Wielenga, Schatten deutscher Geschichte. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus und der DDR-Vergangenheit in der Bundesrepublik, Vierow b. Greifswald 1995, S. 115.

2 Vgl. Ulrich Mählert (Hrsg.), Vademekum DDR Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten, 3. überarb. und erw. Aufl., Berlin 2002; Peer Pasternack, Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000, Wittenberg 2001, S. 15 ff.

Eine Vermittlungsinstanz, die dabei nicht unmittelbar ins Blickfeld gerät, ist das Internet – und dies, obwohl keine der genannten Institutionen heute ohne eigenen Webauftritt auskommt. Das Internet ist das weltweit größte Computernetzwerk und übernimmt schon jetzt zentrale Speicherungs- und Kommunikationsaufgaben der Gesellschaft. Sein wesentlichster Dienst, das World Wide Web,³ ist, was die Menge an speicherbaren Daten anbelangt, leistungsfähiger als jedes andere Medium vor ihm – daher wird schon von einem „unermesslichen Super-Archiv“ gesprochen.⁴ Außerdem ist festzuhalten, dass, obwohl die noch bis vor einigen Jahren anhaltende Interneteuphorie einer eher nüchternen Betrachtungsweise gewichen ist, die Nutzerschaft des Internet innerhalb der letzten sechs Jahre um das Siebenfache angestiegen ist: Weltweit ist von ca. 605 Millionen Nutzern auszugehen. Es ist zu vermuten, dass das Internet, gerade auch angesichts des allgemein abnehmenden Interesses an DDR-bezogenen Themen an deutschen Hochschulen,⁵ als Vermittlungsinstanz von DDR-Geschichte neue Qualitäten und Potenziale bieten kann.

Vor diesem Hintergrund interessiert mich Folgendes: Welche Versuche gibt es, ein Gedächtnis an die DDR im Internet zu konstruieren? Wie und von wem wird DDR-Geschichte ebenda präsentiert? Welche Strategien, Inhalte und dominierenden Motivationen der Online-Kommunikatoren findet der an DDR-Geschichte interessierte Nutzer im Internet?

Das Internet, so die hier vertretene These, ist eine Plattform für ein vielschichtiges Gedächtnis an die DDR und gleichzeitig ein neuer medialer Raum für die in den massenmedial geführten Diskursen unterrepräsentier-

3 Das Internet bezeichnet die technische Plattform für ein Bündel von Netzwerkdiensten. Das WWW ist als Hypertext- und Hypermedianetz mit grafischer Benutzeroberfläche zu kennzeichnen und führte seit den 1990er-Jahren zu einer nochmals gewaltigen Zunahme an Internet-Rechnern und Nutzern.

4 Vgl. Elena Esposito, *Soziales Vergessen. Formen und Medien des Gedächtnisses der Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 2002, S. 287. Für die Luhmann-Schülerin liegt die eigentliche Leistung der Computertechnik und des Internet im Vergessen. Auch Luhmann sieht die Hauptfunktion des Gedächtnisses im Vergessen, weil dies Komplexitätsbewältigung ermögliche; vgl. Niklas Luhmann, *Die Realität der Massenmedien*, Opladen 1996, S. 76 ff.; ders., *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Bd. 1, Frankfurt a. M. 1998, S. 579 ff.

5 Vgl. den Beitrag von Peer Pasternack in diesem Band.

ten Ostdeutschen.⁶ Obwohl das Internet auch nicht zu unterschätzende Risiken, gerade bezüglich der dauerhaften Speicherung von Daten hat,⁷ kann es doch neue Qualitäten zur lebendigeren Erinnerung an die DDR bieten.

Um diese Zusammenhänge näher zu beleuchten, setzen meine Ausführungen zunächst bei den Potenzialen an, die das Internet, speziell das World Wide Web, zur Speicherung und Aufbewahrung von Erinnerungsanlässen und zur Konstruktion eines *sozialen* Gedächtnisses bietet. Diese speisen sich zum einen aus den gedächtnistheoretischen Ansätzen von Maurice Halbwachs und Jan und Aleida Assmann⁸ und zum anderen aus den spezifischen Eigenschaften des World Wide Web.

Bei der Betrachtung der Konstruktion eines multimedialen Gedächtnisses an die DDR im Internet werden zunächst bestehende Ressourcen zum Thema sowie Akteure und deren vorrangige Motivationen aufgezeigt. An drei konkreten Fallbeispielen und mit Hilfe eines Kategoriensystems werden die hypo-

6 Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf die augenscheinliche Unterrepräsentanz von Ostdeutschen in Medienbetrieben. Auch Dietrich Mühlberg konstatiert, dass die Ostdeutschen nur „ansatzweise über ein funktionierendes Medium der Aneignung [...], der Präsentation und Mitwirkung, der Selbstdarstellung innerhalb der dominanten, westdeutsch geprägten Kultur“ verfügen. Dietrich Mühlberg, Beobachtete Tendenzen zur Ausbildung einer ostdeutschen Teilkultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 11 (2001), S. 30–38, hier S. 35.

7 Die konstatierte Unzuverlässigkeit bezieht sich hauptsächlich auf die Kurzlebigkeit und Manipulierbarkeit der gespeicherten Datenbestände. Weil Hypertexte nicht aus einer festen Anzahl von Modulen bestehen, sondern jederzeit auf- und umgebaut werden können, sind Websites veränderlich und können sogar gänzlich aus dem Netz verschwinden. Die durchschnittliche Haltbarkeitsdauer einer Website wird mit nur siebzig bis fünfundsiebzig Tagen angegeben; vgl. u. a. Florian Rötzer (1998), Das Netz hat (noch) kein Gedächtnis, in: www.telepolis.de/deutsch/inhalt/co/2266/1.html.

8 Während der französische Soziologe und Schüler Emile Durkheims, Maurice Halbwachs, als Erster eine soziologisch geprägte Theorie des Gedächtnisses formulierte (vgl. ders., *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, Berlin/Neuwied 1966 [1925]), wird aus medientheoretischer Perspektive besonders Jan Assmanns Ansatz relevant. Vgl. ders., *Das kulturelle Gedächtnis. Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München 2000; ders., *Das kulturelle Gedächtnis. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript*, Heidelberg 2001. Ihm zufolge beeinflussen neben den sozialen Bezugsrahmen auch die jeweiligen Träger- und Speichermedien des Gedächtnisses und ihre Materialität die Art und Weise des Erinnerns. Jedes Medium eröffnet einen je spezifischen Zugang zum sozialen Gedächtnis.

thetischen Zusammenhänge verdeutlicht: Zum Ersten wird die Website der Bundeszentrale für politische Bildung, des Deutschlandradios und des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://www.17juni53.de>, einer genaueren Betrachtung unterzogen. Ausgewählt wurde zum Zweiten die Website einer privaten Vereinigung zur Bewahrung der Erinnerung an die DDR, <http://www.ddr-im-www.de>. Letztes Fallbeispiel ist die Website des Opferverbandes „Spurensuche e. V.“: <http://www.stasiopfer.de>. Mit dieser Auswahl gelangen die nach Pasternack wesentlichsten Dimensionen innerhalb des DDR-Diskurses in den Fokus: die analytische Dimension der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit (www.17juni53.de), die legitimatorische der als Alltag erlebten Vergangenheit (www.ddr-im-www.de) und schließlich die delegitimierende Argumentation der Opfer des Systems der DDR (www.stasiopfer.de).

Doch zunächst: Nach Assmann bahnen sich mit dem Internet „tiefgreifende Veränderungen in der Architektur des kulturellen Gedächtnisses“ an⁹ – wie kann man den Zusammenhang zwischen dem Internet und einem sozial bedingten Gedächtnis¹⁰ spezifizieren?

Zu den Potenzialen des WWW für das soziale Gedächtnis

Aleida Assmann betont, dass zur Reaktivierung des kulturellen Gedächtnisses¹¹ aktive Formen der Praxis gebraucht würden. Im Assmannschen Konzept kann der Einzelne durch rituelle Wiederholungen und wiederkeh-

9 Vgl. Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis*, S. 10.

10 Halbwachs spricht von der „sozialen Bedingtheit des Gedächtnisses“ und meint damit, dass es kein mögliches Gedächtnis außerhalb der gesellschaftlichen Bezugsrahmen geben kann: Von der Vergangenheit wird nur das bewahrt, was Gesellschaften mit ihren jeweiligen sozialen Rahmen rekonstruieren können. Vgl. Halbwachs, *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*.

11 Das kulturelle Gedächtnis bezeichnet ein soziales Gedächtnis, das über mehrere Generationen hinweg erhalten bleiben soll und das externer Medien der Speicherung bedarf. Medien in Assmanns Theorie sind Gedächtnisstützen und Zeichenträger, im Prinzip also alle gegenständlichen Träger von potenziellen Erinnerungsanlässen, wie etwa Texte und Bilder, aber auch Monumente und Bauwerke oder, wie in diesem Kontext, das World Wide Web als Trägermedium Vgl. Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis*, S. 50 ff.

rende Anlässe Anteil am kulturellen Gedächtnis gewinnen.¹² Auch durch die im WWW angelegte Möglichkeit zur Interaktion wird die aktive Aneignung des historischen Wissensspeichers unterstützt. Die Nutzer partizipieren, indem sie durch die Verknüpfung der Links Inhalte auswählen und damit selektiv vorgehen.¹³

Andererseits werden die Websites durch echte Interaktionsangebote wie Diskussionsforen, Chats oder Gästebücher in einen diskursiven Kontext eingebettet, was den Meinungs- und Gedankenaustausch zwischen dem Autor und den Rezipienten fördert.¹⁴ Man spricht daher von durch die Technik ermöglichten dialogähnlichen Kommunikationsbeziehungen. Die Interaktion zwischen dem individuellen Nutzer und dem kollektiven Gedächtnis erfolgt auf neue Art und Weise. Das World Wide Web hat das Potenzial, das kulturelle Gedächtnis der Texte und Bilder dem individuellen Gedächtnis zugänglicher zu machen. Wird dieses Potenzial auf den Websites zur DDR-Geschichte umgesetzt und mit welchen Bildern haben wir es dort zu tun?

Durch diese Vermischung der Kommunikationsformen entstehen, anders als in der mündlichen Kommunikation, Texte, die als wieder abrufbare Bestände für eine gewisse Zeit bestehen bleiben. Merkmale, die als Unterscheidungskriterien zur Abgrenzung von Sprache und Schrift dienten, verflechten sich in der computervermittelten Kommunikation und damit verschriftlicht sich die Sprache.¹⁵ Dadurch verschwinden charakteristische

12 Vgl. Aleida Assmann, Individuelles und kollektives Gedächtnis – Formen, Funktionen und Medien, in: Kurt Wettengl (Hrsg.), *Das Gedächtnis der Kunst. Geschichte und Erinnerung in der Kunst der Gegenwart*, Frankfurt a. M. 2000, S. 26; Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis*, S. 57.

13 Hypertexte sind nicht-linear aufgebaut, d. h. also die Daten werden auf autonome Module verteilt und durch sog. Hyperlinks miteinander verbunden. Vgl. Angelika Storrer, Was ist „hyper“ am Hypertext?, in: Werner Kallmeyer (Hrsg.), *Sprache und neue Medien*, Berlin/New York 2000, S. 222–249, hier S. 222 ff. Insofern kann der Nutzer über die Reihenfolge der Rezeption selbst entscheiden.

14 Vgl. Lutz Goertz, Wie interaktiv sind Medien? Auf dem Weg zu einer Definition von Interaktivität, in: *Rundfunk und Fernsehen* 43 (1995), H. 4, S. 477–491, hier S. 484 ff.; Storrer, Was ist „hyper“ am Hypertext?

15 Vgl. Mike Sandbothe, *Pragmatische Medienphilosophie und das Internet*, in: ders./Winfried Marotzki (Hrsg.), *Subjektivität und Öffentlichkeit. Kulturwissenschaftliche Grundlagenprobleme virtueller Welten*, Köln 2000, S. 82–101, hier S. 85 ff.

Unterscheidungsmerkmale zwischen dem kommunikativen und dem kulturellen Gedächtnis.¹⁶ Das WWW lässt sich weiterhin als eine Form des sozialen Gedächtnisses beschreiben, bei der sich die Merkmale des kommunikativen und des kulturellen Gedächtnisses auf neue Weise verbinden. Wie gestaltet sich das Verhältnis der Modi der Erinnerungen bei den zu untersuchenden Fallbeispielen?

Auch das Verhältnis von Funktions- und Speichergedächtnis, dem Vorrat an Wissen zu dem jeweils aktualisierten, identitätsfundierenden Wissen¹⁷ wird im WWW unter andere Voraussetzungen gestellt: Das Wichtige vom Unwichtigen abzusetzen, Zentrum und Peripherie zu unterscheiden, muss zunehmend individuell geleistet werden.¹⁸ Dies bedeutet gleichzeitig auch, dass Diskurse, die außerhalb des Netzes kein Ventil bzw. keine Träger finden, im Netz ausgetragen werden können.¹⁹ Welche Diskurse werden auf den Websites geführt, und kann das Internet einen neuen Raum zur Ausbildung einer ostdeutschen Teilkultur²⁰ im Sinne der besseren Aneignung von spezifisch ostdeutschen Erinnerungsbeständen bieten?

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang auch der Multimedia-
 litätsgedanke: Durch die digitale Codierung im WWW kann nicht nur Text, sondern es können auch Bilder und Töne integriert werden. Durch die als „Synästhetisierung“ bezeichnete Eigenschaft von Hypertexten²¹ kann die

16 Das kommunikative Gedächtnis ist interaktiv, d. h. also durch persönliche, sprachliche Kommunikation vermittelt, und bezieht sich auf Ereignisse der Vergangenheit, die durch Erzählungen von Zeitzeugen weitergegeben werden können. Daher ist der typische Fall eines solchen Gedächtnisses das Generationen-Gedächtnis. Vgl. Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis*, S. 50 ff.

17 Vgl. ebenda; ders./Aleida Assmann, *Das Gestern im Heute. Medien und soziales Gedächtnis*, in: Klaus Merten/Siegfried J. Schmidt/Siegfried Weischenberg (Hrsg.), *Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft*, Opladen, 1994, S. 114–140.

18 Vgl. Assmann, *Vortragsmanuskript*, S. 24.

19 Verbunden damit ist das Argument der geringeren Zugangsbarrieren und damit höheren Chancen für ressourcenschwache Akteure wie Privatpersonen oder Interessengruppen, sich im Internet besser an Diskursen beteiligen können als etwa in der massenmedialen Sphäre; vgl. u. a. Olaf Winkel, *Demokratische Politik und Kommunikation im 21. Jahrhundert. Informationstechnischer Wandel und demokratischer Prozess, betrachtet aus der Vogelperspektive*, Münster 1999, S. 28 ff.

20 Vgl. Mühlberg, *Beobachtete Tendenzen*.

21 Vgl. Storrer, *Was ist „hyper“ am Hypertext?*, S. 228.

Anschaulichkeit und Sinnlichkeit mündlicher Überlieferungen mit der Speicherkapazität des Schriftgedächtnisses kombiniert werden. Weil auch individuelle Erinnerung synästhetisch ist, wird sie durch das multimediale Gedächtnis im WWW befördert. In welchem Maße also werden verschiedene andere mediale Elemente auf den DDR-Websites integriert?

Erinnerung erfordert zunächst einen Kontinuitätsbruch, so dass man das Gestern vom Heute überhaupt trennen kann. Das Gedächtnis an sich ist also immer diachron. Im Internet aber ist auch synchrone Kommunikation möglich, indem „die schriftgestützte Fernkommunikation zunehmend wieder auf die Echtzeit mündlicher Interaktion reduziert wird“.²² Zusätzlich werden die Dokumente häufig aktualisiert und durch aktuelle Veranstaltungshinweise ergänzt. Das Gedächtnis im WWW ist nicht als zeitenthoben zu bezeichnen, weil die Erinnerungsanlässe sehr gegenwartsbezogen sind. Wie wird dieser Gegenwartsbezug auf den Websites konkret umgesetzt?

Diese hypothetischen Zusammenhänge bilden nun den Rahmen für die Betrachtung der Websites zur DDR-Geschichte. Um die Internetangebote dann tatsächlich auf die Umsetzung der genannten Potenziale analysieren und die aufgeworfenen Fragen beantworten zu können, ist es notwendig, ein Instrumentarium zu entwickeln. Die beschriebenen Zusammenhänge zwischen dem sozialen Gedächtnis und dem WWW als seinem Trägermedium wurden, wenn möglich, in anwendungsfähige Kategorien überführt, die auf den Websites zu untersuchen sind.²³

Das Kategoriensystem sieht folgendermaßen aus:

1. Allgemeine Strukturmerkmale des Internetauftritts:
 - a. Anbieter
 - b. Motivation, Ziel

22 Assmann, Vortragsmanuskript, S. 11.

23 Das Kategoriensystem wurde im Kontext der Untersuchung von Websites zur Erinnerung an den Holocaust entwickelt und für diese Untersuchung auf DDR-bezogene Websites angepasst. Zur ausführlichen Darstellung vgl. Dörte Hein, Das World Wide Web als Medium des sozialen Gedächtnisses. Formen der Erinnerung am Beispiel des Holocaust, in: Großbothener Vorträge zur Kommunikationswissenschaft 4, Bremen 2003, S. 99–129.

2. Grad der Synästhetisierung
 - a. Text
 - b. Bild
 - c. Ton
 - d. Animation
 - e. Videosequenzen
3. Grad der Interaktivität
 - a. Grad der Selektions- und Modifikationsmöglichkeiten
4. Verbindung von kommunikativem und kulturellem Gedächtnis
 - a. Integrierte Kommunikationsmodi
5. Verhältnis von Funktions- und Speichergedächtnis
 - a. Alltags- oder Herrschaftsgeschichte
 - b. vorherrschender Diskurs (legitimierend, delegitimierend, analytisch)
 - c. Wissensbestände (Erinnerungswissen vs. durch wissenschaftliche Forschung gesichertes Wissen)
6. Gegenwartsbezogenheit
 - a. Aktualität durch Chats, Foren etc.
 - b. Aktualität der Themen, Veranstaltungshinweise

Zur Konstruktion eines multimedialen Gedächtnisses an die DDR

Das Schlagwort „DDR-Geschichte“ bringt bei der derzeit gängigsten Suchmaschine www.google.de ca. 5300 Suchergebnisse. Von kleinen privaten Websites über rein ostalgische Fanangebote bis hin zu professionellen Archiven bietet das Internet als Vermittlungsinstanz mehr als nur einen oberflächlichen oder unterhaltsamen Blick in die Geschichte der DDR.

Es existieren DDR-Internetportale, DDR-Suchmaschinen, DDR-Diskussionsforen, Sammlungen von DDR-Witzen, virtuelle Museen, in denen Alltagsgegenstände der DDR gesammelt werden, eine Honecker-Website, aber auch Archive und Chroniken zur faktenorientierten Darstellung historischer Ereignisse.

Ein wesentlicher Schritt zur Systematisierung der Webangebote ist der Blick auf die Akteure, die an der Konstruktion eines multimedialen Gedächtnisses an die DDR beteiligt sind. Es ist zu konstatieren, dass die Gruppen,

die sich „außerhalb des Netzes“ mit DDR-bezogener Forschung beschäftigen, allesamt auch im World Wide Web präsent sind.²⁴

Entsprechend den unterschiedlichen Akteursgruppen divergieren auch die Ziele und Motivationen, die mit den Netzauftritten verbunden werden. Wie bereits angesprochen, identifiziert Pasternack²⁵ drei Dimensionen des Nachlebens der DDR innerhalb des DDR-Diskurses, nämlich Legitimationsdiskurs, Delegitimierungsdiskurs und schließlich analytischen Diskurs. Obwohl man es hierbei mit Idealtypen zu tun habe, enthebe dies den Beobachter nicht seiner Aufgabe, das jeweils dominierende Motiv innerhalb der komplexen Motivstruktur zu identifizieren.²⁶ Dementsprechend müssten auch bei den Online-Kommunikatoren die dominierenden Diskursdimensionen herauszustellen sein.

24 Das sind auf staatlich-institutioneller Seite zunächst die nach 1990 gegründeten Forschungs- und Bildungseinrichtungen. Zu nennen ist hierzu u. a. die Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Auf deren Website werden unter der Rubrik „DDR-Geschichte“ etwa Themen wie der Widerstand in DDR-Haftanstalten oder die Tage im Juni 1953 dokumentiert (vgl. www.bstu.de/ddr/index.htm). Des Weiteren ist dieser Anbietergruppe das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) zuzurechnen. Seit Anfang 2004 hat das ZZF das Internetprojekt „Zeitgeschichte Online“ etabliert. Vgl. www.zzf-pdm.de. Die Landes- und Bundeszentralen für politische Bildung (vgl. www.bpb.de, www.bpb.de/html/body_landeszentralen.html) und schließlich das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden seien die letztgenannten Beispiele aus dieser Anbietergruppe (vgl. www.tu-dresden.de/hait). Archive und Bibliotheken bieten ebenfalls Informationen zur DDR im Internet. Vgl. u. a. www.bundesarchiv.de/bestaende; www.gedenkbibliothek.de. Auch ausgewählte staatliche Museen und Gedenkstätten beschäftigen sich im Internet mit ostdeutscher Zeitgeschichte und stellen dazu Informationen bereit. So soll u. a. durch das „LeMo-Projekt“ des Deutschen Historischen Museums in Berlin ein umfassendes und lebendiges Bild von Geschichte vermittelt werden. Schließlich sind in diesem Zusammenhang öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten wie das Deutschlandradio zu erwähnen (vgl. u. a. www.17juni53.de; www.chronik-dermauer.de/chronik/index.html), die DDR-Geschichte unter bestimmten Aspekten beleuchten. Private Online-Kommunikatoren sind meist einzelne Privatpersonen (vgl. z. B. www.honecker-im-internet.de, www.ostalgie-museum.de), Interessengruppen (www.ddr-im-www.de) sowie zeitgeschichtliche Vereinigungen und Opferverbände (vgl. u. a. www.stasiopfer.de, www.bsv-stacheldraht.de).

25 Vgl. Pasternack, *Gelehrte DDR*, S. 9 ff.

26 Vgl. ebenda.

Zunächst fällt auf, dass private Anbieter die DDR im Internet hauptsächlich für jeden erfahrbar und begreifbar machen wollen. Man will einen Zusatz zur DDR aus dem Geschichtsbuch schaffen, und dies zum Großteil durch Erfahrungsberichte aus erster Hand. Dadurch sollen lebendige DDR-Geschichten erzählt werden. Wesentliche Motivation ist die Bewahrung und Dokumentation der DDR-Alltagskultur – die Websites sollen Einblicke in das Leben in der DDR bieten. Für staatlich-institutionelle Anbieter hingegen stehen die Dokumentation geschichtlicher Ereignisse im Zusammenhang mit der DDR und dabei auch die Schilderung der Vorgeschichte, des Verlaufs und der Konsequenzen im Vordergrund.

Der genaue Blick auf drei ausgewählte Websites nun soll die angesprochenen Zusammenhänge veranschaulichen und das Spezifische der jeweiligen Perspektive herausstellen. Die Website der Bundeszentrale für politische Bildung, des Deutschlandradios und des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, www.17juni53.de, steht exemplarisch für Internetangebote von staatlicher Seite, die um eine umfassende Geschichtsdarstellung aus analytischer Perspektive bemüht sind. Ausgewählt wurde zum Zweiten die Website einer privaten Vereinigung zur Bewahrung der Erinnerung an die DDR, www.ddr-im-www.de, anhand derer Tendenzen in der Ausrichtung der Angebote von privater ostdeutscher Perspektive aus veranschaulicht werden sollen. Die Opferperspektive ehemals politisch Verfolgter schließlich wird durch die Website des Opferverbandes „Spurensuche e. V.“, www.stasiopfer.de, verdeutlicht.

Das Analyseraster bildet hierbei das aufgestellte Kategoriensystem, das aus den hypothetischen Zusammenhängen erarbeitet wurde (s. o.).

Betrachtung der Fallbeispiele

1. www.17juni53.de

17. Juni 1953 - Homepage - Projektseite Bundeszentrale für politische Bildung, DeutschlandRadio, - Microsoft Internet Explorer

Adresse <http://www.17juni53.de/home/index.html>

17. JUNI 1953 HOME CHRONIK KARTE MATERIAL FORUM VERANSTALTUNGEN

bpb Bundeszentrale für politische Bildung
DeutschlandRadio
ZZF
POTSDAM

Aktuell

Videoclip zum 17. Juni:

17. Juni 1953

Der Aufstand vom 17. Juni jährt sich 2003 zum fünfzigsten Mal. Er war die erste Massenerhebung im Machtbereich der Sowjetunion überhaupt und eines der Schlüsselereignisse, die den Gang der deutsch-deutschen Geschichte bis zur Einheit im Sommer 1990 maßgeblich mitbestimmt haben.

Die Bundeszentrale für politische Bildung, das DeutschlandRadio und das Zentrum für Zeithistorische Forschung stellen dazu umfangreiche, zum Teil bisher nicht veröffentlichte Dokumente in Wort, Bild und Ton zur Verfügung.

Dabei setzen wir auf **Ihre Mithilfe!** Möchten Sie selber vor Ort über den 17. Juni forschen, nachfragen? Sind Sie Zeitzeugin oder Zeitzeuge, die/der selbst etwas zu erzählen hat? Gibt es bei Ihnen zu Hause Erinnerungsstücke (Fotos, Flugblätter, Handzettel o.ä.), die wir veröffentlichen können? Schreiben Sie uns.

Dafür haben wir auf unserer Forum-Seite eine **Formularseite** entwickelt, die Ihnen die Kontaktaufnahme zu uns erleichtern soll.

Angesprochen sollen sich alle historisch Interessierten fühlen; besonders freuen würden wir uns auch über die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern, Studentinnen und Studenten.

Multimediale Karte:

JAHRESTAG 2003

NEWSLETTER ABONNIEREN

Fertig

stasioffer.de - Paint Eigene Bilder 17. Juni 1953 - Home... 11:21

(1) Anbieter des Internetauftritts sind die Bundeszentrale für politische Bildung, das Deutschlandradio und das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Weil sich der Aufstand vom 17. Juni 1953 im Sommer 2003 zum 50. Mal jährte, wurde ein umfassendes multimediales Angebot zu Ursachen, Verlauf und Folgen der Geschehnisse aufgebaut. Damit will man den Weg in die Krise, den Aufstand selbst und die Zeit nach dem 17. Juni 1953 rekonstruieren. Auf diese Art und Weise soll ein Archiv entstehen, das die Breite des Aufstandes gegen die Diktatur dokumentiert. Das Angebot möchte zugleich einen Beitrag dazu leisten, die bis heute in der Öffentlichkeit weithin unbekanntesten Beteiligten und Opfer in der Erinnerung zu bewahren.

Im Hauptbereich „Chronik“ sind die Ereignisse vom April 1952 bis zum Ende des Jahres 1953 mit Textinformationen, aber auch O-Tönen

und anderen multimedialen Quellen dargestellt.²⁷ Unter der Rubrik „Karte“ erhält der Nutzer durch Anklicken auf ein bestimmtes Gebiet auf der DDR-Karte Kurzberichte, die sich hauptsächlich aus Informationen und Meldungen der SED-Bezirksleitungen am 17. und 18. Juni speisen.²⁸ Der Hauptbereich „Material“ versteht sich als begleitendes Handbuch, das für weitere Recherchen zum Thema zur Verfügung steht. Gesammelt sind Dokumente (wie etwa Lageberichte, Filme oder Radiobeiträge), Zeitzeugenberichte, O-Töne (wie etwa eine Rede Ulbrichts oder eine Erklärung des Ministerrates der DDR), Materialien der Bundeszentrale für politische Bildung, eine Bibliografie und eine Linkliste.²⁹ Im „Forum“ sollen Schüler, Studenten, Forscher und Zeitzeugen zu Wort kommen. Eine Formularmaske ermöglicht die Kontaktaufnahme mit der Redaktion, und die eingegangenen Berichte und Bilder können dann auf der Website öffentlich gemacht werden.³⁰ Die Rubrik „Veranstaltungen“ schließlich verweist auf Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag des 17. Juni.³¹

- (2) Das Internetangebot ist insgesamt schlicht und textdominiert. Die Textinformationen werden jedoch durch Filmausschnitte, Fotografien, Grafiken, Originaltöne aus dem RIAS-Archiv, Zeitungsausschnitte oder Flugblätter ergänzt. Dies erhöht zum einen die Authentizität des Angebotes und lässt zum anderen auf einen hohen Grad an Multimedialität schließen. Die Fotografien werden der Tradition der Printmedien folgend zur Illustration der geschilderten Zusammenhänge verwendet und sind mit in Geschichtsbüchern verwendeten Bildmaterialien vergleichbar.³² Sie

27 Vgl. www.17juni53.de/chronik/index.html.

28 Vgl. www.17.juni53.de/karte/index.html. Dabei wird herausgestellt, dass man es bei den Meldungen mit einer gefilterten Wahrnehmung der Ereignisse zu tun habe. Der Verweis auf Forschungsliteratur und andere weiterführende Quellen soll der Überprüfung dienen.

29 Vgl. www.17juni53.de/material/index.html.

30 Vgl. www.17juni53.de/forum/index.html.

31 Vgl. www.17juni53.de/veran/index.html.

32 Das sind u. a. auf der Startseite demonstrierende Arbeiter vor dem Brandenburger Tor in Berlin, „Die Hochöfen des Eisenhüttenkombinates Ost“ oder „Waldemar Schmidt, Präsident der Berliner VP verabschiedet Volkspolizisten zur KVP“ oder Ernst Reuter während der Protestveranstaltung. Vgl. www.17juni53.de/chronik/5207.html.

widersprechen in diesem Sinne nicht gewohnten Seh- und Deutungsmustern und fügen sich mühelos in den gegebenen Kontext ein. Die eigentliche Stärke der Website liegt in der Verwendung anderer medialer Quellen, hauptsächlich O-Tönen.³³

- (3) „Was ist dieser 17. Juni in der Erinnerung der Deutschen?“ – in dem so betitelten Forum kann sich der Nutzer der Site mit kritischen Hinweisen und Kommentaren, Zeitzeugenberichten, Interviews, Bildmaterial und sonstigen Unterlagen an der inhaltlichen Gestaltung beteiligen. So können Berichte von Zeitzeugen an die Redaktion des Internetauftritts gesandt werden, und diese werden dann im Forum veröffentlicht. Die Nutzer können sich in dieser Weise zwar beteiligen, jedoch ist ein technikvermittelter Dialog im Sinne echter Interaktionsmöglichkeiten nicht gegeben, weil die Beiträge zunächst in der Redaktion gesammelt und insofern auch durch diese Instanz selektiert werden. Das Forum der Website ist nicht im eigentlichen Sinne ein Diskussionsforum, in dem Beiträge aufeinander bezogen und kommentiert werden können.³⁴
- (4) Wann immer Erinnerungen von Zeitzeugen als Geschichtsquelle herangezogen werden, haben wir es im Assmannschen Sinne mit dem Modus des kommunikativen Gedächtnisses zu tun – es geht um erlebte Vergangenheit, die noch durch direkte Kommunikation vermittelbar ist. In dem bereits erwähnten „Forum“ sowie im Abschnitt „Zeitzeugenberichte“ werden solche Zeugnisse der Erinnerung gesammelt und damit externalisiert und archiviert. Beide Formen der Erinnerung, also kommunikatives und kulturelles Gedächtnis, stehen nebeneinander und vermischen sich. Sucht man Informationen zum Thema „Normerhöhungen“ ist beispielsweise unter „Chronik“ zu lesen: „In der DDR

33 Als O-Töne sind etwa verschiedene Ausschnitte von „Spitze Töne“, einer politischen Satire des RIAS; der Aufruf von Ernst Scharnowski an demonstrierende Arbeiter in Ostberlin; die Befragung von Bauarbeitern, die sich der Demonstrationen angeschlossen haben durch RIAS-Reporter; die Politbüroerklärung zur Arbeitsnorm und den Demonstrationen im DDR-Rundfunk oder die Erklärung des Ministerrates der DDR zu den Demonstrationen. Vgl. www.17juni53.de/material/otoene.html.

34 Die bisher gesammelten Beiträge befassen sich mit den Erinnerungen der Zeitzeugen an die Ereignisse in verschiedenen Regionen Deutschlands. Auch Forschungsvorhaben, Bücher und Ausstellungen finden Erwähnung. Vgl. www.17juni53.de/forum/forum.html.

geben die Betriebsleitungen den Belegschaften bekannt, wie die am 28. Mai 1953 verordnete zehnprozentige Normerhöhung rechnerisch umgesetzt werden soll. [...] Aus Fürstenwalde, Hennigsdorf und Chemnitz-Borna und anderen Orten werden Arbeitsniederlegungen gemeldet.“³⁵ Durch einen Zeitzeugenbericht ist zudem auch dem Medium WWW ausgelagertes Erinnerungswissen abrufbar: „Als dann im Frühjahr/Frühsummer 1953 von der SED gefordert wurde, auf ‚freiwilliger Basis‘ einer allgemeinen Normerhöhung um zehn Prozent zuzustimmen, die einen Angriff auf die Lohntüten meiner Kollegen bedeutete, wuchs der Unwillen in der Bevölkerung und unter meinen Kollegen immer mehr.“³⁶

- (5) Auf der Website werden sowohl Repression und Diktatur als auch der Alltag in der DDR thematisiert. Die Anbieter versuchen, ein möglichst differenziertes Geschichtsbild, das die „Spannung zwischen dem grundsätzlichen Diktaturcharakter und der dennoch möglichen täglichen Normalität“ transportiert, zu vermitteln.³⁷ In einem vorrangig analytisch dominierten Diskurs werden sowohl die Vorgeschichte und die Hintergründe als auch die Konsequenzen, in diesem Fall des 17. Juni 1953, geschildert, und es wird insofern versucht, die Ereignisse möglichst umfassend darzustellen. Es überwiegt durch wissenschaftliche Forschung gesichertes, faktenorientiertes Wissen, das in Teilen durch Zeitzeugenberichte – die jedoch eindeutig nicht zum dominanten Erinnerungsmodus auf der Website gehören – kontextualisiert wird.
- (6) Durch Veranstaltungshinweise zu im Vorfeld oder zum 50. Jahrestag der Ereignisse des 17. Juni stattfindenden Veranstaltungen erhält das Angebot einen Bezug zur Gegenwart.³⁸

35 Vgl. www.17juni53.de/530601.html.

36 Vgl. www.17juni53.de/material/zeitzeugen.html.

37 Vgl. den Beitrag von Konrad H. Jarausch in diesem Band.

38 Es wird auf Veranstaltungen der Bundeszentrale für politische Bildung (z. B. ein Seminar zur Rolle der Volkspolizei am 17. Juni 1953) oder Sendungen im Deutschlandradio hingewiesen (z. B. die Sendereihe „Aufstand im Juni“, in der die Ereignisse von Zeitzeugen geschildert werden.)

2. www.ddd-im-www.de

- (1) Betreiber ist eine private Interessengruppe, bestehend aus zwei festen und einem freien Mitarbeiter. Die Onlinekommunikatoren pflegen auch – aber nicht vorrangig – Ostalgie, versuchen jedoch, dem Betrachter Details aus der DDR-Geschichte in ihrer Widersprüchlichkeit nahe zu bringen. „Es geht um die Darstellung des Staates als politisches Gebilde, um das Land als Teil Deutschlands, um die Menschen, die darin gewohnt, gelebt und gewirkt haben. [...] Ob Devotionalien getauscht, Missstände beschrieben, auf irgendetwas geschimpft, anderes gelobt wird, all das soll hier nach und nach seinen Platz finden. Die Internet-Benutzer werden die Hauptakteure dieser Website sein.“³⁹

Das Angebot ist in verschiedene Rubriken unterteilt: Die Rubrik „Übersicht“ zeigt die alphabetisch geordneten Inhalte der Website, beginnend mit ADN über die Deutsch-Sowjetische Freundschaft bis hin zum

39 www.ddd-im-www.de/Themen/Kontakt.htm.

Zwei-Plus-Vier-Vertrag, die man anklicken kann und so zu weiterführenden Informationen gelangt. Unter „Geschichte“ sind von den Jahren 1985 bis 1990 spezielle historische Ereignisse abzurufen.⁴⁰ „Personen“ bietet eine Auswahl an Biografien von Politikern, die mit der DDR in Verbindung gebracht werden. Die Rubrik „Fotos“ beinhaltet Fotos von Lesern und Redaktionsmitgliedern – Bilder, die einen Eindruck aus DDR-Zeiten vermitteln sollen. „AK“ ist die Abkürzung für „Aktuelle Kamera“, die Nachrichtensendung des DDR-Fernsehens. In diesem Hauptbereich der Site werden aktuelle Nachrichten nach ihrem DDR-Bezug durchsucht und aufgelistet.⁴¹ „Premium“ bietet bestimmte Inhalte an, wie eine Diplomarbeit, das Original eines DDR-Ein- und -Ausreisevisums oder die DDR-Hymne als Klingelton für das Handy zum kostenpflichtigen Download. „Bücher“ stellt themenrelevante Literatur im Rahmen von Rezensionen und Buchtipps vor. „Musik“ widmet sich Interpreten, Komponisten, Musikrichtungen und Agitprop-Stücken aus der DDR. Der Hauptbereich „Interaktiv“ bietet über das Diskussionsforum, den Chat, die Pinnwand und das Hausbuch die Möglichkeit der Partizipation der Nutzer. „Berichte“ sammelt Erlebnisberichte und Geschichten von Menschen, die „in irgendeiner Weise mit dem Thema DDR zu tun hatten oder haben“.⁴² Die Rubrik „eKarten“ will die Worte aus dem Alltagssprachgebrauch der DDR nicht in Vergessenheit geraten lassen und bietet daher elektronische Grußkarten mit den entsprechenden Begriffen zum Versand an.⁴³ Unter „Gratis“ kann die DDR-Umschau, ein in unregelmäßigen Abständen erscheinender Newsletter, der über Neuigkeiten auf der Seite informiert, abonniert werden. Unter

40 Das sind u. a. „1986 Erfolg auf der ganzen Linie: Ein blendendes Jahr für die DDR-Wirtschaft“ oder „1988 Die Ruhe vor dem Sturm: Die DDR und das Gespenst von Glasnost“. www.ddr-im-www./Geschichte/Geschichte-neu.htm.

41 Headlines sind so u. a. „Gesundheitsministerin will Polikliniken bundesweit einführen“ oder „DDR-Geschichte für Brandenburgs Lehrer ein schwieriges Kapitel“. Vgl. www.ddr-im-www.de/Aktuelles/AK.htm.

42 www.ddr-im-www.de/Berichte/Berichte_Inhalt.htm.

43 Vgl. www.ddr-im-www.de/eKarten/eKarten_Hauptrahmen.htm. Begründet wird dies hier mit dem Versuch, sich vom westdeutschen Sprachgebrauch abzugrenzen – Dessous nannte man „Untertrikotagen“, Hotdog „Ket-Wurst“, noch prominenter sind die Beispiele „Broiler“ für Grillhähnchen und „Nicki“ für T-Shirt.

- „Kontakt“ findet man das Impressum, und die Kategorie „Links“ schließlich bietet eine nach Themenblöcken geordnete Linksammlung.
- (2) Im Vergleich zur Website zum 17. Juni 53 wirkt dieses Webangebot deutlich weniger schlicht und tatsachenbetont – durch Gestaltung und Layout wird eine andere, alltagsgeschichtlich orientierte Perspektive auf die DDR-Geschichte vermittelt, und dies durch Fotografien und die Abbildung von Alltags- und Gebrauchsgegenständen aus der DDR, die einen Wiedererkennungswert besitzen.⁴⁴ Gleichzeitig wird aber durch andere Fotos wie zur deutsch-deutschen Grenze oder West- und Ostberlin 1985 und 1986 der rein auf den Alltag fokussierte Blick aufgebrochen.⁴⁵ Andere mediale Elemente werden kaum integriert und daher ist der Grad an Synästhetisierung trotz der Überfülle an anderen Gestaltungselementen als gering einzuschätzen.
- (3) Interaktive Elemente sind das Diskussionsforum, in dem spezifische Themen wie etwa „Der 3. Oktober 1990 – wie erlebten Sie diesen Tag?“ diskutiert werden können,⁴⁶ und der Chat, in dem in Echtzeit mit anderen Nutzern kommuniziert werden kann.⁴⁷ „Suchen Sie eine Trabantkupplung oder den Liedtext einer Frank-Schöbel-Schnulze?“ – die Pinwand ist das dritte Interaktionsangebot der Website.⁴⁸ Im Hausbuch schließlich können, einem Gästebuch gleich, Kommentare zur Website veröffentlicht werden. Dabei sind Bemerkungen wie „da werden Erinnerungen wach“ oder „habe alles wiedererkannt“ die am häufigsten zu findenden Einträge.⁴⁹ Der Grad an Interaktivität ist in diesem Angebot also sehr hoch.

44 Schon auf der Eingangsseite erhält der Nutzer einen Verweis auf die DDR-Aktfotografie aus den 70er-Jahren mit entsprechenden Bildbeispielen (vgl. www.ddr-im-www.de/index.html) oder wird durch die Abbildung des Füllfederhalters „Heiko“ an in der DDR übliche Schreibutensilien erinnert (vgl. www.ddr-im-www.de/Interaktiv.html).

45 Vgl. www.ddr-im-www.de/Galerie/Galerie.htm.

46 Vgl. www.ddr-im-www.de/Interaktiv/Diskussionsforum/Diskussionsforum_Hauptrahmen.htm.

47 Vgl. www.ddr-im-www.de/Interaktiv/Chat_Hauptrahmen.htm.

48 vgl. www.ddr-im-www.de/Interaktiv/Pinwand_Hauptrahmen.htm.

49 vgl. www.ddr-im-www.de/Interaktiv/Hausbuch_Hauptrahmen.htm.

- (4) Dementsprechend ist der Erinnerungsmodus des kommunikativen Gedächtnisses auf dieser Seite als der dominante einzuschätzen. Wie bereits angemerkt, wird schon im Selbstverständnis der Betreiber deutlich, dass es hauptsächlich um die Sammlung und Aufbereitung von Erinnerungswissen geht und der durch persönliche Erinnerungen geprägte Bezug zur DDR-Vergangenheit als wesentlich angesehen wird.
- (5) Dieses Internetangebot bietet einen Einblick in die widersprüchliche Erinnerung eines Großteiles der DDR-Bürger. Es handelt sich um ein breit gefächertes Sammelsurium von Versatzstücken, in denen Alltagskultur dominiert, Aspekte aus Geschichte, Politik und Gesellschaft der DDR aber trotzdem zur Sprache kommen. Bezüglich des DDR-Alltags herrscht die legitimatorische Diskursdimension vor. Es geht dabei deutlich weniger um faktenorientierte historische Information als vielmehr um eine Aktivierung des lebensweltlichen Erinnerungsbestandes, dementsprechend das Erzählen von Alltagsgeschichte. Die dominierenden Wissensbestände, und insofern dem Modus des Funktionsgedächtnisses zuzurechnen, sind durch eigene Erfahrungen in der DDR gespeiste Erinnerungsbestände, und zwar vorrangig generiert durch Zeitzeugenberichte.
- (6) Durch Verweise auf aktuelle Veranstaltungen, Bücher, Filme oder Shows – wie etwa die mittlerweile auf mehreren Sendern gelaufenen „DDR-Shows“ – werden die geschichtlichen Ereignisse und die geschilderten Sachverhalte deutlich an die Gegenwart rückgebunden. In der Rubrik „AK“ werden außerdem aktuelle Schlagzeilen auf ihren DDR-Bezug hin untersucht. Die Website zeichnet sich insgesamt durch einen sehr hohen Gegenwartsbezug aus.

3. www.stasiopfer.de



(1) Mit dem Internetprojekt des Vereins „Spurensuche e. V.“ soll die authentische Sicht der Opfer des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR transportiert werden. Der Vereinszweck ist dabei, den Opfern und Betroffenen des DDR-Unrechts Hilfestellungen anzubieten. Gleichzeitig soll ihnen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Erfahrungen und Erlebnisse weiterzugeben. „Wir sind der Meinung, dass eine Aufarbeitung der Schattenseiten der DDR bisher nur ungenügend geschah.“⁵⁰ Neben Defiziten im Aufarbeitungsprozess zum DDR-Unrecht wird gleichermaßen die ungenügende Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer kritisiert. Die Website ist in verschiedene Rubriken unterteilt: Die Rubrik „MfS“ informiert über Aufbau, Arbeitsweise und Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit. Unter „Akten“ erhält der Nutzer Informationen zur Auswertung der Stasiakten, zu Verhörtaktiken oder

50 www.stasiopfer.de/index.htm.

Brief- und Paketkontrolle. In der Rubrik „Infoarchiv“ werden Anfragen von Interessierten und Betroffenen veröffentlicht, Informationen zu Beratung und Hilfe (rehabilitierungsrechtliche Vorschriften, Antragsfristen, Entschädigungsleistungen) angeboten sowie relevante Adressen (wie etwa die von Bürgerkomitees und Archiven) bereitgestellt. Diese Rubrik beinhaltete auch die umstrittene Stasi-Mitarbeiterliste online, die mittlerweile aber nicht mehr von dieser Seite erreichbar ist.⁵¹ Der Hauptbereich „Hilfen“ bietet umfassende Informationen zur Rehabilitation von Opfern des SED-Unrechts, wie z. B. die entsprechenden Gesetzesgrundlagen, zuständige Behörden oder Hilfen zur Akteneinsicht. „Gesetze“ fasst alle relevanten Gesetze zu Rehabilitation und Entschädigung zusammen. Die Rubrik „Literatur“ stellt Infomaterial, Fachbücher, Studien und Autobiografien vor. Unter „Filme“ sind themenrelevante Dokumentar- und Spielfilme, Interviews sowie TV- und Hörbeiträge abrufbar. Die Rubrik „Bildarchiv“ umfasst Fotos u. a. von ehemaligen Hafteinrichtungen oder der Grenze zwischen Ost und West. „Links“ bietet einen Linkservice zu Institutionen, Verbänden und Initiativen. „OV Anarchist“ beinhaltet die Geschichte und das Schicksal eines in der DDR inhaftierten Oppositionellen. Unter „Extra“ sind Medienberichte, Veranstaltungshinweise oder Tipps und Informationen zu Initiativgruppen zusammengefasst.

- (2) Die Website ist ein sehr textdominiertes, reduziertes Angebot, das mediale Elemente sparsam integriert und auf die Wirkung der über Text angebotenen Informationen setzt. Ergänzt werden die Texte durch Fotografien oder Originaldokumente. Zum Einsatz kommen zum einen dokumentarische Fotos, die die geschilderten Zusammenhänge illustrieren und sich in die dargestellten historischen Fakten problemlos integrieren.⁵²

Man findet aber in diesem Angebot auch Bilder, die den Sehgewohnheiten widersprechen, die die massenmedial gefertigte Rekonstruktion

51 Vgl. www.stasiopfer.de/datenbank1.html. Die Datenbank konnte nach Eingabe eines Namens nach MfS Mitarbeitern, die zum Zeitpunkt 1989 hauptamtlich tätig waren, durchsucht werden.

52 Das sind z. B. Fotos der Stasi-Zentralkartei, von Aktenbergen oder ein Portraitfoto Erich Mielkes.

der DDR-Vergangenheit durchbrechen.⁵³ Gleichzeitig wird vielfach mit künstlerischen Fotografien und Zitaten gearbeitet.⁵⁴ Insgesamt ist der Grad an Synästhetisierung jedoch gering.

- (3) Als interaktive Elemente sind das Diskussionsforum und das Gästebuch zu nennen. Der Nutzer wird dazu aufgefordert, in einen Dialog zu treten und eigene Erfahrungen und Erlebnisse zu schildern. Im Gästebuch sind Kommentare von Opfern, aber auch anderen am Thema Interessierten zu finden, die von der Redaktion kommentiert werden.⁵⁵ „Wir freuen uns auf einen kritischen Dialog, neue Anregungen und Ihre Meinung zum Thema Aufarbeitung von MfS-Unrecht.“ Das Diskussionsforum wird moderiert und die Themen reichen von „Häftlingsentschädigung“ und „Haftarbeitslager“ über die „Bellevue-Gruppe“ bis hin zur „Späten Wertschätzung des 17. Juni“. Abzurufen sind dabei neben persönlichen Äußerungen auch ins Netz gestellte Zeitungsartikel, die dann kommentiert werden können.⁵⁶ Auf der Website ist insofern von einem hohen Grad an Interaktivität auszugehen.
- (4) Bei dem Großteil der Beiträge aus dem Gästebuch und dem Forum handelt es sich um Erinnerungswissen von Zeitzeugen oder deren Angehörigen und insofern um Bestandteile des kommunikativen Gedächtnisses, die als wieder abrufbare Bestände in den Modus des kulturellen Gedächtnisses überführbar sind. Zum Thema „Entschädigung“ etwa kann

53 So zeigt etwa ein Originaldokument die Einleitung zu einem in der MfS U-Haft gefertigten Testament (www.stasiopfer.de/bildarchiv.html), zu sehen sind Fotografien einer Isolationszelle des MfS oder einer schalldichten Dunkelzelle (www.stasiopfer.de/motiv.html), sowie von Schlagstock und Knebelkette des MfS (www.stasiopfer.de/technik.html).

54 Auf der Startseite sieht der Nutzer eine Art szenische Darstellung, in der ein Mann in der Mitte kniend von drei Männern mit Helmen und langen Stangen bedroht wird – Macht und Ohnmacht stehen sich gegenüber. Zitiert wird Erich Mielke: „Wir sind nicht gefeit, dass Schufte unter uns sind. Wenn ich das jetzt schon wüsste, dann würden die morgen nicht mehr leben – kurzen Prozeß!“ Vgl. www.stasiopfer.de/index.htm. Die Rubrik „Hilfe“ wird mit einer Fotografie „Alptraum durch MfS-Haft“ eingeleitet, auf der ein schreiendes, schmerzverzerrtes Gesicht zu sehen ist. Vgl. www.stasiopfer.de/hilfe.html.

55 Vgl. www.stasiopfer.de/gb/index.php. Die Kommentare sind teilweise Beurteilungen der Website, beziehen sich aber auch auf selbst erlebtes Unrecht oder dienen der Veröffentlichung zur Suche bestimmter Personen.

56 Vgl. www.stasiopfer.de/forum.html.

der Nutzer zum einen auf entsprechende Gesetzesgrundlagen, Hilfsorganisationen und Hintergrundinformationen zurückgreifen. Im Diskussionsforum findet man zum anderen auch Zeitzeugenberichte zu eben diesem Thema.⁵⁷

- (5) Als dominierender DDR-Diskurs auf dieser Website ist die Delegitimierung der DDR, fokussiert auf das MfS, auszumachen. Erzählt wird allein Herrschaftsgeschichte, die sich um Topoi wie „Repression“, „totalitäres System“ oder „Diktatur“ aufspannt. Diese ist insofern dem Modus des Funktionsgedächtnisses zuzuschreiben, während etwa die DDR-Alltagsgeschichte in diesem Angebot im nicht aktualisierten und dementsprechend nicht identitätsfundierenden Speichergedächtnis verbleibt. Erinnerungswissen als Opfergeschichte wird verbunden mit Fakten und Hintergrundinformationen zum MfS.
- (6) Der Gegenwartsbezug wird in diesem Angebot vor allem durch den Verweis auf aktuelle Gesetzesgrundlagen, etwa zur Entschädigung und Rehabilitierung, auf Hilfsorganisationen oder Veranstaltungshinweise realisiert. Obwohl das begangene Unrecht in der DDR thematisiert wird, geht es auch und vor allem um den Umgang damit in der Gegenwart.

Fazit

Im Internet gibt es nicht nur eine, sondern eine Vielzahl von DDR-Geschichten, die von der jeweiligen Perspektive des Betrachters abhängen. Der Großteil der Angebote von staatlich-institutioneller Seite, hier verdeutlicht am Beispiel der Website www.17juni53.de, nutzt die Potenziale des World Wide Web, vor allem das der Multimedialität, um historische Fakten lebendiger darzustellen. Diese Angebote sind häufig mit einem multimedialen Ge-

57 So beschreibt ein Betroffener seine Erfahrungen mit der Häftlingsentschädigung: „War von Mai 1983 bis September 1984 im Knast ein halbes Jahr im Staatsik. [...] in Halle verurteilt wegen §§ 100 und 213. Kämpfe schon seit ca. 18 Jahren um die Anerkennung meiner chronisch entzündlichen Darmerkrankung als sogenannter Haftschaden nach dem HHG. Habe zurzeit im sogen. Aufnahmeverfahren vor dem Sozialgericht verloren.“ Vgl. www.forumromanum.de/member/forum/forum.cgi?USER=user_62209&ACTION=view&ENTRY=1058711120&mainid=1058711120.

schichtsbuch vergleichbar, das neben Textdokumenten auch mit Filmaufnahmen, O-Tönen oder anderen Elementen geschichtliche Ereignisse in Vorgeschichte, Verlauf und Folgen rekonstruiert. Die Argumente, die in diesem Kontext überwiegen, sind analytischer Art und beleuchten historische und politische Zusammenhänge, um diese, wie in unserem Beispiel, mit Zeitzeugenberichten und Erinnerungswissen der unmittelbaren Erfahrung zu kontextualisieren.

Private Interessengruppen, Initiativen und Privatpersonen, die im Internet Angebote zur Verfügung stellen, sind nahezu ausschließlich Ostdeutsche, d. h. wir haben es bei den privaten Websites mit einer explizit ostdeutschen Perspektive auf die Geschehnisse zu tun. Der Großteil der Angebote existiert seit Ende der 1990er-Jahre. Dies entspricht, nach Mühlberg, der Phase, in der sich ein Großteil der Ostdeutschen bewusst geworden sei, dass die Ostvergangenheit noch über Jahrzehnte ein persönlicher Nachteil sein würde. Damit sei ein stärkerer Druck, sich der Vergangenheit zu stellen und sie entweder anzunehmen oder zu verdrängen, ausgelöst worden.⁵⁸ Der Umgang mit der ostdeutschen Vergangenheit im Internet stellt sich in den von mir untersuchten privaten Internetauftritten auf zweierlei Art und Weise dar:

Zum einen wird die DDR-Vergangenheit aus der Opferperspektive der politisch Verfolgten dargestellt (www.stasiopfer.de). Die Diskurshegemonie hierbei hat die „Opfergeschichte der Verfolgung und Repression“, in der das SED-Regime als organisierte Unterdrückung jeder politischen Abweichung auch moralisch verdammt wird.⁵⁹ Eine etwaige Verklärung der Vergangenheit, die beispielsweise durch die Integration von Alltagsgeschichte herbeigeführt werden könnte, wird dadurch von vornherein ausgeschlossen.

Die Website www.ddr-im-www.de *zum Zweiten* steht exemplarisch für eine Art „kompensierenden Laien-Diskurs“, der von den „unauffällig durch die DDR gekommenen sog. DurchschnittsbürgerInnen“⁶⁰ geführt wird.

58 Vgl. Dietrich Mühlberg, Vom langsamen Wandel der Erinnerung an die DDR, in: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow, Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt a. M./New York 2002, S. 217–251, 242 ff.

59 Vgl. hierzu den Beitrag von Konrad H. Jarausch in diesem Band.

60 Thomas Ahbe, Ostalgie und die Lücke in der gesellschaftlichen Produktion von Erinnerungen, in: hochschule ost. Leipziger Beiträge zu Hochschule und Wissenschaft, 1/01, S. 143–156, hier S. 154; s. auch Pasternack, Gelehrte DDR, S. 9.

Geprägt durch eine widersprüchliche Erinnerung an die ostdeutsche Vergangenheit, wird argumentativ der Alltag verteidigt und dabei hauptsächlich auf DDR-spezifische Symbole, Sprüche und Rituale rekurriert. Dies ist als ein „Akt der Wiederaneignung von kollektiven Erinnerungsbeständen“⁶¹ zu interpretieren. Dementsprechend bieten Internet und WWW einen Raum zur Aneignung spezifisch ostdeutscher Erinnerungsanlässe. Dabei macht sich Erinnerung häufig am Konkreten, wie etwa an materiellen Produkten, die auf den Websites gesammelt werden, fest, und eben nicht an abstrakten Kategorien.

Es scheint also, als böten, wie Mühlberg⁶² vermutet, die in diesem Sinne offerierten Interpretationen der Vergangenheit wie Diktatur, Stasi oder Täter und Opfer der individuellen Erinnerung nur sehr eingeschränkt Anknüpfungspunkte. Nicht ausschließlich offizielle Topoi sind, betrachtet man die Konstruktion eines Gedächtnisses an die DDR im Internet, dazu geeignet, zwischen individueller Erinnerung und der jetzigen Lebenssituation zu vermitteln. „Die DDR war auch, aber nicht nur Stasi, Mauer und politische Verfolgung. Es gab auch in ihr, genau wie heute, einen Alltag, geprägt durch ein eigenes Erscheinungsbild vieler Produkte, die Werbung, die Warenpräsentation und natürlich auch die Verquickung von Alltag und Politik“ (www.ddd-alltagskultur.de). Auf der Website werden vor allem interaktive Elemente genutzt, um die Besucher aktiv in das Angebot zu integrieren.

In weiterführenden Studien wäre die Analyse einer größeren Anzahl von Websites sinnvoll. Außerdem sollte auch die Nutzerseite einbezogen werden: Von wem werden in welcher Weise Angebote zur DDR-Geschichte im Netz rezipiert? Wo liegen aus der Perspektive der Nutzer die Vor- und Nachteile des Mediums verglichen mit anderen Speichermedien?

Die ausgemachten Perspektiven der Erinnerung an die ostdeutsche Vergangenheit machen die Vielschichtigkeit des sozialen Gedächtnisses im World Wide Web deutlich. Die auf den Websites abrufbaren Daten sind dabei als Erinnerungsanlässe, als Stabilisatoren der Erinnerung,⁶³ zu begreifen, die

61 Ahbe, *Ostalgie*, S. 154.

62 Vgl. Mühlberg, *Vom langsamen Wandel der Erinnerung an die DDR*, S. 249.

63 Auch Ahbe bezieht sich auf Aleida Assmanns Formulierung der „Stabilisatoren der Erinnerung“ und meint damit „Gegenstände und Zeichen, die nun, nachträglich, symbolische Qualität gewinnen und die Vergangenheit, die individuelle wie auch die vergangene Kultur, symbolisieren“. Vgl. ders., *Ostalgie*, S. 156.

der Rekonstruktion der ostdeutschen Vergangenheit vom Bezugspunkt der Gegenwart aus entgegenkommen. Gleichzeitig ist damit das Potenzial verbunden, typische Sehgewohnheiten und -muster im Umgang mit der DDR-Geschichte aufzubrechen, indem eben nicht nur typisierte, übersteigerte Bilder zu sehen sind,⁶⁴ sondern auch solche, die Irritationen auszulösen vermögen.

Wie einleitend herausgestellt wurde, lässt das Interesse an DDR-bezogenen Themen in Lehre und Forschung und gleichermaßen auch das gesellschaftliche Interesse an der DDR insgesamt nach. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der technischen Möglichkeiten und damit neuen Potenziale für das soziale Gedächtnis bietet das Internet als Vermittlungsinstanz wesentliche Qualitäten, um die lebendige Erinnerung an die DDR wach zu halten.

64 Vgl. Heinz-Dieter Kittsteiner, Die in sich gebrochene Heroisierung. Ein geschichtstheoretischer Versuch zum Menschenbild in der Kunst der DDR, in: Hans Medick/Utz Jeggle/Jan Peters (Hrsg.), in: *Historische Anthropologie. Kultur, Gesellschaft, Alltag*, 2/1994, 3, Köln/Weimar/Wien 1994, S. 442–461. Bezogen auf die Kunst der DDR formuliert er, dass das Gedächtnis die Neigung hat, eben jene Bilder besonders gut zu behalten, die an sich schon übersteigert und typisiert sind und insofern der inneren Prägnanzbildung plakativ entgegenkommen. Die so generierte Gedächtnisbrille dürfe aber die eigentliche Realität nicht gänzlich überlagern.

RAINER ECKERT

Museum und Zeitgeschichte nach dem Ende der zweiten deutschen Diktatur

Das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig

Museen und Ausstellungen zur Geschichte der DDR

Immer wieder ist im öffentlichen Diskurs der Bundesrepublik zu hören, dass die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der zweiten Diktatur auf deutschem Boden doch nun endlich beginnen möge. Diese Auffassung ist zwar allgemein konsensfähig, trotzdem aber falsch. Richtig ist dagegen, dass die Forschung zur DDR weit vorangekommen ist, dass die hier gewonnenen Erkenntnisse jedoch in verschiedene Öffentlichkeiten kommuniziert werden müssen. Das ist eine Aufgabe für ein weites Spektrum von Einrichtungen – von den Universitäten bis hin zu den Kirchen. Eine besondere Bedeutung kommt jedoch den Museen zu, deren wachsende Wirksamkeit über steigende Besucherzahlen oft nur wenig beachtet wird.

Grundsätzlich ist nach dem Ende von Diktaturen die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte zur Stabilisierung der ihnen folgenden Demokratien besonders groß.¹ Diese oft Aufarbeitung genannte

1 Vgl. Hermann Schäfer, Von der Diagnose über die Therapie zur Heilung. Die Musealisierung der DDR-Geschichte, in: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mühlert (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn u. a. 2003, S. 420–428.

Tätigkeit setzte bezogen auf die DDR schnell ein. Dazu gehört, dass die Musealisierung der DDR bereits während ihres Zusammenbruchs begann. So bewahrten Demonstranten der friedlichen Revolution Plakate für Ausstellungszwecke auf, etwa in Berlin am 4. November 1989. Diese zeigte das Berliner Museum für deutsche Geschichte in den Räumen der bereits abgeräumten bisherigen Ausstellung „sozialistisches Vaterland DDR“ nach der Präsentation durch das im Aufbau befindliche Bonner Haus der Geschichte unter dem Titel „TschüSSED“. Beide Ausstellungen erarbeitete die „Initiativgruppe 4. 11. 89“ mit Hilfe des Bonner Museums. Bereits am 31. August 1990 eröffnete in Leipzig in der „Runden Ecke“, der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltung, die Ausstellung „Stasi – Macht und Banalität“, die, überarbeitet, bis heute zu sehen ist. Die erste größere Ausstellung zur friedlichen Revolution in der DDR entstand bis zum Herbst 1994 unter Federführung der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Leipzig und wurde später auch in Berlin bzw. in Bremen gezeigt. Die für diese Ausstellung letztlich verantwortliche Projektgruppe Herbst '89 ging dann in den Aufbaustab des Zeitgeschichtlichen Forums über.

Ausstellungen über die Geheimpolizei der SED werden ab 1998 unter dem Titel „Staatssicherheit – Machtinstrument der SED-Diktatur“ im Informations- und Dokumentationszentrum der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR in Berlin, in regionalen Präsentationen wie etwa in Schwerin, in Potsdam („Methoden und Arbeitsweise der Staatssicherheit in Potsdam“), in Cottbus („Aussichten und Einsichten“), in Frankfurt/Oder („Die Arbeit am Feind ...“) und in einer Wanderausstellung „Staatssicherheit – Garant der SED-Diktatur“ der Behörde gezeigt. Mit dem Terror- und Haftsystem setzen sich verschiedene weitere Ausstellungen auseinander, zu denen die Ausstellung zur Staatssicherheit in der Normannenstraße im Haus 1, dem ehemaligen Dienstsitz des Ministers für Staatssicherheit, zu rechnen ist. Hier ist auch eine Ausstellung zur Geschichte von Opposition und Widerstand zu sehen, ein Thema, das auch die Gedenkstätte für die deutschen Freiheitsbewegungen in Rastatt aufgreift. Eine Wanderausstellung zu diesem Thema hat auch das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erarbeitet und im Jahr 2003 durch zehn deutsche Städte geschickt. Dazu kommen Ausstellungen in zahlreichen ehemaligen Haftanstalten und deren

Nutzung als Gedenkstätten wie in Berlin-Hohenschönhausen, in Bautzen, in Halle (Roter Ochse), Potsdam (Lindenstraße), Magdeburg (Moritzplatz), Dresden (Münchner Platz), Schwerin Demmler Platz (Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer deutscher Diktaturen mit einem Standort in Rostock) oder Torgau. An verschiedenen Orten war auch eine Wanderausstellung des Bundesministeriums für Justiz zur DDR-Justiz zu sehen. An die Internierungslager der sowjetischen Macht wird in kleineren Gedenkstätten (Internierungslager Jamlitz, Ketschendorf, Mühlberg) und in den beiden ehemaligen NS-Konzentrationslagern in Buchenwald und Sachsenhausen erinnert. Die Gesamtgeschichte der DDR als Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte nimmt die Dauerausstellung des Hauses der Geschichte in Bonn ins Visier, während das Deutsche Historische Museum nach seiner Wiedereröffnung Anfang 2005 in seiner Dauerausstellung zur deutschen Nationalgeschichte die DDR nur knapp thematisieren wird. Im Zeitgeschichtlichen Forum ist weiterhin die Geschichte der DDR als Diktatur, sind politische Repression, Opposition und Widerstand die Hauptthemen der Dauerausstellung.

Ebenfalls mit der Repressionsgeschichte setzen sich mehr als dreißig Grenzmuseen und Gedenkstätten – besonders wichtig sind hier die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, das deutsch-deutsche Museum Mödla-reuth und die Arbeitsgemeinschaft 13. August mit ihrem „Haus am Checkpoint Charlie“ – auseinander. Dazu kommen die Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße und die Gedenk- und Kommunikationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ in Frankfurt/Oder.² Problematisch sind dagegen die bisherigen Versuche, Alltag und Sozialgeschichte der kommunistischen Diktatur zu zeigen. Am wichtigsten sind hier das Zentrum für Alltagsgeschichte in Eisenhüttenstadt (Sammlung zur Kultur-, Sozial- und Alltagsgeschichte) mit Ausstellungen wie „Tempolinsen und P 2“ sowie „Fortschritt, Norm und Eigensinn“ und die Sammlung industrielle Gestaltung in Berlin, dazu kommt das Haus der Geschichte in Wittenberg. Die jetzt von der Stadt Pforzheim und vom Land Baden-Württemberg finanzierte Sammlung Knabe präsentiert Ausschnitte aus der Geschichte des Alltags, aber auch der Re-

2 Die beste Übersicht hierzu bietet Ulrich Mählert (Hrsg.), *Vademekum DDR Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten*, 3. überarb. und erw. Aufl., Berlin 2002, S. 195–221.

pression und Propaganda. Dazu kommen Museen zu speziellen Sachverhalten wie das Alliierten-Museum, die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde und das Deutsch-Russische Museum – alle in Berlin. Da insgesamt verschiedene Häuser Teilaspekte der DDR zeigen, wie das Industriemuseum Chemnitz, das Museum Kindheit und Jugend in Berlin, das Schulmuseum und das Sportmuseum in Leipzig oder das Agrarmuseum in Wandlitz, ist die Geschichte der DDR insgesamt museal gut aufgearbeitet.

Dazu hat auch eine Vielzahl von temporären sowie Wanderausstellungen beigetragen, die zum Teil auf enormes Publikumsinteresse stießen. So hatten die Bundesstiftungen Deutsches Historisches Museum Berlin und Haus der Geschichte Bonn sowie dessen Zeitgeschichtliches Forum Leipzig vielfach kunst-, alltags- oder wirtschafts- und sozialgeschichtliche Themen inszeniert, dabei häufig thematisches Neuland betreten und damit nicht selten den diesbezüglichen Forschungsstand angeregt. Aber auch Einrichtungen wie die Museen für Post- und Telekommunikation, das Berliner S-Bahnmuseum, Stadtmuseen oder Initiativen, die aus der DDR-Bürgerbewegung hervorgegangen sind, leisteten wichtige Beiträge zur „Musealisierung der DDR-Geschichte“.

Anhaltende Probleme bestehen in der inzwischen etablierten Museumslandschaft im unterschiedlichen Grad der musealen Gestaltung, in der Qualifikation der wissenschaftlichen Arbeit und in der Finanzierung. Zwar besteht mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erstmals – trotz der gegenwärtigen Haushaltskürzungen – eine realistische Chance der materiellen Absicherung des Prozesses der gesellschaftlichen Aufarbeitung „von unten“ durch antistalinistische Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen der Bürgerbewegung. Doch resultieren Schwierigkeiten aus dem Umstand, dass es keine institutionelle Förderung, sondern nur Projektförderung gibt. Und auch über den Wert der jeweils vorgelegten Ergebnisse wird noch Klarheit hergestellt werden müssen.

Nicht gelungen dagegen ist es bisher, eine zentrale Gedenkstätte am historischen Ort, eine „Anatomie der SED-Diktatur“ zu schaffen.³ Als Ort

3 Vgl. Klaus-Dietmar Henke, Anatomie des SED-Staates: Mielke und Co. Die Stasi-Erinnerung braucht einen Ort, in: Frankfurter Rundschau, 19. März 2002; vgl. ders., Formen der Erinnerung – Archive, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit, VI, Baden-Baden 1999, S. 180–185.

bietet sich hier konkurrenzlos Berlin an, wo an Widerstand und Repression im Verbund zwischen dem Amtssitz des Ministers für Staatssicherheit im Haus 1 dieses Komplexes, der Zentralen MfS-Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen und der Mauergedenkstätte in der Bernauer Straße erinnert werden könnte. Allerdings machen die Bemühungen um die Etablierung einer solchen Stätte nur mühsam Fortschritte. Zu den sich auftürmenden Schwierigkeiten gehören ungeklärte Finanzierungsfragen, Personalquerelen und die offene Entscheidung über die museale Gestaltung sowie über die jeweilige Trägerschaft.

Was können historische Ausstellungen leisten?

Dies führt zu der grundsätzlichen Frage, was historische Ausstellungen leisten können. Bei ihrer Beantwortung muss bewusst bleiben, dass es sich dabei um komplexe Vorhaben handelt, die auf mehrdimensionale Annäherung und Multiperspektivität zielen.⁴ Gleichzeitig ist es jedoch auch so, dass Ausstellungen nicht die gesamte Vielfalt spiegeln können, die selbst einer diktatorischen Gesellschaft eigen ist. Vielmehr geht es immer auch um die Symbolisierung von Geschichte. Davon ausgehend meint Peter Steinbach, dass Identitätsstiftung durch Ausstellungen schwierig sei. Dem vermag ich so nicht zu folgen und meine stattdessen, dass es in erster Linie auf das Thema und in zweiter auf die Art der Präsentation ankommt. Im ersten Punkt würde Steinbach mir wohl zustimmen und gleichzeitig das vorrangig identitätsstiftende Thema nennen: den deutschen Widerstand gegen Hitler. Ich stimme ihm hier ausdrücklich zu, erweitere das Thema jedoch – und nicht im Dissens mit Steinbach – auf den Widerstand gegen beide Diktaturen. Das sollte der eigentliche Schwerpunkt zeithistorischer Ausstellungen in der heutigen deutschen Demokratie sein. Wird dies akzeptiert, so sind die von Steinbach erhobenen Forderungen nach der Darstellung der gesamten Breite des Widerstandsspektrums ohne Klientel- oder Milieugrenzen, also ein integrales Widerstandsverständnis und die Feststellung, dass jede

4 Vgl. Peter Steinbach, Vermächtnis oder Verfälschung? Erfahrung mit Ausstellungen zum deutschen Widerstand, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Der 20. Juli: Das andere Deutschland in der Vergangenheitspolitik nach 1945, Berlin 1998, S. 212.

Erörterung der Widerstandsproblematik auch eine Frage an das Verhalten der Zeitgenossen ist,⁵ nahe liegend und bei der Ausstellungsgestaltung zu beachten.

Problematisch würde es jedoch, wenn die Präsentation widerständigen Verhaltens in einer Ausstellung als moralische Anerkennung und Würdigung verstanden wird. Steinbach wies dies zurück – eine Position, die so nicht zu halten sein wird. So meinte er, dass in einer pluralistisch verfassten Gesellschaft durch Ausstellungen keine Ehrungen oder Weihen zuteil werden.⁶ Sondern es würde lediglich ein historischer Zusammenhang deutlich werden, der seine Bedeutung aus seiner Tatsächlichkeit, nicht aus dem Sinnstreben der Nachgeborenen erhalte. Die Praxis ist jedoch eine andere: Der Besucher „spielt nicht mit“ und betrachtet Auswahl und Präsentation eben doch als Anerkennung – zumindest durch die Ausstellungsmacher. Wenn es sich um „offizielle“ Ausstellungen handelt, also auch um öffentlich finanzierte, liegt die Vermutung offiziöser Weihe auch nahe. Trotzdem dürfen wir nicht in die „Würdigungsfalle“ tappen, sollten jedoch stets bedenken, dass der Widerstand in der DDR auch stets ein Befreiungskampf⁷ war und als solcher heute dargestellt werden muss.

Unabhängig von solchen Sichten hat eine zeitgeschichtliche Ausstellung immer auch eine politische Seite. Dies ist allein schon deshalb unvermeidbar, weil durch sie die Lebensgeschichte von Zeitgenossen berührt wird. Die Macher solcher Ausstellungen sollten sich daher ganz bewusst der hier bestehenden Herausforderung stellen. Es geht um Wahrhaftigkeit, aber es geht genauso um Diktaturkritik zur Vorbereitung oder Stabilisierung einer demokratischen Ordnung. Diese dient – wie wiederum Peter Steinbach für die museale Darstellung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus immer wieder ausführte – der Integration der Menschen, die unter diktatorischen Bedingungen aufgewachsen sind bzw. unter ihnen lebten, in die nachdiktatorische Lebenswelt. Kurz gefasst spielt eine Distanzierung von

5 Vgl. ebenda, S. 216, 218.

6 Vgl. ebenda, S. 230.

7 Vgl. Hermann Weber, Opposition und Widerstand in der deutschen Tradition und als Beitrag zum Selbstverständnis der neuen Berliner Republik, in: Freiheits- und Widerstandsbewegungen in der deutschen Geschichte: XI. Bautzener Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung Leipzig 1999, S. 104 f.

der „alten Zeit“⁸ und die Abwehr von Gefährdungen der Demokratie durch historisches Vorwissen die entscheidende Rolle.⁹ Sowohl politische als auch moralisch-ethische Lehren für das künftige Verhältnis von Bürger und Staat sind zu ziehen.¹⁰ So zielen zeithistorische Ausstellungen nicht unwesentlich auf die Legitimation politischer Ordnung, man sollte sich auch dazu bekennen. Und auch die öffentliche Auseinandersetzung und Darstellung von Zeitgeschichte ist im hohen Maß legitim und darüber hinaus eine Notwendigkeit für eine wehrhafte Demokratie. Allerdings muss die historische Sinngebung in der Demokratie pluralistisch erfolgen. Eine Vielzahl öffentlich finanzierter oder unterstützter Projekte sollte sich so gegenseitig Konkurrenz machen, die Förderung durch Bund und Länder muss unterschiedliche Ansätze gleichberechtigt berücksichtigen. Und grundsätzlich haben mit Bundesmitteln unterstützte oder geförderte Projekte bei Wertungen politische Zurückhaltung zu üben.

Ein direkter Zugriff der Politik auf die Inhalte ist ebenso strikt zu vermeiden. Schließlich sind politische Führungsschichten stets bemüht, das allgemeine Geschichtsbild und das Geschichtsverständnis ihrer Zeitgenossen zu beeinflussen.¹¹ Das hier angesprochene Grundproblem besteht darin, zu klären, ob eine historische Ausstellung ein pluralistisches Geschichtsbild reflektiert oder ob sie zum Mittel der Durchsetzung bestimmter geschichtspolitischer Positionen von gesellschaftlichen Gruppen, Parteien oder politischen Führungsgruppen wird.¹² Um dies, wenn nicht zu vermeiden, so doch

8 Vgl. Peter Steinbach, *Im Schatten des Dritten Reiches: Die beiden deutschen Staaten als postnationalsozialistische Systeme im Zugriff historisch-politikwissenschaftlicher Forschung und Deutung*, in: Christoph Kleßmann/Hans Misselwitz/Günter Wichert (Hrsg.), *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung: Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte*, Berlin 1999, S. 38.

9 Hier taucht allerdings die Frage auf, ob und inwieweit aus der Vergangenheit überhaupt gelernt wird. Vgl. Günther Heydemann, *NS- und SED-Staat – Zwei deutsche Diktaturen?*, in: Ingrid Gamer-Wallot/Elke Blumenthal/Gottwalt Klinger (Hrsg.), *Nähe und Ferne: Erlebte Geschichte im geteilten und vereinten Deutschland*, Tübingen 1997, S. 57.

10 Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Aufarbeitung der Geschichte und Bestand der Demokratie*, in: *Deutschland Archiv* 27 (1994) 9, S. 1006.

11 Vgl. Steinbach, *Schatten*, S. 42.

12 Vgl. Steinbach, *Vermächtnis*, S. 222.

abzumildern, muss bewusst bleiben, dass es in der Demokratie kein einheitliches Geschichtsbild geben kann. Und es ist zu beachten, dass zur Identitätsbildung immer auch gesellschaftskritische Aspekte gehören,¹³ wie sie die Dauerausstellung des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig in ihrem Ausgangsbereich aufgreift. Und ebenso ist zu bedenken, dass die Bundesrepublik kein homogenes Subjekt ist, es also auch kein konsistentes Geschichtsbild geben kann. Allerdings gibt es dominierende Deutungsachsen und Interpretationsmuster, die ihrerseits mit politisch-pädagogischen Aufgaben verbunden sind.

Das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig

Bei dem Versuch, die politische Geschichte der zweiten deutschen Diktatur zu musealisieren, nimmt das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig eine Sonderstellung ein. Diese ergibt sich aus dem Verbund mit dem Bonner Haus der Geschichte, aus der zentralen Lage in Leipzig, der Finanzierung aus Bundesmitteln und der hohen Anzahl qualifizierter Mitarbeiter. Auch im Zeitgeschichtlichen Forum geht es um das Ringen um die Hegemonie von Diskursen und Deutungsmustern.¹⁴ Die parteipolitische Pluralität wird dagegen – wie in der gesamten Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – durch Gremien gewährleistet. Diese bestehen aus Vertretern des Bundestages, des Bundesrates und der Bundesregierung im Kuratorium, aus namhaften Historikern, Politikwissenschaftlern und Museumsleuten im wissenschaftlichen Beirat und aus den Mitgliedern des Arbeitskreises gesellschaftlicher Gruppen,¹⁵ die wissenschaftliche, methodische und politische Vielfalt repräsentieren.

13 Vgl. Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1999*, Darmstadt 1999, S. 20.

14 Vgl. ebenda, S. 26 ff.

15 Vgl. *Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Tätigkeitsbericht 1997–1998*, Bonn 1999, S. 112 ff. Zum Arbeitskreis gehören: Evangelische Kirche, Katholische Kirche, Zentralrat der Juden in Deutschland, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Deutscher Gewerkschaftsbund, Bund der Vertriebenen, Deutscher Frauenrat, Deutscher Kulturrat, Deutscher Sportbund, Deutscher Bundesjugendring, Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände.

Beim Aufbau der Leipziger Dauerausstellung war es methodisch unumgänglich, sich über Grundbegriffe von Widerstand und Opposition klar zu werden. So betrachten wir in einer ganz allgemeinen Begriffsbestimmung widerständiges Verhalten als solches, das von der politisch-ideologischen Norm der SED abwich.¹⁶ Bei genauerem Hinsehen lässt es sich folgendermaßen in drei Bereiche unterteilen:

- Widerstand als grundsätzlicher illegaler Kampf gegen die Herrschaft der Kommunisten mit dem Ziel ihrer Beseitigung (mit einem Schwerpunkt vor dem Bau der Berliner Mauer),
- Opposition bzw. Dissidenz als relativ offene, zumindest zeitweilig und teilweise legale Ablehnung des Realsozialismus auf bestimmten Gebieten und/oder die Absicht zu seiner Reform (mit dem Schwerpunkt nach dem Mauerbau) und
- Resistenz oder Verweigerung als nicht der Norm entsprechendes Verhalten im Alltag, als passiver Widerstand, Selbstbehauptung einzelner Personen und die Abweichung von der offiziellen Ideologie.

Repression lässt sich ebenfalls in verschiedene Kategorien unterteilen.¹⁷ Neben der alltäglichen politischen Unterdrückung und Gleichschaltung etwa in der Schule, in Universitäten und Massenorganisationen ist in der DDR zwischen justizieller Repression und der des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zu unterscheiden. Dabei ist jedoch grundsätzlich zu beachten, dass sich alle Repressionsformen ständig gegenseitig ergänzten und die Träger von Repression eng zusammenarbeiteten. Während die Nachkriegszeit und die fünfziger Jahre in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR stärker der offene Terror durch Geheimpolizei und Justiz kennzeichnete, so waren in den siebziger und achtziger Jahren die „flächendeckende Überwachung“ und die „Zersetzung“ politischer Gegner kennzeichnend.¹⁸

16 Zur Definition Rainer Eckert, Widerstand und Opposition in der DDR: Siebzehn Thesen, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 44 (1996), S. 52 f.; vgl. ders., *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, 2., durchges. u. erw. Aufl., Bonn 1998, S. 25–33 (mit den Begriffen: Opposition, Widerstand, politischer Widerspruch).

17 Vgl. ders., *Opposition und Repression in der DDR vom Mauerbau bis zur Biermann-Ausbürgerung (1961–1976)*, in: *Archiv Sozialgeschichte* 39 (1999), S. 355–390.

18 Vgl. Horst Möller, *Sind nationalsozialistische und kommunistische Diktaturen vergleichbar?*, in: *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien* 2 (1994), S. 18.

Vor diesem Hintergrund zeigt die Dauerausstellung des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig auf einer Fläche von 1800 m² rund 2500 Exponate – dreidimensionale Objekte, Dokumente, Fotografien und Medien. Diese haben wir besucherfreundlich in Szene gesetzt und dabei besonderen Wert auf biografische Bezüge und den Einsatz audiovisueller Medien gelegt. Wir konzentrieren uns, anders als das Bonner Haus der Geschichte mit seinem Schwerpunkt auf der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik,¹⁹ auf Opposition und Widerstand in enger Beziehung zur Repression, zum Alltag, zu den deutsch-deutschen Beziehungen und deren internationalem Kontext. Dabei gehen wir davon aus, dass Opposition und Widerstand als politische Verhaltensweisen in allen Phasen der SED-Diktatur anwesend waren, allerdings unterlagen Motivationen, Erscheinungsformen, Ausmaß und Intensität erheblichen Wandlungen. So muss die museale Praxis dem Umstand Rechnung tragen, dass widerständiges Verhalten nur im jeweiligen Zeitkontext zur politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung der DDR zu begreifen ist.²⁰

Als Ganzes orientiert sich die Ausstellung an thematischen Schwerpunkten, die zu einem chronologischen Rundgang durch die Geschichte strukturiert werden. Zu den dargestellten Ereignissen zählen der Aufstand am 17. Juni 1953, der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961, die Besetzung der Tschechoslowakei durch Warschauer-Pakt-Truppen 1968 und die Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976. Weitere Schwerpunkte sind die Folgen des Kalten Krieges, die friedliche Revolution und der Fall der Mauer 1989. Die Ausstellung beschließt ein Blick auf Schwierigkeiten und Erfolge des Vereinigungsprozesses der letzten zehn Jahre.

Neben der Fläche für die Dauerausstellung stehen uns im Zeitgeschichtlichen Forum weitere 450 m² für Wechselausstellungen zur Verfügung. Diese wechselnden Ausstellungen bieten sowohl Raum zur Vertiefung einzelner Themen der Dauerausstellung als auch zur Auseinandersetzung mit anderen

19 Zur Kritik, dass in Bonn die Geschichte der DDR nicht ausreichend berücksichtigt würde, vgl. Hans-Georg Golz, *Wie es wirklich gewesen ist: Die doppelte Vergangenheit im „Haus der Geschichte“*, in: *Deutschland Archiv* 27 (1994), S. 682 ff.

20 Vgl. Bericht der Enquete-Kommission, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“* im Deutschen Bundestag, I, Baden-Baden 1995, S. 561; Eckert, *Opposition und Repression*.

Stoffen. Eine inhaltliche, zeitliche und territoriale Ausdehnung dieser Themenfelder ist geplant und auch schon realisiert. Bereits jetzt kann sich der Besucher in einem modernen Informationszentrum mit Bibliothek und Mediathek individuell und weiterführend mit historischen Inhalten befassen. Seminarräume und ein Vortragssaal geben Möglichkeiten für museumspädagogische Aktivitäten sowie für wissenschaftliche und kulturelle Veranstaltungen. Bewährt hat sich die Zusammenarbeit mit ständigen Partnern wie dem Mitteldeutschen Rundfunk, dem Deutschlandfunk und Leipziger Kultureinrichtungen.

Ein knappes Resümee: Musealisierung und Zeitgeschichte

Die Strukturen der Musealisierung von DDR-Geschichte sind abgeschlossen, es wird allenfalls noch wenige Neugründungen geben. Wahrscheinlicher sind dagegen Zusammenschlüsse und die Etablierung neuer Unterstellungen, aber auch Schließungen von Museen werden in Zukunft nicht zu verhindern sein. Allen zeitgeschichtlichen Museen sollte das Ziel der Förderung bürgerschaftlichen Engagements gemeinsam sein. Aber auch die Diskussion inhaltlicher Konzepte, über Finanzierung und Professionalisierung sollte die verschiedenen Häuser vereinen. Nicht weniger gilt dies für museumsdidaktische Konzeptionen, für Textkonzeptionen und technische Probleme. Ohne zeithistorische Museen zur Geschichte der deutschen Diktaturen wird eine kollektive Erinnerung der deutschen Nation als Bestandteil eines gesamteuropäischen Bewusstseins nicht möglich sein. Zwar bedeutet in Deutschland die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in erster Linie Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus, doch veränderte sich dies in den Jahren nach der Wiedervereinigung zumindest kurzfristig zu Gunsten der Kontroverse um die zweite Diktatur auf deutschem Boden. In Zukunft wird es wohl verstärkt darauf ankommen, auch im musealen Bereich beide Diktaturen in vergleichender Perspektive darzustellen. Dies ist zur Festigung des nationalen antitotalitären Grundkonsenses der Bundesrepublik heute genauso wichtig, wie es in Zukunft bleiben wird.

Die DDR ist im Geiste immer dabei

Ansätze und Konzepte politischer Bildung in Brandenburg

I.

Das Ende der DDR hat viele von diesem Phänomen Betroffene entweder in eine politische oder in eine Lebenskrise geführt. (Krise ist hier gemeint als ein subjektiver Zustand nach einem plötzlich eingetretenen, lebensverändernden Ereignis, das die Bewältigungsmöglichkeiten der Betroffenen übersteigt.) Um Lebenskrisen wie politische Krisen als individuelle Chance der Selbstentwicklung verstehen zu lernen, ist Bildung vonnöten. Dies ist hier aber nicht im traditionellen Sinne als Formung Dritter gemeint, sondern im Sinne der aufklärerischen Tradition als Selbstaufklärung. Die Angebote der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung sollen unsere Adressaten konditionieren, diese Krise(n) zu überwinden. Das hat Konsequenzen für die didaktische Gestaltung der politischen Bildung. Hier kann nur der dialogorientierte Ansatz gewählt werden. Unsere Erfahrung ist, dass unsere Angebote genutzt werden, um zu hören, zu erfahren und sich vor allen Dingen auszutauschen. Orte des intensiven Gesprächs, des diskursiven Austauschs sind gefragt.

Diese Aufgabe erfüllen wir mit einem integralen Konzept. Es versucht, durch das Angebot von Veranstaltungen, Ausstellungen und Publikationen politische Bildung über verschiedene Sinne zu transportieren, zu informieren, Entscheidungsvorgänge in der Politik verständlich zu machen, Hintergründe zu beleuchten und das kritische Bewusstsein der Bürger/innen zu schärfen. Wir wollen Lust am Denken, Nachdenken und Einmischen wecken.

Politische Bildung in Brandenburg richtet sich an alle, die neugierig sind, ohne Einschränkung bei Alter, Ausbildung oder Beruf. Alle, die in Brandenburg leben, arbeiten und studieren, aber auch Gäste aus Berlin und dem nahen Polen sind uns willkommen. Durch ca. 60 bis 80 freie Träger wird im gesamten Land Brandenburg – ob in der Prignitz, der Uckermark oder der Niederlausitz – ein vielfältiges Programmangebot politischer Bildung bereitgestellt. Es kann von der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung durch Förderung unterstützt werden.

II.

DDR-Geschichte, ein wichtiges Anliegen politischer Bildung, ist in allen Gegenwartsfragen präsent. Vor diesem Hintergrund erscheint die DDR als

- Phänomen der Zeitgeschichte,
- Phänomen, das unser Denken und Verhalten prägt,
- Phänomen, das die Beurteilungsmatrix bei der Transformation Ostdeutschlands in die Bundesrepublik Deutschland darstellt.

Dieser Komplexität muss sich die politische Bildung stellen, das heißt, die DDR ist unsichtbar, aber im Geiste bei jeder Debatte anwesend. Was heißt dies im Einzelnen?

(1) Die DDR als Phänomen der Zeitgeschichte:

Das Dilemma, dass viele Adressaten der politischen Bildung *über* die DDR zugleich deren Zeitzeugen sind, ist eine nicht wegzudenkende Komponente unserer Arbeit. Ihre Zeitzeugenschaft wiederum ist höchst unterschiedlich, je nachdem, ob und wie lange sie in der DDR gelebt haben, welcher sozialen Schicht sie angehörten, ob sie Opfer staatlicher Verfolgung wurden, zu den Funktionseleiten gehörten bzw. selbst Teil des Repressionsapparates oder „einfach“ Bürger waren. Zusätzlich fehlt uns allen die notwendige Distanz.

Die DDR kann in der politischen Bildung höchst vielschichtig beleuchtet werden. Man kann sowohl die Seite des Herrschaftssystems als auch die Seite der Lebenswelten, der Wissenschaft, der Kunst und Kultur beleuchten. Gerade in der politischen Bildung wurde die Rezeption der DDR in den letzten Jahren auf das Herrschaftssystem, und hier insbesondere auf

das Funktionieren des DDR-Staatssicherheitssystems, gelenkt. Das barg aber immer auch die Gefahr vorschneller, rascher Etikettierungen, wie uns 1999 die Debatte um die DDR-Auftragskunst in Weimar vor Augen führte.

In der politischen Bildung sollten wir bewusst auf Komplexität der vergangenen Wirklichkeit beharren, Meinungsvielfalt anbieten. Das heißt nicht, dass Erkenntnisse nicht beurteilt und gewertet werden dürfen. Kritische Historisierung bleibt eine ebenso notwendige wie schwierige Aufgabe, insbesondere bei der Beschäftigung mit Diktaturgeschichte. Aber, wie prinzipiell in der politischen Bildung, darf auch bei der Beurteilung der DDR kein monolithisches Bild gezeichnet werden, das die alte Agitation und Propaganda nur ablöst: „Die Spannung zwischen den objektivierenden Methoden sowie dem Verstehens- und Aufklärungsimpuls der Fachwissenschaft und dem Wunsch nach klarem Verdammungsurteil auf Seiten der Opfer ist letztlich nicht aufhebbar. Sie ist ein Spezifikum der Zeitgeschichte.“¹

Nach meiner Beobachtung hat die Reduzierung der Betrachtung der DDR im Wesentlichen auf ihr Herrschaftssystem dazu geführt, dass man sich der lebensweltlichen Seite der DDR in der Öffentlichkeit als Satire oder gar als Farce zuwendet. Beispielhaft sei hier auf die Filme „Motzki“ (Wolfgang Menge, 1993), „Helden wie wir“ (Thomas Brussig, 1995), „Sonnenallee“ (Thomas Brussig/Leander Hausmann, 1999) oder „Good bye Lenin“ (Wolfgang Becker, 2003) verwiesen. Am 25. Februar 2003 berichtete „Die Welt“: „Good bye Lenin‘ schlägt alle Rekorde. Allein am vergangenen Wochenende gingen 500 000 Zuschauer ins Kino. Daniel Brühl, der Hauptdarsteller, ist begeistert: ‚Ich glaube wir haben einen richtigen Kult in Gang gesetzt.‘“

Aus den genannten Gründen teile ich auch nicht die Ansicht der Bundeszentrale für politische Bildung und auch nicht die des Brandenburgischen Bildungsministeriums, diesen Film als für die politische Bildung besonders geeignet einzustufen. Die Ausstellung der Bundeszentrale für politische Bildung und des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig „Klopffzeichen Mauersprünge/Wahnzimmer – Kunst und Kultur der 80er Jahre in Deutschland“ und auch die Ausstellung der Brandenburgischen Landeszentrale

1 Christoph Kleßmann, Zeitgeschichte als wissenschaftliche Aufklärung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament (Apuz) 51–52 (2002), S. 3 ff.

„Vom Kampfplatz für den Frieden zur friedlichen Revolution“ versuchen hier andere Wege zu gehen. Auf intellektuell anspruchsvolle Weise mit dem doppelten Blick auf deutsche Geschichte, sowohl was die Akteure als auch was die Objekte betrifft, versucht man sich hier dem Phänomen der Lebenswelt zu nähern.

(2) Die DDR als Phänomen, das Denken und Handeln prägt:

Die DDR in ihrer ganzen Komplexität ist Teil der ostdeutschen Identität. Nur durch die Verarbeitung der kompletten jüngsten Geschichte (SED-Herrschaft, die 89er-Revolution, die Erfahrungen mit der deutschen Vereinigung und ihren Folgen), die auf unterschiedliche Erfahrungshorizonte trifft (abhängig von den jeweiligen oben skizzierten Adressaten), kann sich das herausbilden, was eine demokratische Streitkultur genannt wird.

Wie oben kurz skizziert, haben wir in Brandenburg die Erfahrung gemacht, dass Orte und Formen der Politikvermittlung vor allem das Forum, das Gespräch und die Diskussion sind. Belehrungen sind nicht mehr gefragt. Authentische politische Begegnung und Auseinandersetzung, dialogische Veranstaltungen sind, wenn das Thema die Interessen trifft, attraktiv.

Aber auch hier brauchen wir noch einige Zeit, um zu verdeutlichen, dass es *die* Wahrheit nicht gibt, dass pluralistische Denkansätze nicht nur erlaubt, sondern geradezu erwünscht sind. Hier wird der Generationen übergreifende Ansatz der Landeszentrale fruchtbar. Die vielen sehr offenen Diskussionen, die gemeinsame Suche nach Antworten und eben auch oft die Erkenntnis, dass man für dieses oder jenes Problem noch keine Antwort hat, schaffen eine Atmosphäre des Dialogs auf gleicher Augenhöhe, des Aufeinandertreffens unterschiedlicher Horizonte, die sich ergänzen und gegenseitig anregen können.

Ich teile nicht die Position Joachim Gaucks, der sich über zwei Geschwindigkeiten bei der Aufarbeitung der Geschichte der DDR beklagt (positiv die Geschwindigkeit der Publizistik, von der negativ große Bevölkerungsteile abgelöst sind); er kritisiert, dass im Schlechten das Gute erinnert wird.² Ich

2 Vgl. Andreas Fraude, Das geteilte und vereinte Deutschland auf der Forschungsagenda – Internationale DDR-Forschertagung in Otzenhausen, Tagungsbericht, in: Deutschland Archiv 36 (2003), S. 118 ff.

plädiere hier für mehr Zurückhaltung bei der Beurteilung und im christlichen Sinne für mehr Demut, weil wir alle, egal in welcher Rolle und mit welchem Auftrag, Suchende, Lernende sind. Ich weiß aus unserer Arbeit, dass viel nachgedacht wird, dass die Vergangenheit in uns allen rumort. Wir treffen aber auch auf Schuld und Scham und damit auf „die Unfähigkeit zu trauern“, die wir nur langsam und sehr mühselig aufbrechen können.

(3) Die DDR als Transformationsmatrix:

Zahlreiche Untersuchungen belegen, dass die Menschen in den neuen Bundesländern in der Bundesrepublik angekommen sind. Sie nehmen am Transformationsprozess teil, wenden aber spezifische ostdeutsche Deutungsmuster auf ihn und damit auf sich selbst an. Ihre soziale Identität definieren sie „ostdeutsch“, ihre politischen Orientierungen sind durch Distanz, Ambivalenz, ja sogar durch entschiedene Ablehnung des westdeutsch interpretierten Handlungsrahmens geprägt.

Solche Forschungsergebnisse sind nicht überraschend. Mentaler und sozioökonomischer Wandel vollziehen sich nicht im Gleichschritt. Die zutiefst unbefriedigende ökonomische Situation in den neuen Bundesländern – Wissenschaftler sprechen schon von „gespielter Marktwirtschaft“³ – und ihre Abhängigkeit von westlichen Finanztransfers hat verschiedene Auswirkungen. In unserem Kontext muss man vor allem feststellen, dass diese Situation keine Dankbarkeit gegenüber den Westdeutschen erzeugt und auch Distanz und Nostalgie verstetigt.

Die Paradoxie der „Ostalgie“ scheint darin zu liegen, dass ungeachtet der Einsicht in das wirtschaftlich marode DDR-System und ungeachtet der Weigerung, dahin je wieder zurück zu wollen, die DDR dennoch als *eigene* selbst geschaffene *Heimat* begriffen wird.⁴ „Lautet also das Hauptstichwort nicht Bildung, sondern Arbeit?“, fragt Klaus Peter Wallraven. „Denn ausschließlich der Abbau der enormen Massenarbeitslosigkeit, die ganze Re-

3 Vgl. Wolfgang Kil, Luxus der Leere – Im Schrumpfen ostdeutscher Städte zeichnet sich das Schicksal globaler Peripherien ab, in: Süddeutsche Zeitung, 22./23. Februar 2003; Ulf Meyer, Schrumpfende Städte – Wird der deutsche Osten zum Nationalpark?, in: Der Tagesspiegel, 15. Februar 2003.

4 Vgl. Thomas Lindenberger, Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur, in: APuZ 40 (2000), S. 5 ff.

gionen strukturell und mental prägt, würde die Einstellung erzeugen, am Aufbau einer eigenen Gesellschaft mitzuwirken.“⁵

Egal, wie man die Frage beantwortet, gilt auf jeden Fall für die politische Bildung, dass wir noch einen langen Prozess des politischen Lernens als Selbstkonditionierung vor uns haben, aufgeschlossen und sensibel sein müssen, um hier als Dienstleister für die Menschen zu wirken, die Erkenntnis und Gespräche suchen und auch, um andere aufzuschließen, die noch nicht an diesem Punkt sind.

5 Klaus Peter Wallraven, Politische Bildung im Transformationsprozess. Nachlese, Streitschrift und spätes Plädoyer, in: Handbuch politische Bildung in den neuen Ländern, Schwalbach/Ts. 2003, S. 351 ff.

MARIANNE BIRTHLER

Mehr als ein Archiv

*Beiträge der BStU zur Hochschullehre
und politischen Bildung*

Welche Resonanz haben die Angebote meiner Behörde und welche Defizite bzw. welcher Handlungsbedarf bestehen aus meiner Sicht – und zwar nicht nur hinsichtlich der Hochschulen, sondern auch in den Schulen und in den Einrichtungen der politischen Bildung?

Die Bundesbeauftragte hat laut Stasi-Unterlagen-Gesetz den Auftrag, „die historische, politische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes“ zu gewährleisten und zu fördern, unter anderem durch die „Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise“ der Staatssicherheit und durch die „Unterstützung von Forschung und politischer Bildung [...] durch Gewährung von Einsicht“ und „Herausgabe“ von Akten bzw. entsprechenden Kopien.

Der Gesetzgeber verfolgte damit zweifellos mehr als das Ziel, wünschenswerte allgemeine Geschichtskennntnisse über die DDR zu vermitteln. Es ging ihm vielmehr darum, die Herrschaftsmechanismen der zweiten deutschen Diktatur sichtbar zu machen – im Bewusstsein der Tatsache, dass dem MfS eine Schlüsselrolle bei der Sicherung der Macht der SED zukam. Die Bedeutung dieses Wissens ist kaum zu unterschätzen.

Dr. Jorge Semprún erklärte am 27. Januar 2003 vor dem Deutschen Bundestag: „Deutschland ist das einzige Land Westeuropas, das die Erfahrungen beider Totalitarismen gehabt hat, genau wie die mittel- und osteuropäischen Länder der heutigen Erweiterung. Darum kann kein Land Eu-

ropas besser als Deutschland diese komplexe, widersprüchliche, reiche und tragische Erfahrung sich verständlich machen, um davon zu lernen, nicht nur auf der Ebene des akademischen Wissens, auch auf der Ebene der Praxis und der Zukunftsplanung.“

Das Interesse ist aber nicht nur auf die Mechanismen der Macht und der Repression gerichtet. Ebenso von Bedeutung ist, wie der Alltag unter den Bedingungen einer Diktatur aussieht, wie Menschen sich anpassten oder Freiräume nutzten, wie die einen zu Verrätern wurden und andere die Kooperation mit dem MfS verweigerten oder ihr mutig widerstanden. Welche zivilisatorischen Auswirkungen hatte es, dass zwischen Elbe und Oder über Jahrzehnte keine demokratische Öffentlichkeit existierte, dass aus Schulen, Universitäten und Medien der freie Gedanke verbannt war, dass im Laufe von vier Jahrzehnten vier Millionen Menschen das Land verließen?

Die MfS-Unterlagen bilden für alle diese Fragen eine unverzichtbare und manchmal die einzige Quelle. Schließlich war es eine der Aufgaben des MfS, Meinungen und Stimmungen in der Bevölkerung zu erfassen. Auf eine perverse Weise stand ja auch für das MfS der Mensch im Mittelpunkt. Wie jede andere historische Quelle müssen wir selbstverständlich auch die Stasiakten kritisch nutzen, vorläufig stehen vielen Untersuchungen auch noch datenschutzrechtliche Gründe entgegen.

Lehre in Schulen und Universitäten bedeutet nicht nur Vermittlung von Fakten, sondern auch Transfer von Bildern und Deutungen – ein mit Blick auf das Thema DDR nach wie vor höchst explosiver Stoff. Nicht wenige fürchten, die Akten würden die Menschen, die in der DDR gelebt haben, beschädigen, beschämen und herabsetzen. Ich bin anderer Meinung: Die Akten beweisen, dass wir kein Volk von Spitzeln und Verrätern waren und dass die meisten, auch wenn sie im Alltag anpassungsbereit waren, bestimmte Schamgrenzen respektierten und sich weigerten, ihre Mitmenschen zu bespitzeln. Nehmen wir hinzu, dass es den Ostdeutschen gelang, die Hinterlassenschaft des MfS vor der Vernichtung zu bewahren und durchzusetzen, dass sie nicht für Jahrzehnte weggeschlossen wird, sondern genutzt werden kann, so haben wir allen Grund, angesichts des Archivs, das meine Behörde verwaltet, Genugtuung zu empfinden. Was wir in den Akten lesen, ist oft bedrückend. Dass wir die Akten lesen können, ist ein historischer Erfolg und geeignet, das angeknackste Selbstbewusstsein der Ostdeutschen zu stärken.

Schüler- und Lehrerarbeit

Seit ihrer Gründung, verstärkt jedoch in den letzten zwei Jahren, richtet die Behörde der Bundesbeauftragten ihr besonderes Augenmerk auf die politische Bildung an Schulen. Dafür gibt es mehrere Gründe:

In den Schulen haben viele ältere Lehrerinnen und Lehrer sichtlich Probleme mit der Vermittlung von DDR-Geschichte. Sie waren und sind häufig verunsichert, weil sie sich mit der Frage nach ihrer eigenen Rolle vor 1989 konfrontiert sehen. Nicht wenige lehnen die heutigen Urteile über die DDR als Angriff auf ihre Lebensleistung ab. Das Thema DDR wird daher allzu oft umgangen. Eine Öffnung kommt hier nur langsam in Gang. Wir haben Kontakte zu den Kultusministerien der ostdeutschen Länder geknüpft, um Vereinbarungen über eine verstärkte Behandlung des Themas in den Lehrplänen zu erreichen. Zugleich ist die Kooperation mit den Lehrerfortbildungsinstituten der Länder erheblich verbreitert worden.

Soweit wir es den Besucherzahlen unserer Informations- und Dokumentationszentren bzw. Außenstellen, den Einladungen zu Vorträgen und Diskussionen oder Forschungsanträgen entnehmen können, steigt das Interesse am Thema von Jahr zu Jahr deutlich an – allerdings ausgehend von einem recht niedrigen Niveau. Über die Gründe können wir nur Mutmaßungen anstellen. Bei den Schülerinnen und Schülern mag die relativ starke Nachfrage nach dem Thema Stasi nicht zuletzt durch bisweilen höchst gegensätzliche Wertungen verursacht werden, die sie in Elternhaus, Schule und Öffentlichkeit registrieren und zu denen sie sich eine eigene Meinung bilden wollen. Nicht selten fragen Jugendliche nach Vorträgen mich und offensichtlich auch sich selbst: Warum hat uns das denn noch nie jemand erzählt?

Sicherlich spielt auch eine Rolle, dass in den Kollegien allmählich auch jüngere Lehrerinnen und Lehrer sind, die sich dem Thema unbefangener nähern. Auch die sehr allmähliche „Einwanderung“ von Lehrkräften aus dem Westen mag eine Rolle spielen.

Das Interesse in den Schulen der alten Bundesländer wage ich nicht zu quantifizieren. Allerdings ist auffällig, dass meine Kollegen und auch ich selbst dorthin öfter zu Vorträgen und Diskussionen eingeladen werden als in den Osten. Auch unsere Wanderausstellung wird von jüngeren Besu-

chern und Schulklassen interessiert aufgenommen. Nicht selten geht die Initiative von Lehrkräften aus, die privat auch schon früher Verbindungen in die DDR hatten oder deren Familien von dort stammen.

Mittlerweile haben wir, teilweise gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung oder anderen Partnern, einen gewissen Grundbestand an geeigneten Materialien für Schülerreferate und Lehrerinformation erarbeitet und bauen die Kooperation mit den Lehrerfortbildungsinstituten der Länder weiter aus. Projektstage, Vorträge, Ausstellungsführungen etc. in Schulen bzw. für Schülergruppen kommen noch hinzu. Auch unsere ausführliche Internetpräsentation erfreut sich steigender Nachfrage.

Daneben bieten wir Ausstellungen, Veranstaltungen und Vorträge an, die nicht primär akademisch ausgerichtet sind, sondern sich eher an das allgemein interessierte Publikum richten. Dabei hat die Perspektive von einstigen Überwachten und Verfolgten einen großen Stellenwert und nicht die akademische Distanz. Aber selbstverständlich fließt in diese Arbeit unser heutiger, aus wissenschaftlicher Analyse gewonnener Kenntnisstand zur Staatssicherheit ein.

Hochschulen

An den Hochschulen scheint auf den ersten Blick eine vergleichbar dringliche Problemlage wie an den Schulen nicht vorhanden. Aufgrund der weitgehenden personellen Erneuerung der ostdeutschen Hochschullandschaft sitzen zum Beispiel auf den Lehrstühlen für Zeitgeschichte beinahe durchweg (westdeutsche) Historiker, die nicht die Berührungängste ehemaliger DDR-Bürger haben. Hinzu kommen die (nicht wenigen) Privatdozenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter, die zu DDR-Themen habilitieren und entsprechend auch in der Lehre präsent sind. Andererseits gibt es eine weit verbreitete Scheu, als „Wessi“ die Geschichte der DDR zu bewerten, die gelegentlich zu einem übervorsichtigen – und nach meiner persönlichen Überzeugung auch unangebracht neutralen – Umgang mit dem Stoff führt.

Trotzdem steht außer Frage, dass die Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte und dem Wirken der Staatssicherheit in der akademischen Lehre zentrale Bedeutung hat. Als künftige Multiplikatoren sind die Studieren-

den der Geistes- und Sozialwissenschaften diejenigen, die in einigen Jahren die öffentliche Debatte prägen. Künftige Lehrkräfte und Journalisten benötigen ein Mindestmaß an Sachwissen und Verständnis für DDR-Themen, noch besser wären Interesse und Engagement.

Bleibt zu hoffen, dass von der heutigen und von künftigen Studentengenerationen neue Impulse für die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema Staatssicherheit ausgehen. Sie sind, so ist wenigstens zu hoffen, offen und neugierig und haben eigene Fragen. Das könnte Bewegung in manche festgefahrenen Fronten der hergebrachten Debatte um die DDR-Aufarbeitung bringen. Vielleicht ist sogar eine Katalysatorwirkung zur Auseinandersetzung mit dem Leben der eigenen Eltern im DDR-System zu erwarten.

Was bieten wir der akademischen Lehre?

Die Behörde unterhält eine eigene Abteilung Bildung und Forschung, in der Historiker und Politologen die Geschichte und die Taten der Staatssicherheit aufarbeiten. Die daraus entstandenen wissenschaftlichen Studien stehen zuweilen in der Kritik, weil sie zu dick und zu akademisch sind und ihre Sprache eher nüchtern und distanziert. Für die Nutzung im Studium ist genau diese Charakterisierung natürlich kein Mangel. Mittlerweile stehen von den Wissenschaftlern unseres Hauses nicht nur zahlreiche Spezialuntersuchungen zu vielfältigen Themen zur Verfügung, sondern auch relativ handliche Überblicksdarstellungen, um die eilige Studenten und viel beschäftigte Professoren keinen Bogen machen müssen. Manche dieser Bücher gelten heute bereits als Standardwerke (wie z. B. „Der Mielke-Konzern“ von Jens Gieseke, die Untersuchung von Joachim Walther über den „Sicherungsbereich Literatur“ oder die Studie von Walter Süß zur Auflösung der Staatssicherheit 1989). Diese Arbeiten sind in jeder Unibibliothek greifbar und – nebenbei gesagt – auch bewusst vom Kaufpreis her in erschwinglichen Regionen angesiedelt. Zumindest an fehlenden Informationen muss also heute keine studentische Hausarbeit über die DDR-Staatssicherheit und ihre Machenschaften und auch kein Seminar scheitern – scheinbar eine Selbstverständlichkeit, doch noch vor wenigen Jahren sah das ganz anders aus.

Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass die Wissenschaftler der Behörde vielfältige Kontakte in die universitäre Forschung unterhalten, zu Gastvorlesungen an Universitäten eingeladen werden und/oder selbst als Lehrbeauftragte Seminare bestritten haben und bestreiten.

Auch jenseits der Verkaufszahlen unserer Bücher erkennen wir eine deutliche und zunehmende Resonanz auf unsere Angebote: In der Forschungsbibliothek unseres Hauses sitzen fast ständig Studenten an Referaten und Hausarbeiten und nehmen gerne auch die Beratung durch unsere Experten in Anspruch. Regelmäßig absolvieren Studenten Praktika in unserer Behörde, schreiben Abschlussarbeiten über einschlägige Themen oder stellen einen Forschungsantrag.

Um hier einige aktuelle Daten zu nennen: Natürlich haben Dissertationsvorhaben aus dem universitären Bereich einen größeren Stellenwert als Diplom- oder Magisterarbeiten. Derzeit werden bei uns 138 Anträge für Dissertationen bearbeitet. Dem stehen 60 Anträge für Abschlussarbeiten oder studentische Hausarbeiten gegenüber. Das ist nicht wenig, wenn man bedenkt, dass den Aufwand von Archivbesuchen wohl nur besonders engagierte und ambitionierte Studenten für solche Arbeiten betreiben.

Die MfS-Unterlagen sind sowohl für die Aufarbeitung von Struktur, Methoden und Wirkungsweise des MfS (50 Anträge) wie auch für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (10 Anträge) nutzbar. Zu Letzteren gehören auch jene Anträge, die sich auf die NS-Aufarbeitung in der DDR und der Bundesrepublik beziehen.

Zum Themenspektrum der Lehre

Wenn man in den Wittenberger Untersuchungsergebnissen den Blick auf Themen richtet, die der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen besonders nahe liegen, so gab es zu den Feldern Opposition, Widerstand und Repression 60 Veranstaltungen. Das ist wenig, gemessen an der Gesamtzahl von insgesamt 1421 Lehrveranstaltungen. Dagegen stehen Themen der Kultur und Literatur an der Spitze. Ein solcher Befund wirft Fragen auf.

Der genauere Blick in die Studie lässt hoffen, dass es vielleicht doch nicht ganz so lückenhaft aussieht. Um beim Topthema DDR-Literatur zu

bleiben: Nach den Befunden der Studie werden als meistbehandelte Autoren (nach Brecht und Seghers) genannt: Heiner Müller, Christa Wolf, Uwe Johnson, Christoph Hein, Brigitte Reimann und Wolf Biermann. Es ist für mich schwer vorstellbar, dass diese Autorinnen und Autoren unter rein literaturwissenschaftlich-ästhetischen Fragestellungen behandelt werden. Vielmehr gehören notwendig Fragen von Dissidenz, Artikulation abweichender Haltungen, Zensur, Verfolgung, nicht zuletzt auch eigener Verstrickung in diese Seminare und Vorlesungen. Man denke an den berühmten Literaturstreit um Christa Wolf oder die Bedeutung Uwe Johnsons als Chronist des frühen Terrors.

Diese positive Unterstellung lässt sich genauso auf andere Themenfelder übertragen, seien es nun Theologie, Wirtschaftsgeschichte oder Strafrecht. Dasselbe sollte man bei Überblicksvorlesungen zur Geschichte der DDR oder zum deutsch-deutschen Verhältnis annehmen. Es wäre interessant, hierzu exemplarische Studien zu Lehrinhalten und Hausarbeitsthemen anzustellen.

Stasi-Vergangenheit als Querschnittsthema

So wichtig es also ist, sich explizit den Themen Opposition und Repression zuzuwenden, erscheint es genauso wichtig, die Rolle der Staatssicherheit als Querschnittsthema zu begreifen. Wohlverstanden: Es geht ausdrücklich nicht um die zuweilen geäußerte Behauptung, hier solle gleichsam alles auf die Frage IM/Nicht-IM reduziert werden. Aber die Forschung, nicht zuletzt die Forschung in der Behörde der Bundesbeauftragten, hat ganz deutlich gezeigt, dass die Staatssicherheit auf fast allen Feldern des gesellschaftlichen Lebens der DDR (und darüber hinaus) präsent war. Also, praktisch gesprochen: Auch ein Seminar zur Wirtschaftsgeschichte oder zum Schulsystem der DDR bleibt ohne zumindest ein Referat zur MfS-Rolle auf diesem Feld lückenhaft.

Konkrete Möglichkeiten, die MfS-Unterlagen und die Arbeitsergebnisse meiner Behörde zu nutzen, könnten sein:

- Die stärkere Beteiligung von Experten (auch der BStU) an der Lehre. Vielleicht ließen sich auch Gastvorlesungen regelmäßiger angehen.

- Exkursionen von Seminaren in unsere Außenstellen, Dokumentationszentren oder in Haftanstalten der Staatssicherheit.
- Betreuung von Studenten, die Abschlussarbeiten zu MfS-Themen in Angriff nehmen. Meine Behörde bemüht sich gegenwärtig, die Nutzungsbedingungen zu verbessern.

Wir möchten also durchaus in Zukunft Signale setzen für verstärkte Arbeit auf diesem Gebiet. An Kooperationen sind wir sehr interessiert.

Die Autorinnen und Autoren

THOMAS AHBE, geb. 1958, Dr. phil., Sozialwissenschaftler und Publizist, arbeitet in Leipzig; zahlreiche Publikationen zur kulturellen Spezifik Ostdeutschlands und zum deutsch-deutschen Diskurs nach 1990; <http://www.thomas-ahbe.de>; E-Mail: post@thomas-ahbe.de

HENDRIK BERTH, geb. 1970, Dr. rer. medic., 1991–1996 Studium der Psychologie in Dresden, 1996–2000 wiss. Mitarbeiter an der TU Dresden für Pädagogische Psychologie, 2000 an der Universität Leipzig für Medizinische Psychologie, seit 2000 am Universitätsklinikum Dresden. Forschungsinteressen: Transformationsforschung, Inhaltsanalyse, Krankheitsbewältigung, Genetik.

MARIANNE BIRTHLER, geb. 1948, zunächst Jugendreferentin der evangelischen Kirche Berlin, Mitarbeit in Oppositionsgruppen, Mitglied der letzten DDR-Volkskammer und des Bundestages, Bildungsministerin im Land Brandenburg, Bundessprecherin Bündnis 90/Die Grünen, seit Oktober 2000 Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

RAINER ECKERT, geb. 1950, Dr. habil., 1969–1972 Studium an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1972 Universitätsverweis im Zuge politischer Verfolgung, 1984 Promotion, 1988–1990 Mitarbeiter am Zentralinstitut für Geschichte der AdW der DDR, seit 2001 Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums, 2001 Habilitation und Privatdozent an der FU Berlin. Publikationen u. a. zur Auseinandersetzung mit den beiden deutschen Diktaturen und zur Situation deutscher Arbeiter unter dem NS.

BERND FAULENBACH, geb. 1943, Prof. Dr., stellv. Direktor des Forschungsinstitutes Arbeit, Bildung, Partizipation, Recklinghausen und Professor für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum; Veröffentlichungen zur Weimarer Republik, zur NS-Zeit, den beiden deutschen Staaten und zur Arbeiterbewegung.

DÖRTE HEIN, geb. 1977, M. A., studierte Kommunikations- und Medienwissenschaft, Kulturwissenschaften und Soziologie an der Universität Leipzig, seit Oktober 2003 Stipendiatin im Graduiertenkolleg „Technisierung und Gesellschaft“ der TU Darmstadt, Arbeit an einer Dissertation zum Thema Internet und soziales Gedächtnis.
E-Mail: hein@gk-fb2.tu-darmstadt.de

URSULA HEUKENKAMP, geb. 1938, Professorin für Neuere deutsche Literatur, Literatur des 20. Jahrhunderts, DDR-Literatur; lehrte bis 2003 an der Humboldt-Universität zu Berlin. Veröffentlichungen zur Nachkriegs- und DDR-Literatur, zur Brechtforschung und Friedensforschung sowie zur Geschichte und Theorie der deutschen Lyrik. Zuletzt: Der magische Weg. Naturlyrik im 20. Jahrhundert (2003, Hrsg. und Nachwort).

JENS HÜTTMANN, geb. 1975, Dipl. Pol., bis 2001 Studium der Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Leipzig, seit 2003 Lehrbeauftragter, Stipendiat in der Promotionsförderung der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zum Thema „Wissenschaftspraxis und Gedächtnis“, tätig am HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg. E-Mail: huettmann@hof.uni-halle.de

KONRAD H. JARAUSCH, Lurcy Professor of European Civilization, University of North Carolina, Chapel Hill. Seit 1998 Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam. Zahlreiche Veröffentlichungen zur deutschen Zeitgeschichte und geschichtstheoretischen Fragen.

HEINZ DIETER KITSTEINER, geb. 1942, Dr. phil., Professor für Vergleichende Europäische Geschichte der Neuzeit an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder.

REINHARD KRECKEL, seit 1992 Professor für soziologische Theorie und Strukturanalyse moderner Gesellschaften an der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg, 1996–2000 Rektor der Universität, seit 2001 Direktor des HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg.

WOLFGANG KÜTTLER, Prof. Dr., bis 1992 Bereichsleiter, 1991/92 Direktor am Zentralinstitut für Geschichte bzw. Institut für Deutsche Geschichte der AdW der DDR, 1995–2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte Berlin. Forschungsgebiete: Theorie und Methodologie der Geschichtswissenschaft, Wissenschaftsgeschichte.

CHRISTIAN LOTZ, geb. 1976, M. A., Studium der Geschichte und Sozialwissenschaften in Leipzig, Edinburgh, Wien und Poznań, wiss. Mitarbeiter im Leipziger Kreis – Forum für Wissenschaft und Kunst, Arbeit an einer Dissertation zum Thema „Vertreibung und Erinnerungspolitik in Deutschland und Polen“.

ULRICH MÄHLERT, geb. 1968, Dr. phil., 1987–1992 Studium an der Universität Mannheim, 1994 Promotion, bis 1998 Mitarbeiter an einem internationalen Forschungsprojekt zur Geschichte der Parteisäuberungen an der Universität Mannheim, 1998/99 Realisation des Geschichtsforums 1949/89/99 „Getrennte Vergangenheit – Gemeinsame Geschichte“ in Berlin, seit 1999 wissenschaftlicher Referent bei der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Publikationen zur Geschichte der DDR sowie insbesondere zu FDJ und SED.

KATJA NAUMANN, geb. 1977, M. A., Studium der Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft in Leipzig, Edinburgh, Wien, wiss. Mitarbeiterin im Leipziger Kreis – Forum für Wissenschaft und Kunst sowie im Arbeitskreis „Kritische Geschichte“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung, derzeit Vorbereitung der Dissertation.

PEER PASTERNAK, geb. 1963, Dr. phil., Studium an der Universität Leipzig, 1998 Promotion an der Universität Oldenburg, seit 1997 am HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg, 2002–2003 Staatssekretär für Wissenschaft im Senat von Berlin, Forschungsdirektor von HoF Wittenberg. Zahlreiche Publikationen zur DDR-Hochschulgeschichte, Hochschulsteuerung und -organisation. E-Mail: pasternack@hof.uni-halle.de

MARTIN SABROW, geb. 1954, Priv.-Doz., Dr. phil., Projektbereichsleiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und Privatdozent an der FU Berlin. Zahlreiche Publikationen, unter anderem zur Wissenschaftsgeschichte, insbesondere Geschichte der Geschichtswissenschaft.

MANUELA TESAK, Historikerin, studiert Soziologie in Wien. Diplomarbeit zum Thema „Das Ende der DDR und seine Rezeption in den österreichischen Sozial- und Geisteswissenschaften“. Derzeit Arbeit an einer Dissertation zum Thema: „Mediendiskurse zur DDR“.

E-mail: a9306500@unet.univie.ac.at

MARTINA WEYRAUCH, geb. 1958, Dr., 1978–1982 Studium der Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1986 Promotion zum Internationalen Strafrecht und Völkerrecht, 1989/90 Mitglied in verschiedenen Untersuchungskommissionen, Referentin für die völkerrechtlichen Fragen der deutschen Einheit im Amt des Ministerpräsidenten der DDR, seit Oktober 2000 Leiterin der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung.

MANFRED WILKE, geb. 1941, Dr. rer. pol., 1976–1980 wiss. Assistent an der TU Berlin, 1980/81 Landesgeschäftsführer der GEW Nordrhein-Westfalen, 1981 Habilitation im Fach Soziologie an der FU Berlin, 1992 Mitbegründer des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin, 1992–1994 sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission des 12. Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ und der Nachfolgekommission des 13. Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der Deutschen Einheit“.